

5017

99 19 - 1463

VII 3 46

Repertorium

der

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung

für die

Herzoglich Braunschweigischen Lande

von den

Jahren 1846, 1847 und 1848

mit

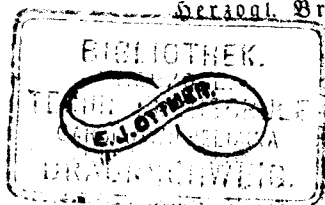
erläuternden und ergänzenden Rescripten, Instructionen, Bekanntmachungen zc., nebst chronologischen Verzeichnissen aller darin vorkommenden Rescripten, Instructionen zc. und einem vollständigen Sachregister.

Herausgegeben

von

Carl Bege,

Verordn. Braunschw. Lüneburg. pens. Kreisrichter.



Sechster Theil.

Mit höchster Genehmigung.

Wolfenbüttel,

Im Verlage der Holle'schen Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung.

1849.

in der Stadt

1881

Verordnung des Magistrats der Stadt Braunschweig

über

den Verkauf von Grundstücken

in der Stadt

von 1881, 1882, 1883

und

über die Versteigerung von Grundstücken in der Stadt Braunschweig, welche durch die Stadtverwaltung erworben sind, oder welche von der Stadtverwaltung erworben sind, oder welche von der Stadtverwaltung erworben sind.

Verordnung

über die Versteigerung von Grundstücken

in der Stadt

von 1881, 1882, 1883

und über die Versteigerung von Grundstücken



Verordnung des Magistrats der Stadt Braunschweig

über

den Verkauf von Grundstücken

in der Stadt

V o r r e d e.

Mehre wichtige Rescripte, welche unsere Gesetz- und Verordnungsammlung nicht enthält, deren Kenntniß aber den Geschäftsmännern willkommen sein muß, mit dem Jahre 1849 auch ein wichtiger Zeitabschnitt unserer Verfassung und Gesetzgebung beginnt, haben mich zur Herausgabe dieses sechsten Theils des Repertoriums veranlaßt.

Ob ein siebenter Theil von mir nach meinem vollendeten achtzigsten Lebensjahre erscheinen wird, dürfte zweifelhaft sein.

Ich habe seit Herausgabe des fünften Theils noch sehr viele Urkunden von den ältesten Zeiten bis an das 15. Jahrh. durchgesehen; ich habe aber nicht gefunden, daß die Immobilierverpfändung durch gerichtliche Auflassung geschehen sei, sondern immer nur in Privatverschreibungen. (Berg. L. 5. C. 75. u. Zusätze dazu.)

Eine förmliche Hypothekbestellung, worin eine Verzinsung versprochen wird, fand ich erst im Jahre 1530 ausgestellt.

Die in den Rescripten des Artikels: „Criminaljustiz“ gemachten Allegate beziehen sich auf das Werk: „Criminalgesetzbuch für das Herzogthum Braunschweig. Nebst den Motiven der herzoglichen Landesregierung und Erläuterungen aus den kändischen Verhandlungen. Br. 1840. Von B.“ (Oberappell. Rath Breymann.)

Ich fühle mich abermals verpflichtet, hochgeehrten Gönnern und Freunden meinen gehorsamsten Dank für die gefällige Unterstützung, welche sie mir zu Theil werden ließen, abzustatten.

Wolfenbüttel im December 1848.

Bege.

Refc. 4 St. M. v. 1, Decher, 1846.

Inwiefern die Holzberechtigungen in den vormaligen Communionharzforsten sich auf ein früheres maffgenossenschaftliches Mitgenußrecht der Gemeinden zurückführen lassen, mag an diesem Ort gestellt bleiben, da es gewiß ist, daß sie gegenwärtig nur als dingliche Rechte an einem fremden Sachen an den im Eigenthum der Kammer befindlichen Forsten, zu beurtheilen sind.

Es ist wohl aber würde nachgewiesen werden können, daß die fragl. Gerechtsame ursprünglich zu dem eigentlichen Gemeinderenten (juribus universitatis) gehört haben, und jedes mit Haus und Hof angelegene Mitglied der Gemeinde kraft dieser seiner Eigenschaft (ex jure communitatis), nicht ex jure proprio, zur Theilnahme an den Abgaben befugt gewesen ist.

Im Laufe der Zeit, nachdem die Gerichtsbarkeit möglichst eingeschränkt, insbesondere von h. Kammer ehemals zugleich Landesbehörde, neue Anbauten lediglich unter der Bedingung der Entfugung auf die Theilnahmerechte gestattet worden, hat sich dieses Verhältniß einigermaßen geändert, und zwar dahin, daß die Concurrenz der einzelnen Haus- und Hofbesitzer den Charakter eines mit einem bestimmten Grundstücke verbundenen selbstständigen Rechtes angenommen hat, dergestalt jedoch, daß nicht sowohl die Hozgerechtigkeit selbst, weil der Gemeinde zuständig und dem juri universitatis beizuzählen, vielmehr das jus particepsandi fructus et creditus zu einem jus singulorum geworden ist. Ebenfalls, daß der Ursprung und der Erwerbsgrund der Berechtigung, als auf dem Gemeinderechte beruhend, nicht außer Acht gelassen werden. Dieser Gesichtspunct liegt auch den Entscheidungen der Obergerichte in dem zwischen der Stadt Seesen und der h. Kammer wegen Hozgerechtigkeit geführten Rechtsstreite, namentlich was die Legitimation der Stadtgemeinde zur Prozeßführung betrifft, zum Grunde, und er ist bei Beurtheilung der gegenwärtigen Sache von nicht geringer Erheblichkeit.

Es folgt nämlich hieraus, daß die Einzelnen, zu einer willkürlichen Disposition über ihr Theilnahmerecht nur insoweit befugt sind, als es ihnen unmittelbar zum Nutzen gereicht, nicht aber auch, insofern es direct das Interesse der Stadtgemeinde betrifft, oder zur Bestreitung gewisser Gemeindegewerke bestimmt ist. In letzter Beziehung sind die Gemeindemitglieder nicht als singuli, sondern als Gemeindegewerke mittelbar bei der Ausübung und Benützung theilhaftig, folglich keine Privatrechte, sondern gemeindegewerkschaftliche Rechte vorhanden, welche die Gemeinde sicher zu stellen und deren Erträgnisse sie unter Aufsicht des Staats so zu gebrauchen die Befugniß hat, wie es das Gemeindegewerkeinteresse und der Zweck erfordern. (Städteordnung, §. 114. No. 2.)

Denn da die Gemeinde, gleich dem Staate, als ewig dauerndes Wesen nicht bloß aus den jetzt lebenden Mitgliedern, sondern auch aus allen künftigen Geschlechtern besteht, so muß das zur Realisirung von Gemeindegewerken bestimmte Vermögen der Gemeinde erhalten, keinesweges darf durch egoistische Verwendung, bloß zum Vortheil der jetzt lebenden Gemeindegewerke, den künftigen Geschlechtern ihr Anspruch darauf genommen werden. Es handelt es sich demnach um eine Disposition über Vermögensobjekte, der Art, so ist die Gemeinde allerdings hinzuzuziehen, und es ist neben Conservation des Hauptstockes insonderheit zu beachten, daß das Einkommen hiervon der Bestimmung gemäß angewandt wird.

(Landesgrundgesetz §. 46. Städteordnung §§. 32, 34, 114. No. 2.) Auf diesen Rücksichten beruhen die Vorschriften des Gesetzes vom 12. Februar 1842 No. 43, hier folglich mit dem allgemeinen Rechtsprincipien nicht im Widerspruch, und zu deren Rechtfertigung weiter Nachstehendes angeführt werden kann.

Wenn der Erwerb eines Rechtes unter einer Zweckbestimmung (sub modo) stattgefunden hat, so ist der Erwerber zur Erfüllung des Modus verpflichtet. Nach Beschaffenheit der Sache kann von ihm der Erfüllung wegen, Cautionsleistung verlangt werden, und wenn er den Modus unerfüllt läßt, so hat derjenige, welcher dabei interessirt ist, eine Klage, bald auf Erfüllung, bald auf Herausgabe des unter der Zweckbestimmung Empfangenen. Gelegentlich schreitet auch die Obrigkeit von Amtswegen ein.

Die größere Anzahl der Haus- und Hofstellen zu Seesen ist zum Bezuge des forstzinsfreien Brennholzes in den ehemaligen Communionharzforsten berechtigt, und solche Berechtigung geht nicht bloß auf den Bedarf der Eigenthümer der Haus- und Hofstellen, sondern erstreckt sich auch auf den Bedarf der in diesen wohnenden Inquilinen. Ein eigenes selbstständiges Recht auf Verabfolgung des Holzbedarfs haben die Inquilinen allerdings nicht, sondern die Befugniß, für die Inquilinen den Holzbedarf zu verlangen, ist eine Qualität, ein Bestandtheil des Eigenthums der brennholzberechtigten Stelle, und eine Klage der Inquilinen würde lediglich in Folge einer geschehenen oder für geschehen anzunehmenden Cession statthaft erscheinen. Das Vorhandensein von Inquilinen in der berechtigten Stelle, und daß denselben der Holzbedarf überlassen wird, sind Bedingungen der Ausübung dieses Theils der Berechtigung. Fehlt es an der einen oder der anderen jener Voraussetzungen, so muß die Ausübung einstweilen beruhen. Solcher Theil der Berechtigung hat, also und zwar im städtischen Interesse den besondern Zweck, daß den Inquilinen ihr Holzbedarf ge-

währet wird. Niemals ist der Eigenthümer der berechtigten Stelle befugt, das, für seine Inquilinen bestimmte Brennholz selbstnützig sich anzueignen, — ein Princip das §. §. 21. 25 und 27. des Gesetzes vom 12. Februar 1842. ausdrücklich anerkannt ist —, noch der belastete Forsteigenthümer verpflichtet, zu anderem, als zu dem benannten Zwecke das zur Erfüllung des letzten bestimmte Holz zu verabsorgen.

Ferner als Beisassen haben die Inquilinen kein Recht der Theilnahme an dem Gemeindegütern und Gemeindevorzügen. In eine reiheberechtignte Stelle aufgenommen, ist ihnen aber durch Vermittelung dieser ein gewisser Antheil an den Gemeindevorzügen behuf ihrer Unterstützung und damit sie im Stande bleiben, ihre Verpflichtungen gegen die Gemeinde zu erfüllen, oder selbiger nicht gar zur Versorgung aus dem Armenfonds anheimfallen, überwiesen.

Das rechtliche Interesse der Gemeinde, daß die Einkünfte des Gemeindevermögens nicht zu fremdartigen Zwecken verbraucht, daß bei dessen Vertheilung die Gemeindebedürfnisse nicht hintangesezt, und keine das Gemeinwohl verletzende Grundsätze befolgt werden, liegt am Tage. Auch hat der Staat sein Oberaufsichtsrecht hierüber auszuüben (Städteordnung §. 114), und nebenbei kommt für den belasteten Forsteigenthümer in Betracht, daß die Unvermögsamen, wenn ihnen der Brennholzbedarf entzogen wird, zu Holzentwendungen veranlaßt werden.

Genau genommen würden freilich behuf einer Disposition über den in Frage stehenden Bestandtheil der Gerechtsame beide, sowol der Eigenthümer der Stelle, als die Gemeinde mitzuwirken haben. Da indessen der Anspruch des Eigenthümers nur dahin geht, daß bei der Ablösung oder Separation der Gerechtsame der Bedarf der Inquilinen in Anspruch gebracht, die entsprechende Entschädigung geleistet, sicher gestellt und dem Zwecke gemäß benutzt werde, nicht dahin, die ausgemittelte Entschädigung einzuziehen und zu seinem Privatvortheile zu verwenden; in obiger Hinsicht aber die Gemeinde mindestens ebenso theilhaftig ist, als der Eigenthümer, so ist es genügend motivirt, wenn das Gesetz die Legitimation zu dem Geschäfte ausschließlich den Gemeinden, und folglich diesen zugleich die Vertretung des Eigenthümers übertragen hat, zumal für den letzten die Ausübung seines Rechtes von dem ungewissen und veränderlichen Umstande abhängt, daß seine Stelle wirklich von Inquilinen bewohnt wird. Hierin liegt keine Verletzung wohlervorbener Rechte, auch ist, da das Gesetz verfassungsmäßig erlassen worden, eine Entschädigungsforderung des Eigenthümers, nicht begründet.

(Land. Grundges. §. 197. Abschn. 2.)

Ueberdem kommt es nach Lage der Sache weniger darauf an, welche Bestimmungen das Gesetz hätte treffen können oder sollen, als welche Bestimmungen es getroffen hat.

Mit deutlichen Worten ist im §. 29. des Gesetzes vom 12. Februar 1842. die Gemeinde hinsichtlich der von Inquilinen (der für diese, d. h. der auf den Bedarf der Inquilinen berechtigten Häuser) genutzten Berechtigung zu dem Separationsgeschäfte ausschließlich für legitimirt erklärt, und völlig unstatthaft, solche Legitimation der Gemeinden auf den Fall zu beschränken, daß das berechtigte Haus sich im Eigenthume der Gemeinde befindet, wodurch, wenn diese Ansicht der herzoglichen Kammer für richtig gehalten werden

könnte, etwas völlig Überflüssiges, ausgesprochen und wonach die auch auf die Inquilinen der berechtigten Privathäuser sich beziehenden Vorschriften den §. 21 und 27 nicht vereinbar sein würden. Hier ist bestimmt, daß die in die Stelle der Berechtigung, soweit sie den Bedarf der Inquilinen betrifft, tretende Entschädigung zum Besten der Gemeindefürsorge mit einem Prioritätsrechte vor den Gemeindegliedern, — (§. 24 mit Versehen) Inquilinen, verwendet werden, ein etwaiger Ueberschuß des Bedarfs aber der Gemeinde (also nicht den einzelnen Hauseigenthümern), zufallen soll, zum Beweise, daß jener Bestandtheil der Berechtigung nicht für ein Recht der Hauseigenthümer (jus singulorum) sondern für ein Gemeindeglied (jus universitatis) gehalten wird. Auch steht damit in Verbindung, daß das Inquilinenverbot den Bestimmungen des Forststrafgesetzes §. 129 unterworfen bleiben, die Abfindung der Hauseigenthümer aber zu deren willkürlicher Disposition gestellt ist. (§. 21 und 28.)

Zunächst betrifft zwar das Gesetz den Fall, daß die Separation der Holzgerechtigkeit von der Gemeinde nicht von den einzelnen Gemeindegliedern geschieht, und daß die entsprechende Entschädigung im beständigen Forstgrunde, oder in einer beständigen Holzrente, nicht im Gelde festgesetzt wird. Allein die im Gesetze angenommenen Principien sind vollkommen auch auf die berührten, unter dem Wortlaute des Gesetzes nicht begriffenen, Fälle passend, und deshalb darauf um so mehr anzuwenden, je größer dabei die Besorgnis der zweckwidrigen Verwundung und des Verlustes der Geldentschädigung für die Gemeinde ist. Die in dem Berichte angezogenen Judicate der Obergerichte stehen vorausgesetzt deren richtiges Verständniß, mit den hier entwickelten Grundsätzen keineswegs im Widerspruche, und wie, in Anwendung derselben, auf den zwischen der h. Kammer und dem Berggeschwornen L. am 13. November 1845 geschlossenen Ablösungsvertrag.

1) der p. L. zur Ablösung der Brennholzgerechtigkeit seines Hauses Nro. 48 zu Seesen, in soweit solche Berechtigung sich auf den Bedarf etwaiger Inquilinen erstreckt, für legitimirt nicht erachtet werden kann (§. 29 des Gesetzes vom 12. Februar 1842) und 2) nach diesem Vertrage die gesammte Entschädigungssumme, also auch derjenige, nicht speciell angegebene Theil derselben, welcher für die Berechtigung auf den Bedarf der Inquilinen zu rechnen ist, im Widerspruche mit den gesetzlichen Vorschriften (§. 21, 25 und 27) dem p. L. zur freien Disposition anheimfallen soll;

3) die h. Landeseconomiecommission aber nach §. 12 des Organisationsgesetzes derselben, die Legitimation der Contrahenten zu prüfen und darauf zu sehen hat, daß Nichts bedungen werde, was dem Gesetze zuwiderläuft;

so erscheint die ebengedachte Behörde eben so befugt als verpflichtet, dem abgeschlossenen Vertrage, wie geschehen, die Bestätigung zu versagen, mithin der von der h. Kammer erhobene Recurs unbegründet.

Der p. L., Eigenthümer des Gehöftes Nro. 48 zu Seesen, hatte in Betreff der solchen Gehöfte zuständigen Holzgerechtigkeit mit der h. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, unterm 13. November 1845 einen Ablösungsvertrag abgeschlossen, welcher folgende Bestimmungen enthält:

Arme, Armenanstalten, Rescripte.

9

§. 1. Dem p. L. als Eigenthümer des fragl. Gehöftes steht das Recht zu — den jährlichen Holzbedarf für die Bewohner des Gehöftes aus den ehemaligen Communionsforsten zu beziehen.

§. 2. Die, dem erwähnten Gehöfte anlebende gesammte Holzgerechtsame, insbesondere die Brennholzberechtigung in ihrem ganzen Umfange, sowol in Bezug auf den Grundbesitzer, als dessen etwaige Inquilinen, wird gegen Zahlung eines Capitals von 735 Thlr. Cour. von jezt an für immer aufgehoben.

Arme, Armen-Anstalten.

Circul. Resc. h. St. M. an sämtliche h. Kreisdirect., Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, die von Contracten, Testamenten ic. an die Armen- und Begebefferungscassen zu entrichtenden Abgaben betr. (S. 167) [No. 20] (27. Mai 1846). Competenzbehörde zur Festsetzung der Abgabe.

Circul. Resc. h. St. M. an sämtliche h. Kreisdirect., die von Contracten ic. an die Armen- und Begebefferungs-Cassen zu entrichtenden Abgaben betr. (S. 281) [No. 32] (12. Septbr. 1846). Nicht von Zeitverträgen zu erheben.

R e s c r i p t e.

Resc. f. Kammer-Colleg. v. 2 Juni 1815.

Da einer höchsten Bestimmung zufolge künftig die sämtlichen städtischen Armen-Cassenrechnungen von k. k. Kammer revidirt werden sollen, so wird solches den k. k. Kreisgerichten bekannt gemacht, und sind die eingehenden Rechnungen dieser Art mit den Revisionsprotokolle, und der zuletzt abgenommenen Rechnung begleitet an das f. Kammercoll. einzusenben.

Circ. Resc. h. St. M. v. 27. Mai 1846.

Es sind über die Competenz der Behörden und das Verfahren in Beziehung auf die Erhebung der von Contracten und Testamenten ic. an die Armen- und Begebefferungscassen zu entrichtenden Abgaben Zweifel entstanden, welche in Folgenden beseitigt werden sollen.

Es tritt nicht selten der Fall ein, daß, nach der Ansicht der die gedachten Cassen vertretende Behörde die in dem Contracte oder Testamente ausgeworfene Abgabe oder das freiwillige Erbieten der zur Zahlung Verpflichteten, den gesetzlich bestimmten Mindestbetrag von $\frac{1}{6}$ p. C. nicht erreicht und daher die vorgeschriebene Arbitrirung des Betrages durch die Obrigkeit erforderlich wird. Diese Festsetzung kommt nicht den administrativen Behörden, sondern den mit der extrajudiciellen Gerichtsbarkeit beauftragten h. Stadtgerichten und Aemtern, bei welchen die Testamente und Contracte aufgenommen, resp. deponirt worden, zu, indem die Abgabe nicht als eine eigentliche Steuer, sondern als eine auf die Bestimmung des Gesezes sich gründenden privatrechtlichen Anspruch der betreffenden Stiftungen an den Nachlaß Verstorbenen oder an Contracte abschließende Personen anzusehen ist. Sollte eine Parthei durch die Arbitrirung sich beschwert erachten, so steht derselben die Extrajudi-

cial-Appellation an die der arbitirenden Behörde zunächst vorgesetzte Gerichtsbehörde zu. Wenn dagegen bestrittene Fragen unter den Interessenten entstehen, deren Erledigung auf die Festsetzung des Betrages der Abgabe von Einfluß ist, z. B. ob in einem gegebenen Falle die Abgabe nur von den im Inlande oder auch von den im Auslande belegenen Theilen des Nachlasses zu entrichten sei? — ob Legate an bestimmte milde Stiftungen auf die den Armen- und Begebesserungscassen zukommenden Beiträge in Anrechnung gebracht werden dürfen? u. d. m.; so ist zur Entscheidung derselben zuvor ein contradictorisches Rechtsverfahren nothwendig und bis zu dessen Beendigung die definitive Feststellung der Abgabe auszusetzen.

Bekanntmach. h. St. M. v. 12. Septbr. 1846.

Da von einer der herzogl. Kreisdirectionen ein Zweifel darüber erhoben ist, ob auch von Pacht- und Miethcontracten über Immobilien, die in den landesherrlichen Verordnungen v. 20. Februar 1756 und 11. April 1758 vorgeschriebene Abgabe an die Armen- und Begebesserungscassen zu entrichten sei? — so wollen Wir, nach vernommener Gutachten der h. Landesdirection, um in dieser Beziehung ein gleichmäßiges Verfahren herbeizuführen, die vorge dachte Frage hiemit dahin entscheiden: daß die vorgeschriebene Abgabe nur von Testamenten und anderen letzten Willensbestimmungen und solchen Verträgen, durch welche das Eigenthum von Grundstücken oder Realberechtigungen übertragen wird, nicht aber von Zeitverträgen über Grundeigenthum zu erheben sei. Die h. Kr. Direct. haben daher die betreffenden Localbehörden hiernach zur künftigen Nachachtung mit Anweisung zu versehen, und hat es übrigens bei der Verpflichtung der Notare, den competenten Behörden die vorschriftsmäßigen Nachweisungen über solche von ihnen errichtete Dispositionen, von welchen die Abgaben zur Armen- und Begebesserungscasse zu entrichten ist, zu liefern, sein Verbleiben.

(Br. Anz. 1846. No. 224.)

Rescr. h. Kreisdirect. v. 27. April 1847.

Den in Processachen zu ertheilenden Armenschein betr. f. Art. Justizverfassung.

Resc. h. Kreisdirect. Wolfenbüttel v. 31. October 1847.

Bei Feststellung der Armensteuer ist in Gemäßheit eines in Betreff der Regulirung dieser Steuer in der Gemeinde W. unterm 2. October 1847 ergangenen Ministerial-Rescripts, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren.

§. 1.

Als beitragspflichtig sind alle Gemeindegossen, so wie alle sich länger als 6 Monate in der Gemeinde aufhaltende selbstständige Personen, welche nicht selbst Unterstützungen aus der Armenkasse erhalten, so wie rückfichtlich ihres Grundbesitzes alle diejenigen Personen anzusehen, welche, ohne in der Gemeinde wohnberechtigt zu sein, oder dort ihren regelmäßigen Aufenthalt zu haben, innerhalb der Feldmark der Gemeinde Grundeigenthum haben, so weit letzteres nicht der weiter zu erwähnenden Befreiung genießt.

§. 2.

Die aufzubringende Armensteuer ist zur Hälfte auf das Grundeigenthum, zur andern Hälfte aber auf das Einkommen zu legen.

§. 3.

Von der auf die Grundstücke zu repartirenden Quote sind befreiet, diejenigen Grund-

besitzungen der Kirche, Pfarre und des Pfarrwitwenhauses, der Schule und der Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten, für welche bisher zu den Armensteuern nicht beigetragen wurde, so wie die Grundstücke der eigenen Gemeindecasse und der Begräbnißplatz.

Alle übrigen Grundstücke werden nach ganz gleichen Principien veranlagt, jedoch ist von dem Theile der Zubehörungen eines Ritter- Cammer- oder Kloosterguts, welcher den Bestand der größten Reihestelle übersteigt, nur die Hälfte des Beitrags zu erlegen.

§. 5.

Die Veranlagung muß in der Weise geschehen, daß die zur Aufbringung der Armensteuer erforderliche Zahl der Umsolgen festgesetzt wird, daß dann

- 1) von jedem Hause oder Gehöfte, wenn dazu Weiderechtigung gehört oder wenn dasselbe bei der Separation dafür Abfindung erhalten hat, 2 Simpla,
- 2) von jedem andern Hause oder Gehöfte, 1 Simplum
- 3) von jedem Morgen Acker, Garten oder Wiesen, ohne Anrechnung der überschießenden Ruthenzahl, $\frac{1}{4}$ „
erhoben werden.

§. 6.

Zur Aufbringung der nach dem Einkommen zu repartirenden Quote werden nur die in der Gemeinde ihren regelmäßigen Aufenthalt habenden und in selbstständigen Verhältnissen lebenden Personen herangezogen, diese jedoch ohne Rücksicht darauf, ob sie in dem Orte wohnberechtigt sind, oder nur zeitweilig, aber länger als sechs Monate dort sich aufhalten. Persönliche Befreiungen von diesem Theile der Steuer finden nicht statt.

§. 7.

Die Steuer wird nach Maßgabe des auf geeignete Weise auszumittelnden Jahreseinkommens veranlagt, bei dessen Bestimmung sowohl die Einnahme von den in der Gemeinde belegenen Grundstücken, unter Berücksichtigung der darauf ruhenden Lasten und Schulden, als auch das Einkommen von sonstigem Grund- und Capitalvermögen, so wie der gewerbliche und Arbeitsverdienst in Anschlag kommt.

§. 8.

Die in Verhältniß zu der Größe des jährlichen Einkommens zu machende Abstufung in den Beitragsätzen (Classensätzen) bleibt zunächst der Vereinbarung der Interessenten vorbehalten.

Nach diesen Principien ist eine anderweite Repartitions-Rolle über Aufbringung der Armensteuer in der Gemeinde B. aufzustellen und zur Kenntniß der Beitragspflichtigen zu bringen.

Sollten aber die Interessenten sich ad 8. wegen der Einkommensclassen nicht einigen können; oder sollten sämtliche Interessenten überhaupt über eine andere Art der Veranlagung sich einigen; oder aber sollten Holzungen, Teiche, Aenger und Weiden durch Separation aus der gemeinschaftlichen Benutzung in den Besitz der Einzelnen kommen, oder bereits gekommen sein, ohne jene Eigenschaft beibehalten zu haben, oder sollte endlich in Beziehung auf die Bonität der zu besteuern den Grundstücke eine so große Verschiedenheit

12 Auswanderung, Besserungs- und Arbeits-Anstalten, Rescripte.

auf der fragl. Selbstact vorhanden sein; daß durch die Voranlegung nach der Morgenschl eine ganz unverhältnismäßige Concurrenz einzelner Pflichtigen herbeigeführt worden würde, so ist diesbezüglich vorer anderweit zu berichten.

Die h. Cammer, Direction der Domänen, ist von dieser Verfügung mittelst einer Abschrift derselben in Kenntniß gesetzt worden.

Auswanderung.

R e s c r i p t e.

Bekanntmach. h. St. M. v. 3. März 1846.

Da dem Vernehmen nach, die Auswanderungen nach Amerika nicht selten zur Verhütung der Gläubiger benützt werden; so finden Wir Uns veranlaßt, hiedurch folgende Bestimmungen zu treffen:

- 1) Jeder, welcher nach Amerika zu wandern beabsichtigt, hat davon der Stadtpolizeibehörde, oder dem betreffenden herzogl. Amte Anzeige zu machen;
- 2) diese Behörden sind gehalten, solches auf geeignete Weise, durch Einrückung in die braunschweigischen Anzeigen oder in die in den übrigen Landestheilen erscheinenden Localblätter, oder durch öffentlichen Anschlag in der Gemeinde des Wohnorts des Auswanderers, bekannt zu machen, und
- 3) haben diese Behörden diese zur Auswanderung erforderlichen Pässe vom 1. April d. J. an erst nach Ablauf von vier Wochen vom Tage der erlassenen Bekanntmachung an zu ertheilen.

(Br. Anz. 1846. No. 57.)

Besserungs- und Arbeits-Anstalten.

R e s c r i p t e.

Resc. h. Kreisdirect. v. 7. Juni 1843.

Da durch ein Resc. des h. St. M. v. 2. Mai 1843 verfügt worden, daß gegen solche Personen, deren Detention in der Besserungsanstalt zwar verfügt, aber aus besonderen Gründen z. B. wegen dauernder Gebrechen nicht in Ausführung zu bringen ist, während der Dauer der ursprünglich bestimmten Detentionszeit die am Ende des §. 9 des Gesetzes v. 29. Juli 1833 No. 19 erwähnten Disciplinarstrafen durch die Localpolizeibehörden, nöthigenfalls nach vorgängigen ärztlichen Gutachten über deren Zulässigkeit, zur Anwendung gebracht werden dürfen, so ist hiernach in vorkommenden Fällen von den Aemtern zu verfahren.

Resc. h. Kreisdirect. v. 18. Jan. 1847.

Zufolge einer Mittheilung des Ausschusses der h. Landes-Direction kommen noch immer Fälle vor, in denen die Beamten der Besserungsanstalt zu Bebern sich darüber beschweren, daß vor der Ablieferung der Corrigenden in die Anstalt, ihnen eine genügende Eröffnung darüber: aus welchen Gründen und auf wie lange Zeit ihre Detention vom h. Staatsministerium für nothwendig gehalten worden, nicht gemacht sei; auch daß bei der

Bestimmung der Termin der Entlassung aus jener Anstalt nicht immer auf die für Wiederauffinden einer angemessenen Beschäftigung passende Jahreszeit Rücksicht genommen werde; so wie endlich, daß bei der Abführung der Corrigenden aus ihrer Heimath, ihnen Hoffnung auf baldige Entlassung aus der Anstalt gemacht werde, was dann zur Folge hat, daß die Direction der Anstalt und der Prediger derselben, fortwährend mit Bitten um Realisirung der ihnen von den absendenden Behörden angeblich gemachten Versprechungen oder Hoffnungen behelligt würden und daß jene Beamten sodann durch die nöthige Zurückweisung solcher Anträge in ihrer Wirksamkeit auf die Besserung solcher Corrigenden gehindert würden.

Ein h. Amt wird daher in Gemäßheit eines Beschlusses der h. Landes-Direction v. 3. Decbr. v. M. hierdurch angewiesen, mit Strenge darauf zu halten, daß 1) einem jeden Corrigenden vor der Abführung in die gedachte Anstalt über die Gründe und die Dauer der verfügten Detention gehörige Eröffnung gemacht werde, 2) daß bei den Anträgen auf Detention thutlichst darauf Bedacht genommen werde, daß die zu verfügende Detentionszeit mit Oftern oder Michaelis zu Ende gehe, und daß 3) weder von Seiten des Personals des h. Amtes, noch auch der mit dem Transporte der Corrigenden Beauftragten denselben irgend Hoffnung auf etwaige Abkürzung der verfügten Detentionszeit durch gutes Betragen u. gemacht werde.

Brandversicherung, Brandschäden.

R e s c r i p t e.

Resc. h. Kreisdirect. v. 8. December 1847.

Da es zufolge eines Schreibens der h. Baudirection wünschenswerth erscheint, daß zum Behuf der Sicherung der Materialien u. und der Anordnung sonst geeigneter Maassregeln u. die betreffenden Kreisbaubeamten davon möglichst bald in Kenntniß gesetzt werden, wenn das eine oder andere herrschaftliche Gebäude durch Feuer beschädigt oder gänzlich eingäschert wird, so werden die h. Ämter veranlaßt, von allen Brandfällen, welche die herrschaftlichen Gebäude betreffen (jedoch mit Ausnahme der Hüttengebäude), den betreffenden Kreisbaubeamten vorzüglich aber alsdann, wenn jene Gebäude vom Wohnorte desselben entfernt belegen sind, möglichst bald Nachricht zu geben.

Büchernachdruck.

Gesetz, die Publication der mit der königlich preussischen und der königlich großbritannischen Regierung über den dießseitigen Beitritt zu dem Vertrage zwischen Preußen und England vom 13. Mai 1846, wegen Schutzes der Autorenrechte unterm 30. März 1847 geschlossenen Convention betr. (S. 57) [No. 15] (26. April 1847.)

Vertrag S. 62.

Bekanntmach. des k. St. M., die Ausführung des Vertrages vom 30. März 1847 über den dießseitigen Beitritt zu dem zwischen Preußen und England unterm 16. Mai 1846 geschlossenen Vertrage wegen des Schutzes der Autorenrechte gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung betr. (S. 137) [No. 29] (7. Juli 1847.)

Bekanntmach. des k. St. M., den Beitritt der den thüringischen Zoll- und Handelsverein bildenden Staaten zu dem zwischen Preußen und Großbritannien geschlossenen Vertrage vom 13. Mai 1846 wegen gegenseitigen Schutzes der Autoren betr. (S. 141) [No. 31] (19. Juli 1847.)

Censur, Bücherverbote.

B. die Bekanntmach. des Bundesbeschlusses v. 3. März 1847, die Pressegesetzgebung betr. (S. 9) [No. 4] (6. März 1848.)

Gesetz, die Aufhebung der Censur und provisorisch Bestimmung über die Verhältnisse der Presse betr. (S. 11) [No. 5] (13. März 1848.)

§. 2. Aufhebung des Bundesbeschlusses v. 20. Decbr. 1819, der Verordn. v. 25. Octb. 1819, so wie die in den §. §. 3, 5 bis 15, 17 und 18 der Verordn. v. 28. März 1814 enthaltenen Vorschriften. Dagegen bleiben in Kraft §. 1, 4 u. 16 der letztgedachten Verordn. §. 3 Bestrafung der durch die Presse begangenen Verbrechen.

Gesetz über die Freiheit der Presse und des Buchhandels. (S. 73.) [No. 25.] (4. Mai 1848.)

§. 1. Aufhebung der Censur. S. 73

§. 2. Competenz der Gerichte über die Verbrechen oder die Vergehen in Druckschriften und Bilderwerken. Vernichtung derselben. S. 73.

§. 3. Angabe des Namens und Wohnorts des Druckers u. S. 74.

§. 4. 1) Ublieferung der Exemplare einer Zeitschrift an die Ortspolizeibehörde. 2) Ausnahmen in Betreff der Berechtigung zur Herausgabe periodischer Schriften. 3) Unterdrückung der, den Bestimmungen zuwider erschienenen, periodischen Schriften. 4) Aufnahme der Entgegnungen in der Zeitschrift. 5) Angabe der Namen des Herausgebers und Druckers unter der Zeitschrift. S. 74.

§. 5. Einreichung eines Exemplars von jeder periodischen oder Monatsschrift an die Polizeibehörde. S. 75.

§. 6. Bestrafung der Verletzung der in den §. §. 3, 4 u. 5 enthaltenen Bestimmungen. — Beschlagnahmen. S. 75.

R e s c r i p t e .

Bekanntmachung des k. Intelligenzdirectoriums v. 15. Juni 1848.

Damit bei der Veröffentlichung von Privatannoncen in den braunschweigischen Anzeigen dem Gesetze über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Mai d. J. entsprochen werden könne, und darüber Gewißheit erlangt sei, wer nöthigen Falls den Inhalt einer in diesen Blättern aufgenommenen Privatannonce in Gemäßheit jenes Gesetzes werde zu vertreten haben, wird im k. Intelligenz-Comtoire auf folgende Weise verfahren werden:

1) alle einlaufende Privatannoncen, insofern sie verhänglich erscheinen, oder eine

Verdächtigung, oder eine versteckte, oder offene Anklage gegen eine einzelne Person, eine Corporation, eine Behörde oder ein Institut aussprechen, werden unbeachtet bleiben, wenn der Verfasser einer solchen Annonce es unterlassen hat, seinen Namen unter dieselbe zu setzen, oder wenn er sich weigert, seinen Namen dem Beamten des Intelligenzcomtoirs anzuvertrauen, und die volle Verantwortlichkeit für seine Annonce zu übernehmen.

2) Die Einsender oder Ueberbringer einer mit einer Namensunterschrift versehenen Privatannonce, welche eine gerichtliche Untersuchung veranlassen kann, werden von dem Beamten des Intelligenzcomtoirs, wenn er ihre Handschrift oder ihre Person nicht kennt, ersucht werden, sich über die Identität derselben zu legitimiren.

3) Der verantwortliche Beamte des Intelligenzcomtoirs wird, wie jede Redaction eines anderen Blattes, auch das Recht in Anspruch nehmen, die Annahme, von gehörig legitimirten Privatannoncen abzulehnen, besonders dann, wenn der Inhalt derselben von der Beschaffenheit ist, daß das Intelligenzcomtoir durch Veröffentlichung desselben sich selbst sowohl, als dem Verfasser, eine gerichtliche Untersuchung zuziehen würde.

Abgesehen von diesen nothwendigen, das Verfahren des Beamten des Intelligenzcomtoirs bei der Annahme von Privatannoncen verzeichnenden und auf möglichste Sicherstellung desselben vor Verantwortlichkeit abzielenden Bestimmungen ist der volle Gebrauch der Pressfreiheit innerhalb der gesetzlichen Schranken auch in den braunschweigischen Anzeigen Jedem gestattet.

(Br. Anz. 1848. No. 142. Sp. 1597.)

Criminal-Justiz.

Circul. Resc. h. St. M. an sämtliche h. Kreisgerichte die Vollziehung erkannter Gefängnißstrafen an mit ansteckenden Krankheiten behaftenden Sträflingen betr. (S. 149.) [No. 18.] (9. Mai 1846.)

Gesetz, die Publication der mit der fürstlich Waldeck'schen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher und Aufhebung der Gerichtsgebühren in Criminalfällen betr. (S. 3.) [No. 1 im Jahrg. 1846.] (29. Decbr. 1846.)

B., die Publication der mit dem Königreiche Belgien über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern u. abgeschlossene Uebereinkunft betr. (S. 19.) [Nro. 5.] (9. Jan. 1847.)

Circul. Resc. h. Oberlandesgerichts in Beziehung auf den Artik. 153 der Verordnung die Militärstrafen und Processe betr. v. 26. Mai 1837. (S. 97.) [No. 21.] (17. Mai 1847.)

Bekanntmach., das Gesetz über Deffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, so wie über die Einführung von Geschworenengerichten in Strassachen betr. (S. 39.) [No. 17.] (20. April 1848.)

Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei Ausläufen entstandenen Schadens. (S. 41.) [No. 18.] (24. April 1848.)

(Im §. 4. ist zu lesen statt: und die Gemeinde außer Stande war, »und die Gemeinde im Stande war«. s. S. 114 der Ges. u. Verordn. Samml. von 1848.)

R e s c r i p t e.

Resc. h. Finanz-Colleg. v. 17. April 1833.

Das h. Finanz-Colleg. setzt die h. Kreisgerichte von einem Resc. des h. Staatsministeriums v. 12. April 1833, worin verfügt worden, daß die Defensionsgebühren zahlungsunfähiger Inculpaten am Schlusse eines jeden Quartals unter eins liquidirt und auf die h. Hauptfinanzcasse angewiesen werden sollen, in Kenntniß, mit dem Ersuchen, die vierteljährigen Liquidationen, welche mit den Bescheinigungen des gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts oder des h. Landesgerichts zu belegen, an dasselbe einzusenden.

Resc. h. St. M. v. 18. Januar 1834.

H. Kreisdirection hat wegen der von dem h. Amte N. verweigerten Mittheilung von Untersuchungsacten wider den N., wegen Mißhandlung eines Landjägers, an genannte Behörde behuf eines über ein Begnadigungsgesuch des Verurtheilten zu erstattenden Berichts Vortrag anher gemacht. Da nun die Polizeiverwaltung zum Ressort der h. Kreisdirectionen gehört, diese daher bei den in Polizei-Contraventionsachen abgegebenen Erkenntnissen in gleicher Weise interessirt sind, als z. B. die Forst- oder Steuerbehörden bei den diese Departements angehenden Contraventionen, mithin es überhaupt zweckmäßig ist, daß Berichte der Aemter über Begnadigungsgesuche in den gedachten Sachen durch die h. Kreisdirectionen an das h. St. M. gelangen, und diese auch selbst die Acten zum Zwecke der Berichtserstattung einfordern: so ist hiernach sowol in Beziehung auf den in Rede stehenden Fall, als in künftigen ähnlichen Fällen zu verfahren, wie solches denn auch bisher schon von einigen Kreisdirectionen und Aemtern geschehen ist.

Resc. h. St. M. v. 14. Juli 1834.

worin die h. Kreisgerichte angewiesen werden die von denselben erkannten, in die Finanzcasse fließenden Geldstrafen, zwar nach wie vor vierteljährlich, jedoch nur mit einer kurzen Anzeige der an die Hauptfinanzcasse eingesandten Totalsummen, ohne Beifügung einer Quartalliste, abzuliefern, dagegen aber mit dem Ablaufe jeden Jahres eine, als mit dem Expeditionsregister gleichlautend, attestirte Hauptnachweisung bei dem h. Finanzcolleg. einzureichen.

(Formulare.)

Resc. h. St. M. v. 20. Februar 1836.

Da es im Interesse des Dienstes zweckmäßig ist, daß von den, in Untersuchungssachen wider Staatsdiener abgegebenen gerichtlichen Erkenntnissen die den Angeschuldigten vorgesetzten Behörden Kenntniß erhalten, eine solche Mittheilung auch in den, in dem Gesetze über den Civilstaatsdienst vom 12. Octbr. 1832 §. §. 60 No. 3 und 62 bezeichneten Fällen nothwendig wird, um die Behörden in den Stand zu setzen, die erforderlichen Anträge auf die gerichtlich auszusprechende Entlassung oder Absetzung resp. der von der Instanz entbundenen oder verurtheilten Staatsdiener zu machen: so werden die h. Kreisgerichte hiemit angewiesen, von jedem, in Untersuchungssachen wider einen Staatsdiener ergangenen absolutorischen oder verurtheilenden Erkenntnisse, nach erfolgter Publication und

erlangter Rechtskraft, demnach Angeeschuldigten vorgesetzten Behörde beglaubigte Abschrift zu communiciren.

Resc. h. St. M. v. 23. December 1836.

Auf den Bericht des h. Landesgerichts vom 15. December 1836 die Frage über die Competenz der Gerichte in Hinsicht auf Entlassung oder Absetzung der Ortsvorsteher betreffend, eröffnet h. Staatsministerium demselben, daß die Absetzung der Ortsvorsteher nach der gegenwärtigen Gesetzgebung nur im administrativen Wege erfolgt, und als Straf-übel überall nicht erkannt werden kann.

Resc. h. Land. Ger. v. 1. März 1837.

Die Erkennung einer Strafe im Untersuchungsprocesse setzt die gehörige Publication des Strafgesetzes, als eines solchen, durch den Gesetzgeber voraus. Wenn daher Jemand für den Fall des Entgegenhandelns sich einer Strafbestimmung vertragsmäßig unterworfen hat, so kann die Strafe nicht im Untersuchungsprocesse erkannt, sondern es muß solche, gleich einer Conventionalstrafe, im Civilverfahren eingefordert, und hierin über die Anwendung der Strafe geurtheilt werden.

Es ist mithin in solchen Fällen ein Untersuchungsverfahren nicht, sondern nur ein Civilverfahren zulässig.

Resc. h. Landesger. v. 19. Februar 1838.

Die Einsicht mehrerer Untersuchungssachen hat die Ueberzeugung gegeben, daß manche, schon früher gegebene Vorschriften von verschiedenen Gerichten unbeachtet gelassen werden, wodurch zum Theil eine vermeidliche und nur zum Aufenthalte der Sache dienende Remission der Acten vor Abgabe eines Erkenntnisses oftmals nothwendig geworden ist; zum Theil aber andere Nachtheile leicht herbeigeführt werden können. Um nun diesen für die Folge zuvorzukommen, wird hiermit Folgendes in Erinnerung gebracht:

1) ist darauf sorgfältiger als bisher zu achten, daß die Angeeschuldigten, wie solches in dem Rescripte vom 28. Mai 1827 (Th. 2. S. 51) vorgeschrieben ist, in allen Untersuchungen über Verbrechen, welche eine geringere, als zweijährige Freiheitsberaubung nach sich ziehen, am Schlusse derselben befragt werden, ob sie vor dem Erkenntnisse auf ihre Kosten eine Vertheidigung verlangen? im Bejahungsfalle auch das Nöthige dazu eingeleitet werde.

Auch ist insonderheit hiebei nicht außer Acht zu lassen, daß die in der höchsten Verordnung vom 1. November 1830 No. 25 §. 14 hiervon gemachten Ausnahmen durch die in dem Gesetze vom 23. Februar 1831 §. 14 erfolgte Aufhebung jener Verordnung wieder cessirt, mithin das gedachte Verfahren jetzt auch in den Untersuchungen über die Vergehen wider die öffentliche Ordnung zu beobachten ist.

2) ungeachtet mehrfach erfolgter Anweisungen, namentlich in dem Rescripte vom 14. Mai 1819. (Th. I. S. 25.) wird noch häufig die nothwendige Nachricht in den Untersuchungsacten über die Vermögensumstände der Angeeschuldigten vermißt. Es ist daher die in diesem Rescripte gemachte Anweisung ebenfalls genauer, als bisher geschehen, zu befolgen, und

3) ist gleichmäßig der Vorschritt des Rescripts vom 26. August 1819. (Repert. Zbl. I. S. 26.) insbesondere sub a, b und c besser als hin und wieder der Fall gewesen; Genüge zu leisten, namentlich auch strenge darauf zu halten, daß die Tage der Verhaftung und der Entlassung der Angeschuldigten jedesmal auf dem Mantelbogen der Acten bemerkt werden.

Rescr. h. Land. Ger. v. 5. März 1838.

Um den Defensores die Mittel und Wege, die auf ihre Vertheidigung ergangenen Erkenntnisse nochmals kennen zu lernen, ist das h. Landesgericht vom h. St. M. beauftragt, die Gerichte anzuweisen, einem jeden Vertheidiger auf Verlangen und geziemendes, wenn auch nur mündliches Ansuchen, die Einsicht der, auf ihre Vertheidigung erfolgten Criminalerkenntnisse gratis zu erstatten, und ist diesem gemäß eintretenden Falls von den Kreisgerichten zu verfahren.

Rescr. h. Finanzcoll. v. 7. März 1838.

Da nach den neueren Bestimmungen die Einziehung der erkannten Strafgeelder zum Ressort der h. Gerichte gehört und kein Grund vorhanden ist, den h. Kreiscassen ferner die ganze Strafe zur Vereinnahmung zu überweisen und die Denunciantenanteile in den Rechnungen wieder in Ausgabe stellen zu lassen, vielmehr unter diesen Umständen nur der, der Staatscasse gebührende Theil von den eingehenden Strafgeeldern bei den herzogl. Kreiscassen zur Verrechnung kommen kann; so ersucht h. Finanzcoll. die h. Kreisgerichte, künftig nur die der Staatscasse gebührenden Theile von den eingehenden Strafgeeldern an die h. Kreiscassen abliefern zu lassen, wenn nicht in einzelnen Fällen, wo der Denunciant auf den Strafanteil verzichtet, oder aus sonstigen Gründen, der ganze Betrag zu verrechnen ist; weshalb h. Finanzcoll. ersucht, bei der Anzeige über erkannte Strafen jedes Mal zu bemerken, ob die ganze oder die halbe Strafsomme der h. Kreiscasse zu überweisen ist.

Resc. h. St. M. v. 12. December 1838.

Auf erstatteten Bericht, die Competenz zur Erstattung von Berichten über Begnadigungsgesuche betreffend, eröffnet h. Staatsminister, einer h. Kreisdirection, daß die Einforderung von Acten in Criminalsachen, von den Gerichten, Behuf Erstattung von Berichten jener Art, über die Competenz der h. Kreisdirection hinausgeht, solche vielmehr sich auf die zum Ressort dieser Behörde gehörenden Policeisachen beschränken muß, wie dieses auch in einem der h. Kreisdirect. unterm 18. Januar 1834 abschriftlich mitgetheilten Rescripte an die h. Kreisdirect. Sandersheim von demselben Datum angeordnet ist. Hat daher eine h. Kreisdirect. Anlaß, in Beziehung auf Begnadigung criminal Verurtheilter, Anträge bei h. Staatsministerium zu machen, so sind solche direct an dasselbe zur weiteren Verfügung gelangen zu lassen.

Resc. h. Landger. v. 23. December 1839.

Wegen der, zwischen dem h. Kreisgerichte zu H. und dem h. Amte daselbst, hinsichtlich der Verwaltung der dortigen Gefangenanstalten entstandenen Differenzen, wovon das h. Staatsministerium, durch einen Bericht des Ausschusses der h. Land. Direct. gesetzt ist, hat h. Landger. in Gemäßheit eines Rescripts h. Staatsministeriums vom 5. d. M., dem h. Kreisgerichte Folgendes zu eröffnen:

1) Bei der Aufnahme von Untersuchungs-Gefangenen in die dortigen Gefängnisse, genügt es nicht, wenn h. Kreisgericht den dortigen Gefängniswärter bloß mündlich anweist, die Gefangenen aufzunehmen, und es denselben überläßt, davon dem h. Amte Anzeige zu machen, sondern es ist dem Gefängniswärter bei der Gefangenensehung eines Untersuchungs-Gefangenen, jedes Mal ein schriftlicher Befehl zur Aufnahme des Gefangenen in die dortigen Gefängnisse, zuzufertigen.

2) Die Strafgefangenen stehen, wie solches bereits in dem Circularrescripte des h. Staatsministeriums vom 7. Juli d. J., bestimmt ist, einzig und allein unter der Aufsicht des h. Amts, als der betreffenden Verwaltungsbehörde, indem mit der Strafvollziehung, nach dem Gesetze vom 29. Juli 1833, die Thätigkeit des Untersuchungsgerichts ganz aufhört, und alle weiteren, in Ansehung des Strafgefangenen und der von demselben abzubüßenden Strafe, nöthig werdenden Verfügungen, der Verwaltungsbehörde anheim fallen.

3) Was die, den Gefangenen etwa zu verabreichenden Kleidungsstücke anlangt, so hat h. Kreisgericht während der Untersuchung zwar mit darauf zu achten, daß seine Gefangenen von der nöthigen Bekleidung nicht entblößt sind, und insbesondere in solchem Zustande nicht an die Strafanstalten abgeliefert werden, — wenn es jedoch zu dem Ende erforderlich wird, daß dem Gefangenen, Kleidungsstücke auf Kosten der Staatscasse angeschafft werden, so gehört diese Anschaffung zu dem Ressort des h. Amts als Verwaltungsbehörde; — dasselbe ist daher in einem solchen Falle jedes Mal ordnungsmäßig zu requiriren, wobei jedoch, wegen der fast täglichen Anwesenheit der beiderseitigen Behörden in demselben Gerichtshause, zu erwarten ist, daß solche Requisitionen in den meisten Fällen h. m. und mündlich sich erledigen lassen werden.

Resc. h. St. M. v. 15. April 1840.

Da h. St. M. für angemessen erachtet, die im Gewahrsam der h. Kr. Ger. befindlichen confiscirten Wilddiebesflinten (zum Abschrauben eingerichteten Jagdgewehre) an die h. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, eingeliefert werden, welche Behörde in geeigneten Fällen die Bewilligung von Gratificationen an die Denuncianten beantragen wird, so haben die h. Kr. Ger. danach zu verfahren.

Resc. h. Landesgerichts v. 15. Juni 1840.

Auf den in Betreff einer zwischen dem h. Kreisgerichte N. und dem h. Amte N. streitigen Competenzfrage hinsichtlich auf die Brogensachen erstatteten Bericht, erwiedert das h. Land. Ger.: daß der §. 20 No. 3 des Gesetzes vom 15. Oct. 1832 insbesondere, weil diese Stelle nur von Verbrechen redet, auch für das Brogenverfahren in §. 21 und 22 des Gesetzes vom 23. Febr. 1837 eine eigene Procebur vorgeschrieben ist, welche bei dem h. Kreisgerichte wegfällt, auf eigentliche Brogensachen allerdings nicht anwendbar erscheint.

Resc. h. St. M. v. 7. August 1840.

Bei der Revision der monatlichen Verzeichnisse der bei h. Kreisgerichten anhängigen Untersuchungsfachen ist die Bemerkung gemacht worden, daß verurtheilte Inculpaten, wenn ein übergebenes erstes Begnadigungsgesuch für sie keinen oder nicht den erwünschten Erfolg

gehabt hat, dieses Gesuch wiederholen, und dadurch bei einigen h. Kreisgerichten einen ungebührlichen Aufschub der Vollstreckung des Strafes Erkenntnisses erwirken. Da nun eine prompte Strafvollziehung von besonderer Wichtigkeit für den bezweckten Eindruck auf die Verurtheilten ist, und auch sonst die Ordnung solche erheischt; so werden sämtliche h. Kreisgerichte mit Beziehung auf die diesbezüglich schon früher erlassenen gleichen Verfügungen angewiesen, in allen Fällen, wo es nicht auf die Vollziehung der Lebensstrafe ankommt, die erkannte Strafe sofort, nachdem das erste Begnadigungsgesuch ohne gänzlichen Erlaß derselben erledigt worden, in Vollziehung zu setzen. Den h. Ämtern und Stadtgerichten ist dieses bekannt zu machen.

Resc. h. St. M. v. 1. October 1840.

Der Bestimmung des §. 12 des Criminalgesetzbuches zufolge, sollen Gefängnißstrafen über drei Monate in einer eigenen Strafanstalt vollzogen werden und es ist eine solche Anstalt in dem braunschweigischen Regidienkloster eingerichtet. Die h. Kreisgerichte werden nun angewiesen, die Strafgefangenen dieser Art zur Vollziehung der Strafe der braunschweigischen Polizeidirection zu überweisen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 29. Juni 1841.

H. Oberlandesgericht macht einem h. Kreisgerichte bemerlich, daß die im §. IV. No. 2 des landesherrlichen Patents v. 10. Juli 1840, die Einführung des Criminalgesetzbuchs betreffend, enthaltene Bestimmung nur auf den darin ausgedrückten Fall zu beschränken, nicht aber auf den Fall auszudehnen ist, wenn die bei Polizeivergehen zu erkennende Geldstrafe wegen Mittellosigkeit des Inculpaten in Gefängnißstrafe zu verwandeln ist, vielmehr in dieser Hinsicht die Verordnung v. 18. Juni 1827 ferner zur Anwendung kommen muß.

Resc. des h. Oberland. Ger. v. 19. Juli 1841.

Von einigen Gerichten ist bei Verwandlung einer für Polizeivergehen überhaupt und in Gewerbesteuerfachen insbesondere erkannten Geldstrafe in Gefängniß nicht, wie bisher, in Gemäßheit der Verordnung v. 18. Juni 1827 ein Tag Gefängniß mit 12 Sgr., sondern mit 1 Thlr. in Ansatz gebracht. Das h. Oberlandesgericht hat auf Veranlassung, eines herzoglichen Ministerialrescripts v. 10. Juli 1841 sich bewogen gefunden auf das Irri-ge dieses Verfahrens aufmerksam zu machen, indem nach Maassgabe des Einführungspatentes §. III. unter anderen auch alle Strafgesetze, welche sich auf die Steuer- und Polizeicontraventionen beziehen, namentlich also auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Verwandlung der Geldstrafen, wie dies aus der Vorschrift des Einführungspatents §. IV. No. 2 noch deutlicher hervorgeht, unverändert bestehen geblieben sind, die Vorschrift des §. 18 des Criminalgesetzbuchs also nur bei eigentlichen Criminalverbrechen, welche dessen Gegenstand ausmachen (§. 5 des Criminalgesetzbuchs), Anwendung leidet.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 11. October 1841.

Der, durch die Einführung der monatlich einzureichenden Verzeichnisse der bei den h. Kreisgerichten anhängigen Untersuchungsfachen erreichbare Zweck, hat wegen mancher

Criminal-Justiz, Rescripte.

21

Unvollständigkeit und Ungenauigkeit derselben, theils überall nicht gehörig realisirt werden können, theils ist dessen Erreichung durch die Verschiedenheit der Form, welche die Gerichte dabei beobachten, besonders aber durch die mehr oder minder mangelhafte und verschiedene Art, mit welcher von einigen derselben die Rubriken ausgefüllt sind, bedeutend erschwert worden. Um diesen Uebelstande abzuheben, und eine Gleichförmigkeit der Verzeichnisse in jeder Beziehung herbeizuschaffen, ist es für nothwendig erachtet, folgende Vorschriften zu erlassen:

(Es folgen die Vorschriften und ein Formular.)

Resc. h. Oberland. Ger. v. 4. November 1841.

Der besondern in der Stadt Braunschweig bestehenden Verhältnisse wegen ist zwar der Wirkungskreis der h. Polizeibehörde hinsichtlich der in Criminalsachen zu führenden Voruntersuchung erweitert, nicht aber sind die den h. Stadtgerichten in dieser Beziehung nach §. 4 No. 2 des Gesetzes v. 15. October 1832 das Justizwesen betreffend. obliegenden Functionen lediglich auf die Polizeibehörden übertragen oder zwischen der Polizeibehörde und dem h. Kreisgerichte dergestalt vertheilt worden, daß die h. Stadtgerichte sich jener Obliegenheiten gänzlich entheben erachten könnten. Diese Deutung läßt das höchste Rescript v. 10. Januar 1834 in Verbindung mit dem Rescripte h. Staatsministerii v. 27. März 1834 überall nicht zu, und es ist daher nicht zweifelhaft, daß, wenn in wichtigern Criminalsachen Handlungen auszuführen sind, welche an sich zu den in der allegirten Gesetzesstelle bezeichneten gehören, gleichwol von der Polizeibehörde nicht in demselben Maaße, wie von den Gerichten besorgt werden können, vielmehr einer Erledigung durch die Gerichte bedürfen, (als wohin namentlich Obductionen und Sectionen, und zwar jene nicht bloß bei Tödtungen, sondern auch bei erheblicheren Verwundungen zu rechnen sind), die h. Stadtgerichte sich der Vornahme solcher Handlungen zu entziehen nicht befugt sind. Auch ist die in dem höchsten Rescripte vom 5. April 1832 vorgeschriebene Anwesenheit eines der drei Actuarien der h. Stadtgerichte in dem Amtlocale der letzten wieder in Ausführung zu bringen, und h. Kreisgericht Braunschweig darauf, daß solches geschehe zu achten, angewiesen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 5. April 1842.

H. Oberlandesgericht kann den, vom h. Kreisgerichte ausgesprochenen Grundsatz, daß das h. Amt über alle Polizeidelicte, auch wenn die verschiedenen deßfalls zu erkennenden Strafen dessen Competenz übersteigen sollten, zu erkennen habe, nicht für richtig halten. Es folgt vielmehr aus der Natur dieser Delicte, daß solcher Grundsatz nur von derjenigen Classe von Polizeivergehen, welche das Criminalgesetzbuch nicht an die Polizeibehörden verweist, sondern welche schon an sich als solche bestehen, z. B. den Forst- Jagd- Steuer- Zoll- Post- und anderen dergleichen Contraventionen, zu verstehen sei.

Anders verhält es sich dagegen mit den an die Polizeibehörden verwiesenen geringen Criminalsachen, welche nach Maaßgabe der deßfalls bereits ausgesprochenen Ansicht der Landesregierung in Beziehung auf die Zusammenrechnung eigentlicher Criminalstrafen mit

Policeistrafen der letztgedachten Art (Crim. Ges. Buch §. 55. Bemerk. B. S. 214); allerdings zusammengerechnet werden und von dem durch Zusammenrechnung der Strafen competent gewordenen Gerichte (Ges. v. 15. October 1832. No. 23. §. 20. No. 3) abgeurtheilt werden müssen.

Die dem S. beigemessenen Vergehen gehören zu der Classe derjenigen Vergehen, welche das Crim. Ges. Buch §. 116 u. 199. der Strafpolizei zuweist, und da durch Zusammenrechnung des auf diese Delicte gesetzten höchsten Strafmaasses die Competenz der Aemter überschritten wird, so hat das h. Kreisgericht das Erkenntniß abzugeben.

Das h. Oberlandesgericht erkannte am 13. Januar 1846:

Daß eine Zusammenrechnung der Beträge der verschiedenen Diebereien des Angeklagten, um nach diesem Gesamtbetrage die Strafe auch in ihrer Abstufung zu bestimmen, allerdings angenommen werden müsse.

Resolut. h. Oberland. Ger. v. 26. Mai 1842.

Daß, da 1) nachdem dem eigenen Vortrage des Querulanten zufolge auf die von demselben verfolgte weitere Vertheidigung ein Erkenntniß abgegeben worden, gegen letztes ein Rechtsmittel überall nicht mehr zulässig ist, Gründe aber, aus welchen jenes Erkenntniß als formell rechtsbeständig nicht anzusehen wäre, aus dem Vortrage des Querulanten nicht zu entnehmen sind, vielmehr die von demselben hervorgehobenen Umstände lediglich auf die Beurtheilung der Sache selbst sich beziehen, welche nach dem Obigen einer weiteren Prüfung nicht unterworfen werden kann;

2) falls der Querulant durch noch nicht berücksichtigte Thatsachen einen Unschuldsbeweis erbringen zu können vermeinen sollte, derselbe mit den darauf gerichteten Anträgen an das zur Instruction der Sache competent gewesene Gericht sich zu wenden haben würde; auf die Anträge des Querulanten nicht eingegangen werden könne.

Resc. h. St. M. v. 18. Juni 1842.

auf nachfolgenden Bericht des h. Oberlandesgerichts, womit dasselbe sich einverstanden erklärt hat.

Die Frage: ob das Criminalgesetzbuch auf Gildenvorsteher bei Amtsverbrechen derselben anwendbar sei? scheint auf den ersten Blick einigen Zweifeln zu unterliegen; denn die allgemeinen Bestimmungen über Amtsverbrechen sollen nach §. 248. No. 5 auf alle solche Personen, welche von einer obrigkeitlichen Behörde mit einer öffentlichen Function bekleidet und auf dieselbe beeidigt oder mittelst Handgelöbnisses an Eidestatt verpflichtet sind, anwendbar sein. Nun bekleidet aber ein Gildenvorsteher allerdings eine öffentliche Function und soll auch nach §. 31 der Gildordnung v. 29. October 1821 von seiner ordentlichen Gerichtsbehörde durch selbige eidlich verpflichtet werden, auch würde der Umstand allein, daß ein solcher Beamter, wie im fraglichen Falle, nur ein Handgelöbniß geleistet hat, nach Obigem nicht von Erheblichkeit sein können. Gleichwol ist das h. Oberlandesgericht der Ansicht, daß das Criminalgesetzbuch auf die Gildenvorsteher bei Amtsverbrechen derselben nicht anwendbar sei, und zwar aus folgenden Gründen:

1) werden dieselben nach §. 28. der Gildordnung nur von den Gildemitgliedern gewählt und daher nicht von einer obrigkeitlichen Behörde, wie §. 248 des Criminalgesetz-

buch) voraussetzt, mit ihrer öffentlichen Function bekleidet, mithin dürfte es mindestens zweifelhaft sein, ob gedachter §. überall an sich auf die Gildevorsteher Anwendung leiden könne.

2) ist nach des Oberlandesgerichts Erachten die ganze Gildeordnung für ein Polizeigesetz zu halten, welches nach Vorschrift des Patentes vom 10. Juli 1840 §. III. neben dem Criminalgesetzbuche unverändert bestehen geblieben ist; solchemnach würde also

3) die im §. 123. No. 15 der Gildeordnung angedrohte Strafe von 5 Thaler und die den Gildemestern daneben angedrohte Dienstentsetzung nur für eine polizeiliche Ahndung gehalten werden können, deren Natur, auch abgesehen von allen anderen Gründen schon daraus hervorgehen würde, daß es unmöglich in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben könne, die strengen Folgen der Dienstentsetzung im criminalrechtlichen Sinne mit der fraglichen, nur als Folge der Uebertretung einer polizeilichen Vorschrift anzusehenden Dienstentsetzung zu verbinden, zumal weit bedeutendere Amtsvergehen wirklicher Staatsdiener nach §. 204. des Criminalgesetzbuchs nur disciplinarisch geahndet werden sollen.

Hier nächst könnte vielleicht aus der Bestimmung des §. 54. der Gildeordnung sogar in Zweifel darüber hergenommen werden, ob die Gerichte überall in dieser Sache competent seien. Es heißt nämlich darin: »Den Gildevorstehern steht die Entscheidung, ob eine durch gegenwärtige Gildeordnung angedrohte Strafe verwirkt sei oder nicht, auf keine Weise zu, sondern dem obrigkeitlichen Deputirten. Glauben die Gildemeister oder die Straffälligen bei dessen Entscheidung sich nicht beruhigen zu können, so müssen sie den Vorfall der demselben zunächst vorgesetzten Behörde anzeigen, welche sodann darüber zu erkennen hat.«

Das h. Oberlandesgericht ist indessen der Ansicht, daß, da unserer Verfassung eine administrative Justizverwaltung fremd ist, diese Vorschrift nichts weiter habe anordnen wollen, als daß die Vorfrage: ob ein Vergehen gegen die Strafbestimmungen der Gildeordnung in einem gegebenen Falle begangen und eine Untersuchung deshalb einzuleiten sei, beziehungsweise von den obrigkeitlichen Deputirten und der demselben zunächst vorgesetzten Behörde zunächst festgestellt werden solle; daß aber die Strafen, wie in allen anderen Fällen, von den ordentlichen Gerichten zu erkennen seien.

Diesemnach hält das h. Oberlandesgericht dafür, daß die im vorliegenden Falle, wo es sich um Anwendung des §. 123. No. 15. der Gildeordnung, also um Verhängung einer nach dem obigen nur für polizeilich zu haltenden Ahndung des Vergehens des Gildevorstandes und einiger Gildemitglieder an einem verbotenen Gelage bei Aufweisung des Meisterschafts Theil genommen zu haben, handelt, von einer besondern Autorisation des h. Amtes §. zur Untersuchung des Gildevorstehers, wie solche §. 255. des Criminalgesetzbuchs vorschreibt, nicht die Rede sein könne, zumal die vorhin gedachte Entscheidung des obrigkeitlichen Gildedeputirten u. über die Strafbarkeit eines concreten Falles, die Stelle einer solchen Autorisation zu ersetzen, geeignet erscheinen dürfte.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 12. Juli 1842.

Es ist darüber Beschwerde geführt, daß den h. Aemtern von den h. Kreisgerichten aufgegeben sei: in allen, dessen Competenz übersteigenden Untersuchungsfachen gegen ein be-

stimmtes Individuum, stets ein genaues Signalement desselben aufzunehmen, desgleichen am Schlusse der Untersuchung den Acten stets eine Bescheinigung über des Angeeschuligten Vermögensumstände beizufügen. Diese Beschwerde ist begründet, denn einmal gehören diese Auflagen nicht nothwendig und in der bemerkten Allgemeinheit zu dem im §. 4. No. 2. des Gesetzes vom 15. October 1832 (33) vorgeschriebenen Geschäftskreise der jetzigen Stadtgerichte und Aemter in Untersuchungssachen, und die h. Kreisgerichte erscheinen demnach nicht ermächtigt, einzelne zur Instruction erforderliche Acte ein für allemal den ihnen untergeordneten Localgerichten zu übertragen. cf. §. 6. Abschn. 2. der Verordnung v. 26. März. 1823. (7.)

Zweitens aber auch hiervon abgesehen, würde es unzweckmäßig und unnöthig sein, die Angeeschuligten in allen auch geringen Untersuchungssachen stets signalisiren zu lassen. Dieses dürfte vielmehr nur dann erforderlich sein, wenn der Inculpat zur Haft gezogen wird, oder wenn mit Grunde zu befürchten steht, daß der auf freiem Fuße befindliche Angeeschuldigte seinen Aufenthaltsort mit einem unbekannten oder entfernten vertauschen werde. In einem solchen Falle, besonders im ersten, würde dies auch von den Stadtgerichten und Aemtern besorgt werden müssen, da es alsdann zur eventuellen Sicherung der Rechtsverfolgung dienen würde, allein ausschließlich würden sie dazu nicht verpflichtet erscheinen.

In anderen Fällen würde die Aufnahme des Signalements nur oft zum Aufenthalte der Sache Veranlassung geben, ohne Nutzen sein und die Angeeschuligten oftmals nur unangenehm berühren.

So viel die stets und ohne Ausnahme vor Einsendung der Acten erforderliche Bescheinigung über die Vermögensumstände der Inculpaten betrifft, so ist deren Beibringung in vielen, ja in den meisten Fällen unumgänglich nothwendig; allein alsdann, wenn diese Verhältnisse notorisch oder zweifellos sind, oder schon aus den in den Acten enthaltenen Personalien hervorgehen, würde eine solche Bescheinigung auch ganz überflüssig und nutzlos sein und nur leicht zum nachtheiligen Aufenthalte der Sache führen, wenn darnach die Acteneinsendung verzögert werden sollte; vielmehr würde es den Localgerichten unbedenklich gestattet werden können, bei Einsendung der Acten, da, wo es nach Obigem nöthig sein sollte die Nachsendung der Bescheinigung zu versprechen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 25. August 1842.

Da nicht in Gewißheit gesetzt ist, daß die Krankheit oder der nachherige Tod der Ehefrau des M. durch die von der Hebamme R. verordneten Medicamente verursacht worden sei, so ist in obiger Beziehung von weiterer Untersuchung zu abstrahiren. Wegen Uebertretung des Verbotes der Verordnung des 18. Februar 1757. Art. 9. und vom 10. April 1803. Art. 4. hingegen bleibt die weitere Verfügung als zur Competenz des h. Oberlandesgerichts nicht gehörig, dem h. Kreisgerichte überlassen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 27. September 1842.

Das Zusammentreffen eines eigentlichen Polizeivergehens mit einem Criminalverbrechen fällt nicht unter die Bestimmungen des §. 55 des Criminalgesetzbuches, ist mithin auf die Competenzfrage ohne Einfluß und die hierüber in dem Einführungspatente §. X.

enthaltene Vorschrift bezieht sich auf Criminalverbrechen und auf solche polizeilich zu bestrafenden Vergehen, welche das Criminalgesetzbuch an die Strafpolizei verweist, wie die ständischen Verhandlungen über das Criminalgesetzbuch (Bemerk. 3. zu §. 55.) näher darthun.

Da nun hinsichtlich der, der Hebamme R. angeschuldigten unvorsächlichen Beschädigung und Tödtung von weiterer Untersuchung zu abstrahiren gewesen ist, so bleibt nur ein eigentliches Polizeivergehen übrig, dessen Ahndung, obwohl es (Berord. v. 18. Febr. 1757. Art. 9. und v. 10. April 1803. Art. 4.) mit willkürlicher schwerer Strafe bedroht worden, nach dem Gesetze v. 15. October 1832. No. 33. §. 11. No. 2. in der Zuständigkeit des h. Kreisgerichts, und zwar ohne Ausnahme und ohne Beschränkung auf eine gewisse Strafe, liegt, und folglich zu der Competenz des h. Oberlandesgerichts um so weniger erwachsen sein kann, als unter schwerer Strafe nicht ausschließlich eine Criminalstrafe zu verstehen ist (Motive z. Egb. Einleit. §. V. S. 145.)

Ein Widerspruch der Entscheidung des h. Oberlandesgerichts vom 25. August 1842. mit denjenigen, welche das h. Kreisgericht in seinem Berichte anführt, ist also, weil die letzten Criminalsachen zum Gegenstande gehabt haben, nicht vorhanden, und da im gedachten Rescripte des h. Oberlandesgerichts vom 25. August 1842. bloß hat ausgesprochen werden sollen, daß die zu treffende Verfügung, als zur Competenz des h. Oberlandesgerichts nicht gehörend, dem h. Kreisgerichte überlassen bleiben müsse, so würde h. Kreisgericht, falls sein rechtliches Erachten dahin gehen sollte, daß die Bestrafung der R. die amtliche Competenz nicht übersteige, die Aburtheilung der Sache an h. Amt G. zu verweisen, durch jene Verfügung des h. Oberlandesgerichts nicht gehindert sein.

Bericht des h. Oberland. Ger. v. 3. Novemb. 1842.

Unter dem Verbrechen der Fehlerei, welches nach §. 2. des Wahlgesetzes v. 12. Oct. 1832. den Verlust des Stimmrechts nach sich ziehen soll, ist lediglich die absichtliche Begünstigung eines nach den Grundsätzen des allgemeinen Criminalrechts zu beurtheilenden Diebstahls oder sonstigen dahin gehörenden Verbrechens zu verstehen, nicht die Begünstigung eines Forstfrevels u. u. durch wissentliche Annahme der gefrevelten Gegenstände. Hiernach kann in Folge der wegen Begünstigung eines Forstfrevels erfolgten Verurtheilung das Stimmrecht bei Wahlen nicht entzogen werden.

Resc. h. St. M. v. 5. November 1842.

Auf den genehmigten Bericht des h. Oberlandesgerichts v. 27. Octbr. desselben Jahres.

Die gesetzlichen Vorschriften der Verordnung vom 22. März 1825 modificiren die gemeinrechtlichen Erfordernisse der Nothwehr zu Gunsten der Forst- und Jagdofficianten und gewähren diesen bei genauer Beobachtung der dort vorgezeichneten Handlungsweise Strafflosigkeit im Fall einer Verwundung oder Tödtung eines Wilddiebes. Hieraus folgt aber nicht, daß im Fall der Nichtbefolgung dieser Handlungsweise ein Dienstvergehen zu bestrafen bleibe, sondern es tritt dadurch der Officiant nur in die Kategorie aller übrigen, in dieser Hinsicht gesetzlich nicht bevorzugten Unterthanen zurück, und ist wegen gemeinen Verbrechens der Verwundung oder Tödtung zu bestrafen, wozu es nach §. 255. des Criminalgesetzbuchs eines Antrages der Disciplinarbehörde nicht bedarf.

Selbst der Umstand, daß die Angeschuldigten in vorliegendem Falle die sofortige Anzeige des Schießens auf den Wilddieb bei dem betreffenden Berichte zu machen unterlassen haben. §. 7. der Verordnung vom 22. März 1825, würde den §. 255. des Criminalgesetzbuchs nicht zur Anwendung bringen können, weil die im §. 168. ibid. enthaltene Strafbestimmung wegen unterlassener Anzeige einer Verletzung durch Nothwehr, eine wesentlich verursachte Verwundung oder Tödtung voraussetzt, welche gleichwol gegen die Angeschuldigten im vorliegenden Falle nicht indicirt ist, sondern würde allenfalls nur Veranlassung geben können, am Ende der Untersuchung die Disciplinarbehörde davon zur beliebigen disciplinarischen Ahndung in Kenntniß zu setzen. Es kann demnach nach Lage der Sache von einem Amtsvergehen der Angeschuldigten, wozu es eines Antrages der Disciplinarbehörde bedurft hätte (§. 255.), keine Rede sein.

Das Kreisgericht irret, wenn es sich auf den Grund des Criminalgesetzbuchs §. 167. (Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr), zur Entscheidung in erster Instanz für competent hält, weil, wenn die Angeschuldigten ihre Verfahrungsweise nicht genugsam entschuldigen könnten, eine vorsätzliche Beschädigung der Person durch Waffen daraus hervorgehen, deren Bestrafung aber nach §. 159. No. 4. oder §. 160. No. 3. des Criminalgesetzbuchs nur in die Competenz des Oberlandesgerichts fallen würde.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 8. Novbr. 1842.

Wenn ein h. Kreisgericht in dem in der Untersuchungssache wider S. und P. wegen Jagdsrevells, erstatteten Berichte der Ansicht ist, daß die Entscheidung über die beantragte Confiscation der in Beschlagnahme genommenen Büchse zu der Competenz des h. Oberlandesgerichts gehöre, so macht dasselbe von den im Rescripte vom 29. Juli 1831. (Bege Reper. III. S. 219.) ausgesprochenen Grundsätzen eine unrichtige Anwendung.

In vorliegendem Falle fand das h. Oberlandesgericht die Untersuchung in Beziehung auf die nach §. 18. des Forststrafgesetzes abzugebende Entscheidung noch nicht ausreichend instruiert, einen wesentlichen Punkt, worauf es bei der Entscheidung ankam, übergangen; es ergab sich also, daß die Sache zu der Zeit, als das h. Kreisgericht sein Erkenntniß abgegeben hatte in diesem Punkte noch gar nicht spruchreif gewesen war. Das abgegebene Erkenntniß war also theilweise nichtig und zwar nicht etwa deshalb, weil bei Abgabe desselben wider die Bestimmung klarer Gesetze verstoßen, und also die falsche Entscheidung durch ein anderweitiges Erkenntniß zu berichtigen gewesen wäre, sondern weil es an den wesentlichen Vorbedingungen eines gültigen Erkenntnisses überhaupt fehlte, dasselbe daher durchaus nichtig war.

Bei solcher Lage der Sache, welche z. B. dem Falle gleich stehen würde, wenn in einem Stoisproceß ohne Gehör des Beklagten ein Erkenntniß abgegeben wäre, befindet sich der Oberrichter nicht im Stande an die Stelle des nichtigen Erkenntnisses sofort ein anderes zu setzen, weil ein solches auf Grundlage der nothwendigen weiteren Instruction abgegebenes Erkenntniß ein Urtheil erster Instanz sein würde, zu dessen Abgabe derselbe nicht befugt ist. Der Ausspruch muß sich vielmehr darauf beschränken, die abgegebene Entscheidung, als auf einer ungenügenden Grundlage beruhend und deshalb nichtig zu beseitigen, den Untersuchungsrichter

auf die versängten Punkte aufmerksam zu machen, deren Nachholung und sodann die Abgabe eines anderwärtigen Erkenntnisses anzubringen.

Herzogl. Resc. v. 14. Juli 1843.

Es wird das h. Oberlandesgericht darauf aufmerksam gemacht, daß die im Gesetze v. 14. Juli 1843 enthaltenen lediglich die Competenz angehenden gesetzlichen Bestimmungen, sich nicht auf das Verfahren beziehen, daß dieses daher auch in den für die Zukunft den h. Kreisgerichten überwiesenen Sachen unverändert fortbestehen bleiben, daß mithin in allen den Sachen, wo bisher nach §. 26. des Gesetzes vom 15. October 1832. No. 33. der summarische Vorhalt zu machen war, derselbe auch künftig nothwendig bleibt, und eben so die Vertheidigung vor dem ersten Erkenntnisse in den Fällen, wo solche bisher zulässig war, wenn auch diese Sachen jetzt der kreisgerichtlichen Competenz anheim fallen, künftig zulässig bleibt.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 3. August 1843 u. 6. April 1846.

In den Criminalerkenntnissen sind jedesmal die zur Anwendung gebrachten Paragraphen des Criminalgesetzbuchs speciell anzuführen, und ist dieses auch bei den in Betreff der Competenzfrage erfaßten zu den Acten zu registrirenden oder in dem Einsendungsberichte bemerklich zu machenden Beschlüssen zu beobachten.

Aus einem Berichte des h. Oberlandesgerichts v. 4. Septbr. 1843.

Der Schullehrer S. in A. ist wegen angeschuldigter Ueberschreitung des Züchtigungsrechts in 2 Jhrl. Strafe verurtheilt. Das h. Consistorium scheint dafür zu halten, daß dieses Delict als ein Amtsverbrechen zu betrachten sei, und daher nach §. 55. des Criminalgesetzbuchs die desfallige Untersuchung nur auf den Antrag dieses Collegiums als der dem Angeschuldigten vorgesetzten Disciplinarbehörde hätte angestellt werden dürfen.

Wäre solches richtig, so würde das ohne jenen Antrag eingeleitete Verfahren ein nichtiges sein, und deshalb cassirt werden müssen.

Das h. Oberlandesgericht ist jedoch der Meinung, daß ein Amtsvergehen im Sinne des Criminalgesetzbuchs nicht vorliege.

Nicht eine jede mit policeilicher Ahndung bedrohte Ueberschreitung der Gesetze mit etwanigem Amtsmissbrauche, ist zu einem eigentlichen Criminalverbrechen gestempelt (cf. §. 253.), sondern es gehören nur die Thatfachen in diese Kategorie, welche im Titel 3. des Criminalgesetzbuchs speciell aufgeführt sind. Was nun den zur Beurtheilung vorgelegten Fall betrifft, so liegt es nicht in der gemachten Aufgabe, darüber zu cognosciren, ob dabei von einer eigentlichen Beschädigung der Person die Rede sei, als worüber sich allerdings Zweifel erregen ließen, und ob demnach die Sache sich etwa mehr zu einer bloßen disciplinarischen Rüge geeignet haben dürfte. Indes ist diese Sache von dem erkennenden Gerichte als das gedachte Verbrechen angesehen, und dieses würde allerdings, nach den vorliegenden Umständen nur als eine §. 161. des Criminalgesetzbuchs policeilich zu ahnende Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, mithin als ein gemeines Verbrechen angesehen werden können, zu dessen Bestrafung es des im §. 255. vorgeschriebenen Antrages der Disciplinarbehörde nicht be-

dürfte. Nur dann, wenn gegen Schuldiener, welche das Sühnigungsrecht gegen ihre Schüler zum Nachtheile deren Gesundheit misbrauchen, deshalb nach §. 161. Criminalstrafe zu erkennen ist, oder wenn sie dieses Verbrechen wegen bereits Notheistrafen erlitten haben, wird die Handlung nach §. 284. des Criminalgesetzbuches zu einem Amtsvergehen, welches nur auf den Antrag des h. Consistoriums untersucht werden kann, indem alsdann neben der dadurch verwirkten Strafe, Dienstentlassung mit eintreten soll.

Resc. h. St. M. v. 5. Septbr. 1843.

(Auf Bericht des h. Oberland. Ger.)

Das h. Obersanitätscollegium ist nach der Verordn. v. 26. April 1770. §. 3. u. 4. verpflichtet, bei Untersuchungen über die auf medicinischen Gründen beruhenden Punkte seine Entscheidungen abzugeben, worauf die Gerichte in der Sache zu erkennen haben, desgleichen den Puschereien und ob Mängel oder Mißbräuche eingerissen seien, nachzuforschen und solche gerichtlich zu verfolgen.

Die Gerichte sind demnach ohne Zweifel verbunden, sich die technische Entscheidung des Obersanitätscollegiums in verglichenen Fällen zur Richtschnur dienen zu lassen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 7. Septbr. 1843.

Da in der Untersuchungssache wegen des in N. ausgebrochenen Feuers keine specielle Anzeigen einer vorsätzlichen Brandstiftung vorliegen, mithin die Sache zur Competenz des h. Oberlandesgerichtes nicht gehört, so muß dem h. Kreisgerichte selbst die weitere Verfügung überlassen bleiben, und bedarf es hinführo in ähnlichen Fällen der Einsendung der Acten nicht.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 5. Decbr. 1843.

Mit den Anträgen auf Bervollständigung der Untersuchung ist, namentlich nach erfolgtem Urtheile und also in der Instanz der Rechtsmittel, zur Vermeidung von Verzögerungen die eventuelle Vertheidigung in der Hauptsache zu verbinden, damit für den Fall, daß die ausgehobenen Instructionspunkte für unerheblich gehalten werden würden, sogleich die Entscheidung über die Sache selbst abgegeben werden kann, wogegen sofern in Gemäßheit jener Anträge die Bervollständigung der Untersuchung verfügt, oder sonst von dem erkennenden Gerichte die weitere Instruction für nothwendig erachtet werden sollte, hiernächst auch die Bervollständigung der Vertheidigung und Nachträge dazu einzuliefern, nach Beschaffenheit der Umstände vor Abgabe des Endurtheils zu gestatten, beziehungsweise zu verordnen ist.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 12. März 1844.

Die im Criminalgesetzbuche über Amtsverbrechen (Buch II. Titel 3.) enthaltenen Bestimmungen, sind nur auf die §. 248. des Criminalgesetzbuchs bezeichneten Personen anzuwenden, und darunter ist die zum Polizeidienste bestimmte Truppenabtheilung nicht begriffen. Dieselbe ist vielmehr den Kriegersartikeln und den besonderen Strafbestimmungen der Verordn. vom 5. Februar 1816 (Kriegsartikel 97.), und sonach in Ansehung der Militärvergehen, wohin auch alle Excesse bei Ausübung des Dienstes, sowie alle Dienstvergehen gehören (Kriegsartil. 73), der Aburtheilung durch die Militärbehörden (Verordn. die Militärstrafen und Proceß betr. Art. 1. Verord. v. 5. Februar 1816. §. 39. No. 4. Elz. Resc. v. 19. April 1820 (Repert. Th. I. S. 311.)) unterworfen, wogegen die nicht mil-

littairischen Vergehungen von den ordentlichen Civilgerichten nach Vorschrift der allgemeinen Landesgesetze untersucht und bestraft werden (Kriegesart. 78. Verord. die Militairstrafen und Processse betr. Art. 134.) Die willkürliche Verhaftung würde schon deshalb den nicht militairischen Verbrechen beizuzählen sein, weil selbige in den Militairstrafgesetzen ausdrücklich mit einer militairischen Strafe nicht bedroht worden (Kriegesart. 78. Verordn. die Militairstr. u. Processse betr. Art. 134.) Sie ist indeß noch besonders der Cognition der Civilgerichte überwiesen, indem die Verordnung vom 5. Februar 1816. §. 27. vorschreibt, daß jede Verhaftung, welche Landwehrdragoner und Jäger außer den hier namhaft gemachten Fällen vornehmen möchten, als willkürliche Arretirungen betrachtet, vor das Civilgericht gezogen (vergl. §. 39. No. 4.), und nach der Strenge der Gesetze, d. h. der allgemeinen für alle Classen der Unterthanen geltenden Landesgesetze, auf das Schärffste bestraft werden soll.

Außer den in der Verordnung v. 5. Febr. 1816. §. 27. aufgeführten Fällen, haben Landwehrdragoner und Jäger überhaupt kein Recht zur Verhaftung. Nehmen sie demnach eine Verhaftung vor, die diesen Fällen nicht subsummirt werden kann, so treten sie aus ihrer Dienstesstellung ganz heraus, also in die Categorie der Privatpersonen zurück, und die Handlung erscheint nicht als Dienstverbrechen, weil, wenn dieses die Beahndung der Militairbehörde zustehen würde, sondern der gesetzlichen Bestimmung zufolge als gemeines Verbrechen, das des widerrechtlichen Gefangenhaltens (Criminalgesetzb. §. 170.), behuf dessen Untersuchung es eines Antrages der Militairbehörde, welcher Landwehrdragoner und Jäger in Betreff der Disciplin unterstellt sind (Verord. v. 5. Febr. 1816. §. 39. No. 1), nicht bedarf, sondern die Civilgerichte von Amtswegen vorzuschreiten haben, und bei dessen Bestrafung der Mißbrauch der Dienstbefugnisse lediglich erschwerend einwirkt (Criminalgesetzb. §. 64. No. 1. §. 253.)

Mit diesen für die Beurtheilung der willkürlichen Verhaftung von Seiten des Polizeimilitairs speciell gegebenen Normen, stimmen auch die Vorschriften wegen Untersuchung und Bestrafung der von Civilbeamten begangenen gemeinen Verbrechen völlig überein. (Staatsdienstgesetz §. 42. Criminalgesetzbuch §. 255. 253.)

Daß nun Angeklagter zur Verhaftung der J. nicht ermächtigt gewesen, ist nach Ansicht der Verord. v. 5. Febr. 1816. §. 27. nicht zu bezweifeln und die verwirkte Strafe der widerrechtlichen Gefangenhaltung muß ihn auch aus dem Grunde treffen, weil er die Arretirte, gegen welche ein Verhaftsbefehl nicht ergangen war, sofort in das Gefängniß geführt, und deren Aufnahme darin veranlaßt hat, bevor von der competenten Obrigkeit hiezu der Befehl ertheilt worden — ein Fall, welcher §. 28. der Verord. vom 5. Febr. 1816 dem des §. 27. in der Behandlung ganz gleich gestellt ist. (f. Repert. Th. 5. S. 24.)

Wenn demzufolge wider den Inculpaten der §. 274. des Criminalgesetzbuchs allerdings nicht zur Anwendung gebracht werden darf, so muß gleichwol die erkannte dreiwöchige Gefängnißstrafe bestehen bleiben, da sie in Gemäßheit der Bestimmung des Criminalgesetzbuchs §. 170. No. 3., welche das Strafgesetz des verübten Verbrechens enthält, und bei der Beschaffenheit der sonstigen Umstände, als milde zu betrachten ist.

Resc. h. Oberland. Gerichts v. 23. April 1844.

Auch die in Gemäßheit des Criminalgesetzbuchs erkannten Polizeistrafen sind gleich wie die in den neben dem Criminalgesetzbuche bestehenden gebliebenen Strafgesetzen angedrohten, in

das Criminalgesetzbuch aufgenommenen Strafarten lediglich auf die im Criminalgesetzbuche vorgeschriebene Weise zu vollziehen (Einführungspatent §. IV. No. 1.), und findet daher bei Gefängnißstrafen (Criminalgesetzbuch §. 12. 13.), mögen sie wegen polizeilich zu bestrafender Verbrechen oder wegen eigentlicher Polizeivergehen (z. B. wegen Uebertretung des Verbots der Verordnung vom 15. October 1816. No. 13. §. 2.) erkannt worden sein, eine Verschärfung derselben durch Entziehung der gewöhnlichen Gefängnistoft, nicht statt.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 9. Mai 1844.

Es leidet keinen Zweifel, daß die mit Hannover bestehende Convention v. 12. April 1798, nach deren ersten §. sich nur auf solche Verbrechen beziehet, welche nach den Grundsätzen der gemeinen, in Deutschland geltenden Rechten eine peinliche Strafe nach sich ziehen. Eine nur nach hiesigen Territorialgesetzen zu ahnende Gewerbesteuercontravention ist aber unter den Begriff solcher gemeinrechtlich zu bestrafenden peinlichen Verbrechen nicht zu subsumiren, mithin fehlt es an einer die hannoverschen Gerichte bindenden Vorschrift, die dem requirirten Richter in dergleichen Sachen übertragenen Geschäfte gebührenfrei vorzunehmen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 15. Octbr. 1844.

Dem Landjäger N. kann das Verbrechen der willkürlichen Verhaftung nicht beige-
messen werden, weil das Policeimilitair die auf frischer That Betroffenen, einerlei, ob ihm der Thäter von Person bekannt ist, oder nicht, der competenten Behörde behuf Sicherung des Thatbestandes und des Beweises vorzuführen, allerdings befugt erscheint, indem die Bestimmung der Verordnung vom 5. Febr. 1816. No. 2. §. 27. No. 1., sich auf Vergehungen und Contraventionen jeder Art bezieht, und also auf Criminalverbrechen, wie aus §. 27. No. 3. in Verbindung mit §. 14. No. 3. der bemerkten Verordnung ersichtlich, keineswegs zu beschränken ist.

(Der Landwehrläger hatte den N. beim Hausirhandel betroffen und ihn arretirt, obgleich er ihm bekannt war. Vergl. Instruct. für das Policeimilitair in Betreff der Forst- und Jagdwroren v. 9. August 1817. §. 3. Repert. Th. 1. S. 304.)

Resc. h. Oberland. Ger. v. 12. Decbr. 1844.

Die von der Angeklagten begangene Fälschung der Zeugnisse in ihrem Dienstbuche, gehört zu dem im Criminalgesetzbuche und zwar im Schluffsatze des §. 131. bedrohten Vergehen, und ist deshalb nicht nach den in der vor dem Criminalgesetzbuche promulgirten Gefindeordnung v. 15. October 1832. §. 4. enthaltenen strafrechtlichen Bestimmungen, sondern nach dem Criminalgesetzbuche selbst zufolge §. II. u. III. des Einführungspatents zu beurtheilen, und nur die in der Gefindeordnung vorgeschriebene Eintragung des Inhalts des Erkenntnisses in das Dienstbuch als eine besondere, neben der eigentlichen Strafbestimmung bestehende polizeiliche Maaßregel behuf zweckmäßiger Bekanntmachung des Erkenntnisses beizubehalten.

L. Resc. v. 8. Februar 1845.

Auf einen Bericht eines h. Kreisgerichts über ein Gesuch um Aufhebung einer in Untersuchungssachen wegen Besitzes einer Wilddiebesflinte erkannten Strafe.

Da die Bestimmungen des Forststrafgesetzes eine analoge Anwendung erleiden sollen, mithin bei der Bestimmung des Begriffes einer Wilddiebesflinte es nicht grade darauf ankommt, ob das Auseinandernehmen des Gewehres durch Abschrauben geschehen könne, sondern nur die Leichtigkeit des Auseinandernehmens, und die Kleinheit der einzelnen Theile, um sie leicht verbergen zu können, entscheidend ist, nach diesen Grundsätzen auch schon öfter erkannt worden ist, so ist, da das eingefandte Gewehr die Kennzeichen an sich trägt, kein Grund vorhanden, auf das Gesuch einzugehen.

Resc. h. St. M. v. 15. Februar 1845.

Es kann keinesweges jedes im Dienste begangene Verbrechen oder Vergehen als ein Exceß im Dienste angesehen werden, sondern nur ein solches, in dem möglicher Weise eine Diensthandlung und daher eine Ueberschreitung der Dienstbefugnisse liegen kann, was im vorliegenden Falle (Verübung eines Jagdsfrevels durch einen Landwehrjäger während derselbe sich auf einer Patrouille im Dienste befand), nicht zutrifft, so daß die Competenz zur Untersuchung und Bestrafung den Civilgerichten, nicht den Militairgerichten zusteht.

(cf. Resc. h. Land. Ger. v. 12. Octbr. 1835. Repertor. T. 4. S. 192. et addatur 1 2. pr. D. de re militari 49. 16.)

Resc. h. St. M. v. 22. April 1845.

H. Staatsministerium eröffnet dem h. Kreisgerichte B. auf eine Anfrage in Betreff der Requisitionen der königl. preussischen Gerichte wegen Vollziehung erkannter Gewerbesteuerstrafen gegen hiesige Unterthanen, daß, da nach der mit dem Königreiche Preußen zur Förderung der Rechtspflege abgeschlossenen, durch das Gesetz vom 9. Decbr. 1841 publicirten Uebereinkunft die Vollziehung solcher Strafen nicht verlangt werden kann und die Zusage der Reciprocität durch ein einzelnes königl. preussisches Gericht nicht genügt, die Vollziehung der Strafe in dem zur Anzeige gebrachten Falle abzulehnen sei.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 27. Mai 1845.

Falls übermäßige Zeugengebühren in Criminalsachen bewilligt sind, sollen sie durch Gehaltsabzüge des betreffenden Beamten der Staatscasse refundirt werden. Wegen des Maaßes der Zeugengebühren wird auf Verord. vom 22. Juni 1826 u. Bekanntmachung der h. Kammer v. 23. Juli 1826. Br. Anz. 1826. Spalte 2487. Bezug genommen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 21. Juli 1845.

Das dem Pastor L. zu M. zur Last gelegte Amtsverbrechen der Rechnungsfälschung, ist mit Einreichung der Rechnung bei der vorgesetzten Behörde behuf der Revision am 14. Mai 1840. vollendet worden. Die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung kann also erst von diesem Tage an begonnen haben, und dieselbe wird, sofern sie nicht bereits früher zu Stande gekommen war, mindestens durch die am 18. April 1845. geschehene gerichtliche Vernehmung des L. unterbrochen sein (Criminalgesetzbuch §. 72. Abschn. 3.). Da nun das von öffentlichen Beamten verübte gemeine Verbrechen der Fälschung selbst in der niedrigsten Strafabstufung mit Dienstentlassung bedrohet ist (Criminalgesetzb. §. 253.), die Rechtsverfolgung eines mit gedachter Strafart bedroheten Verbrechers aber in fünf Jahren verjährt (Criminalgesetzb. §. 249. Abschn. 7. verglichen mit §. 71. 1. I. D.), so kann nach Maaßgabe der im §. 4. des Criminalgesetzbuches ausgesprochenen Anwendungsregel die Verjährungsfrist hinsichtlich des

höherer Strafbarkeit unterliegenden Amtesverbrechens der Rechnungsfälschung (Criminalgesetzb. §. 262), insbesondere hinsichtlich des mit der Strafe eines solchen verbundenen Verlustes der Dienstrechte, nicht wol von kürzerer als fünfjähriger Dauer sein (Vergl. 263.), wenn auch desfalls die Dienstentsetzung nicht als selbstständige Strafe angedrohet, sondern nur gesetzliche Folge der wirklich angedroheten Strafe (Criminalgesetzbuch §. 17.) ist.

Nächst dem ist durch die, dem E. gerichtlich angeschuldigte Handlung anscheinend ein solches öffentliches Uergerniß gegeben, daß die ihm nothwendige Achtung zerstört und die Fortführung des Amtes durch ihn mit der Würde des Standes unverträglich sein möchte, sodasß schon in dieser Beziehung in Gemäßheit des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823. Art. 47. und des höchsten Rescripts v. 12. November 1824. (cf. Staatsdienstgesetz §. 60. No. 2.) auf Remotion von dem Amte zu erkennen sein wird, wobei die im Criminalgesetzbuche für die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung vorgeschriebenen Fristen eben so wenig als bei der nach dem Staatsdienstgesetze eintretenden Entlassung oder Absetzung, in Betracht kommen (Criminalgesetzbuch §. 5.).

Resc. h. Oberland. Ger. v. 28. August 1845.

Das h. Stadtgericht A. hat mittelst Berichts v. 4. August 1845. die Untersuchungsacten wider die B. R. und Genossen wegen unerlaubten Verkehrs mit Kettensträflingen eingefandt, und dabei seine Bedenken gegen die Entscheidung des h. Kreisgerichts, wodurch die B. R. von der in erster Instanz wider sie erkannten 14tägigen Gefängnißstrafe freigesprochen worden, behuf weiterer Verfügung vorge tragen.

Dem h. Kreisgerichte wird in dieser Veranlassung Folgendes eröffnet: Der Vorschrift im §. 37. des Criminalgesetzbuchs zufolge ist die Anstiftung, ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft und Beihilfe zur Verübung eines bestimmten Verbrechens mit den festgesetzten Strafen auch alsdann zu belegen, wenn der Anfang zur Ausführung des Verbrechens noch nicht gemacht worden. Insofern also die B. R. für überführt zu erachten, dem Kettensträflinge St. in Beziehung auf die von ihm beabsichtigte Anfertigung falscher Bankscheine und zu seiner demnächstigen Entweichung verschiedene Gegenstände angeschafft und zugebracht, ihm Rath und Anschläge ertheilt zu haben, hat dieselbe sich offenbar der Beihilfe (§. 46.) zu den Verbrechen des Falschmünzens (§. 126.) und der Befreiung eines Gefangenen (§. 109.) schuldig gemacht, indem was letztgedachtes Verbrechen anlangt, die Verordnung des §. 109. in Gemäßheit der §. §. 4. u. 54. gegebenen Regeln unzweifelhaft den Fall mit betrifft, daß Jemand einen Gefangenen zu der Befreiung verhilft, so daß die Verleitung zur Entweichung, deren Beförderung und Begünstigung nach den allgemeinen Bestimmungen (vergl. Criminalgesetzbuch §. 87.), zu bemessen ist. Die der B. R. angeschuldigten Handlungen sind daher allerdings crimineu strafbar, und kommt es nicht darauf an, ob der St. zur Strafe gezogen werden konnte oder nicht, als worüber auf die Bemerkungen zum Criminalgesetzbuche §. 37. verwiesen wird.

Abgesehen hiervon muß aber schon der unerlaubte Verkehr mit Untersuchungs- oder Strafgefangenen, obgleich ein eigentlich verbrecherischer Zweck nicht verfolgt werden sollte, der policeilichen Ahndung unterliegen. Denn der an sich richtige Grundsatz: »keine Strafe und

(was damit zusammenfällt) kein Verbrechen ohne Strafgesetz hat selbst im Criminalrechte nicht die Bedeutung, daß das Gesetz bloß das Buchstäbliche sei, indem vielmehr die Strafsetzung auch das ungeschriebene Recht, die anerkannte und sonst geltende Rechtswahrheit, wie sie durch Auslegung und Gesetzanalogie (§. 4.) gefunden wird, umfaßt. Dieses gilt, namentlich bei dem Mangel eines ausführlichen Polizeistrafgesetzbuchs, um so mehr im Gebiete des Polizeistrafrechts (vergl. Forststrafgesetz §. 2. Jagdstrafgesetz §. 2.), in welcher Hinsicht überdies unmöglich ist, alle die öffentlichen Ordnung und das Gemeinwohl gefährdenden Unternehmungen einzeln zu benennen. Sind daher die Handlungen nach Sitte und Gewohnheit unerlaubt, sind sie von der Beschaffenheit, daß das Unrecht dem gemeinen Menschenverstande einleuchtet; so erscheinen sie nicht bloß strafwürdig, sondern auch strafgesetzwidrig (Motive zum Criminalgesetzbuche §. 4.), weshalb, ohne daß es dazu specieller Bedrohung durch geschriebenes Gesetz bedürfte, policeiliche Bestrafung innerhalb der für die Anwendung unbestimmter Strafgesetze bestehenden Schranken, eintreten kann.

Allgemein bekannt ist aber, daß Communicationen und Collusionen mit in öffentlicher Haft befindlichen, unausgesetzt unter Aufsicht und Wache gehaltenen Gefangenen (cf. Repertor. Th. 5. S. 31.), das Zubringen von Sachen an dieselben, nicht gestattet, also verboten seien, und sind mithin um solchem Verbote Wirksamkeit zu geben, als Mittel zum Zwecke, sowol die nöthigen Zwangsmaßregeln, als im Falle geschehener Uebertretung, entsprechende Polizeistrafen, statthfindig.

Herzogl. Kreisgericht A. wird sich Vorstehendes zur Ueberlegung und Belehrung nehmen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 14. Octbr. 1845.

Hinsichtlich des vom Imploranten geltend gemachten Anspruchs auf ein Schmerzensgeld, stehet demselben zufolge §. 5. des Gesetzes vom 23. Februar 1837. No. 9. ein Rechtsmittel gegen das in der betreffenden Untersuchungssache vom h. Kreisgerichte abgegebene Erkenntniß zu, und die Entscheidung darüber muß wegen der von mehreren Betheiligten erfolgten weitem Bertheidigung, obwol der Anspruch nicht appellabel ist, nach Analogie des §. 27. des Gesetzes vom 15. October 1832. das Justizwesen betr. vom h. Oberlandesgerichte erfolgen.

Resc.³¹¹ v. 9. December 1845.

Auf eine Anfrage eines h. Kreisgerichts erwiedert das h. Oberlandesgericht: daß dem Agenten der p. Feuerversicherungsgesellschaft unbedenklich die begehrte Einsicht der Untersuchungsacten (wegen einer Feuersbrunst) gestattet werden könne.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 15. Januar 1846.

Wenn kein rechtlicher Grund vorhanden ist, bei Bestrafung solcher Verbrechen, welche das Criminalgesetzbuch der policeilichen Bestrafung überweist, die im §. 55. desselben festgestellten Grundsätze über Concurrenz, hinsichtlich dieser Vergehungen für unanwendbar zu erklären, indem vielmehr das Gegentheil aus der Aeußerung der h. Landesregierung (cf. Benact. 3. zu §. 55. S. 214 u. Motive zu §. 216. S. 206.) und der bestehenden gesetzlichen Vor-

Verordn. d. h. St. M. v. 9. Mai 1846. No. 38. hervorgeht, daß gemäß diesem Gesetz Verfügungen von h. Oberlandesgerichte erlassen sind, so kann es nicht an dem Zweifel fehlen, daß das Kreisgericht in dem vorliegenden Falle, welches sich um Abwendung der Verurtheilung zu bestrafender Diebstahler, denen jeder mit einem Maximum von 14 Tagen Gefängnis bedrohet ist, durch Abgabe eines Erkenntnisses für competent gehalten werden muß. (S. 2. §. 1. d. h. St. M. v. 9. Mai 1846. No. 38. hervorgeht, daß gemäß diesem Gesetz Verfügungen von h. Oberlandesgerichte erlassen sind, so kann es nicht an dem Zweifel fehlen, daß das Kreisgericht in dem vorliegenden Falle, welches sich um Abwendung der Verurtheilung zu bestrafender Diebstahler, denen jeder mit einem Maximum von 14 Tagen Gefängnis bedrohet ist, durch Abgabe eines Erkenntnisses für competent gehalten werden muß.)

Dem Vernehmen nach tritt bei den Gerichten nicht selten der Fall ein, daß die Vollziehung rechtskräftig erkannter Gefängnis- und anderer Leibesstrafen dadurch verzögert wird, daß die Sträflinge beim Antritte der Strafe mit ansteckenden Krankheiten, als der Krätze, Syphilis u. s. w. befallen sind, und entweder Armuthshalber oder auch absichtlich eine angemessene Cur nicht anwenden und die ärztlichen Vorschriften nicht befolgen. Um solche Verzögerungen in der notwendigen prompten Vollziehung der Strafen thunlichst zu verhüten, findet h. St. M. sich veranlaßt, sämmtlichen h. Kreisgerichten folgendes zur Nachachtung und um auch die betreffenden h. Aemter darnach mit Anweisung zu versehen, zu eröffnen.

Sichtlich der Behandlung armer Kranker enthält bereits die Verordnung vom 5. Juli 1826 (No. 17.) genügende Vorschriften, welche den Gerichten in den Fällen, wo dieselben eine durch Armuth herbeigeführte Verzögerung der Wiederherstellung erkrankter Sträflinge mit Grunde vermuthen, das einzuschlagende Verfahren an die Hand geben. Sollten dagegen vermögende Sträflinge absichtlich zum Zwecke der Verzögerung der Strafvollziehung die Cur der Krankheiten, von welcher sie befallen sind, versäumen, und dieses aus den Umständen wahrnehmlich werden, so haben die Gerichte in den einzelnen Fällen angemessene Anträge an das h. St. M. zu richten, um die daraus hervorgehenden Uebelstände zu beseitigen und nicht namentlich solchen Sträflingen, nach zuvor eingeholter Erlaubnis zu ihrer eventuellen Aufnahme in das hiesige Armenstankenhaus das Präjudiz zu setzen, daß sie belohnendern Bewachung ihrer Cur auf ihre Kosten in diese Anstalt aufgenommen und dort ärztlich behandelt werden sollen.

Wegen Tragung der Obductionskosten der ohne ihr Verschulden plötzlich verstorbenen Personen

h. St. M. v. 16. Juni 1846. No. 39. hervorgeht, daß gemäß diesem Gesetz Verfügungen von h. Oberlandesgerichte erlassen sind, so kann es nicht an dem Zweifel fehlen, daß das Kreisgericht in dem vorliegenden Falle, welches sich um Abwendung der Verurtheilung zu bestrafender Diebstahler, denen jeder mit einem Maximum von 14 Tagen Gefängnis bedrohet ist, durch Abgabe eines Erkenntnisses für competent gehalten werden muß.

Diejenige Behörde, an welche Eingaben gerichtet sind, welche unziemliche Aeusserungen enthalten, ist zwar befugt, Zurechtweisungen und Ordnungsstrafen zu verfügen; dieselben können aber auf die Competenz in den Fällen, da in Beziehung auf derartige Aeusserungen die Leitung einer Criminaluntersuchung beauftragt wird, keinen Einfluß haben. Und da ferner nach dem h. St. M. v. 14. Juli 1843 (No. 40.) den h. Stadtgerichten Braunschweig unterhalb des Bezirks des h. Kreisgerichts Braunschweig allgemein die sämmtlichen nach dem h. St. M. v. 14. Juli 1843 (No. 40.) des Criminalgesetzbuchs zu strafenden Ehrenstränkungen zu untersuchen

chung und zum Erkenntniß übertragen sind; so liegt in dem Umstande, daß die Ehrenkränkungen bei Gelegenheiten von Verhandlungen, welche vor dem h. Kreisgerichte stattgefunden haben, vorgefallen sind, kein Grund zu einer Ausnahme von den gesetzlichen Bestimmungen.

Resc. h. St. M. v. 6. August 1846.

Tragung der Sporteln und Gerichtsgebühren in Zoll-, Steuercontraventions- und Salzuntersuchungssachen im Fall der Angeklagten.

Art. Zoll.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 10. August 1846.

H. Oberlandesgericht ermiedert einem h. Kreisgerichte auf erstatteten Bericht: wie es sowohl nach allgemeinen Rechtsprincipien, als nach den, in einem zur Criminaltabelle erlassenen Resc. h. Oberlandesgericht v. 27. Juli 1846 angeführten, offenbar auf Rechtsgutwill gegen Erkenntniß des h. Oberlandesgerichts nicht beschränkten, gesetzlichen Bestimmungen, keinen Zweifel leiden kann, daß auch gegen freisgerichtliche Erkenntniße bis zu deren erfolgten Vollziehung die weitere Vertheidigung, wenn gleich der Verurtheilte derselben entsagt hat, noch immer zulässig ist, und zwar um so weniger, als durch das Gesetz v. 14. Juli 1843 die Competenz der Kreisgerichte in Criminalsachen erweitert ist, und diese in Fällen, in welchen früher dem h. Oberlandesgerichte die Entscheidung zustand, zu erkennen habe.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 8. Septbr. 1846.

Nach § 2. der Verordn. vom 29. Septbr. 1817 hat jeder, durch ein Erkenntniß des damaligen h. Landesgerichts Verurtheilte die Freiheit, bis zur wirklichen Vollstreckung der Strafe, von den ihm zustehenden Rechtsmitteln, seines früheren Stillschweigens, oder seiner früheren Verzichtleistung ungeachtet, anoch Gebrauch zu machen, wie solches auch in Ansehung der Forst- und Jagdfrevel, Steuercontraventions- und ähnlicher Sachen, durch den § 3. der Verordn. v. 29. Juli 1826. nochmals ausdrücklich wiederholt ist. Daß diese Bestimmungen bei der durch das Gesetz v. 15. Decbr. 1832 erweiterten Competenz der Kreisgerichte, auch auf diejenigen Sachen anwendbar seien, deren Entscheidung in erster Instanz dadurch von dem vormaligen Landesgerichte, auf die Kreisgerichte übergegangen ist, versteht sich von selbst, indem den Inculpaten, die zu ihren Gunsten getroffene Erweiterung ihrer Befugniß zur Vertheidigung bis zur wirklichen Vollziehung der Strafe, in keiner gesetzlichen Bestimmung wider entzogen, folglich verblieben ist.

Resc. h. St. M. v. 15. Septbr. 1846.

Einem h. Kreisgerichte wird auf eine Anfrage, in Ansehung der Vollziehung der Gefängnißstrafen über 3 Monate, welche im Wege der Gnade auf Gefängniß unter 3 Monate ermäßigt worden, eröffnet, daß solche ermäßigten Strafen, wenn die Ermäßigung vor der Strafvollziehung erfolgt, künftig in den Kreisgefängnissen zu vollziehen sind.

Erkenntniß des h. Oberland. Ger. v. 26. Januar 1847.

Bei dem Zusammentreffen mehrerer Diebstähle (unterschlägigen, Beträgerereyen, Fälschungen), welche einzeln wegen Geringfügigkeit ihres Betrages der polizeilichen Abhandlung unterworfen sind, muß zufolge der Bestimmungen des Criminalgesetzbuchs §. 55. No. 3. verglichen mit der Bemerk. 3. zu §. 55. (S. 214.) und den Motiven zu §. 216. IV. (S. 306.) eine criminelle Bestrafung nach Maßgabe des zusammenzurechnenden Betrages auch alsdann eintreten, wenn, ohne daß der fortgesetzte Betrieb der Diebereien als Gewerbszweig angesehen werden kann (Criminalgesetzbuch §. 215. III. 2.), solcher Gesamtwertb die für die polizeiliche Bestrafung bestimmte Grenze übersteigt.

Resc. h. St. M. v. 17. Mai 1847.

Den gegen die Soldaten N. u. N. wegen eigenmächtiger Verhaftung abgegebenen Erkenntnissen zweier Instanzen, sind die Vorschriften der landesherrlichen Beford. v. 5. Febr. 1816, den Friedensdienst der Husaren betreffend, und der §. 274. des Criminalgesetzbuchs zum Grunde gelegt. Eine fernere Erörterung des dienstlichen Verhältnisses der sogenannten Pappatroutillen hat jedoch ergeben, daß, so wie überhaupt Mannschaften des Feldcorps, welche ohne an das Policeimilitair ganz abgegeben zu sein, nur zu einzelnen sicherheitspolizeilichen Dienstleistungen requirirt, oder commandirt sind, auch Patrouillern der von den Soldaten N. und N. am Tage der Verhaftung des Dienstknechtes P. vorgenommenen Art, als zum Policeimilitair nicht gehörig, angesehen werden können. Das h. Oberlandesgericht ist durch ein höchstes Rescript v. 5. Mai 1847. angewiesen, solches dem h. Kreisgerichte zur Berücksichtigung in vorkommenden ähnlichen Fällen bemerklich zu machen.

Dagegen waren die Soldaten N. und N. nach ihrer erteilten Instruction nicht beauftragt, den von ihnen bereits entlassenen Dienstknecht P. auf dem Hofe seines Dienstherrn wieder zu verhaften; sie handelten hierdurch, indem sie aus dem ihnen angewiesenen Wirkungskreise hinausschritten, gegen die Vorschriften des §. 170. des Criminalgesetzbuchs und machten sich eines, nach dem §. 78. der Kriegsartikel zur Competenz der ordentlichen Criminalgerichte gehörigen Verbrechens schuldig.

Resc. h. St. M. v. 13. August 1847.

H. St. M. hat über den, gegen eine Verfügung des h. Oberlandesgerichts vom 13. April und außerdem vom 31. Mai d. J., in Untersuchungssachen wider die unverehelichte Wilhelmine H. v. W. wegen verschiedener Diebstähle, unterm 21. Juni d. J. verfolgten Recurs, den Bericht des gedachten Disasteriums eingezogen und wird dem h. Kreisgerichte nunmehr Folgendes eröffnet:

Es leidet keinen Zweifel, daß, wenn gegen ein Individuum Ein, nicht qualificirter Diebstahl zum Bestage von 5 ℓ und darunter zur Bestrafung vorliegt, nur eine den Zeitraum von 14 Tagen nicht übersteigende Gefängnißstrafe eintreten kann und in einem solchen Falle die h. Stadtgerichte und Aemter zur Entscheidung competent sind. Allein hierum handelt es sich hier nicht; sondern vielmehr um die Frage: ob, wenn gegen eine und dieselbe Person gleichzeitig mehrere solche polizeilich zu bestrafende Diebstähle zur Bestrafung vor-

liegen/ in einem solchen Falle auf eine höhere als 14tägige Gefängnißstrafe möglicherweise erkannt werden könne, mithin das betreffende Kreisgericht competent sei? —

Die Bejahung dieser Frage von Seiten des h. Oberlandesgerichts findet in dem §. 55. Abs. 3. des Criminalgesetzbuches und in dem §. 20. No. 3. des Gesetzes v. 15. Oct. 1832. No. 33. ihre Begründung und können die von dem h. Kreisgerichte zur Widerlegung derselben, angeführten Gründe nicht für haltbar erkannt werden.

Dasselbe scheint zunächst der Ansicht zu sein, daß selbst bei der Concurrenz mehrerer, gegen eine und dieselbe Person zur Bestrafung vorliegender, policeilich zu bestrafender Diebstähle nie auf eine höhere als 14tägige Gefängnißstrafe erkannt werden könne. Allein diese Ansicht wird durch die angeführten gesetzlichen Bestimmungen (cf. auch Rescript v. 14. Juni 1843. in Bege Repertor. V. S. 26.) widerlegt und ihre Anwendung würde auch zu nachtheiligen Inconvenienzen führen.

Wenn das h. Kreisgericht für seine Ansicht geltend macht, daß für den einfachen Diebstahl bis zu 5 ℓ nicht im Allgemeinen eine Strafe bis von 14 Tagen, Gefängniß festgesetzt, sondern nur die Grenze bestimmt sei, wo derselbe anfangs, Polizeivergehen zu werden und sich in dieser Hinsicht auf die Motive zum Criminalgesetzbuche §. V. 4. letzter Abschnitt beruft, so ist nicht abzusehen, wie daraus zu folgern sei, daß nicht wegen mehrerer concurrirender Diebstähle policeilicher Natur auf eine höhere als 14tägige Gefängnißstrafe erkannt werden könne, da das Maximum der Polizeistrafe auf 14 Tage Gefängniß für jedes einzelne, policeilich zu bestrafende Vergehen, welches seinem Wesen nach in das Gebiet des Criminalrechts gehört, gesetzlich festgestellt ist.

§. Kreisgericht ist ferner der Ansicht, daß im Falle der Concurrenz mehrerer Diebstähle, welche zusammen die Summe von 5 ℓ nicht übersteigen, gegen ein und dieselbe Person nicht nothwendig in Einem Urtheile erkannt zu werden brauche, vielmehr von den Aemtern für jedes solche Vergehen ein besonderes Erkenntniß abzugeben sei, und daß daher eine solche Aburtheilung in Einem Erkenntniße weder auf die Art der Strafe, ob solche nämlich criminell oder policeilich sei, noch auf die Competenz Einfluß äußern könne.

Diese Ansicht widerspricht jedoch ebensowohl den allegirten gesetzlichen Bestimmungen als dem bestehenden Gerichtsgebrauche, und wenn es gleich richtig ist, daß durch das Erkennen über mehrere concurrirende policeilich zu bestrafende Diebstähle in Einem Erkenntniße die Natur der zu erkennenden Strafe nicht geändert werden kann, so ist doch eben so wenig zu bezweifeln, daß wenn ein Amt in einem solchen Falle auf eine höhere als 14tägige policeiliche Gefängnißstrafe erkannte, dasselbe seine Competenz überschreiten würde, da die Competenz der Kreisgerichte sich nicht danach, ob auf eine eigentliche Criminalstrafe zu erkennen ist, sondern lediglich danach bestimmt, ob in thesi auf eine höhere als 14tägige Gefängnißstrafe, gleichviel ob crimineller oder policeilicher Natur, erkannt werden kann.

Wenn endlich das h. Kreisgericht die Anwendbarkeit der Competenzbestimmung in §. 20. No. 3. des Gesetzes vom 15. Oct. 1832. No. 33. auf einen Fall der vorliegenden Art aus dem Grunde in Zweifel zieht, weil dieser Passus nur Vorschriften über Prävention enthalte, so hat dasselbe übersehen, daß die Schlussbestimmung daselbst einen Gegensatz gegen die vorhergehende Bestimmung bildet und eine davon verschiedene Competenzbestimmung für

den Fall enthält, wenn mehrere einander untergeordnete Gerichte concurriren, ein Fall, den hier vorhanden ist. Aus diesem Grunde erscheint der Recurs des h. Kreisgerichts nicht gehörig motivirt.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 26. August 1847.

Aus den auf die Beschwerde des M. und Caroline M. wider die unvereheilichte Louise M. in Wolfenbüttel wegen Beleidigung vom h. Stadtgerichte eingeforderten Untersuchungsbüchern hat h. Oberlandesger. ersehen, daß h. Kreisger. seine Competenz in dieser Sache abgelehnt und die weitere Betreibung derselben dem h. Stadtgerichte zugewiesen hat, weil die der Denunciantin angeschuldigten Vergehen zu einer criminellen Bestrafung nicht geeignet seien.

Wenn h. Oberlandesgericht nun auch die innerhalb der Grenzen der Zuständigkeit des h. Kreisgerichts liegende Beurtheilung der denuncirten Thatsachen einer näheren Prüfung zu unterwerfen keine Veranlassung hat, so muß dasselbe doch darauf aufmerksam machen, daß hier zwei Denuncianten aufgetreten sind, welche beide die Bestrafung der Louise M. verlangen, indem sie behaupten, von derselben nicht allein durch die producirten, an mehrere Personen gerichtete Schriften, sondern auch durch mündliche Äußerungen gegen verschiedene Personen, jede in besonderer Weise durch speciell gegen jeden gerichtete kränkende Äußerungen beleidigt worden zu sein.

Da sich nun, wenigstens nach dem jetzt vorliegenden Inhalte der Acten, nicht annehmen läßt, daß die angezeigten verschiedenen Handlungen als Fortsetzung desselben Vergehens im Sinne des §. 56. des Criminalgesetzb. zu betrachten und deshalb nur als ein Vergehen zu bestrafen seien, so handelt es sich, selbst nach der Ansicht des h. Kreisgerichts, um zwei polizeilich zu ahndende Ehrenkränkungen. Würden beide bewiesen und strafbar befunden, so könnte das Maaß der wegen dieser unter Eins abzurtheilenden Vergehen (Gesetz v. 15. Oct. 1832. No. 29. §. 20. No. 3.) eine vierwöchige Dauer der Gefängnißstrafe erreichen (§. 55 u. 25. des Criminalgesetzbuches), und da die Competenz der Gerichte nach dem angedrohten höchsten Strafmaasse sich richten soll, (Publications-Patent §. X.), so folgt daraus, daß nicht h. Stadtgericht, sondern h. Kreisgericht in der vorliegenden Sache competent erscheint.

Resc. h. St. M. v. 31. August 1847.

Die Begnadigungsgesuche in Forst- und Jagdsachen betreffend

f. Art. Forst- und Jagdwesen.

Resc. h. St. M. v. 2. Octbr. 1847.

Die Bestrafung der Contraventionen gegen das Gesetz der Chaussee-Gelderhebung und gegen die Wegeordnung betreffend

f. Art. Begebau, Weggeld, Wegpolizei.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 4. Octbr. 1847.

Auf den vom h. Kreisgerichte in der Untersuchungssache wider die Louise M. wegen Beleidigung unterm 10. v. M. erstatteten Bericht, erwiedert h. Oberlandesgericht,

daß in Anwendung der Vorschrift des §. 20. des Gesetzes vom 15. Dec. 1832. No. 29. namentlich sub No. 3. des gedachten §. es gleichgültig erscheint, ob wegen einer Gesetzesübertretung von Amtswegen oder nur auf Anzeige des Betheiligten zu verfahren ist, indem das Gesetz einen solchen Unterschied überall nicht macht. In Fällen der letzten Art kann zwar ohne die Anzeige eine Bestrafung nicht erfolgen; sobald aber die Anzeige gemacht ist, treten in Beziehung auf die Competenzbestimmung, mag diese von einer Zusammenrechnung mehrerer durch dasselbe Individuum verwirkten Strafen abhängig sein oder nicht, die gleichen Grundsätze ein, nach welchen die Competenz bei dem von Amtswegen zu bestrafenden Verbrechen sich richtet. Dies ist nun zwar dadurch allein, daß ein Verbrechen, namentlich eine Beleidigung gegen mehrere Personen, gerichtet ist, eine Mehrheit von Verbrechen im rechtlichen Sinne nicht notwendig herbeigeführt, und dieses gilt in gleichem Maße, wenn eine oder wenn verschiedene Handlungen, bei welchen die Bedingungen des §. 56. des Criminalgesetzbuchs zutreffen, den Thatbestand eines und desselben Verbrechens bilden. Es kommt hierbei Alles auf die Umstände des besondern Falles an.

In dem vorliegenden Falle aber ist die Denunciatorin nicht nur von zwei verschiedenen Personen ehrenkränkender Handlungen beschuldigt und zwar dergestalt, daß beiden Denunciatorinnen verschiedene, sowohl unehrenhafte, als gesetzwidrige Handlungen von ihr vorgeworfen sein würden, welche nur theilweis von beiden Denunciatorinnen gemeinschaftlich, theilweis aber von jedem für sich allein begangen sein sollen; sondern es sind auch

3) diese Vorwürfe von der Denunciatorin der Anschuldigung zu Folge in mehreren an verschiedene Personen gerichteten Briefen und in wiederholten, gegen verschiedene Personen ausgesprochenen Reden vorgebracht.

Es ist daher eine Mehrzahl von verbrecherischen Handlungen, von denen keineswegs vorliegt, daß sie als fortgesetzte Verbrechen im Sinne des §. 56. des Criminalgesetzbuchs anzusehen sind, in genügendem Grade indicirt, um die Competenz des h. Kreisgerichts zur Entscheidung der Sache als begründet erscheinen zu lassen, da, selbst wenn alle zum Theil keineswegs unbedeutende Beschuldigungen deren die Denunciatorin angeklagt ist, nur policeilich zu bestrafende Ehrenkränkungen begründen sollten, durch das Zusammentreffen mehrerer der policeilichen Bestrafung unterliegenden Beleidigungen in demselben Angeklagten ein die stadgerichtliche Competenz übersteigendes Strafmaas sich ergibt. Von dem dem §. 39. des Criminalgesetzbuchs zum Grunde liegenden allgemeinen Rechtsfalle, auf welchen h. Kreisgericht Bezug nimmt, wird für die Competenzbestimmung selten Gebrauch gemacht werden können, da seine Anwendung eine obwaltende factische Ungewißheit voraussetzt, auf deren thunlichste Aufklärung die Untersuchung erst Bedacht zu nehmen hat.

Endlich kann es auf die Entscheidung der Sache und namentlich auf die Feststellung der Competenz überall nicht von Einfluß sein, ob die Denunciatorinnen ihre Anzeige in einer Schrift vereinigt, oder ob sie getrennte Anklagen überreicht haben.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 13. März 1848.

Es ist zur Sprache gekommen, daß bei Requisitionen in Criminalsachen, welche königl. hannoversche Gerichte in von denselben wegen Zollvergehen geführten Untersuchungen an hiesige Gerichte erlassen haben, hinsichtlich der dadurch verursachten Kosten dasjenige Verfahren, welches durch die Convention v. 12. April 1798 bei Requisitionen in Criminalsachen bestimmt ist, hin und wieder beobachtet sei. Da jedoch jene Convention auf Zollcontraventionen ihrem ausdrücklichen Inhalte nach sich nicht bezieht, und die wegen Unterdrückung des Schleichhandels am 16. Oct. 1845 geschlossene Uebereinkunft über die Kosten eine Bestimmung nicht enthält: so ist in der Regel kein Grund vorhanden, bei derartigen Requisitionen die gesetzlichen Sporetsätze nicht zu erheben. Es finden daher die §§. 52 u. 55. des Zollstrafgesetzes vom 21. December 1841. auf den bemerkten Fall keine Anwendung, indem bei ihnen vorausgesetzt wird, daß die Untersuchung von einem hiesigen Gerichte geführt werde, und es fehlt daher ebenfalls am Grunde, die durch die Requisition verursachten Kosten einstweilen zu notiren. Nur dann ist eine solche einstweilige Notirung zulässig, wenn aus der Requisition sich ergibt, daß dieselbe auf den Antrag eines als arm bezeichneten Denunciaten geschehe.

In Folge eines von dem h. Staatsministerium am 2. d. M. an das h. Oberlandesgericht erlassenen Rescripts, werden die h. Kreisgerichte angewiesen, eintretenden Falls dem Obigen gemäß zu verfahren, und den, denselben untergeordneten h. Aemtern eine gleiche Vorschrift zu ertheilen.

Bekanntmach. v. 24. März 1848.

Wilhelm, Herzog u. c. Mit innigem Bedauern haben Wir vernommen, daß auch in Unserm Lande Störungen der gesetzlichen Ordnung und Gewaltthätigkeiten vorgekommen sind.

So fest Wir entschlossen sind, mit allen Unseren Kräften zu der Verwirklichung der schönen Aussichten beizutragen, welche sich für das geliebte deutsche Vaterland eröffnet haben, so fest sind Wir auch überzeugt, daß dieses Ziel nur dann mit Sicherheit erreicht werden kann, wenn die Gesetze von Allen geachtet und befolgt werden.

Wir richten daher an alle Bewohner des Landes die dringende Aufforderung, jeder Gesetzwidrigkeit ernst und bestimmt entgegen zu treten und erklären zugleich, daß auch Wir Unsere landesfürstliche Pflicht erfüllen und keine Uebertretungen der Gesetze dulden werden.

Wilhelm, Herzog.

v. Schleinitz. Schulz. v. Geyso.

Resc. h. Oberappellat. Ger. v. 7. April 1848.

Zu den durch die Untersuchung veranlaßten Kosten, für welche Angeklagter solidarisches verhaftet ist, gehören zugleich die Kosten der in erster Instanz erfolgten Vertheidigung seines Genossen, weil die förmliche schriftliche Vertheidigung desselben vor dem ersten Erkenntnisse nach der Beschaffenheit des gemeinschaftlich verübten Verbrechens und der Schwere der dessfalls verwirkten Strafe, gesetzlicher Vorschrift gemäß (Verord. v. 3. Febr 1814. §. 32.)

als wesentlicher Bestandtheil des Strafverfahrens und als Bedingung der Rechtsgiltigkeit des abzugebenden Urtheils nothwendig war.

Dem Angeklagten S. sind demnach mit Recht auch die Kosten der Defension des Mitangeklagten R. auferlegt.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 1. März 1849.

Indem das h. Oberlandesgericht dem h. Amte N. die Untersuchungsacten wider N. und W. wegen Betruges wieder zugehen läßt, wird demselben eröffnet: daß h. Oberlandesgericht dem in diesen Acten enthaltenen Erlasse des h. Kreisgerichts v. 29. Jan. 1849 nur beitreten kann. Denn in Ansehung der beiden gegen den N. zur Anzeige gebrachten Vergehen ist insofern eine formelle Complexität eingetreten, als die Untersuchung deshalb in den nämlichen Acten geführt und eine gleichzeitige Spruchreise wegen derselben angenommen, indem hierauf in Betreff beider noch dazu wider die nämliche Person, den bisherigen Dienstherrn des Angeschuldigten verübten Vergehen unter Eins abgegebenen Erkenntnisse aber zweierlei Strafen ausgesprochen worden sind, die zusammengenommen härter sind, als diejenige Strafe, welche ein Beamter ohne gemeinsame vorherige Berathung mit dem anderen Beamten desselben Amtes zufolge der Verordnung v. 2. Jan. 1833. No. 1. §. 3. Abschn. 2. zu erkennen befugt ist. Diese eben angeführte Vorschrift läßt auch keine Unterscheidung zwischen gleichartigen und ungleichartigen Vergehen zu und h. Oberlandesgericht hält überhaupt in einem Falle der vorliegenden Art die vom h. Amte in Bezug genommene Bestimmung des §. 59. des Criminalgesetzbuches in jener Hinsicht nicht anwendbar. Wenn nun der A. Assessor N. dem zu Folge verbunden war, vor Abgabe eines Erkenntnisses über beide Delicte in der gedachten Untersuchungssache eine gemeinsame Berathung mit dem ersten Beamten zu veranlassen, so ist auch die vom A. Assessor allein, ohne Beachtung der allegirten Vorschrift der Verordnung v. 2. Jan. 1833. geschehene Entscheidung als nichtig zu betrachten, indem diese Verordnung insonderheit keinesweges eine Abänderung des Gesetzes v. 15. Oct. 1832. No. 29. in Ansehung der hier in Frage stehenden Bestimmung des §. 4. daselbst die Competenz der Aemter in Strafsachen betr. vielmehr auf völlig verfassungsmäßige Weise nur eine Ausführung des zuletzt bemerkten Gesetzes in jener Beziehung enthält.

Der Anweisung des h. Kreisgerichts ist daher Folge zu leisten.

Deutschland.

Gesetz, die Wahl von Nationalovertretern betr. (S. 27.) [No. 12.] (11. April 1848.)

Bekanntmachung, die Ernennung der Präsidenten der Wahlcollegien zur Wahl der Nationalvertreter betr. (S. 31.) [No. 13.] (17. April 1848.)

Verordnung, die Wahl eines Nationalvertreters für den vierten Wahlbezirk des Herzogthums betr. (S. 355.) [No. 57.] (26. December 1848.)

Eisenbahnen.

Bekanntmach. des h. St. M., das Regulativ über die Behandlung des Waaren- und Sachtransports auf der Braunschweig-Harzburger Eisenbahn in Beziehung auf das Zollwesen betr. (S. 151.) [No. 19.] (20. Mai 1846.)

42 Eisenbahnen. Finanz-Collegium, Finanzen. Rescripte.

- Bekanntmach. des h. St. M., den Beitritt des Fürstenthums Reuß-Schleiz zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolicei auf den Eisenbahnen betr. (S. 199.) [No. 25.] (8. August 1846.)
- Bekanntmach. des h. St. M., den Beitritt der fürstlich. Reuß-Plauischen Landesregierung zu Gera, zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolicei auf den Eisenbahnen betr. (S. 205.) [No. 28.] (24. August 1846.)
- Bekanntmach. des h. St. M., die Verhältnisse der im königlich Preussischen Gebiete wohnenden Beamten der herzoglich Braunschweigischen Eisenbahnverwaltung von Oschersleben bis zur Braunschweigischen Landesgränze betr. (S. 305.) [No. 39.] (28. Oct. 1846.)
- Bekanntmach. des h. St. M., den Beitritt der fürstlich. Reuß-Plauischen Regierung zu Greiz, zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolicei auf den Eisenbahnen betr. (S. 1.) [No. 1.] im Jahrg. 1847. (28. Decbr. 1846.)
- Bekanntmach. des h. St. M., den Beitritt der herzogl. Sächsischen Landesregierung zu Weimar zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolicei auf den Eisenbahnen betr. (S. 45.) [N. 9.] (31. Januar 1847.)
- Bekanntmach. des herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der herzogl. Sächsischen Landesregierung zu Gotha zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolicei auf den Eisenbahnen betr. (S. 49.) [No. 11.] (29. März 1847.)
- Verordn. wegen Anmeldung rückständiger Eisenbahn-Bau-Forderungen betr. (S. 159.) [No 38.] (25. November 1847.)
- Gesetz, die Einführung des Zoll-Centners als Eisenbahngewicht betr. (S. 17.) [No. 8.] (10. März. 1848.)

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 3. August 1843.

Da auf den Antrag der h. Eisenbahncommission bestimmt worden, daß die in Eisenbahncontraventionsachen zu erkennenden und einzuziehenden Geldstrafen der Eisenbahnunterstützungscasse zufließen sollen, so wird solches den h. Kreisgerichten zur Nachachtung eröffnet.

Reglement h. Eisenbahncommission den Transport feuergefährlicher und äßender Gegenstände auf der Eisenbahn betr. v. 2. December 1848.

Br. Anz. 1848. St. 290.

Finanz-Collegium, Finanzen.

- Finanzgesetz für die Finanzperiode v. 1846 bis 1848. (S. 183.) [No. 23.] (13. Jul. 1846.)
- B. Uebersicht der gemeinschaftlich festgestellten Special-Einnahme und Ausgabe-Etats der herzogl. Hauptfinanzcasse auf die Finanzperiode 1846 bis 1848. (S. 185.)
- C. Etat über die Verwaltung des Kloster- und Studienfonds für die Periode 1846 bis 1848. (S. 189.)

D.. Etat über die Verwendung des Reinertrags aus den vereinigten Kloster- und Studienfonds für die Finanzperiode von 1846 bis 1848. (S. 193.).

R e s c r i p t e.

Resc. h. Finanz-Colleg. v. 8. October 1844.

Da nach einem Rescripte des h. Staatsministeriums vom 9. Sept. 1844. verschiedenen Behörden des Landes auf thunlichste Vereinfachung und Abkürzung des Geschäftsganges und Vermeidung aller unnöthigen Schreibereien Bedacht genommen werden soll, so werden die h. Kreisgerichte ersucht, auf solche Vereinfachung im Allgemeinen in aller thunlichen Hinsicht hinzuwirken, und wird insbesondere bemerkt, daß die quartaliter an das h. Finanzcolleg. einzusendenden Uebersichten der Depositen ohne ein weiteres Schreiben und lediglich mit der auf der Vorderseite stehenden Adresse: An herzoggl. Finanzcollegium, den 184 : Unterschrift unter Couvert, an das h. Finanzcolleg. abgegeben werden könne.

Bekanntmach. h. Finanz-Colleg. v. 3. Mai 1848.

die Staatsanleihe von 300,000 Thaler betreffend.

f. Art. Leihhaus.

Reglem. h. Finanzcolleg. für den Geschäftsbetrieb bei Verwilligung der Darlehne zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe vom 10. Mai 1848.

f. Art. Leihhaus.

Forst- und Jagdwesen.

Bekanntmach. h. Landesökonomie-Commission, die Bedarfsätze der Holzberechtigten im Kreise Gandersheim betr. (S. 169.) [No. 21.] (7. Mai 1846.)

Gesetz, die mit der herzoggl. Anhalt-Berenburgischen Landesregierung abgeschlossene Uebereinkunft wegen Ergreifung wirksamer Maaßregeln zur Verhütung und Bestrafung der Forst- und Jagdsfrevel in den Gränzwaldungen betreffend. (S. 289.) [No. 34.] (22. September 1846.)

Gesetz, die Ausdehnung der mit dem königl. Preussischen Gouvernement geschlossenen Convention vom 7. Febr. 1827 und 25. Febr. 1839., wegen Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen, auch die Jagdsfrevel betr. (S. 15.) [No. 7.] (8. März 1848.)

Gesetz über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Ausübung der Jagd durch die Grundbesitzer. (S. 147.) [No. 39.] (8. Sept. 1848.)

1ter Abschn. Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken. S. 147.

2ter Abschn. Vorschriften über die Ausübung des Jagdrechts. S. 151.

Verzeichniß der Jagdbezirke im Herzogthume. S. 155.

R e s c r i p t e

Resc. h. St. M. v. 15. April 1820.

Da für angemessen gehalten worden daß die in Gewahrsam der h. Kreisgerichte befindlichen confiscirten Wilddiebesflinten (zum Abschrauben eingerichtete Jagdgewehre) an die h. Kammer, Direct. der Forsten und Jagden, eingeliefert werden, welche Behörde in geeigneten Fällen die Verwilligung von Gratificationen an die Denuncianten beantragen wird, so haben die h. Kreisgerichte darnach jezt und künftig zu verfahren.

Resc. h. Oberlandesger. v. 15. Juni 1843.

H. Oberlandesgericht erwiedert dem h. Kreisgerichte B. auf dessen Bericht, daß, da das Gesetz nur den Protokollen der vorschriftsmäßig beeidigten Forstbedienten Beweisskraft beilegt, die Gerichte mithin sich nicht ohne Weiteres für ermächtigt halten können, auch andere Personen Behuf Ausübung des Forstscheues mit dem dazu erforderlichen Eide zu belegen und deren Angaben jene Beweisskraft zuzugestehen, dem Antrage der Oberforstbehörde, den Waldarbeiter N. zu H. auf erwähnte Art eidlich zu verpflichten, nicht zu willfahren sei.

Resc. h. Kammer, Direction der Forsten und Jagden und Direct. der Berg- und Hüttenwerke v. 10. August 1846.

Nach Publication des Gesetzes vom 20. October 1838, das Executionsverfahren gegen herrschaftliche Lohnarbeiter betr., sind bei h. Kammer, Direction der Forsten u. häufig von den h. Gerichten Anträge eingegangen, um den gegen herrschaftliche Arbeiter gerichtsseitig auf deren Lohn erkannten Arrest in Vollzug zu setzen.

Da es indeß der Bestimmung des §. 2. des gedachten Gesetzes entspricht, und zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens zweckmäßig erscheint, daß die betreffenden Oberforstbeamten, für deren Bezirk die Arbeiter angenommen sind, so wie die betreffenden Vorsteher derjenigen Berg- und Hüttenwerke, bei welchen die Arbeiter beschäftigt sind, zur Vollstreckung der gerichtlichen Verfügungen die gesetzlich zulässigen Lohnabzüge ohne Autorisation der h. Kammer, Direction der Forsten u. anordnen, und dieselben dieserhalb mit Anweisung versehen sind in vorkommenden Fällen die Requisitionen direct an diese Behörden und resp. Beamten zu richten.

Resc. h. Oberlandesger. v. 17. August 1846.

In Gemäßheit eines Rescr. des h. St. M. vom 3. Aug. 1846, wird ein h. Amt auf einen hinsichtlich der Vollziehung der an die Stelle der wegen Forst- und Jagdrevell erkannten Strafarbeitsstage tretenden Gefängnißstrafe erstatteten Bericht, dahin beschieden: daß, da nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 5. des Forststrafgesetzes v. 26. Juli 1837. und des §. IV. No. 2. des landesherrlichen Patents v. 10. Juli 1840, die Einführung des Criminalgesetzbuchs betreffend, die Verwandlung der Strafarbeitsstage in Zwangsarbeit, jezt Gefängniß in der Landesstrafanstalt, nur dann geschehen soll, wenn die erkannte Strafarbeit die Dauer von 40 Tagen = 10 Thaler übersteigt, hieraus aber folgt, daß bei der gesetzlichen Berechnung eines Tages desartigen Gefängnisses zu 16 *gr.* die geringste der in der

Landesstrafanstalt zu vollziehenden Forststrafe sich auf 15 Tage belaufen muß, in den Fällen, wofür die zur Strafe erkannten Arbeitstage eine geringere als 15tägige Gefängnißdauer sich ergibt, die Abbüßung dieser Strafe, so wie auch aller sonstigen nach §. 6. des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837 und §. 6. des Forststrafgesetzes und §. 6. des Jagdstrafgesetzes vom 6. Juni 1839 zu erkennenden Gefängnißstrafen in den Kreisgefängnissen zu verfügen ist.

Hiernach ist zu verfahren und wird zugleich bemerkt, daß das h. St. M. in obigem Rescripte in Uebereinstimmung des vom h. Oberlandesgerichte erstatteten Berichts, sich auch dahin ausgesprochen hat, daß die statt Geld zu erkennenden Arbeitstage für Werth und Schaden — mit Vorbehalt des Rechts des Forsteigenthümers auf die Geldentschädigung — die Zahl von 10 Tagen ebenfalls nicht übersteigen können.

Resc. h. St. M. v. 9. Juli 1847.

Der Eigenthümer eines Gartens, der von der Jagdgerechtigkeit frei zu sein behauptet, ist bei dieser behaupteten Freiheit bis zum Beweise des Gegentheils von Seiten des Jagdberechtigten zu schützen; oder die factische Existenz einer Garteneinrichtung kann den Beweis des Jagdberechtigten, daß ihm dieser Einrichtung ungeachtet doch das Jagdrecht zustehe, nicht ausschließen.

Diese, aus den Grundsätzen des allgemeinen deutschen Privatrechts fließende Ansicht hat für das hiesige Land unbestreitbar Gültigkeit, da sehr häufig Fälle vorkommen, wo das Jagdrecht auch in Gärten exercirt wird. An diesen civilrechtlichen Grundsätzen hat das Jagdgesetz v. Jahre 1839 weder etwas ändern wollen noch ändern können, wenn dasselbe annimmt, daß Jagdsfrevel nur in einem Jagdreviere begangen werden können. Denn es wird nach wie vor immer ein quaestio-facti bleiben: ob ein als Garten benutztes Grundstück nicht dennoch als Theil des Jagdreviers anzusehen sei? und dem Berechtigten wird der Beweis einer desfalligen Behauptung nicht abgeschnitten werden können, und zwar um so weniger, da in den hiesigen Landen in vielen Gärten das Jagdrecht exercirt wird.

Resc. h. St. M. v. 31. August 1847.

H. St. M. weist die Gerichte an:

- 1) Bei Erstattung von Berichten über Begnadigungs- u. Gesuche in Forst- und Jagdstrafsachen wegen des concurrirenden forstlichen Interesses, jedesmal zuvor mit der betreffenden Oberforstbehörde zu communiciren, und
- 2) in Berücksichtigung der stets zunehmenden Zahl dieser Frevel, in allen Fällen, wo Forst- und Jagdvergehen, wo nicht die gesetzlichen Voraussetzungen (§. 5. des Forststrafgesetzes v. 26. Juli 1837.) völlig klar vorliegt, nicht auf Strafarbeit, sondern auf Geldstrafe zu erkennen.

Resc. h. Kreisdirect. Blankenburg v. 20. October 1848.

Auf Veranlassung einer zwischen den Mitgliedern der Blankenburgischen Jagdinteressengemeinschaft entstandenen Differenz, ist die Frage zur Entscheidung des h. Staats-

46 Forst- und Jagdwesen. Gemeindeangelegenheiten, Rescripte.

Ministeriums verstellt: welcher Maßstab bei der Abstimmung der Interessenten über die künftige Jagdnutzung zum Grunde zu legen sei, und ist darauf mittelst Rescripts vom 18. d. M. die Erwidderung erfolgt, daß die Beschlüsse über die gemeinschaftliche Nutzung der Jagd von der Interessentschaft nach der Größe des Grundbesitzes derselben zu fassen seien.

Bekanntmach. h. Kammer, Direction der Forsten und Jagden v.
30. November 1848.

Demnach Zweifel darüber, ob das h. Forst- und Jagdpersonal befugt sei, fremde Jagdreviere vom Wege ab mit zur Jagd fertigem Gewehre zu betreten, entstanden sind, so wird mittelst Rescr. des h. St. M. v. 21. d. M. beauftragt, zur Aufklärung des Publicums bekannt gemacht: daß nach der annoch geltenden Bestimmung des §. 1. der Landesverord. v. 5. Mai 1815. (No. 10.) die genannten Officianten mit der Ausübung der Forst- und Jagdpolizei nicht nur auf herrschaftlichem, sondern auch auf Privatforst- und Jagdgrunde beauftragt sind und daß demnach die Befugniß derselben, in der amtlichen Kleidung bewaffnet fremde Jagdreviere zu betreten, keinem begründeten Zweifel unterliegen könne. — Im Sinne der gedachten Landesverordnung, namentlich des §. 7. und anderer derselben, erstreckt sich diese Befugniß nicht allein auf die wirklichen Forstbeamten, sondern auf alle diejenigen Jäger und Aufseher, welche mit Handhabung der Forst- und Jagdpolizei beauftragt sind.

Br. Anz. 1848. No. 289.

Gemeindeangelegenheiten.

Gesetz über die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten. (S. 33.) [No. 14.]
(16. April 1848.)

Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei Ausläufen entstandenen Schadens (S. 41.) [No. 18.] (24. April 1848.)

(im §. 4. ist zu lesen statt: und die Gemeinde außer Stande war, »und die Gemeinde im Stande war« s. S. 114. der Gesetz- und Verord.-Sammlung.)

Gesetz über das Fortbestehen des Gesetzes vom 24. April 1848, die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei Ausläufen entstandenen Schadens betr. (S. 253.) [No. 56.]
(23. December 1848.)

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 22. Mai 1838.

Um den Nachtheilen, welche den Landgemeinden durch Anstellung unbegründeter oder einen sehr unbedeutenden Gegenstand betreffender Rechtsstreite erwachsen, thunlichst entgegen zu wirken, hat h. St. M. unterm heutigen Datum (Gesetz- u. Verord.-Samml. No. 20.) ein Circularrescript an sämmtliche h. Ämter erlassen, worin einige weiter ausgeführte Bestimmungen über den, nach den bestehenden Gesetzen, vor Anstellung eines Processes, den Gemeinden ihrer ordentlichen Obrigkeit zu ertheilenden Rath getroffen ist. Zur Erreichung

Gemeindeangelegenheiten. Gemeinheitstheilungen, Rescripte. 47

dieses Zweckes wird es auch förderlich gehalten, daß die h. Kreisgerichte, nachdem ein Rechtsstreit dieser Art bei ihnen eingeführt worden, die h. Aemter in der Regel mit der Abhaltung der Termine zum Versuche der Güte beauftragen, indem diesen nicht allein die in Betracht kommende rechtliche Seite, sondern auch die administrativen Beziehungen der Sache von Amtswegen genauer bekannt sind und sein müssen, als den h. Kreisgerichten.

Resc. h. St. M. v. 9. November 1846.

Das h. St. M. findet es nach der, von der h. Kreisdirection N. vorgetragenen Lage der Sache am angemessensten und unbedenklich, die specielle Genehmigung der zwischen den Gemeinden und den Anbauern, wegen Verzichtleistung der letztern auf die Gemeindeweidrechte, bisher abgeschlossenen Verträge auszusprechen, was hinsichtlich der in dem miteingesandten Verzeichnisse des h. Amtes N. aufgeführten Fällen, hiermit geschieht.

Für die Zukunft autorisirt das h. St. Ministerium die h. Kreisdirection, die höchste Genehmigung bei Bestätigung von dergleichen Verträgen in den einzelnen Fällen sogleich mit zu ertheilen.

Reglement über die provisorische Ausführung der in der Städteordnung ausgesprochenen Verpflichtung zum Waffendienste Behuf des Gemeindeschutzes

f. Bekanntmach. des Braunschweigischen Stadtmagistrats in den Br. Anz. 1848. St. 102. Sp 2619.

Resc. h. Kreisdirect. v. 9. Februar 1847.

Da von den h. Aemtern in Beziehung auf die Frage: ob und in wie weit den Ortsvorstehern zu gestatten sei, Reparaturen an Gemeindegebäuden, ohne vorgängige specielle Genehmigung des h. Amtes ausführen zu lassen, bisher nach verschiedenen Grundsätzen verfahren worden, nach einem Beschlusse der h. Landesdirection aber bis auf Weiteres als Regel anzunehmen: daß die Ortsvorsteher alle Reparaturen an Gemeindegebäuden bis zu 10 π , wenn sie über die Nothwendigkeit und über die Art der Verdingung derselben mit den Ortsgeschworenen einverstanden sind, ohne Weiteres ausführen zu lassen befugt, bei mangelndem Einverständnisse mit dem Ortsgeschworenen aber, so wie bei allen Reparaturen über 10 π unbedingt die specielle Genehmigung h. Amtes einzuholen verpflichtet sein sollen, so werden die h. Aemter hierdurch angewiesen, darnach bis auf Weiteres in den vorkommenden Fällen zu verfahren.

Resc. h. Kreisdirect. B. v. 20. October 1848.

Die Stimmenmehrheit in den Gemeinden in Betreff der Jagdnutzung.
f. Forst- und Jagdwesen.

Gemeinheitstheilungen.

Resc. h. Consistor. v. 12. April 1844.

Auf einen Bericht eines h. Amtes erwiedert das h. Consistorium, daß dasselbe über die Möglichkeit einer Mitwirkung der h. Aemter bei den Specialseparationen und Gemeinheitstheilungen in Hinsicht auf die Rechte und das Interesse der geistlichen Institute bei denselben, mit dem h. Amte einverstanden sei.

Gerichtssporteln.

Circul. Rescr. h. St. M. an sämtliche Gerichte des Landes, die Einziehung der Gerichtsgebühren in Zoll- und Steuerdefraudationsfachen in Fällen der Freisprechung der Ungeschuldigten betr. (S. 201.) [No. 26.] (5. August 1846.)

Circul. Rescr. des h. Oberlandesgerichts an sämtliche h. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, die Berechnung der Sportelgebühren bei Subhastationen von Grundstücken betr. (S. 99.) [No. 22.] (31. Mai 1847.)

Rescr. h. St. M. v. 16. Jul. 1847. darauf wird in folgendem Rescr. des h. Oberlandesgerichts Bezug genommen.

Circul. Rescr. des h. Oberlandesgerichts an die h. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, die Bestimmung einiger zweifelhafter Gerichtsgebühren betreffend. (S. 145) [No. 33.] (2. August 1847.)

Rescripte.

Resc. h. Landesgerichts v. 19. August 1834.

Daß h. Kreisgericht N. hat um Declaration der Verordnung v. 18. Sept. 1817, die für die Advocaten und Procuratoren einstweilen anzuschreibenden Gerichtsgebühren betreffend, nachgesucht. H. St. M. hat daher dem h. Landesgerichte aufgetragen, das h. Kreisgericht in nachstehender Maasse zu bescheiden.

Die obgedachte Verordnung redet nur vom einstweiligen Anschreiben der Gerichts- und Stempelgebühren. Nach Maassgabe der Regierungscommissions-Verfügung v. 9. Febr. 1814. die Gerichtssporteln betr. §. 1 u. 7. seq. werden jedoch diejenigen Gebühren, welche zur Berechnung für die herrschaftlichen Cassen kommen, allein Gerichtssporteln genannt, und von den Gebühren ausdrücklich geschieden, welche zur Entschädigung für besondere Bemühungen sind. Zu den letztern gehörten damals, als die Actuarien noch die Schreiberei für ihre Rechnung besorgten, auch die Copialien; dieses hat sich jedoch gegenwärtig, wo bei allen Gerichten die Schreibgebühren ebenfalls berechnet werden müssen, geändert, indem nunmehr die Copialien mit den eigentlichen Gerichtssporteln in die nämliche Kategorie gehören. Hiernach ist es daher in Folge der gesetzlichen Bestimmung ganz klar, daß sich das in der eingangs gedachten Verordnung den Advocaten u. bewilligte beschränkte beneficium adnotationis nur allein auf die zur Berechnung kommenden eigentlichen Gerichtsgebühren und die Copialien, keineswegs auch auf andere Nebengebühren, welcher Art solche auch sein mögen, erstreckt. Auch ist diese Bestimmung des Gesetzes dem h. Landesgerichte niemals zweifelhaft gewesen, und ist daher stets darnach verfahren, mithin ist die vom h. Kreisgerichte, in dessen vormaligen Berichte angeführte entgegenstehende Observanz der Obergerichte, wenigstens soviel h. Landesgerichte betrifft, unrichtig.

Es ist sonach eine Declaration der gesetzlichen Vorschriften nicht erforderlich, und hat h. Kreisgericht beim Anschreiben der Gebühren nach Maassgabe der Verordnung vom 18. September 1817 in Zukunft sich nach obiger Anweisung zu richten.

Resc. h. Finanzcoll. v. 4. Novbr. 1834.

Einer Bestimmung des h. Staats-Ministerii vom 22. v. M. zufolge sollen diejenigen Vorschriften, welche in Gemäßheit einer höchsten Verfügung vom 8. April 1831. hinsichtlich der Liquidation der Zehrungskosten der Beamten bei Reisen in Officialsachen für die h. Ämter erlassen sind, auch bei den h. Kreisgerichten in Anwendung kommen und nach denselben Ansätzen die Ausgaben in den vierteljährlichen Liquidationen berechnet werden.

Diesen Vorschriften gemäß können die Beamten, wenn die Reisen ex officio gemacht und die Gebühren aus herrschaftlichen Cassen berichtigt werden, nur für die Abhaltung der bei einigen h. Ämtern stattfindenden besondern Polizeigerichte außerhalb des Wohnsitzes auf Diäten, welche für den Beamten und Actuar auf 2 R pr. Tag, und wenn in einzelnen außerordentlichen Fällen die Beamten genöthigt sind über Nacht auszubleiben, für den Beamten auf 2 R und den Actuar auf 1 R excl. der Transportkosten festgesetzt sind, bei allen sonstigen Reisen aber weder auf Diäten noch auf bestimmte Gebühren, sondern nur auf eine Vergütung der Reisekosten und sonstigen baaren Auslagen Anspruch machen, welche dann bei der Berechnung unter den Gerichtsverwaltungskosten gehörig zu specificiren, und wobei die Transportkosten von den sonstigen Ausgaben zu trennen sind. Für die letzteren ist der höchste Betrag für den Beamten und Actuar zusammen auf 2 R festgesetzt, welcher, wenn eine Reise und das damit verbundene Geschäft wirklich den vollen Tag eingenommen hat, in Ansatz gebracht werden kann, wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß für Reisen, welche in geringerer Zeit zu beendigen sind, oder für Geschäfte, wobei nur die allgemeine Gegenwart eines Beamten nöthig gewesen ist, auch nur eine verhältnißmäßige Vergütung in Anspruch genommen werden darf; für welche Officialgeschäfte, welche zwar außer dem Gerichtlocale, jedoch im Orte selbst, oder in dessen nächster Umgebung verrichtet werden, findet keine besondere Vergütung statt, es sei denn, daß ein Anspruch darauf durch besondere Gründe motivirt werde.

Indem das h. Kreisgericht von der obigen Bestimmung hiedurch in Kenntniß gesetzt wird, wird dasselbe ersucht, dem mit der Aufstellung der Quartal-Liquidationen beauftragten Rechnungsführer aufzugeben, daß derselbe in der Rechnung jedesmal genau bemerke, ob das Geschäft die Gegenwart eines oder zweier Beamten erfordert und wie viel Zeit dasselbe eingenommen habe, so wie daß bei Berechnung der Transportkosten die Entfernung der Derter, wohin die Reise gemacht worden, von demselben gehörig nachgewiesen werde.

Resc. h. Landesgerichts v. 12. Decbr. 1836.

Demnach Zweifel darüber erhoben werden wollen:

Ob, wenn in streitigen, zur Competenz der h. Ämter und Stadtgerichte gehörigen Sachen, Subhastationen, Edictalladungen und dergleichen vorkommen, als dann stets und ohne Unterschied die sub. I. A. 9 bis 14. der Sportelordnung bestimmten Gebühren, oder sofern die zu subhastirenden Gegenstände den Werth von 50 R übersteigen oder die zu liquidirenden Forderungen mehr als 50 R betragen, vielmehr die sub. I. B. 9 bis 14, für die h. Kreisgerichte verordneten Sporteln berechnet werden sollen? und h. Staatsministerium solche per rescript. vom 25. Nov. d. J. dahin entschieden hat:

daß die Beantwortung derselben keiner neuen gesetzlichen Bestimmung bedürfe, indem die auf die Competenz der Gerichte gegründete Sportelordnung und deren vorgedachte Gebührenansätze sich bei streitigen Sachen lediglich auf das Streitobject, keineswegs aber auf den Werth der zu subhastirenden Gegenstände oder den Betrag der, von den citirten Gläubigern zu liquidirenden Forderungen bezögen, so könnten mithin nach dem unzweideutigen Inhalte der Sportelordnung in den beregten Fällen von den h. Stadtgerichten und Aemtern stets nur die, diesen vorgeschriebene Gebühren sub. I. A. 9 - 14. zum Ansätze kommen.

Hiebei ist gleichwohl nicht zu übersehen, daß die Gebühren für die Edictalladung, den Liquidationstermin und Präklusivbescheid in dem Falle, wo — nicht der Gesamtbetrag der liquidata 50 π übersteigt, sondern — einzelne Forderungen über 50 π angemeldet werden und die Eröffnung eines, zur Competenz des h. Kreisgerichts gehörigen Concurſes bevorsteht, allerdings nach den Sätzen sub I. B. 9 bis 11. werden erhöht werden müssen, daß jedoch diese erhöhten Gebühren eintretenden Falls von den h. Stadtgerichten und Aemtern in dem bei Abgabe der Acten an das competente Kreisgericht zu erstattenden Berichte aus der Concurſmasse nachzufordern sind.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 21. Octbr. 1839.

Daß, obwol in der Sportelordnung v. 10. Mai 1835., wenigstens bei Civilsachen der Maassstab für die Entscheidung angegeben, damit jedoch keinesweges vorgeschrieben ist, daß die daselbst angeführten einzelnen Posten, als Kellergebühren, Zebrungskosten und Ersatz für Versäumnis, jedesmal copulativ zum vollen Betrage bewilliget werden sollen, vielmehr dem Richter, an dessen Ermessen durchgängig die Entschädigungs-Bestimmung verſtellt ist, obliegt, in Betracht zu ziehen, wie viel die Zeugen durch ihr Erscheinen vor Gericht wirklich versäumen, oder aber mehr als bei ihren gewöhnlichen Arbeiten belästigt werden, und darnach allenfalls unter Hinzuziehung eines mäßigen Betrages für vermehrte Zebrung die Zeugengebühr zu berechnen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 25. März 1841.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die in der Sportelordnung v. 10. Mai 1835. unter I. C. 4. a. den Unterbedienten zugebilligten Inſinuationsgebühren zu 1 \mathcal{M} 4 \mathcal{A} nur für eigentliche Inſinuationen, oder auch für Zustellung einfacher schriftlicher Bescheide, oder auch für bloß mündliche Bestellungen und sonstige Wege der Unterbedienten, in Partei- und Vormundschäftssachen und Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit erhoben werden dürfen. Auch hat sich insofern eine Verschiedenheit bei den Gerichten ergeben, daß bei einigen derselben für solche Besorgungen der Unterbedienten, welche nicht grade die Ueberbringung eines schriftlichen oder mündlichen Bescheides zum Gegenstande haben, statt 1 \mathcal{M} 4 \mathcal{A} nur 8 \mathcal{A} , nach Analogie der ersten Note zu der oben erwähnten Stelle der Sportelordnung, und des früheren Rescript v. 8. März 1830. (Repert. Th. H. S. 111.) erhoben werden.

Hierüber wird nun den h. Kreisgerichten in Gemäßheit eines Resc. h. St. R. v. 12. März d. J. eröffnet, daß die Berechtigung der Unterbedienten zur Erhebung der sogenannten Inſinuationsgebühren sich nicht bloß auf die eigentlichen Inſinuationen und Zustellungen einſch-

cher schriftlicher Bescheide beschränken, sondern in allen Fällen eintreten, wo die Gerichtsunterbedienten schriftliche oder mündliche Bescheide zuzustellen, oder gerichtliche Bestellungen und Beforgungen am dritten Orte auszurichten haben, und gehören dahin namentlich alle b. m. geschehenen Citationen in Civil-, Vormundschafts- und Sachen, der freiwilligen Gerichtsbarkeit, alle Zustellungen in letzter Sache, z. B. Ehestiftungen, Kauf- und Pachtcontracte, Schuld- und Pfandverschreibungen und dergl. und alle Beforgungen von Acten oder Schreiben zur Post, Zustellungen von Protocollabschriften, Auktungen, Einziehung von ausgelegten Gebühren, als Insertionskosten bei Bekanntmachungen, z. B. der Subhastationen gerichtlich verlassener Grundstücke, u. s. w. — und alle ähnliche Fälle:

In allen diesen Fällen haben die Unterbedienten ein Recht, nicht nur auf 8 R., wie hin und wieder bisher nur erhoben sind, sondern vielmehr auf 1 *Thl* 8 R.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 27. April 1841.

Es ist eine unrichtige Auslegung der Sportelordnung vom 10. Mai 1835, wenn dafür gehalten wird, es seien die darin vorkommenden Sätze für Reiseversäumnisse und Zehrungskosten den vor dem Gerichte zu vernehmenden Zeugen allemal cumulativ zuzugestehen. Obwol nämlich ein Zeuge für das, was er an seinen Berufsgeschäften durch sein Erscheinen vor Gericht wirklich versäumt und einbüßt, so wie für die besondere Belästigung, welche ihm durch dasselbe veranlaßt wird, und für die der Zehrung halber aufzuwendenden Mehrkosten schadlos zu halten ist, so darf doch überall nicht und namentlich nicht in Untersuchungssachen, deren Kosten dem Staate zur Last fallen, die auf eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht sich gründende Zeugnißablegung zu einer ehemals nicht gekannten Erwerbsquelle werden. Sene drei Positionen können daher nur für die dem richterlichen Ermessen anheim gestellte Bestimmung des Entschädigungsbetrages zum Anhaltspuncte dienen und sind demnach, so wie es in jedem einzelnen Falle die Umstände und die persönlichen Verhältnisse der Zeugen mit sich bringen, zwar bisweilen capulativ, oft aber vielleicht in den meisten Fällen nur alternativ oder disjunctiv zur Anwendung zu bringen. Dieses Princip — nach welchem zu verfahren bereits ein anderes Kreisgericht mit Genehmigung des h. Staatsministeriums angewiesen ist — hat daher auch h. Kreisgericht H. sich zur Norm dienen zu lassen, übrigens aber in den Fällen, in welchen es sich bei Bewilligung von Zeugengebühren über das Gewöhnliche hinaus zu gehen, veranlaßt findet, die Gründe davon kurz zu den Acten zu registriren.

Resc. h. St. M. v. 14. Decbr. 1842.

Von der h. General- Hof- Intendantur ist auf Veranlassung eines derselben von dem h. Oberhofmarschall-Amte erstatteten Berichts, zur Anzeige gebracht worden, daß h. Amt R. für den gerichtlich verlaublichen Kaufcontract über die, zur Erweiterung der h. Parkanlagen bei Richmond angekaufte, der Gemeinde Melverode zugehörig gewesene 3 Morgen 85 Ruthen haltende sogenannte große Brinkwiese an Stempelgebühr und sonstigen Kosten im Ganzen 9 *Thl* 4 *Gr* 8 R. von dem h. Oberhofmarschall-Amte gefordert habe, und ist darauf angetragen worden, die Niedererschlagung dieser Gebühren zu verfügen. So viel nun die außer dem Stempel liquidirten Kosten betrifft, so sind dieselben allerdings von dem h. Ober-

hofmarschall-Amt zu entrichten, dagegen muß die Stempelgebühr zu 5 fl 18 gr im Ganzen, da die gerichtlichen Angelegenheiten des h. Hauses nach Analogie der demselben ausdrücklich zugestandenen Sportelfreiheit und das §. 11. der Stempelsteuer-Verordnung vom 29. Decbr. 1821. auch als vom Stempel befreit anzusehen sind, in der aufgestellten Berechnung wegfallen.

Resc. h. Kreisdirect. v. 29. Januar 1847.

Es ist bemerkt worden, daß bei den h. Ämtern hin und wieder Gebühren der Beamten oder der Unterbedienten nicht durch den Sportelrechnungsführer, sondern durch diejenigen, welchen solche Gebühren zukommen, unmittelbar erhoben worden, und solcher Gestalt gar nicht durch die Sportelrechnung gegangen sind; daß ferner solche Gebühren, welche nicht zur Ablieferung an die Staatskasse zu kommen brauchen, z. B. Abnahmegebühren und Reisekosten für Abnahme der Gemeinderechnung, nicht einmal am Rande des betreffenden Actenstücks verzeichnet waren, und daß endlich auch die Gebühren der Unterbedienten auf der betreffenden Ausfertigung oder unter der vom Sportelrechnungsführer aufgestellten Kostenrechnung von dem betreffenden Unterbedienten selbst verzeichnet waren. Da nun hierdurch die den h. Kreisdirectionen übertragene Controle über das Sportelwesen, beziehungsweise dem betreffenden Beamten selbst, der Nachweis des in einem einzelnen Falle wirklich erhobenen Gebührenbetrages sehr erschwert, den Unterbedienten aber zu viel Gelegenheit zur Ueberschreitung oder zur irrigen Anwendung der Sporteltare gegeben wird, so werden die h. Ämter in Folge eines Beschlusses der h. Landesdirection hierdurch angewiesen, mit Strenge darauf zu halten: daß künftig alle und jede Gebühren und Entschädigungen, es mögen solche der Sportelkasse oder einem Beamten oder Unterbedienten zukommen, nur nach vorgängiger Eintragung in das Sportelregister und nach specieller Verzeichnung derselben am Rande des bezüglichen Actenstücks und auch nur auf specielle schriftliche Anweisung des Sportelrechnungsführers erhoben werden.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 18. October 1847.

In Gemäßheit eines Resc. h. St. M. v. 9. Decbr. d. J. wird ein h. Kreisgericht auf erstatteten Bericht in Betreff der Anwendung der Bestimmung sub. No. II. B. 10. der Sportelord. v. 10. Mai 1835 wegen Ablieferung der Inquisiten an eine Strafanstalt, dahin beschieden, daß

- 1) der sub. II. B. 10. der Sportelord. bestimmte Sportellsatz zu 1 fl nicht bloß alsdann, wenn wegen der Strafvollziehung im Requisitionsschreiben an eine auswärtige Behörde zu erlassen ist, sondern auch dann, wenn der verurtheilte Inquisit bloß dem Gefangenwärter des betreffenden Kreisgefängnisses zur Aufnahme in selbiges überwiesen wird, zu berechnen ist, daß
- 2) wenn von mehreren zur Zahlung der Untersuchungskosten in solidum verurtheilten Inquisiten nur einer zahlungsfähig ist, von diesem auch die Kosten der Ablieferung in die Gefängnisse für die übrigen Complicen mit einzuziehen sind.

Resc. h. Oberland, Ger. v. 20. Decbr. 1847.

Auf den Bericht des h. Amts N., die Anfrage wegen verschiedener Gerichtsgebühren betreffend, wird Folgendes erwiedert:

ad. 1. a. Copialien bei den Einsendungsberichten von Amtsacten an das h. Kreisgericht auf erhobene weitere Vertheidigung betreffend; da die Sporteltare sub. II. E. vorschreibt, daß Copialien wie in Civilsachen erhoben werden sollen, so ist die Anfrage dahin zu beantworten, daß in den erwähnten Fällen Copialien zu erheben sind.

b. Siegelgebühren in dem nämlichen Falle betreffend.

Da alle früheren, die Sporteltare vom 9. Februar 1814 erläuternden Verordnungen und Rescripte, also auch die Verordnung vom 13. Juli 1826 (No. 17. 18.) wodurch diese Gebühren vorgeschrieben waren, durch das Gesetz vom 10. Mai 1835 (No. 24. 28.) aufgehoben sind; die Sporteltare aber Siegelgebühren bei dieser Acteneinsendung nicht wieder aufgenommen hat, so beantwortet sich die Anfrage dahin, daß diese Gebühren nicht erhoben werden dürfen.

c. Für die Besorgung der Acten an das herzogliche Kreisgericht.

Da die Sporteltare für diese Besorgung keinen Satz enthält, indem der Ausdruck »Bestellungen« sub. II. E. der Sporteltare enger ist als der Ausdruck »Besorgungen« und die Sporteltare keine Bestimmung enthält, daß für die Unterbedienten bei jedem Wege, welchen dieselben, in einer Sache zu machen haben, diejenigen Gebühren, welche für eigentliche Insinuationen festgesetzt sind, statt haben dürfen und sollen: so beantwortet sich die Frage dahin, daß die erwähnten Gebühren nicht erhoben werden können.

ad. 2. a. Siegelgebühren bei der Einsendung der Acten in Criminalsachen, welche in erster Instanz zur Competenz der herzoglichen Aemter gehören, betreffend.

f. oben 1. b.

b. Verpackungsgebühren in Fällen der Acteneinsendung der hier erwähnten Art, dürfen, da in der Sporteltare diese Gebühren nicht enthalten sind, auch die analogische Anwendung des Satzes II. A. 2. g. auf Fälle dieser Art bedenklich erscheint, nicht erhoben werden.

ad. 3. a. Die Frage: ob ein Amtsvoigt, wenn er an einem, oder einem halben Tage mehre Auctionen abgepfändeter Sachen abhält, die dafür sub. I. C. 4. f. der Sporteltare enthaltenen Gebühren so viel Male als dem Verkaufe verschiedener Processe zum Grunde liegen oder nur ein Mal erheben dürfe, anlangend, so ergiebt die Sporteltare am angeführten Orte, daß die hauptsächlichste Grundlage zur Berechnung für den Amtsvoigt in der Zeitdauer seiner Mühwaltung enthalten ist. Da nun nach der Natur der Sache und nach zutreffenden Analogien z. B. §. 3. der Verordnung v. 4. Oct. 1826 (No. 24. 26.) Rescript f. Geh. Rath's Colleg. v. 29. Jan. 1820. §. 7. solche Gebühren, welche nach Zeit berechnet werden, auf mehre Geschäfte, welche in einer gewissen Zeit haben erledigt werden können, und erledigt worden sind, repartirt werden müssen, und nicht von jedem Geschäfte ganz zu erheben sind, so beantwortet sich hiernach die aufgeworfene Frage von selbst, und das aufgestellte Beispiel dahin, daß der Amtsvoigt nicht vier Male, sondern nur ein Mal 16 *M* erheben dürfe.

54 Gesetz- und Verordnungsammlung. Gewerbe und Gilden.

b. Dagegen hat es, da sich die Gebühr des Amtsvoigtes nach der Zeit, welche auf das Geschäft verwendet wird, bestimmt, kein Bedenken, den zweiten Theil dieser Anfrage dahin zu beantworten, daß im Falle einer solchen Vereitelung des Verkaufs, als in der Anfrage beschrieben ist, dem Amtsvoigte 16 *gr* oder 1 *fl*, je nachdem er, einen halben oder ganzen Tag aufwenden müssen, zugebilligt werden, wobei es unter Umständen nur angemessen sein dürfte, darauf zu halten, daß der Amtsvoigt bei Einreichung seines Executionsberichts diese Gebühren zuvor liquidire, und solche von dem betreffenden Beamten festgesetzt werden.

ad 4. Da es allgemeinen proceßualischen Regeln widerstreitet, bei nothwendigen Augenscheineinnahmen dem Gerichte einen Amtsvoigt zu substituiren, und da eben deshalb keine Gebühren für einen solchen Substitutionsfall in der Sportellare enthalten sein können, und nicht enthalten sind, so beantwortet sich diese Frage dahin, daß in Fällen dieser Art dem Amtsvoigte nichts zugebilligt werden könne. Es wird dessen ungeachtet zu dem h. Amte vertraut, daß dasselbe, wie bisher, bei den unbedenklichen Sachen, so viel als möglich, unverhältnismäßige Proceßkosten entfernt zu halten, bemühet sein werde.

ad 5. Da in den Fällen der hier angegebenen Art der Vormund keine Verwaltung hat, vielmehr die Verwaltung und Benutzung des Vermögens in den Händen der Wittwe kraft eigenen Rechts derselben befindlich ist, so kann von eigentlicher Verwaltungsrechnung des Vormundes keine Rede sein, und beantwortet sich die aufgestellte Frage dahin, daß in solchen Fällen von den in der Sportellare sub. I. A. G. g. enthaltene Gebühren zu abstrahiren sei. Daß sich dieses aber ändert, wenn außer dem Hofe noch sonstiges Vermögen in des Vormundes Händen ist, oder sein müßte, versteht sich von selbst.

Gesetz- und Verordnungsammlung.

Verord. die Veröffentlichung der Reichsgesetze und Verordnungen betr. (S. 207.) [No. 47.]
(12. October 1848.)

Gewerbe und Gilden.

Ges., die Gewährung von Darlehen Behuf Beförderung des Handels- und Gewerbes-Betriebes betr. (S. 59.) [No. 21.] (4. Mai 1848.)

§. 2. Darlehnsbankscheine S. 59.

§. 3. Zum Betrage von wenigstens 50 *fl* auf 3 oder 6 Monate. S. 60.

§. 4. Sicherheitsleistung. S. 60.

§. 5. Unterpand und Verbürgung. S. 61.

§. 6. Faustpfänder, die versichert worden. S. 62.

§. 7. Zinsfuß 5 p. C. S. 62.

§. 8. Das Unterpand haftet fürs Capital u. S. 62.

§. 9. Anwendung der Leihhausprivilegien. S. 62.

§. 10. Trennung des Geschäfts von den Leihhaus-Geschäften. — Ernennung eines Regierungsbepollmächtigten und Mitglieder des Handels- oder Gewerbestandes. S. 63.

§. 11. Bekanntmachung der Eröffnung des Darlehns-Geschäfts u. S. 63.

§. 12. Verhalten der Verwaltungsmitglieder. S. 63. und

§. 13. des Regierungsbepollmächtigten. S. 63.

§. 14. Verwendung des Zinsentrages. S. 64.

§. 15. Einthalers- und Fünfthalerscheine. Monatliche Bekanntmachung deren Betrages. S. 64.

§. 16. Sistrung des Geschäfts. — Einziehung der Darlehnscheine. S. 64.

B. über die Ausführung des Gesetzes v. 4. Mai 1848, die Förderung des Handels- und Gewerbebetriebs durch Darlehne betr. (S. 67.) [No. 22.] (4. Mai 1848.)

§. 1. Darlehnsbankcheine. S. 67.

§. 2. Form derselben. S. 67.

§. 3. Ernennung der Regierungskommissarien. S. 68.

§. 4. Ausgabe der Darlehne. S. 68.

Ges., die Beförderung des Umlaufs der Leihhaus- und Darlehns-Bankcheine betr. (S. 69.) [No. 23.] (4. Mai 1848.)

§. 1. Einzahlung der directen Steuern, so wie der für h. Kammer zu erhebenden Holzverkaufsgelder, Gefälle und Pachtgelder bis zur Hälfte des Betrages jeder Zahlung in Bankcheinen. S. 69.

§. 2. Bestimmung der Frist zur Annahme bei öffentlichen Cassen. S. 70.

§. 3. Auszahlung der Gehalte bis zur Hälfte in Bankcheinen. S. 70.

Bekanntmach. h. St. M., die Beförderung des Umlaufs der Leihhaus- und Darlehns-Bankcheine betr. (S. 71.) [No. 24.] (4. Mai 1848.)

Fristbestimmung zur Zahlung der Steuern u. in Bankcheinen.

Ges., die Erleichterung der Aufnahme von Darlehen in Darlehnsbankcheinen betr. (S. 165.) [No. 40.] (8. Septbr. 1848.)

Rescripte.

Resc. h. Reg.-direct. Holzminden v. 28. März 1836.

Da Zweifel darüber entstanden sind, ob die Bestimmung des §. 20. der Gildordnung vom 29. Octbr. 1821, welche den nicht zünftigen Leinwebern das Halten von Lehrlingen verbietet, auch auf solche Personen zu beziehen sei, die um das Weben des sogenannten Kaufmanns zu erlernen, bei einem nicht zünftigen Weber, oder einem Landwirth, der die Weberei nebenher betreibt, auf eine bestimmte Zeit in Dienst treten, — unter den, in der angezogenen Gesetzesstelle, genannten Lehrlingen indeß nur Diejenigen verstanden werden können, welche die Leinweberei, um sie demnächst als ein zünftiges Gewerbe auszuüben, erlernen, nicht aber solche, welche sich nur die nöthige Geschicklichkeit

zu erwerben beabsichtigen, um die Weberei in der vom Gesetze gestatteten Weise entweder, ohne sich in eine Gilde aufnehmen zu lassen, selbst betreiben, oder bei deren Betriebe ihren Brodherren als Gehülfsen, welche zu halten den Webern, auch wenn sie nicht in die Gilde eintreten, unverwehrt ist, dienen zu können, — mithin auf die Beibringung der letzten Art die fragl. Bestimmung nicht in Anwendung zu bringen steht, — dann es auch einer Abänderung der fragl. Gesetzesstelle einem vom h. Staatsministerium am 22. h. M. hieher erlassenen Rescripte zufolge nicht bedarf, weil obige restrictive Interpretation durch die Absicht des Gesetzgebers, welche offenbar nur dahin geht, die zunftmäßige Ausübung der Feinweberei von deren zunftgemäßen Erlernung abhängig zu machen, geboten wird: — so hat in vorkommenden Fällen h. Amt N. sich hiernach zu achten.

Resc. h. St. M. v. 22. November 1844.

Aus dem Berichte des h. Kreisgerichts B. ist ersehen, nach welchen Grundsätzen bei der Zulassung königl. preussischer Unterthanen zum Gewerbebetriebe im hiesigen Herzogthume, verfahren ist. Dem in Betracht kommenden Art. 17 des Vertrages vom 19. October 1841, über den Anschluß des Herzogthums an den Zollverein, kann nun keineswegs die Deutung gegeben werden, daß die Zulassung der königl. preussischen Unterthanen zu jenem Gewerbebetriebe von denjenigen Rücksichten und Voraussetzungen abhängig zu machen sei, welche nach der hiesigen Gesetzgebung bei der Zulassung zur selbstständigen Ausübung eines Gewerbes in Betracht kommen, vielmehr müssen preussische Unterthanen, wenn sie in ihrer Heimath zum Gewerbebetriebe berechtigt sind, auch in dem diesseitigen Gebiete als dazu legitimirt betrachtet werden, so daß ihnen das Recht zusteht, auf erhaltene Bestellungen zu arbeiten, und entweder die gefertigten Artikel dem Besteller zu überbringen und bei demselben aufzustellen, oder die Arbeiten in dessen Wohnung auszuführen.

Es ergibt sich hieraus, daß hinsichtlich der Zurückweisung des Musikus D. in D. von der Ausübung seines Gewerbes in B. nicht die richtigen Grundsätze zur Anwendung gebracht sind, und wird h. Kreisdirection angewiesen, in künftigen ähnlichen Fällen vielmehr nach den oben angeführten Gesichtspunkten zu verfahren, wogegen es hinsichtlich des Gewerbebetriebs auf Jahrmärkten und Volksfesten bei den im Berichte ausgeführten Grundsätzen sein Bewenden behalten muß. Uebrigens ist bei dem königl. preussischen Gouvernement in Betreff der am Schlusse des Berichts hervorgehobenen Fälle von Beschränkungen diesseitiger Gewerbetreibender, die Beobachtung der Reciprocität beantwortet worden.

Resc. h. Kreisdirect. Wolfenbüttel v. 24. Februar 1848.

Der Schneidermeister R. ist auf sein eingelandes Gesuch, um Concession zum Betriebe des Nügen- und Kappenmacher-Gewerbes, v. h. Ämte dahin zu bescheiden, daß ihm als Schneidermeister gestattet sei, Nügen und Kappen von Tuch und andern Zeugen, jedoch ohne Pelzwerk, auf besondere Bestellung und aus dem von seinen Kunden ihm dazu gelieferten Zeuge zu verfertigen, eine Erweiterung dieser Befugniß ihm aber nicht zugestanden werden könne.

Herzogthum Braunschweig

Herzogl. Corpsbefehl v. 1. August 1848.

Er. I. K. Hoheit dem Erzherzog Johann von Oesterreich ist zu kräftiger Förderung der Einheit und der gemeinsamen Interessen Deutschlands die Ausübung der Centralgewalt provisorisch übertragen. Indem ich dieser Wahl meine völlige Zustimmung ertheile, habe ich die Verwendung der bewaffneten Macht des Herzogthums in derselben Weise und Ausdehnung, wie solche bisher dem hohen deutschen Bund unterstellt gewesen, Er. I. K. Hoheit dem Erzherzoge, Reichsverweser untergeordnet, und hege das feste Vertrauen, daß meine Truppen für die deutsche Sache den stets bewährten Ruhm der Vaterlandsliebe und mit thätigen Eigenschaften auch fernerhin bewahren und aufrecht erhalten werden. (Geg.) Wilhelm. Deutsche Reichszeitung. Braunschw. den 2. August 1848. No. 28.

Hoheitsgränze

Resc. h. Lehn- und Gränz-Commiff. v. 2. Novbr. 1847.

Die königlich hannoversche Landdrostei zu Hildesheim hat wegen regelmäßiger Einfindung der Protokolle über eine Gränzrevision die Verfügung in Vorschlag gebracht, daß den beiderseitigen Localgränzbehörden unbedingt zur Pflicht gemacht werde, die Verhandlungen über eine Gränzrevision unmittelbar nach dem abgeschlossenen Termine, und jedenfalls an dem nämlichen Tage in zwei gleichlautenden Originalprotokollen, zu verzeichnen. Nachdem die h. Lehn- und Gr. Commission diesen Vorschlag dem Revisionsgeschäfte angemessen gefunden, und sich damit einverstanden erklärt hat, ist mittels fernern Schreibens von königlich-hannoverscher Landdrostei die anliegende den dortigen Localgränzbehörden mitgetheilte Instruction in Abschrift mitgetheilt. Da selbige zweckmäßig gefunden worden, so haben die Aemter in allen Punkten derselben gemäß zu verfahren.

Instruction.

Bei der Revision der Hoheitsgränze gegen das Herzogthum Braunschweig hat es sich herausgestellt, daß das bei Aufnahme der Revisionsprotokolle bisher beobachtete Verfahren die Veranlassung zu nicht unerheblichen Verzögerungen gewesen ist. Im Einverständnisse der beiderseitigen Regierungen ist demnach bestimmt, daß die über eine vorgenommene Gränzrevision stattgehabten Verhandlungen in Zukunft unmittelbar nach dem abgeschlossenen Termine und jedenfalls an dem nämlichen Tage in zwei gleichlautenden Originalprotokollen verzeichnet werden sollen. Die diesseitigen Gränzobrigkeiten werden hiedurch angewiesen, der vorstehenden Bestimmung unanfechtbar nachzukommen. Hildesheim den 22. October 1847. Königl. hannoversche Landdrostei.

An königl. Amt Buderlage, Wolf, Meine, Uslar, Besterhof, Woldenberg, Einbeck, Nordheim, Mienover, Lammförde, Erichsburg, Gunesried, Liebenburg, Wöltingerode,

Osterode, Königl. Hoheits-Commission des (Königl. Hofrath) Magistrat zu Bodenem, Magistrat zu Goslar, Gericht Obershausen.

Hypothekenwesen.

Abfassungsordnung v. 20. Decr. 1834. §. 129. Eintragung der Abfassungscapitale betr. §.

Das h. Oberlandesgericht hat in einem Bescripte v. 27. Juli 1834 sich mit dem

Ansichten, welche das h. Oberlandesgericht demselben hinsichtlich des bei Wiederherstellung

der durch den Brand von Hasselfelde verloren gegangenen Hypothekenbücher zu beobachten,

den Verfahrens vorgetragen hat, einverstanden erklärt, und dasselbe beauftragt, das h. Amt

Hasselfelde demgemäß mit Anweisung zu versehen. Dieser Vorschrift zufolge wird dem

letzten auf dessen an das h. Staatsministerium unterm 28. März d. J. erstatteten Bericht

nachstehendes eröffnet.

Dem h. Amte liegt nach §. 6. des Gesetzes v. 15. October 1832, das Justiz-

wesen betr., die Besorgung des gesammten Hypothekenwesens, insbesondere die Führung

der Hypothekenbücher ob. Zu der Besorgung des gesammten Hypothekenwesens gehört nun

auch die Anlegung neuer Hypothekenbücher, und diese sollen die Bücher ihrer Bestimmung,

den Realcredit zu befördern und aufrecht zu halten, entsprechen macht. Es ist erforderlich, daß

neben Verzeichnung der zum Gläubiger gehörigen Objekte nicht bloß die Untersuchung

der passiven, sondern auch der activen Verhältnisse der Grundbesitzungen, folglich sowohl die

ermittelung der auf den letzteren haftenden, der Inscription bedürftigen Hypotheken- und

sonstigen Real-Rechte, als die Richtigstellung des Besitztitels der Inhaber vorgekommen

wird. Wenn daher behuf Herstellung der vernichteten Hypothekenbücher Edictallationen

Das h. Amt hat die betreffenden Acten, nehmlich die Mittheilung der darin enthaltenen Notizen zum Gebrauche behuf Ermittlung des activen und passiven Zustandes der Grundbesitzungen zu requiriren und hiernächst ein ordentliches Verzeichniß zu verfertigen.

2) die Besitzer, unter Vorlegung und Vorhaltung der in ihren Händen etwa befindlichen oder sonst dem Gerichte zugestommenen Documente und Nachweisungen, über den Gewerbszettel, die Eigenthumsbesitzungen und die in deribirt gemachten Hypotheken und sonstigen Realverbindlichkeiten zu vernehmen, wozu dann zu der fernern gleichmäßigen Vernehmung derjenigen, die sich bei dieser Untersuchung als Berechtigte ergeben, führt.

Auf diese Weise, besonders durch Vernehmung der Interessenten, welche zugleich zum Besuche einer gütlichen Vereinigung über die Priorität der Forderungen, sofern die Zeit der geschehenen Eintragung nicht zu eruiren steht, benutzt werden kann, wird in einer ziemlich Anzahl von Fällen, genügende Gewissheit hinsichtlich der activen und passiven Verhältnisse der Grundbesitzungen erlangt werden. Sollte gleichwol dieses Verfahren nicht ausreichen, so sind endlich

3) alle diejenigen, die vermöge Eigenthums- oder Hypothekenrechtes Ansprüche an den Grundstücken zu haben vermeinen, zu Anmeldung derselben, innerhalb eines geräumigen Termins mittelst Edictalladungen vorzuladen.

Die Folgen der unterbliebenen Anmeldung können jedoch nicht in dem Verluste der etwaigen Berechtigungen bestehen, vielmehr ist das Präjudiz dahin zu stellen, daß spätere Anmeldungen nur so lange, als die persönlich Verpflichteten und deren Erben im Besitze der Sache verbleiben und nur nach der Zeit der Anmeldung zu beachten, die nicht rechtzeitig angemeldeten Ansprüche aber gegen dritte Besitzer in gutem Glauben, und gegen die in der Zwischenzeit ordnungsmäßig neu constituirten Hypotheken, nicht verfolgbar seien.

Im übrigen hat sich das h. Amt vorerst nur auf die Sammlung und Zusammenstellung des Materials zu beschränken und die wirkliche Anfertigung der neuen Hypothekenbücher bis dahin auszusetzen, daß deren Form und Einrichtung in der, für das ganze Herzogthum zu erlassenden Hypothekenordnung, definitiv bestimmt sein wird.

Das Amt Hasselfelde hat bei der Wiederherstellung der Hypothekenbücher die obigen Bestimmungen zur Anwendung zu bringen, und da die in den braunschweigischen Anzeigen v. Mai d. J. inserirte Bekanntmachung des h. Amtes v. 20. Mai d. J., dem einzuschlagenden Verfahren nicht entspricht, so ist solche Bekanntmachung forderndst zurückzunehmen.

Resolut. h. Oberland. Ger. v. 23. October 1834.

Auf die vom dem Advokaten Et. wider das h. Stadtgericht Woffenbüttel wegen Eintragung einer Hypothek eingereichte Beschwerde, wird vom h. Oberlandesgerichte zur Resolution ertheilt, daß da in der Stadt Woffenbüttel die Veräußerung von Grundstücken nur mittelst der deutschrechtlichen gerichtlichen Auffassung Statt hat, in dieser Hinsicht aber der Ausdruck Veräußerung im weitesten Sinne zu nehmen ist, und namentlich die Verpfändung eines Grundstücks mit unfaßbar ist, und

dießern, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte S. 359, ist dem Amt

diese damit die gewöhnliche Auffassung allerdings erfordert und in Folge davon dem Gläubiger durch die Gewehre verweigert, dann nachher das guthabende Juchel schwebend mag negativ nicht

Albrecht: die Gewehre als Grundbilde des alten deutschen Scharb
 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147) 1771 (S. 147)

eden deshalb die Gewehre unbegründet erscheint, dem Pfandkäufer jedoch unbewandert bleibt, Behuf der Verpfändung seines Grundstücks durch einen Sachverständigen im Ge-
 richte zu bestimmen, das Buchen nicht statt habe, sondern es zu nichtstillschreiben, sondern

Receß h. Oberland. Ger. v. 23. Juli 1838.

In dem Berichte des h. Kreisgerichts, (Braunschweig v. 10. d. M.) die Eintragung
 des Erbenzins und des Ablösungskapitals auf das sub. No. 2509 zu Braunschweig belegene
 Haus der Ehefrau des B. betreffend, hat dasselbe das h. Oberlandesgericht von den Hindernissen
 in Kenntnis gesetzt, welche dem gesetzlichen Verlangen der h. Landesökonomiekommission in Bezie-
 hung auf die fragliche Eintragung, seiner Ansicht nach, entgegenstehen.

Diese Hindernisse liegen lediglich in der noch beibehaltenen eigenthümlichen Form bei
 gerichtlichen Verordnungen und Verfügungen in der Stadt Braunschweig, welche daselbst nur
 von den Interessenten vor offenem Gerichte geschehen kann.

Wenn nun das h. Kreisgericht, ungeachtet es sich in dem fraglichen Falle weder
 um Constatirung eines neuen Erbenzins, noch einer neuen Hypothek des Erbenzins-
 herrn handelt, dafür hält, daß Behuf der verlangten Eintragung eine desfallige Er-
 klärung der Interessenten vor offenem Gerichte zuvor notwendig sei, ehe dem Verlangen der
 h. Oekonomiekommission Genüge geleistet werden könne; so scheint der einfachste Weg die ent-
 standenen Schwierigkeiten zu beseitigen, der zu sein, daß h. Kreisgericht die bei der fragli-
 chen Eintragung interessirten Partheien behuf der erforderlichen Erklärung vorlade, und sodann
 den gesetzlichen Vorschriften gemäß weiter procedire, und hat dasselbe diesem gemäß zu ver-
 fahren.

Receß h. Oberland. Ger. v. 16. October 1838.

Die Absicht der Herrschaften Bericht des h. Kreisgerichts Braunschweig, die Eintragung
 des Erbenzins und des Ablösungskapitals auf das Haus der Ehefrau des B. betreffend, ver-
 nichtet das h. Oberlandesgericht, und hat das h. Oberlandesgericht, welches die
 Verbindlichkeit zum Verfall des Erbenzins und demnachstigen Abtragung des
 Ablösungskapitals war bereits durch den Receß der h. Landesökonomiekommission, welchen die
 Pflichtige selbst unterzeichnet hat, hinlänglich festgestellt, und es kam daher nur noch darauf
 an, die erforderliche Eintragung mit Beobachtung der in der Stadt Braunschweig noch beste-
 henden Gewohnheiten zu bewerkstelligen. Hierzu war erforderlich, daß der Berechtigte, welcher die Ein-
 tragung verlangt, hier der Vertreter des braunschweigischen Daisenhauses, der Abgabe seiner
 darauf zu richtende Erklärung vor offener Gerichtsstelle erschien, und daß die Pflichtige sich
 gegen den Receß und ihre darüber befindliche Unterschrift anerkannte, daß auch, wenn sie
 angezweifelt war, in Contumacia gegen sie procedirt, oder, wenn sie Einsprüche gegen die
 Eintragung machte, darüber erkannt wurde, wodurch alle unnötigen Weiterungen vermieden
 sein, und die Verhandlung vor offenem Gerichte vollständig gemacht sein würde.

Dieses Verfahren hatte das h. Oberlandesgericht bei Abfassung des Rescripts vom 23. Jul. 1838 nur vor Augen, daher die Vorladung der interessirten Partheien darin vorgezeichnet war.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 17. December 1838.

Die mit dem Berichte des h. Amtes L. d. Wb. eingesandten Hypothekenbücher für W. lassen zwar ersehen, daß dieselben nicht nach den Personen der Besitzer, sondern, wie es die gesetzliche Vorschrift (Verordn. v. 3. Febr. 1814. §. 53.) erfordert, nach den Immobilien geführt sind.

Wenn sie dessen ungeachtet sich nicht in der gehörigen Ordnung befinden, so beruht solches vornämlich darauf, daß die Grundstücke nach der Reihe der geschehenen Anmeldungen in das Hypothekenbuch aufgenommen worden, daß es meistens an einer genauern Bezeichnung der eingezeichneten Grundstücke und den nöthigen Verweisungen von einem Folium auf das andere fehlt, und daß die Berichtigung des Besitztittels fast ganz außer Acht geblieben ist.

Eine Umarbeitung der Hypothekenbücher möchte allerdings wünschenswerth sein. Hierzu bedarf es aber mehrer Vorarbeiten, die nicht sofort in Ausführung gebracht werden können, und da gleichwol für die Folge den Mängeln abzuhefen und eine Verbesserung einzuleiten ist, so werden dem h. Amte die nachstehenden Vorschriften ertheilt, welche bei Führung der Hypothekenbücher nicht nur von W., sondern auch der übrigen Ortschaften des Amtsbezirks zu befolgen, und in deren Gemäßheit die unvollständigen Einträge, wenn sich eine besondere Veranlassung zu einer neuen Inscription ergibt, thunlichst zu ergänzen sind.

1. Die im Hypothekenbuche vorkommenden Einträge beziehen sich entweder

- 1) auf die Sache, an welcher die Hypothek als dingliches Recht haftet (deren Beständtheile, Beschaffenheit, und besondere Lasten) oder
- 2) auf den Besitzer der Sache (dessen Besitztittel und Dispositionsbeschränkungen, so weit sie nicht in der Beschaffenheit der Sache sich gründen) oder
- 3) auf die hypothecarischen Forderungen (deren Größe, Cessionen, Löschungen), und müssen daher über jeden dieser Punkte genügende Nachweisung enthalten.

Was

zu 1) die Sache, Grundstücke anlangt, sind solche nach ihrem Namen, ihrer Lage, Größe und anderen Unterscheidungszeichen *), Häuser insbesondere unter der Brandassurationsnummer zu bemerken. Die Adjacenten mit namhaft zu machen, ist nützlich, genügt jedoch nicht in allen Fällen, sondern es sind, etwa durch Vermählung der Interessenten und ortskundigen Personen, auch die Namen der Vorbesitzer und andere dahin gehörige Umstände zu erforschen, damit die Identität außer Zweifel gesetzt und ermittelt werde, ob die in Frage stehende Sache schon ihr Folium im Hypothekenbuche erhalten hat.

zu 2) den Besitzer anlangend, versteht es sich von selbst, daß nur der Eigenthümer die Sache gültig verpfänden kann, und muß mithin dessen Eigenthumsrecht aus dem Hypothekenbuche selbst begründet erscheinen, folglich der Besitz (Erwerbs-).

Titel jedesmal vor Inscription einer von ihm bestellten Hypothek berichtigt und in das Hypothekenbuch eingetragen werden.

zu 3) Bei den hypothecarischen Forderungen ist die Person des Gläubigers nach Vor- und Zunamen, Stand und Wohnort zu bezeichnen, die Summe der Forderung, der Rechtstitel, das Datum der Schuldburkunde, der bedungene Münz- und Zinsfuß anzuführen. Ähnliches gilt von den Cessionen und Löschungen. Dagegen bedürfen unwesentliche Nebenbestimmungen der Verträge z. B. Ausfälligungszeit, Fristen und dergl. der Eintragung nicht.

II. Die Hypothekenbücher haben zwar die Kraft selbstständiger Urkunden, die Einträge, aber, obwohl sie mit Vermeidung des Unwesentlichen, alles Wichtige enthalten müssen, können nur das Resultat anderer Acten und Verhandlungen, auf welche sie sich also gründen, darlegen. Deshalb muß in den Einträgen auf jene Acten und Verhandlungen, insbesondere auf die Amtshandelsbücher unter Anführung des Bandes und der Seitenzahl, woselbst sie sich befinden, stets hinverwiesen werden. Insofern die Urkunden, auf deren Grund eine Inscription verlangt wird, nicht vor der Hypothekenbehörde errichtet worden, sind sie ihr in glaubhafter Ausfertigung einzureichen, und können erst, nachdem davon fidimirte Abschrift zu den Amtshandelsbüchern genommen ist, retradirt werden.

III. Wenn eine und dieselbe Forderung auf mehrere Immobilien eingetragen wird, von denen jedes sein eigenes Folium erhalten hat, oder von denen jedem sein eigenes Folium zu geben ist — als worüber bei flüchtigen, nicht im Partinenzverbande stehenden Grundbesitzungen keine allgemeine Regel aufgestellt werden kann, sondern was nach Beschaffenheit des besondern Falles zu ermessen ist — überhaupt, wenn eine Eintragung sich auf eine andere bezieht und damit im Zusammenhange steht, so muß bei einer jeden dieser Inscriptionen bemerkt werden, in welchem Bande und auf welcher Seitenzahl des Hypothekenbuches sich die andere Inscription befindet.

IV. Allen und jeden Einträgen sind Tag, Monat und Jahr, an welchen sie geschehen, beizufügen, auch dieselben am Schlusse mit der Namensunterschrift des Hypothekenbuchführers zu versehen.

V. Ausstreichungen und Rasuren sind gänzlich zu vermeiden, und die etwa erforderlichen Ergänzungen und Berichtigungen am gehörigen Orte beizuschreiben.

VI. Den Hypothekenbüchern ist ein alphabetisches Register nach den Namen der Besitzer, unter Angabe der Seitenzahlen, auf welchen die Besitzungen eingetragen worden, beizufügen, und solches hinsichtlich der Besitzveränderungen in einem stets rectificirten Zustande zu erhalten.

VII. Was endlich die Eintragung der Abfindungen und Leibzuchten betrifft, so beruhen die in Folge eines Erbtheilungsgeschäfts stipulirten Abfindungen, sofern nicht Credit ertheilt worden, nicht auf einem Hypothek- sondern auf einem Miteigenthumsrechte, welches im Concurse zu einer Separation führt und nur durch Zahlung der rückständigen Abfindungssumme abgewendet werden kann. Da nun in den Landesgesetzen bloß die Eintragung der eigentlichen Hypotheken, nicht auch die Eintragung

Hypothekewesen, Rescripte.

63

der auf ein Miteigenthum sich gründenden Ansprüche, vorgeschrieben ist, so bedürfen die Abfindungen zur Erhaltung ihres Vorraths der Eintragung nicht. Eher könnte die Nothwendigkeit der Eintragung der Leibzuchten behauptet werden, insofern solche nicht üblich und von Amtswegen vorzunehmen nicht erforderlich. Es darf jedoch ein gehöriger Antrag der Betheiligten auf Inscription ihrer Abfindungen und Leibzuchten in das Hypothekenbuch nicht zurückgewiesen werden, und wird diese Inscription, wenn sie lediglich die Sicherstellung gegen etwa später einzutragende Gläubiger bezweckt, unter der Rubrik der »Realverbindlichkeiten« geschehen müssen. Inwiefern die Eintragung in die Rubrik des »Besitztitels« zu stellen sei, hängt von der Beschaffenheit des der Inscription zum Grunde liegenden Rechts, und ob selbiges eine eigentliche Beschränkung der Dispositionsfreiheit des Besitzers enthält, ab, und ist übrigens nach vorgängiger Vernehmung der Interessenten zu bestimmen, ob nur die Berechtigung zu der Leistung im allgemeinen, oder auch deren Werth einzutragen, und auf welche Weise der letzte zu eruiert sei. Damit aber die späteren Hypothekengläubiger von dem Vorhandensein einer Leibzuchtberechtigung und der Abfindungsansprüche auf geeignete Weise Kenntniß zu erlangen, und die zu ihrer Sicherheit für erforderlich erachteten Maßregeln zu treffen im Stande sind, hat h. Amt in künftigen Fällen, wenn die Uebertragung der Grundstücke mit Vorbehalt der Leibzucht und Abfindungen geschieht, bei der Berichtigung des Besitztitels und unter dieser Rubrik zu bemerken: »daß der Besitzer laut Contractes von 1838 (S. Amtshandelsbuch Bd. 3. Pag. 114) gegen Entrichtung einer Leibzucht und von Abfindungen die Grundstücke acquirit habe« — und solche Bemerkung in dem etwa auszustellenden Hypothekenscheine mit aufzunehmen. Hiernach ist zu verfahren.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 28. Juni 1842.

Das h. Oberlandesgericht erwidert einem h. Amte auf einen Bericht Folgendes: Zur Eintragung auf besondere Folien im Hypothekenbuche sind nicht bloß Grundbesitzungen, vielmehr auch solche, denselben gesetzlich gleichgeachtete, Realgerechtigkeiten geeignet, welche nicht mit gewissen Grundstücken verbunden sind, sondern für sich bestehen, einen bestimmten Werth haben, ohne den Besitz eines Grundstücks ausgeübt, folglich für sich allein veräußert und verhypothecirt werden können, als wohin namentlich selbstständige Zehnt-, Schatzfeteigerechtigkeiten u. dergl. gehören (cf. Ablöf. Ordn. S. 8. Verordn. vom 13. Novbr. 1837. No. 48. § 4. No. 3 und 6.)

Auch bedarf es, da der Eintrag in das Hypothekenbuch nur klar und genau nachzuweisen hat, »welche Immobilien für eine Forderung, und welche Forderungen auf einem Immobile haften«, der Bezeichnung und Beschreibung der Sache lediglich zu dem Zwecke, damit der eigentliche Gegenstand der Hypothek außer Zweifel gesetzt und von anderen im Hypothekenbuche aufgenommenen oder aufzunehmenden Immobilien gehörig unterschieden werde, mithin ist zum Behuf des Hypothekenbuchs keineswegs erforderlich, daß jeder einzelne Bestandtheil und jede Pertinenz eines Gutcomplexes aufgezählt und specificirt oder der Um-

sang einer Realgerechtigkeit in allen ihren besondern Beziehungen ermittelt und beschrieben werde, indem eine beiläufige Angabe deren Beschaffenheit genügt.

H. Amt hat daher der Anweisung h. Landesökonomiecommission gemäß, die allodiale Schäferei, Jagd- und Fischerei-Gerechtigkeiten, derer von St. auf Lütjenholtsener Feldmark, in der zweiten Abtheilung des Hypothekenbuchs, auf besonderen Folien einzutragen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 3. März 1842.

Auf die vorgenommene Untersuchung des Hypothekenwesens bei dem h. Amte St. und in Gemäßheit der vom h. Staatsministerium dem h. Oberlandesgerichte zugegangenen Anweisung, eröffnet dasselbe diesem Amte Folgendes:

Da die vorhandenen Hypothekenbücher vom Anfange an nicht nach den Grundstücken, sondern verordnungswidrig nach den Personen der Verpfänder angelegt und fortgeführt, die Eintragungen lediglich nach der Reihe der geschehenen Anmeldungen chronologisch, meistens auch unvollständig und mangelhaft gemacht, und der in den neueren Zeiten getroffenen Einrichtungen ungeachtet die Hypothekenbücher einer Verbesserung nicht fähig sind, so ist es nothwendig, daß für sämtliche Amtsortschaften neue Hypothekenbücher angefertigt werden.

Was nun die Einrichtung der neuen Hypothekenbücher und zwar

I. für die Dörfer

betrifft, so genügt für jedes Dorf ein Band. In diesem sind:

1) so viel Folien, als in der Brandversicherungsanstalt assicurirte Gebäude (Gehöfte) vorhanden und

2) besondere Abtheilungen für die übrigen, namentlich flüchtigen Grundstücke,

zu machen, dergestalt jedoch, daß, wenn der Besitzer eines Gebäudes (Gehöftes) solches und zugleich einen geschlossenen Gütercomplex oder andere flüchtige Grundstücke verpfändet hat, alsdann die Hypothek nur auf einem und demselben Folium, dem für das Gebäude (Gehöfte), eingetragen wird, indem hier zugleich die eigentlichen Pertinenzien im Allgemeinen, die mit dem Gute in keiner unzertrennbaren Verbindung stehenden flüchtigen Grundstücke aber speciell nach ihrer Lage, Größe und sonstigen Beschaffenheit unter fortlaufenden Nummern aufgeführt werden.

Jedem einzelnen Gehöfte ist schon im Voraus, gleichviel ob zur Zeit eine InSCRIPTION nothwendig ist oder nicht, ein besonderes Folium, das in drei Doppelseiten bestehen kann, zu bestimmen. Die Eintragungen der Gehöfte sind nach der Reihenfolge der Brand- assicurationsnummern, nicht nach der Reihenfolge der Nummern der Dorfbeschreibungen, zu machen, weil jene bekannter ist, auch in den meisten Ortschaften Gebäude sich finden, welche erst seit Anfertigung der Dorfbeschreibungen errichtet worden, und für die es sonst an einer gehörigen Ordnung der Einreihung fehlt. Die Nummer der Dorfbeschreibung ist jedoch, wenn das Gebäude darin aufgeführt stehet, im Hypothekenbuche zu notiren.

Die übrigen flüchtigen Grundstücke sind dagegen erst alsdann in das Hypothekenbuch aufzunehmen, wenn dazu eine besondere hinreichende Veranlassung gegeben ist. Insofern sie entweder ohne den Hof ihres Eigenthümers, oder von solchen Personen verpfändet werden, die nicht zugleich einen Hof besitzen, überhaupt insofern sie auf ein separates Fo-

Num im Hypothekenbuche einzutragen sind, sind für die besondere Abtheilung des letzten, für welche je nach dem Umfange der Feldmark und der Menge der etwa vorhandenen flüchtigen Pänderei eine angemessene Anzahl von Blättern offen zu halten ist, hinter den affecurirten Gebäuden auszuführen, wobei die topographische Lage, und zwar nach Maassgabe der Vermessungsbeschreibungen, wenn solche vorhanden, oder nach Maassgabe der Steuerkataster, insofern daraus die topographische Lage zu ersehen, zum Grunde zu legen ist, nicht die Zeit der geschehenen Anmeldung der Einträge. Um das Hypothekenwesen in Ordnung zu bringen, kommt es hauptsächlich darauf an, mehrte nicht zu große Abtheilungen zu machen, den Hypothekenbezirk zu verkleinern, als wodurch die Uebersicht erleichtert und in Betreff der Identität der Grundstücke die nöthige Gewissheit erlangt wird. Wenn daher im Hypothekenbuche die Abtheilungen in Gemässheit der Feldbeschreibung nach den Wannen u. dergl. gemacht sind, und eine Eintragung auf ein Grundstück vorkommt, welches in der dritten Wanne liegt, so ist nur nothwendig, die für die dritte Wanne bestimmte Abtheilung nachzuschlagen, nicht aber das ganze Hypothekenbuch durchzusuchen.

Die von Seiten des h. Amtes in Vorschlag gebrachten Abtheilungen, sind für geeignet nicht zu halten, weil solche nicht die topographische Lage der Grundstücke, sondern lediglich die Personen berücksichtigen, welche sich zur Zeit der Anlegung im Besitze befinden, hieran in jedem Augenblicke eine Veränderung eintreten kann, wodurch das ganze System, noch bevor die Herstellung des Hypothekenbuchs beendigt worden, über den Haufen geworfen ist, und mangelhaft, dunkel und binnen kurzer Zeit unbrauchbar ein jedes Hypothekenbuch sein wird, das nicht auf Grund Flur-Lagerbücher u. dergl. basiert ist.

Wahr sind nach der Erklärung des h. Amtes für die Ortschaften S. und M. Vermessungsbeschreibungen nicht vorhanden, und wenn also auch in Ermangelung gehöriger Flurbücher die Hypothekenbücher jener Ortschaften nicht vollkommen einzurichten sein werden, so muß doch ein nach der Reihenfolge der Affecurationsnummern angelegtes und auf die ob erwähnte Weise geführtes Hypothekenbuch, eine wesentliche Verbesserung hervorbringen.

Antangend II. die Einrichtung des Hypothekenbuchs für die Stadt St., so muß dasselbe wegen des großen Umfanges der Feldmark, der Vertheilung der Grundstücke in viele kleinere Parzellen, und wegen der häufigen Besitzveränderungen, in vier verschiedene, für sich bestehende, Abtheilungen zerfallen, nämlich A. für die Wohnhäuser und deren unmittelbare Umgebungen, als Nebengebäude, Hintergärten u. s. w.; B. für das Ackerland; C. für die Wiesen, und D. für die Gärten.

Einer jeden Abtheilung ist nach Beschaffenheit ihrer Grösze die verhältnismässige Anzahl von Bänden zu geben.

Die für die Wohnhäuser bestimmte Abtheilung A. ist gleich im Voraus so einzurichten, daß jedes mit einer besonderen Affecurationsnummer versehene Gebäude, nach der Reihenfolge der Affecurationsnummern sein Folium angewiesen erhält, wozu in der Regel zwei Doppelseiten genügen werden.

Zur Grundlage der übrigen drei Abtheilungen, als B. für das Ackerland, C. für die Wiesen, und D. für die Gärten, müssen die rectificirten Feld- und Wiesenbeschreibungen, so wie die Beschreibung der Gärten genommen werden, in denen die Grundstücke nach ihrer

Trage, Größe, unter bestimmten unveränderlichen Bezeichnungen oder Nummern, welchen Hypothekenbuche beizubehalten und darin aufzuführen sind, stehen) und dass es jedem Eigenthümer obliegt, die Stadt, St. einer Gartenbeschreibung noch nicht vorhanden, oder, die vorhandene nicht dergestalt eingerichtet sein, daß daraus die Raviere, so wie der Name des Theiles der Feldmark, worin der Garten liegt, nebst seiner Größe und seinen, besonderen Nummer, hervorgeht, so ist dies Gartenbeschreibung unter Zuziehung der Localbehörde vor-
gängig anzufertigen oder zu rectificiren und darnach die in die Abtheilung D. des Hypothekenbuchs gehörigen Grundstücke auszumitteln. In Ansehung der Anfertigung oder Rectification der Gartenbeschreibungen sind, zum Behuf der weiteren Anordnungen im administrativen Wege bei dem k. Staatsministerium die erforderlichen Anträge gemacht worden.
Die Feld-, Wiesen- und Gartenbeschreibungen müssen das Realrepertorium bilden. Zu solchem Zwecke ist höchstens ein Abdruck davon zu machen und einzurichten, daß für die Subskription der Eintragungen auf die betreffende Abtheilung des Hypothekenbuchs der nöthige Raum bleibt. Neben dem Realrepertorium ist ein alphabetisches Register nach den Namen der Besitzer anzulegen und, nach gehöriger Ordnung, fortzuführen.

Wetäusgesetzt, also, daß ein Realperritorium für die Abtheilungen B. Grund D. des Hypothekenbuchs gerichtet wird, kann deren Umfang angemessen beschränkt werden, so daß (1) es nicht nothwendig erscheint, soferne als Grundstücke in die für selbige bestimmte Abtheilung zuzuschreiben, sondern nur die selbigen, zu deren Eintragung eine besondere Veranlassung eingetreten ist, dahingegen die übrigen nur dann und wenn dergleichen nur in

2) es zulässig wird; diejenigen in einander gesetzten selbst den Abtheilung begehenden Grundstücke, welcher jemand gleichgültig besitzt und auf gleiche Weise verpfändet, auf ein Folium einzutragen und ihnen erst bei einer hieran sich ergebenden Veränderung, als einem besonderes Folium anzuvweisen, obin vollkommenen und schließlichen nach der Sache das Es werden mithin in dem obgedachten höchstens zwei Doppelseiten für ein Folium auf längeren Zeit genügen; so daß das Folium wohlgeschrieben, so fern durch Supplementbogen geholfen, und im Bedarfsfall Einsatzen auf neues und unbedefahrt fortzuführen werden.

1919 in Köln: Stadt des Weibers: Bezieht sich: das hoo Oberlandesgericht, was die Anlegung der Folicen, insbesondere, und was die Einrichtung und Führung der Hypothekenacten und Hypothekenbücher überhaupt betrifft, auf das Circularrescript vom 3. März 1842, welches in der Gesetz- und Verordnungsammlung abgedruckt werden wird, und vom hoo Amt zu Richtschnur zu nehmen ist.

Als Formel an der Hypothekenbücher, und zwar Formel für die Dorfschaften als für die Stadt St., ist dasjenige anzuwenden, welches dem erwähnten Circularrescript beigelegt worden. Auch sind die in älteren Hypothekenbüchern enthaltenen Inscriptionen als weit sie noch Interesse haben, in die neuen zu übertragen, und zu dem Behufe die nöthigen Ermittlungen, namentlich durch Vernehmung der Betheiligten, anzustellen. Dies ist schon zum Zwecke der Hinweisung von dem älteren, auf das neue Hypothekenbuch und umgekehrt, nicht zu vermeiden, und wenn die Uebertragung nicht geschieht, so würde die nach sich bestehende Unklarheit der im Gebrauch kommenden Hypothekenbücher zur großen Belästigung, namentlich vornehmlich derer, die noch an letzteren hängen, nicht zu vermeiden sein.

Das h. Amt St. hat sich der Ausführung vorstehender Anordnungen forderndst an den Effiz. und den Thätigst. zu unterziehen, welche die Wichtigkeit der Sache erheischt, und über den Fortgang des Geschäfts vom drei zu drei Monaten zu berichten.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 23. März 1842.

Das h. Oberlandesgericht erwiedert dem h. M. Salver auf erstatteten Bericht, daß, da nach §. 41. der neuen Landschaftsordnung jedes Grundstück im Lande einem bestimmten Gemeindebezirke angehören muß, und h. Landesregierung diese Gemeindebezirke, so weit sie noch zweifelhaft sind, durch Verordnungen bestimmen wird, h. Amt anzuweisen wird, auf Bestimmung eines Gemeindebezirks für die sölhder Interessentenwaldung bei der Landesregierung anzutragen. Es ergibt sich von selbst, daß nicht für jedes Grundstück, welches ein für sich bestehendes Ganzes bildet, ein eigenes Hypothekenbuch angelegt werden kann, und ist vielmehr die gedachte Interessentenwaldung in das Hypothekenbuch derjenigen Gemeinde aufzunehmen, deren Bezirke selbige von h. Landesregierung zugetheilt werden wird.

(f. Verordn. v. 18. Mai 1843. — Das sölhder heißt auch lesser Holz.)

f. Hassel u. Weger. statist. Wchr. I. S. 30.)

Resc. h. Oberland. Ger. v. 9. Mai 1842.

Dem h. Amt St. wird auf den Bericht v. 12. April d. J., das Hypothekenwesen betr., folgendes erwiedert:

Zu 1. (§. 3. des Circularrescripts v. 3. März 1842.)

Wenn die Urkunden sich auf in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Grundstücke beziehen, so sind sie allerdings, und zwar auf Kosten der Interessenten, in die Amtshandelsbücher einer jeden betreffenden Dittschafft einzutragen, und kann, weil für jede Dittschafft ein besonderes Amtshandelsbuch zu führen ist, es keinen Unterschied machen, ob die Grundstücke demselben Amtsbezirke oder verschiedenen Amtsbezirken angehören.

Zu 2. (§. 4. des Circularrescripts.)

Es ist kaum zu bemerken nöthig, daß Antedatirungen der Einträge im Hypothekenbuche nicht vorkommen dürfen. H. Oberlandesgericht vermag jedoch nicht zu erachten, daß die erteilten Vorschriften (vergl. Circularresc. v. 7. Aug. 1834. No. 11. §. 3.) unausführbar seien. Die Bedenken des h. Amts beruhen auf der unrichtigen Voraussetzung, daß die Eintragungen in die Amtshandelsbücher und in die Hypothekenbücher nicht eher bewerkstelligt werden können, als bis die Urkunden ausgefertigt und unterschrieben worden. Es ist aber, noch bevor die vollständige Expedition der Urkunde statt gehabt hat, die Eintragung in das Hypothekenbuch auf Grundlage des Conceptes und der die Eintragung verfügenden richterlichen Angabe, nicht auf Grundlage der zum Amtshandelsbuche genommenen Abschrift, zu machen, und die Einrichtung zu treffen, daß dem Hypothekenbuchführer das Concept nebst der Angabe so zeitig überliefert wird, daß die Besorgung der Einträge noch an demselben Tage, an welchem die Angabe geschehen, erfolgen kann. Die Seitenzahl des Amtshandelsbuches ist, da für jede Dittschafft ein besonderes Amtshandelsbuch geführt wird, leicht im Voraus zu ermitteln, selbst in dem Falle, daß von mehreren Urkunden zugleich Abschriften in dasselbe zu nehmen sein sollten. Die Bezugnahme des h. Amts auf das §. 22. der Instruction v. 3. März 1842 gewählte Beispiel ist unzutreffend, weil aus diesem nur hervorgeht, daß die

Ehestiftung am 3. Mai errichtet, nicht, daß sie auch am 3. Mai confirmirt sei, vielmehr nach §. 4. der Instruction, daß die Bestätigung am 4. Mai geschehen, voraussetzen und nicht einzusehen ist, weshalb nicht wegen einer am 3. Mai aufgenommenen und am folgenden Tage confirmirten Ehestiftung, die Eintragung am letztgedachten Tage erfolgt sein und an eben diesem Tage die behufige Bescheinigung darüber ertheilt werden könnte.

Die Vorschrift des §. 4. der Instruction, hat den Zweck zu bewirken, daß die erforderliche Eintragung im Hypothekenbuche ohne Zögerung vorgenommen und Alles, was hinsichtlich des Hypothekenwesens geschehen muß, gleichzeitig besorgt wird, mithin die Hypotheken- und Amtshandelsbücher stets in der gehörigen Ordnung und Uebereinstimmung bleiben, und der Beamte dieses zu controliren und hiervon bei Vollziehung der Urkunde sich zu überzeugen Gelegenheit erhält. Diese vorgeschriebene Einrichtung, welche schon bei mehreren Aemtern besteht, hat sich bereits erfahrungsmäßig als angemessen bewährt, und wird das h. Amt zum Ueberflusse hierdurch angewiesen, auf die möglichste Beschleunigung der Hypothekensachen Bedacht zu nehmen.

(Zu 3. (§. 20. des Circularrescripts.))

Es ist unbedenklich, daß in Gemäßheit der von der h. Landesöconomiecommission bestätigten Ablösungsrecessen, die Ablösungen und Ablösungscapitalien auf die in den Recessen bezeichneten Grundstücke im Hypothekenbuche eingetragen werden, und im übrigen hat h. Amt nach seinen geäußerten Ansichten zu verfahren, so daß, wenn später andere dingliche Rechte, Hypotheken, auf die betreffenden Grundstücke eingetragen werden sollen, die genaue Prüfung und Berichtigung des Besitztittels erfolgt.

(Zu 4. (§. 24 — 27. des Circularrescripts.))

Mit Ausnahme der im §. 1. der Verordnung v. 26. März 1823, die gesetzlich und stillschweigenden Hypotheken betreffend namhaft gemachten gesetzlichen Hypotheken, rangiren sämmtliche übrige gesetzliche und stillschweigende, auch alle conventionelle General- und Specialhypotheken unter einander, allein nach der Zeit der geschehenen Eintragung auf die dadurch betroffenen Grundstücke, sind sie nicht eingetragen, so stehen sie allen eingetragenen Hypotheken nach, und die eingetragenen Generalhypotheken können gegen dritte Besitzer von Immobilien nur verfolgt werden, insofern sie auf diese besonders im Hypothekenbuche eingetragen worden sind (§. 2 und 3. der gedachten Verordnung). Erst durch die besondere Eintragung auf ein bestimmtes Grundstück; erhält also eine von der Eintragung nicht ausgenommene Generalhypothek einen Rang unter den übrigen etwa darauf eingetragenen, so wie den Vorzug vor den nicht eingetragenen Hypotheken, und die Kraft gegen dritte Besitzer der durch sie betroffenen Grundstücke verfolgt werden zu können. Solchem nach ist es zum Zwecke des Hypothekenbuchs wie unnötig, so wirkungslos bei Eintragung einer Specialhypothek zu bemerken, daß das sonstige Vermögen des Schuldners der Generalhypothek unterworfen sei. Ist dem Gläubiger neben der Specialhypothek eine Generalhypothek, oder eine Generalhypothek allein durch Vertrag bestellt, so hat er diejenigen Grundstücke, welche von der Generalhypothek afficirt sein möchten und auf welche er die Inscription der Generalhypothek verlangt, der Behörde eben so besonders nachzuweisen, als wenn er seinen Antrag auf Inscription einer gesetzlichen Special- oder Generalhypothek richtet. (vergl. §. 17. des Circu-

larrescripts), indem der Hypothekenbehörde die Verpflichtung, von Amtswegen eine Untersuchung behuf Ermittlung derjenigen Grundstücke anzustellen, auf welche die Generalhypothek etwa eingetragen werden könnte, nicht obliegt.

Es hat hinfolglich einer besonderen Bestimmung, wie es mit Eintragung conventioneller Generalhypotheken zu halten sei, nicht bedurft, und wird h. Amt, falls Anträge auf Inscription von Generalhypotheken bei ihm gemacht werden sollten, worüber der Hypothekschuldner stets zu hören ist, die Betheiligten nach dem Vorstehenden bescheiden.

Zu 5. (§. 26. des Circularrescripts.)

In Ansehung der Zinsen der Ablösungscapitale scheint es zwar nach Maaßgabe der Bestimmungen im §. 112. der Ablösungsordnung nicht zweifelhaft, daß deren besondere Eintragung nicht erforderlich ist, daß vielmehr auch ohne solche der desfallige Anspruch, wenn nur die Eintragung des Ablösungscapitals gehörig geschehen, als Grundlast auf dem befreiten Grundstücke haftet und dadurch zugleich die im §. 114. der Ablösungsordnung gedachte Priorität begründet wird. Es ist jedoch bei Eintragung der Ablösungscapitale der aus den Documenten ersichtliche Betrag des Zinsfußes zur sachdienlichen Nachricht mit zu bemerken.

Was dagegen die Kosten anlangt, so werden sich hierauf die obgedachten Vorschriften der Ablösungsordnung schwerlich beziehen lassen, und möchte daher deren besondere Eintragung erforderlich sein, welche alsdann vorzunehmen ist, wenn aus den betreffenden Documenten namentlich hervorgeht, daß die Hypothek sich auf die Kosten mit erstreckt.

Wenn übrigens bei Ablösungsgeschäften die Eintragungen nach §. 104. der Ablösungsordnung lediglich auf Anweisung der h. Landesökonomiecommission, ohne daß die Betheiligten zuvor darüber gehört werden, erfolgen, der berechtigte Gläubiger also außer Stande ist, durch geeignete Anträge sich vor Nachtheilen zu schützen, so hat h. Amt des Kostenpunctes wegen an h. Landesökonomiecommission zu berichten, damit von dieser Behörde die behuf Eintragung der Kosten etwa nöthig erachtete Verfügung ausgewirkt werden kann.

Zu 6. (§. 29. des Circularrescripts.)

Da die zum Kammer- und Klosterscapitalsfonds gehörenden Ablösungsgelder, mit Einschluß derjenigen, worüber das Gesetz v. 3. Juli 1837. No. 27. disponirt, bei der h. Hauptfinancasse einzuzahlen sind, und nur diese Casse, nicht aber eine andere Casse oder Behörde hinsichtlich einer solchen Zahlung mit dem Effecte der Liberation Quittung zu erteilen, befugt ist (Gesetz v. 20. December 1834. §. 5 u. 6. in der Gesefsamlung v. 1835. No. 3. und Gesetz v. 3. Juli 1837. No. 27. §. 1. u. 2), so können solche Ablösungscapitale allerdings auf die Quittung der h. Hauptfinancasse im Hypothekenbuche gelöscht werden, und bedarf es der Einlieferung der im Besitze der berechtigten Behörden befindlichen Ablösungsrecesses, um unter diesen die geschehene Zahlung und Löschung zu bemerken, um so weniger, als seit Publication der Verordnung v. 13. Nov. 1837. No. 48. nach §. 11 u. 12. derselben, in der Regel die als rückständig geblieben, in die Hypothekenbücher einzutragenden Ablösungscapitale, sogleich bei Vollziehung des Ablösungsrecesses an h. Leihhaus eodirt und auf den Namen des letzten in das Hypothekenbuch eingetragen werden, und die Dispositionsbefugniß der berechtigten Behörden über die Ablösungscapitale, gesetzlich beschränkt ist.

Im übrigen bezieht sich die §. 29. No. 1. des Circularrescripts vorgeschriebene Zu-

rückgabe oder Ablieferung der Schuldkunde *resichtlich* nur auf den Fall, daß nach geschehener Zahlung oder Cession der bisherige Gläubiger sein Recht zum Besitze des Schuld documents verliert, nicht auf den Fall, daß der Zahlung oder Cession ungeachtet, sein rechtliches Interesse am Besitze fort dauert, wie z. B. bei Kauf- Ablösungsgeschäften u. dergl., bei welchen der Contract oder Receß noch weitere Bestimmungen als über das Schuldverhältniß zu enthalten pflegt, mithin fortwährend im Besitze der Beteiligten verbleiben muß. In Fällen letztgedachter Art, und namentlich, wenn Ablösungsgelder gezahlt oder cedirt werden, welche an deren Berechtigten, als dem Kammer- oder Klostercapitalfonds, zustehen, ist nach Borschrift des Circularrescripts §. 29. No. 2. zu verfahren, folglich unter der in den Händen jener Berechtigten zurückbleibenden Urkunde, die bewerkstelligte Zahlung oder Cession zu bemerken. Daß mit dem zur Registratur der h. Landesökonomiecommission oder der h. Aemter kommenden Ausfertigung der Ablösungsrecesses ein Mißbrauch getrieben werde, ist nicht zu befürchten, zumal diese Behörden über die Ablösungsgelder zu disponiren nicht befugt sind, und nicht vorauszusetzen ist, daß solche Ausfertigungen auf widerrechtliche Weise in die Hände der Berechtigten gelangen werden.

Zu 7. *Wenn ein Hypothekendarlehen aus dem Grunde rückständig ist, weil der Schuldner die Zinsen nicht bezahlt hat, so ist der Gläubiger berechtigt, die Hypothek zu verkaufen, und den Erlös zu verwenden, um die rückständigen Zinsen zu bezahlen.*

Es versteht sich von selbst, daß die jetzt vorhandenen Hypothekendbücher bis dahin, daß die neu anzulegenden an deren Stelle treten können, auf angemessene Weise fortgeführt werden, und sind dabei die Bestimmungen des Circularrescripts, so weit thunlich, zu beobachten.

Resc. h. St. M. v. 17. Septbr. 1842.

Wir haben den Bericht v. 18. Juni d. J. über die, bei den Leihhaus-Anleihen aufzunehmenden Schuldverschreibungen und die Anwendung des §. 4. der Verordnung vom 13. Nov. 1837 erhalten, und davon Anlaß genommen, über die vorliegende Frage den Bericht des h. Oberlandesgerichts zu Wolfenbüttel einzuziehen. Diesen d. d. den 29. v. M. lassen wir der h. Landesökonomiecommission abschriftlich hiebei zugehen, und wie wir mit den darin entwickelten Ansichten einverstanden sind, so steht auf den gemachten Antrag nicht einzugehen.

Bericht des h. Oberland. Ger. v. 29. August 1842.

Dem von h. Landesökonomie-Commission in dem Berichte v. 18. Juni d. J. gemachten Antrage zu bestimmen, daß wenn mehrere Pflichtige aus einem und demselben Receß von einem und demselben Berechtigten Capitalzahlungen zu leisten haben, und solche Capitale gleichzeitig von den h. Leihhausanstalten entnehmen, darüber nicht für jeden einzelnen Pflichtigen abgesonderte Verschreibungen, aufzunehmen, sondern diese verschiedenen Anleihen in einer Verschreibung zusammenzuziehen seien, glauben wir nicht beitreten zu können, weil dieses Verfahren

1) mit den Borschriften des §. 4. No. 1 u. 5. der Verordnung v. 13. Nov. 1837 im Widerspruche steht, wornach, wenn ein Pflichtiger einem und demselben Berechtigten mehrere verschiedene, einerlei ob aus einem oder mehreren Recessen herrührende Ablösungscapitale schuldet und solche gleichzeitig vom Leihhause anzuleihen beabsichtigt, hierüber (sehr zweck-

mäßig) zwar nur eine Obligation aufgenommen werden soll, es jedoch nicht gestattet ist, die verschiedenen Ablösungscapitale mehrer Pflichtigen in einer Obligation zusammenzufassen; auch

2) nur scheinbar eine Erleichterung der Arbeit und Vereinfachung des Geschäfts, nämlich bei Aufnahme der Schuldverschreibungen gewährt, während bei den im Laufe der Zeit sich bald ergebenden Veränderungen an den Personen der Beteiligten, und an dem Bestande der einzelnen Schuldverhältnisse, die geschehene Vereinigung mehrer solcher getrennten Schuldverbindlichkeiten, in eine Verschreibung zu vielfachen Inconvenienzen führt, als wodurch der augenblickliche Gewinn mindestens aufgewogen wird.

Wir erlauben uns daher auf den Bericht Bezug zu nehmen, welchen wir in Gemäßheit des Conclusums v. 22. v. M. am heutigen Tage erstattet haben. Außerdem wird durch das in Vorschlag gebrachte Verfahren die Anlegung und Führung gehöriger Grundacten über die zur Hypothek gesetzten Grundstücke (§. 1 u. 2. des Circularrescripts v. 3. März 1842) das Hypothekenwesen betr.) unmöglich gemacht oder es müssen zu den einzelnen Grundacten besondere Abschriften oder Extracte der Verschreibung genommen werden, und da ohnehin über Anlehnsgeschäfte der Art gedruckte Formulare vorhanden, und diese leicht auszufüllen sind, so scheint uns eine Abweichung von demjenigen, was hierunter bisher beobachtet worden, weder nöthig noch rathsam zu sein.

Resc. h. St. M. v. 17. Septbr. 1842.

Da das h. Staatsministerium mit dem vom h. Oberlandesgerichte, in Betreff Eintragung und Löschung eines zu entrichten gewesenen Weidenzinses im braunschweigischen Hypothekenbuche, erstatteten Berichte einverstanden ist; so wird ein h. Kreisgericht angewiesen, nach den darin entwickelten Gründen zu verfahren. An die h. Landesöconomiecommission ist eine gleiche Verfügung erlassen.

Auszug aus dem Berichte des h. Oberlandesgerichts v. 29. August 1842.

Im §. 104. der Ablösungsordnung ist vorgeschrieben, daß die hinsichtlich der Ablösungsgeschäfte erforderlichen Löschungen und Eintragungen im Hypothekenbuche von den mit der Führung der Hypothekenbücher beauftragten Behörden, ohne daß die Partheien zuvor weiter darüber gehört werden, lediglich auf Anweisung der h. Landesöconomiecommission vorzunehmen seien. Demzufolge hat die h. Landesöconomiecommission zwar zu bestimmen: ob eine Löschung und Eintragung im Hypothekenbuche geschehen solle, über die Art und Weise aber wie die desfallige Anweisung zu polizeien und welche Formen deshalb zu beobachten, ist ihr eine unmittelbare Einwirkung nicht gestattet, und wenn in dieser Hinsicht zwischen ihr und den Hypothekenbehörden Differentien sich hervorthun, so sind solche im gehörigen Geschäftswege durch Beschwerdeführung bei den Behörden, welchen die Aufsicht über das Hypothekenwesen zusteht, nicht durch selbst eigene Verfügungen der h. Landesöconomiecommission zur Entledigung zu bringen.

Eben so ist das h. Oberlandesgericht der Meinung, daß es nicht die Absicht hat sein können, durch die angezogene Vorschrift der Ablösungsordnung die besonderen, in der Stadt Braunschweig wegen des Hypothekenwesens bestehenden Einrichtungen, wornach die Con-

Constitution und Eintragung dinglicher Rechte an Immobilien nur vor offenem Gerichte auf den Antrag eines Betheiligten oder dessen Bevollmächtigten geschehen darf, abzuändern, und auch darin muß dem h. Kreisgerichte Braunschweig beipflichtet werden, daß jede Eintragung im Hypothekenbuche, möge sie eine Reallast und Beschränkung des Eigenthums, oder ein eigentliches Hypothekrecht zum Gegenstande haben, die vorgängige Berichtigung des Besitztittels des Eigenthümers, welcher die Gerechtigkeit des Grundstücks wahrzunehmen hat, wenigstens die vorgängige Legitimation des Besitzers zu dem betreffenden Geschäft (Ablösungsordnung §. 10., Gemeinheitstheilungsordnung §. 37.), nach dem Zwecke des Hypothekenbuchs wesentlich voraussetzt. Gegen das h. Amt St. hat das h. Oberlandesgericht die Ansicht ausgesprochen, daß zu den zur Berichtigung des Besitztittels geeigneten öffentlichen Urkunden (Circularrescript v. 3. März 1842. das Hypothekenwesen betreffend, §. 20.) auch die von h. Landesöconomiecommission bestätigten Ablösungsrecessen, weil dabei eine Prüfung der Legitimation der Interessenten vorausgehen muß (Gesetz v. 20. Dec. 1834., die Organisation der h. Landesöconomiecommission betreffend, §. 5. No. 2. §. 12. §. 68. 86.) insoweit gehören, daß auf Grundlage der Ablösungsrecessen die Reallasten und die an deren Stelle tretenden Ablösungscapitale auf die in den Recessen bezeichneten Grundstücke eingetragen werden können, dergestalt jedoch, daß, wenn in der Folge andere dingliche Rechte auf die davon affectirten Grundstücke inscribirt werden sollen, eine genaue Prüfung und Rectification des Besitztittels nachgeholt werde.

In der Stadt Braunschweig findet eben aus dem angeführten Grunde, weil daselbst die Constitution und Eintragung dinglicher Rechte nur vor offenem Gerichte, auf den Antrag eines Betheiligten oder dessen Bevollmächtigten statthaft ist, dieses Verfahren keine Anwendung, und solchemnach hält das h. Oberlandesgericht dafür, daß das h. Kreisgericht Braunschweig die Eintragung und Löschung der fraglichen Erbenzinslast, in der Art, wie von der h. Landesöconomiecommission verlangt worden, nicht bewerkstelligen konnte, jedoch verpflichtet war, die Vertreter der Interessenten zur Abgabe ihrer Erklärung, wegen Auflassung des Eigenthums und Eintragung und Lösung des Erbenzinsnerus vor das offene Gericht vorzuladen und demgemäß weiter in der Sache zu verfahren.

In gleicher Weise hat das h. Oberlandesgericht bei Gelegenheit einer ähnlichen Differenz die Eintragung eines Erbenzinses und Ablösungscapitals auf ein zu Braunschweig gelegenes Haus betreffend an das h. Kreisgericht Braunschweig unterm 23. Juli und 26. Oct. 1838 rescribirt.

Resc. h. St. M. v. 17. Septbr. 1842.

Der Bericht des h. Finanzcollegiums v. 24. Juni d. J. wegen der von dem h. Amte Stadtsoldendorf verlangten Vorlegung der Ablösungsrecessen Behuf der Abschreibung der von einzelnen oder mehreren Verpflichteten geleisteten Zahlungen auf die darin verbrieften Ablösungscapitale ist uns zugegangen. Wir haben für angemessen erachtet, über die vorliegende Differenz den Bericht des h. Oberlandesgerichts einzuziehen, welcher, unterm 29. v. M. erstattet, Wir dem h. Finanzcollegium abschriftlich hiebei mittheilen, und wie Wir die darin gemachten Ausführungen für richtig halten, so steht auf den Antrag des h. Finanzcollegiums nicht einzugehen.

Der Bericht des h. Oberlandesgerichts v. 29. August 1842 lautet: Das h. Finanzcollegium hat in seinem Berichte darauf angetragen, die h. Leihhausanstalten von der bei Löschung der Hypothek erforderlichen Vorlegung der Ablösungsrecesse, behuf des unter solchen zu machenden gerichtlichen Vermerks der Zahlung in dem Falle zu befreien, wenn über die von mehreren Verpflichteten dem Kammer- und Klostercapitalfonds zu entrichtenden Ablösungscapitale ein Reces ausgefertigt, die Ablösungscapitale in dem Recesse selbst, der Verordnung v. 13. Nov. 1837 gemäß, dem h. Leihhause cedirt, nachmals aber von einem oder mehreren Verpflichteten das schuldige im Hypothekenbuche eingetragene Ablösungscapital ganz berichtet, und darüber vom h. Leihhause Quittung ertheilt worden.

Mit ausdrücklichen Worten ist dieses Falles in unserm Circularrescripte v. 3. März d. J. nicht gedacht, indem bei Abfassung desselben nur die Regel, daß über die getrennten Schuldverbindlichkeiten mehrerer Personen verschiedene Urkunden aufgenommen, nicht aber die Ausnahme, daß solche in einem und demselben Documente zusammengefaßt werden, vor Augen gelegen hat. Gleichwol wird es sich nicht bezweifeln lassen, daß die Bestimmung im §. 29 No. 2. des Circularrescripts nach dem Sinne und Grunde derselben auch darauf anzuwenden ist. Gegen die Zweckmäßigkeit der Vorschrift an sich, sind keine Bedenken erhoben. Wir wiederholen dasjenige was hierüber in früheren Berichten mit Bezug auf die preuß. Hypothekenordnung Th. 2. Abschn. 5. §. 203. 242. 257. 260. 275. angeführt worden, und erlauben uns hinzuzufügen, daß bereits Widmann in der Schrift über die gerichtlichen Verlassungen §. 60. 63 u. 73. die getroffene Verfügung zu Vermeidung von Irrungen und Gefährdungen für wünschenswerth erklärt hat, daß das württembergische Pfandgesetz von 1825. §. 210 u. streng über den Grundsatz der Beibringung oder Amortisation der getilgten Obligationenurkunde hält, und daß die Vorschrift der bairischen Hypothekenordnung v. 1822. §. 167., wornach bei Gesuchen um Eintragung einer durch Cession oder sonst an der Person des Gläubigers entstandenen Veränderung oder einer Löschung der Hypothek, das Hypothekenamt dem Ansuchenden, wenn er nicht selbst die Originalurkunde vorlegt, an deren Beibringung nur zu erinnern hat, damit auf diese selbst die geschehene Cession oder Veränderung des Gläubigers oder die geleistete Zahlung eingeschrieben werde, ohne die Vorlegung des Originaldocumentes zur Nothwendigkeit und Bedingung der Eintragung, der Cession und Löschung zu machen, nicht frei vom Tadel erfahrener Geschäftsmänner (Puchta, der Dienst der deutschen Justizämter. Thl. 2. S. 582.) geblieben ist.

Es kann daher nur in Frage kommen: ob eine besondere genügende Veranlassung vorhanden ist, die h. Leihhausanstalten von der Vorlegung der Recesse zu erimiren?

Für Motivirung des desfalligen Antrages wird geltend gemacht:

- 1) daß die Uebersendung der Recesse eine lästige Diensterschwerung enthalte, und
- 2) daß ein Mißbrauch der durch Zahlung erloschenen Documente nicht eintreten werde.

Wir müssen zwar anerkennen, daß die Exemption der h. Leihhausanstalten eine Geschäftsverminderung hervorbringt, imgleichen daß von öffentlichen Behörden ein Mißbrauch weniger zu besorgen sei, die der Willfährung des Gesuches entgegenstehenden Gründe jedoch für überwiegend erachten.

Denn zu 1.) kann die Rücksicht auf Geschäftsverminderung nicht so viel bewirken,

um eine allgemeine, im öffentlichen Interesse zweckmäßig und nothwendige Maßregel, für Staatsbehörden, nicht zur Anwendung zu bringen. Auch den Privaten, namentlich den Gutsherren, welche die Ablöscungscapitale an den vormals pflichtigen Grundstücken hypothecarisch versichert stehen lassen, würde es weniger Mühe machen, wenn sie der Vorlegung der Originalurkunden zum Behufe der gerichtlichen Abschreibung überhoben wären, und was der h. Leihhausanstalt zugestanden wird, könnte jenen nicht wol versagt werden. Schon das Civilrecht gestattet eine Condition auf Zurückgabe des Schulddocumentes nach getilgter Schuld, und wenn die Retradition anderer Gründe wegen nicht geschehen kann, so ist die gerichtliche Abschreibung als eine Aushülfe anzusehen, welche im Wege Rechts zu fordern sein möchte.

Selbst die h. Leihhausanstalt verlangen bei theilweiser Entrichtung der Capitale, welche sie angeliehen haben, sogar bei Zinserhebungen neben besonderer Quittung die Vorlegung der Originalverschreibungen, um auf solche die Capital- und Zinsenzahlungen anzumerken, so unbequem solches, besonders im letzten Falle, für die Gläubiger ist; und wir sollten glauben, daß die Behörden ein eigenes Interesse hätten, durch Ansicht der Schuldurkunde allein sich vergewissern zu können, ob dieselbe noch auf die verbrieftete Summe gültig oder ob und in wie weit sie erloschen ist, ohne deshalb zuvor erst die voluminösen, vielleicht seit einer langen Reihe von Jahren geführten Rechnungsbücher nachschlagen zu müssen.

Zu 2) Unrechtfertigkeiten sind weder bei Privaten noch bei Staatsbehörden zu vermüthen, allein bei den letztern, ob schon weniger zu befürchten, doch ebensovöl möglich; und wenn die neuerliche Erfahrung gezeigt hat, daß ein unterer Officiant des h. Finanzcollegiums falsche Zahlungsaufweisungen zu verfertigen und bei öffentlichen Cassen zu realisiren, im Stande war, so kann die Verfertigung falscher Cessionen und in Folge dessen die Verübung eines Betruges von Seiten eines einzelnen Leihhausofficianten nicht für unausführbar gehalten werden. Auch ist die h. Leihhausanstalt durchaus nicht gehindert, Cessionen der Ablöscungscapitale vorzunehmen und möchte leicht in die Lage kommen, Geschäfte dieser Art einzugehen.

Indem wir schließlich bemerken, daß die jährlich zu leistenden Abschlagszahlungen auf die Ablöscungscapitale im Hypothekenbuche nicht gelöscht werden, sondern daß die Löschung erst nach Berichtigung des ganzen Capitals geschieht, also auch nur dann, wenn der Verpflichtete den Schuldner vollständig getilgt hat, die Vorlegung des Documentes nöthig wird, dieser Fall aber für jetzt wenigstens nicht sehr häufig sich ereignen möchte, und daß das h. Leihhaus keinesweges vermögend sein wird, die durch Vereinigung mehrerer Schuldverbindlichkeiten in einer Verschreibung entstehenden Inconvenienzen überall von sich abzuwenden und der Vorlegung der Originalobligationen sich gänglich zu entziehen, z. B. nicht in dem Falle, wenn dasselbe genöthigt sein sollte, gegen einzelne Schuldpflichtige Klage zu erheben, oder in einem Subhastationsverfahren als Liquidant aufzutreten, geben wir gehorsamt anheim, das h. Finanzcollegium abschläglich zu beschreiben.

Resc. h. Oberland. Gericht v. 26. September 1842. (Auszug.)

Die am Schluß des Berichtes des h. Amtes Hofmünden hinsichtlich der Anwen-

dang des §. 29. des Circularrescripts v. 3. März 1842 gemachte Anfrage, scheint den Fall zu betreffen, wenn die rückständig gebliebenen Ablösungscapitale nach Maaßgabe der Verord. v. 13. Nov. 1837. No. 48. §. 11 u. 12 schon bei Vollziehung des Reccesses an h. Leihhaus cedirt, sogleich auf den Namen des letzten im Hypothekenbuche eingetragen sind, und dem h. Leihhause eine förmliche Ausfertigung des Ablösungsrecesses ertheilt worden ist.

Das h. Oberlandesgericht bemerkt zuvörderst im Allgemeinen, daß die §. 29. No. 1. des Circularrescripts vorgeschriebene Zurückgabe oder Auslieferung der Schuldurkunde nur auf den Fall geht, daß nach geschehener Zahlung oder Cession der bisherige Gläubiger sein Recht zum Besitze des Schulddocuments verliert, nicht auf den Fall, daß der Zahlung oder Cession ungeachtet sein rechtliches Interesse am Besitze fort dauert, wie z. B. bei Kauf- Ablösungsgeschäften u. dergl., bei welchen der Contract oder Receß noch weitere Bestimmungen als über das Schuldverhältniß zu enthalten pflegt, mithin fortwährend im Besitze der Bethelligten verbleiben muß. In Fällen letztgedachter Art und namentlich alsdann, wenn über die getrennten Schuldverbindlichkeiten mehrerer Personen nicht verschiedene Urkunden aufgestellt, sondern solche in einem und demselben Documente zusammengefaßt sind, und hier nächst von dem einen oder anderen der Verpflichteten die ihn betreffende Schuldforderung getilgt wird, ist nach Vorschrift des Circularrescripts §. 29. No. 2. zu verfahren, folglich auf der in den Händen des Gläubigers zurückbleibenden Urkunde die bemerkte Zahlung oder Cession einzuschreiben.

Dieses vorausgeschickt, wird auf die obgedachte Anfrage Folgendes erwiedert:

1) Geht aus dem Ablösungsrecess selbst, oder aus einer unter dem Exemplare des Berechtigten späterhin besonders gemachten, gerichtlichen Bemerkung hervor, daß dem Berechtigten eine Disposition über die (von ihm cedirten) Ablösungscapitale nicht mehr zusteht, so genügt es, daß, wenn in der Folge eine anderweitige Cession oder die Zurückzahlung der Ablösungscapitale im Hypothekenbuche einzutragen ist, die der Schuldversicherungsurkunde beizufügende Notiz, lediglich auf das Receßexemplar des an die Stelle des Berechtigten eingetretenen Gläubigers (des h. Leihhauses) eingeschrieben werde, und bedarf es einer gleichen Notiz unter dem Receßexemplare des Berechtigten nicht, eben weil der Receß selbst oder das Exemplar des Berechtigten den Verlust der Dispositionsbefugniß des letzten bereits nachweist, und nicht voraussetzen ist, daß auch das dem Berechtigten verbliebene Receßexemplar auf widerrechtliche Weise in die Hände des an seine Stelle eingetretenen Gläubigers gelangen werde.

2) Die auf den Namen des Kammer- und Klostercapitalfonds als rückständig geblieben in die Hypothekenbücher eingetragenen Ablösungscapitale, können jedoch lediglich auf den Grund der Quittung der h. Hauptfinanczasse im Hypothekenbuche gelöscht oder cedirt werden (Gesetz v. 20. Dec. 1834. No. 21. §. 7. und Verord. v. 13. Nov. 1837. No. 48. §. 6 u. 7.), und bedarf es hiebei der Einlieferung der im Besitze der berechtigten Behörden befindlichen Ablösungsrecesses, um unter diesen die geschehene Zahlung oder Cession zu bemerken, nicht, da die zum Kammer- und Klostercapitalfonds gehörigen Ablösungsgelder, mit Inbegriff derjenigen, worüber das Gesetz v. 3. Juli 1837. No. 27. verfügt, ausschließlich bei der h. Hauptfinanczasse einzuzahlen sind und nur diese Casse, nicht aber eine andere Casse oder

Behörde, hinsichtlich einer solchen Zahlung mit dem Effecte der Liberation, Quittung zu ertheilen befugt (Gesetz v. 20. Dec. 1834. §. 5 u. 6. in der Gesetz- und Verordnungsammlung v. 1835. No. 3. und Gesetz v. 3. Juli 1837. No. 27. §. 1 u. 2.), also die Dispositionsbefugniß der berechtigten Behörden über solche Ablösungscapitale gesetzlich beschränkt ist.

3) Aus den zu 1. am Ende angeführten Gründen ist auch die Abschreibung unter den für h. Landesöconomiecommission, für die h. Ämter und für die Pflichtigen ausgefertigten Recessexemplare keinesfalls erforderlich, und um so weniger, da diesen genannten Behörden und Personen ein Dispositionsrecht über die Ablösungscapitale nicht zusteht.

Daherhin müssen in den verschiedenen Ausfertigungen der Ablösungsrecesse diejenigen, für welche sie bestimmt sind, namentlich bezeichnet werden, z. B. Ausfertigungen für den Berechtigten, für die Pflichtigen, für h. Amt u. s. w., so daß, wenn ein solches Exemplar sich in den Händen eines Anderen befinden sollte, dessen Besitz ohne besondere Nachweisung der Rechtmäßigkeit als so gezeigenschaftet nicht erscheinen würde, und daher die Besorgniß vor Mißbräuchen und Gefährdungen ausgeschlossen bleibt.

Es ist dem h. Oberlandesgerichte bekannt, daß die h. Leihhausbehörden, im Fall der Ablösungsrecesse auf mehrere Pflichtige sich bezieht, sich geweigert haben, ihr Recessexemplar behuf Anmerkung der von Seiten eines einzelnen Pflichtigen erfolgten Berichtigung des Ablösungscapitals, bei Löschung des letzten, im Hypothekenbuche vorzulegen. Auf Bericht des h. Oberlandesgerichts v. 29. v. M. ist indeß mittelst des vom h. Staatsministerium dem h. Finanzcollegium unterm 17. d. M. sub. No. 7488 erlassenen Rescripts jene Weigerung für unstatthaft erklärt, welches dem h. Amte hiermit zur Nachricht eröffnet wird.

Resolut. h. Oberland. Ger. v. 21. November 1842.

Dem Maurergesellen und Gartenbesitzer B. in Wolfenbüttel wird auf sein Gesuch zur Resolution ertheilt: daß, wenn auch h. Oberlandesgericht zur Ergänzung und Declaration des Circularrescripts v. 3. März 1842 No. 50. für befugt zu erachten, dennoch auf Ansuchen einer Partei keine Ergänzung und Declaration der ergangenen Vorschriften zum Behufe der Entscheidungen oder Leitung einer anhängigen Rechtsache, als wodurch nur in den Lauf der Justiz eingegriffen werden würde, ertheilt werden könne, mithin dem Implo-ranten allenfalls die Sache im Wege Rechts fortzusetzen und endlichen Ausspruch zu gewärtigen obliege.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 4. December 1843.

In Veranlassung der von h. Landesöconomiecommission verfügten Eintragung eines Zehntablösungsrecesses in den Hypothekenbüchern der Stadt Helmstedt ist wegen der inzwischen zu Stande gekommenen und vor der Bestätigung des Separationsrecesses vorläufig realisirten Separation zur Sprache gebracht: ob deshalb von der gesetzlich vorgeschriebenen Eintragung des Ablösungsrecesses Absehen genommen, oder durch welche andere Maasregel solche behuf Vermeidung der damit verbundenen Schwierigkeiten ersetzt werden könne.

Das h. Staatsministerium hat über diesen Gegenstand unsern gutachtlichen Bericht erfordert, und da gedachte hohe Behörde laut Rescripts v. 14. Nov. 1843. sich mit den von

und entwickelten Ansichten einverstanden erklärt und uns angewiesen hat, denselben gemäß die Hypothekenbehörde zu Helmstedt mit Instruction zu versehen, so eröffnen wir dem h. Amte Folgendes:

1) Wenn eine Separation vor erfolgter Bestätigung des Recesses vorläufig realisiert worden, so sind dessen ungeachtet die nach der Zeit erforderlichen Eintragungen im Hypothekenbuche noch auf denjenigen Grundstücken vorzunehmen, die ein Interessent bis zur Realisirung der Separation befehlen hat, nicht aber auf den eingetauschten neuen Abfindungsflächen.

Ist nämlich die Separation vor der Bestätigung des Recesses vorläufig ausgeführt, so wird dadurch nur ein factischer Zustand begründet, welcher rechtlich nicht in Betracht kommen kann, weil jeder Auseinandersetzungsvertrag zu seiner Gültigkeit und Wirksamkeit der Bestätigung von Seiten der h. Defanomiecommission bedarf (Gemeinheitstheil. Ord. §. 170.). Diese Bestätigung bis zu deren Ertheilung der Uebergang des Eigenthums, so wie der sonstigen dinglichen Rechte suspendirt ist (Gem. Theil. Ord. §. 174. 175. 206.), dergestalt, daß zuvor eine durch solchen Uebergang bedingte Umschreibung im Hypothekenbuche unzulässig erscheint, wird durch die vorläufig geschehene Ausführung der Separation weder ersetzt, noch überflüssig gemacht, da der provisorisch realisirte Theilungsplan in mehrfacher Hinsicht einer Veränderung unterliegen kann, und namentlich die bei dem Separationsgeschäfte nicht zugezogenen dritten Betheiligten, also auch die Hypothekgläubiger, mit ihren Einwendungen dagegen annoch zu hören sind (Gem. Theil. Ord. §. 44. 45. 201 — 205. Organ. Ges. §. 63 — 72.) Sollte aber ein Hypothekengläubiger genöthigt sein, in der Zwischenzeit, und bevor das Separationsverfahren definitiv erledigt ist, von seiner Veräußerungsbefugniß Gebrauch zu machen, so würden, da der Hypothekgläubiger die Separation und den damit verbundenen Austausch nicht hindern kann (Gemeinh. Theil. Ord. §. 44), freilich nicht die unmittelbar zum Austausch gekommenen oder zu Wegen u. abgetretenen Grundstücke, auf welchen die Hypothek ursprünglich haftete, sondern die Berechtigung des Schuldners, an Statt jener aus den sämmtlichen zur Separation gezogenen Grundstücken einen entsprechenden Antheil zum Eigenthume zu empfangen und bis dahin die provisorisch eingeräumten zu benutzen, als substituirtirter Gegenstand der Hypothek und folglich der Subhaftation anzusehen sein.

Solchemnach ist die Eintragung des helmstedter Zehntablösungsrecesses im Hypothekenbuche bei den belasteten Grundstücken selbst, wie solche in den Vermessungsregistern und im Ablösungsrecess bemerkt sind, zu bewerkstelligen; auch

2) weder thunlich, noch nöthig, bei Gelegenheit der Eintragung in die Hypothekenbücher eine Beschreibung der durch die vorläufige Ausführung der Separation entstandenen neuen Rechtsverhältnisse mit aufzunehmen, da eine solche Beschreibung für jetzt nicht genügend und nicht vollständig gegeben werden kann, deren Anfertigung, weil sie die wesentlichen Bestandtheile des Recesses enthalten müßte, fast dieselbe Zeit und Mühe wie die Ausarbeitung des Recesses erfordern würde, überdies nach beendigter Separation sich bald die Nothwendigkeit ergeben wird, neue Hypothekenbücher für die separirte Feldmark anzulegen.

In denjenigen Fällen, in welchen es auf genauere Kenntniß des durch die vor-

läufige Realisirung der Separationen herbeigeführten Zustandes ankommt, namentlich bei beantragten Subhastationen, wird die Beschreibung von den Separationsbehörden aus den Theilungsacten geliefert werden können, und wenn, wie wir aus den uns vorgelegten Actenblättern ersehen haben, bei der stattgehabten Separation nicht jedes einzelne Grundstück speciell gegen eine andere für sich abgegränzte Fläche ausgetauscht ist, indem vielmehr die sämmtlichen Besitzungen des einzelnen Interessenten an Aedern, Wiesen und dessen Weiderecht im Solihaben zusammengefaßt und für die Totalsumme des letzten eine adäquate Grundfläche ausgewiesen worden, so ist dieses Verfahren allerdings zweckmäßig und ausreichend gewesen. Denn im entgegengesetzten Falle würde die in möglichst zusammenhängender wirtschaftlicher Lage anzuweisende Grundfläche, welche ein Interessent zur Entschädigung für seine mehreren abgetretenen Grundflächen und Berechtigungen empfängt, wiederum in verschiedene Parzellen real unterabgetheilt werden müssen, wodurch die wohlthätigen Zwecke der Auseinanderlegung zum großen Theil vereitelt werden würden, besonders wenn daraus, um der Hypothekgläubiger willen, die Verpfändung zu einer separirten Bewirthschaftung hergeleitet werden sollte, und da der Theilungsrecess darlegt, zu welchem Betrage des Solihabens die einzelnen abgetretenen Besitzungen und Berechtigungen in der dafür überwiesenen Entschädigung an Grund und Boden angerechnet sind (wogegen den Hypothekgläubigern ihre Einwendungen bei Publication des Theilungsplans geltend zu machen unbenommen ist), so ist damit der Maassstab gegeben, wie nach einer etwaigen Subhastation der erhaltenen Abfindung, die Priorität des Kaufpreises unter den Gläubigern zu bestimmen ist, denen die einzelnen abgetretenen Besitzungen und Berechtigungen zu verschiedenen Zeiten und für verschiedene Forderungen verhypothecirt waren, indem das Verhältniß des angerechneten Betrages des Solihabens zu dem angenommenen Gesamtwerthe der empfangenen Entschädigung, sich auf den gelöseten Kaufpreis überträgt, und darnach die Vertheilung des letzten zu reguliren ist, wobei eventuell die Entscheidung der h. Landesökonomiecommission eintreten kann (Organ. Ges. S. 11). Zwar kommt auf solche Weise der Hypothekgläubiger, dem ein einzelnes in die Separation gezogenes Grundstück verpfändet war, mit andern in eine unfreiwillige Gemeinschaft, und kann genöthigt sein, die gesammte, dem Schuldner überwiesene Abfindung, wegen seines ihm an der letzten zustehenden ideellen Antheils zur Subhastation zu bringen, allein dies ist eben nur Folge der stattgehabten Separation und des Zusammenlegens der Grundstücke des einzelnen Interessenten, und es stellt sich überdies als wünschenswerth dar, daß nicht sogleich nach Beendigung des Auseinanderlegungsgeschäfts wiederum eine Zerreißung der zusammengelegten Grundstücke stattfindet. Endlich

3) kann die specielle Eintragung des Zehntablösungsrecesses im Hypothekenbuche nicht dadurch vermieden werden, daß dem letzten ein Receßreimplar vorgeheftet und bei den bereits eingetragenen Grundstücken darauf verwiesen wird, weil die Ablösungsordnung S. 103. 105. 112. ausdrücklich vorschreibt, daß die Eintragung im Hypothekenbuche geschehen, erst nach der Eintragung des Ablösungsgeschäfts in das Hypothekenbuch aus demselben ein gerichtlich verfolgbares Recht für die contrahirenden Theile erwachsen, und daß nicht sofort berichtigte Ablösungscapital nebst Zinsen, nur sofern es im Hypothekenbuche eingetragen ist, auf dem befreiten Gute als Grundlast haften soll. Von diesen gesetzlichen Bestimmungen kann

aus Gründen der Erleichterung nicht abgewichen werden; und obnehin würde jene Maaßregel lediglich bei solchen Grundstücken ausführbar sein, die bereits ein Folium im Hypothekenbuche erhalten haben, während diejenigen Grundstücke, welche bisher im Hypothekenbuche nicht aufgeführt sind, erst eingetragen werden müßten, um daneben die Verweisung machen zu können.

Das h. Amt Helmstedt hat sich hiernach zu achten und forderndst mit Eintragung des Behtablungsrecesses zu verfahren.

Resolut. des h. Oberland. Ger. v. 23. Januar 1844.

Auf die von dem Kaufmann Schneider, als Vormunde seines Sohnes, Carl Schneider, dem Advocaten Doct. jur. Ordefind, Namens seiner Ehefrau, Auguste, geb. Seeliger, und dem Gärtner und Schenkwinth Hartmann, sämmtlich zu Wolfenbüttel, had. acta die Grundstücke des Gärtners Hartmann betreu. eingereichte Vorstellung wird zur Resolution ertheilt: daß, da

1) wenn auch ein Dritter für den Schuldner mit dem Effekte der Liberation Zahlung leisten kann, gleichwol deshalb der Zahlende nicht befugt ist, von dem Gläubiger die Cession der Forderung zu verlängern, dieses vielmehr einen besondern Verpflichtungsgrund voraussetzt, L. 5. C. de solut. (8, 43.);

2) die Ermächtigung ein Capital von dem Schuldner zu erheben, an sich die Befugniß zur Einziehung der Forderung mittelst Cession derselben an einem Dritten nicht, und um so weniger enthält, als in Folge der Cession bei dem Gläubiger Verpflichtungen zurückbleiben, deren Erfüllung durch Annahme der Zahlung behuf Tilgung der Schuld überhoben gewesen sein würde;

3) ein Ersatz der Kosten, selbst in dem Falle, daß der Antrag für begründet erachtet werden könnte, nicht statt findet; so wird die Beschwerde als unferndstlich zurückgewiesen werde.

Der Kaufmann S. hatte als Vormund seines Sohnes erster Ehe von der ober. vormundtschaftlichen Behörde, dem h. Stadtgerichte Wolfenbüttel, ein Decret zur Empfangnahme eines ihm gekündigten Capitals erhalten. Er verdrte die darüber ausgestellte Obligation der Ehefrau des Dr. jur. D., nachdem er von derselben das Darlehn ausgezahlt erhalten hatte. Die Betheiligten baten darauf das Stadtgericht um die Eintragung der vom Darleiher erhaltene Cession; dieses schlug aber die Bitte ab, weil der Cedent zu einer Cession nach Ausweis des allein auf die Empfangnahme des Capitals gerichteten Autorisationsdecrets nicht legitimirt erscheine, und das h. Kreisgericht Wolfenbüttel trat diesem nach erhobener Beschwerde bei, worauf sich die Betheiligten an das h. Oberlandesgericht wandten, von welchem obige Resolution erfolgte.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 26. Februar 1844.

Aus dem Berichte des h. Amts Schmüngen vom 21. Jan. 1844.; die Antegung eines Hypothekenbuchs für den, im dießseitigen Gebiete belegenen Theil der Feldmark von

Wulfersdorf betr., ist erschen, daß nicht nur die Ablösung des Zehntens, sondern auch die Specialseparation gedachter Feldmark in der Ausführung begriffen ist.

Da es nun an den nöthigen Vorarbeiten und Materialien zur Anlegung eines gehörigen Hypothekenbuchs, als Vermessungen, Chartirungen, Beschreibung der Grundstücke u. s. w. für jetzt gänzlich fehlt, solche aber durch die Specialseparation zu beschaffen (Gesetz v. 20. Decbr. 1834. die Organisat. der h. Landesökonomiecom. betr. §. 46 bis 50.) und alsdann auch für die Errichtung des Hypothekenbuchs zu benutzen sind, und selbst, wenn gegenwärtig ein ordnungsmäßiges Hypothekenbuch angelegt werden könnte, dasselbe nach beendigter Specialseparation einer völligen Umarbeitung, nach Maassgabe der durch die Separation entstandenen neuen Verhältnisse bedürfen würde, überdies die Anlegung eines Hypothekenbuchs vorerst nur erforderlich ist, um die in Folge des Zehntablösungsgeschäfts nöthig werdenden Eintragungen bewerkstelligen zu können; so hat h. Amt

1) zu diesem letztgedachten Zwecke ein interimistisches Hypothekenbuch anzulegen, und darin die Grundbesitzungen, die Reallasten und deren Löschungen, die etwa rückständig gebliebenen Ablösungscapitale, und die sonstigen in der Ablösungsordnung (§. 103. 104. 112.) vorgeschriebenen Vermerkungen auf Grundlage des Ablösungsrecesses, wenn selbiger bestätigt, ausgefertigt und dem h. Amte zugegangen sein wird, einzutragen; sodann aber

2) nach geschehener Bestätigung des Separationsrecesses auf den Grund der hierin enthaltenen Beschreibungen (Organ. Ges. §. 66.) ein vollständiges Hypothekenbuch anzulegen, in welchem die in dem interimistischen Hypothekenbuche befindlichen Inscriptionen unter den erforderlichen Verweisungen von einem Hypothekenbuche auf das andere zu übertragen sind. Sollten bis dahin, daß das vollständige Hypothekenbuch eingerichtet werden kann, noch andere, als durch das Zehntablösungsgeschäft veranlaßte Eintragungen erforderlich werden, so sind sie in das interimistische Hypothekenbuch mit aufzunehmen und in der Folge gleichfalls zu transcribiren.

Auf die besonderen Anfragen wird Folgendes erwiedert:

Zu 1) Der Umfang des interimistischen Hypothekenbuchs ist nach seinem Zwecke möglichst zu beschränken, und sind darin nur die im Zehntablösungsrecess vorkommenden Grundstücke, so wie diejenigen aufzunehmen, in Ansehung deren etwa noch fernere, mit der Zehntablösung nicht in Verbindung stehende Vermerkungen bis zur Anlegung des vollständigen Hypothekenbuchs nothwendig werden möchten.

Zu 2 und 3. Die Bezeichnungen der Lage und GröÙe der Grundbesitzungen (Circularrescript v. 3. März 1842. No. 50. §. 16. 17.) ist dergestalt zu machen, wie sie in den Ablösungs- und Separationsrecessen beschrieben sein werden, und wenn darin die GröÙe nach preussischem Maasse angegeben wird, so ist solche Angabe beizubehalten.

Zu 4. In Betreff der Anlegung der Folien wird auf die im Circularrescripte v. 3. März 1842. No. 50. §. 8 — 14. gegebenen Vorschriften verwiesen. So weit dieses jetzt von hier aus beurtheilt werden kann, scheint es im Allgemeinen zulässig und zweckmäßig, die Besitzungen eines und desselben Grundeigenthümers, namentlich diejenigen, welche er

bei der Specialseparation in ungetrennter Lage (Gemeinheitstheil.-Ordnung §. 136. u. u.) empfängt, auf einem und demselben Folium einzutragen.

Zu 5. Die in dem preussischen Hypothekenbuche befindlichen Inscriptionen, insbesondere der fortwährenden dinglichen Lasten und der gerichtlich versicherten Schulden, sind in die hiesigen Hypothekenbücher nur alsdann aufzunehmen, wenn sie zur Eintragung in dieselben speciell angemeldet werden, indem für die Hypothekenbehörde eine Verpflichtung deren Vermerkung von Amtswegen zu besorgen oder zu veranlassen nicht vorhanden ist.

Zu 6. Nach dem hiesigen Hypothekenrechte können allerdings auf den Grund solcher Rechtsgeschäfte, zu deren Gültigkeit und Wirksamkeit die obrigkeitliche Confirmation erforderlich ist, vor Ertheilung der letzten keine Eintragungen im Hypothekenbuche gemacht werden (Circularrescript v. 14. Dec. 1825. im Jahrg. 1826. S. 1. No. 1.). Sollten daher aus vor den preussischen Behörden errichteten Verträgen Inscriptionen zu den hiesigen Hypothekenbüchern beantragt werden, so sind diese Verträge, insoweit sie auf diesseitigen Gebiete belegene Grundstücke der Feldmark Wulfsersdorf betreffen, zuvor der Confirmation des h. Amtes zu unterstellen. Da indeß dem Berichte vom 21. v. M. zufolge hinsichtlich der gedachten Grundstücke bisher Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vor den hiesigen Gerichtsbehörden überall nicht stattgefunden haben, und bis zur Verordnung v. 1. Sept. 1838. No. 36, obgleich nicht die Landeshoheit, doch die Jurisdiction ungewiß gewesen ist, so scheint es billig, daß Sportel- und Stempelgebühren für die Confirmation solcher Verträge, welche vor der Zeit der Publication jener Verordnung, bei den preussischen Behörden errichtet sind, von den Betheiligten nicht erhoben werden, als worauf h. Amt höchsten Orts anzutragen hat.

Die Ablösungs- und Gemeinheitstheilungsrecessse erfordern aber nur die Bestätigung von Seiten der h. Landesökonomiecommission, nicht die von Seiten der h. Aemter (Ablösungsord. §. 102. Gemeinheitstheilungsord. §. 170). Auch hat h. Landesökonomiecommission vor Ertheilung der Bestätigung die Legitimation der Interessenten, insbesondere zu den Ablösungs- und Separationsgeschäften (Ablösungsord. §. 8. u. Gemeinheitstheilungsord. §. 35. u.), zu prüfen (Organ. Ges. §. 5. No. 2. §. 12. 68. 86.), und es gehören daher die von ihr bestätigten Reccesse zu den zur Berichtigung der Legitimation des Besitzers geeigneten öffentlichen Urkunden (Circularrescript vom 3. März 1842. §. 20.) insoweit, daß auf Grundlage der Reccesse die in Gemäßheit derselben nöthigen Inscriptionen im Hypothekenbuche gemacht, also auf den Grund der Ablösungsrecessse bei den darin bezeichneten Immobilien die Reallasten, deren Löschungen, und die an die Stelle der ersten etwa tretenden Ablösungscapitale u. eingetragen werden können, dergestalt jedoch, daß, wenn in der Folge, andere dingliche Rechte auf die davon affectirten Grundstücke inscribirt werden sollen, eine genaue Prüfung und Rectification des Besitztittels geschehen, oder nachgeholt werden muß.

Deshalb wird es einer vorgängigen besonderen Berichtigung des Besitztittels zu dem Hypothekenbuche, insofern der desfallige Antrag lediglich den Zweck hat, die Eintragung des Ablösungsgeschäftes zu bewirken, nicht bedürfen, weil hiezu der bestätigte Ablösungsrecess (Ablösungsordn. §. 103. u. 104. Organ. Gesetz §. 87. 88.) für genügend zu erachten ist.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 27. Februar 1844.

Auf den Bericht des h. Kreisgerichts Wolfenbüttel, die Beschwerde des Gärtners H. wegen Eintragung eines Schulddocuments im Hypothekenbuche betreffend, erwiedert das h. Oberlandesgericht: Da in der Stadt Wolfenbüttel die gerichtliche Verlassung der unbeweglichen Güter (Heinrichstädtische Statuten von 1602. Tit. 13. und Verord. v. 21. Nov. 1744.) besteht, mithin die Veräußerungen und Verpfändungen derselben, und überhaupt solche Handlungen, welche dingliche Rechte an Immobilien zum Gegenstande haben, rechtsgültig nur vor dem Gerichte von den Betheiligten oder deren Specialbevollmächtigten geschehen können, so ist die eingereichte Verschreibung des Gärtners H. v. 30. Aug. des vorigen Jahres und die derselben beigefügte Quittung der herzoglichen Hauptfinanzkasse keinesweges genügend, um die Inscription des Capitals nebst Zinsen auf die bezeichneten Grundstücke im Hypothekenbuche zu bewirken, sondern hierzu erforderlich, entweder daß H. vor dem Gerichte den Inhalt jenes Dokuments anerkennt, oder daß über das Anlehn der 100 Thaler vor dem Gerichte eine förmliche Schuld- und Hypothekenverschreibung ausgestellt wird.

Im übrigen ist es zwar unbedenklich mit Bezug auf die Quittung der h. Hauptfinanzkasse in dem Hypothekenbuche zu bemerken, daß das fragliche Capital behuf Ablösung der Erbenzinlast hergeliehen worden, ob aber, nachdem die Löschung der letzten bereits unterm 13. Juli v. J. geschehen ist, das gedachte Darlehn durch die erst noch vorzunehmende Inscription ins Hypothekenbuch die Eigenschaft und Priorität der Ablösungskapitale (Ablösungsordnung § 112. 114.) erlangen werde, muß lediglich dahin gestellt bleiben (Ablösungsordnung §. 112. verglichen mit §. 103 und Rescript des h. Staatsministeriums v. 26. Juni 1842 in Wege's Repertorium Th. 4. S. 8.), und kann diesermwegen nicht im Voraus, sondern nur alsdann, wenn bei erhobenem Widerspruche von Seiten eines Betheiligten das contradictorische Verfahren eintreten sollte, Entscheidung getroffen werden.

Dem h. Stadtgerichte Wolfenbüttel ist der Extract des Rescripts des h. Oberlandesgerichts vom 29. August und beglaubigte Abschrift des Rescripts des herzogl. Staatsministeriums v. 17. Sept. 1842 (Repert. VI. S. 71.) zur Befolgung mitgetheilt.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 26. April 1844.

Auf den Bericht des h. Amtes Holzminden v. 6. April d. J. erwiedert das h. Oberlandesgericht, daß die Vollendung der neuen Hypothekenbücher mit möglichstem Eifer zu befördern ist, damit die älteren Hypothekenbücher baldigst außer Gebrauch gesetzt werden können, und wird zu solchem Zwecke hierdurch ausdrücklich bestimmt, daß die in den älteren Hypothekenbüchern enthaltenen Inscriptionen, soweit sie noch Interesse haben, in die neuen Hypothekenbücher alsdann stets sofort zu übertragen sind, wenn in den neuen Hypothekenbüchern Eintragungen auf die betreffenden Grundstücke gemacht werden.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 29. August 1844.

Das h. Oberlandesgericht erwiedert dem h. Amte Schöningen auf den Bericht v. 3. August 1844, daß die Anlegung eines besondern Hypothekenbuchs für das sogen. Allenackerfeld bei Büddenstedt nicht für angemessen erachtet werden könne. Es ist vielmehr gedachtes Allenackerfeld in das Hypothekenbuch derjenigen Gemeinde aufzunehmen, zu deren

Bezirks es gehört, und, wenn solcher Gemeindebezirk zweifelhaft sein sollte, in das Hypothekenbuch derjenigen Gemeinde, deren Bezirk es von h. Landesregierung, worüber an dieselbe zu berichten, zugetheilt werden wird. (Landschaftsord. 1832. §. 41.)

Auch ist das h. Oberlandesgericht der Meinung, daß nach den Bestimmungen der Verordnungen v. 1. Dec. 1758 u. v. 12. Nov. 1827 die Anmeldung und Eintragung der Fideicommiß betr., die Familien-Fideicommißqualität nicht von Amtswegen, sondern nur, wenn die vorgeschriebene Anmeldung stattgehabt hat, in den Hypothekenbüchern zu bemerken sei.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 25. Novbr. 1844.

Dem h. Amte Blankenburg erwidert das h. Oberlandesgericht auf erstatteten Bericht, daß es behuf Anwendung der in dem Circularrescripte v. 3. März 1842. §. 21 gegebenen Vorschrift, »daß wenn einmal ein Grundstück im Hypothekenbuche aufgeführt und durch Handlungen unter Lebenden oder auf den Todesfall eine Besitzveränderung vorgegangen ist, der Besitztitel für sich allein zum Gegenstande der Inscription gemacht werden müsse, auch wenn damit eine Eintragung von Hypotheken nicht verbunden sein sollte,« keinen Unterschied macht, ob zur Zeit noch Hypotheken auf dem Folium des Grundstücks eingetragen, oder ob selbige bereits gelöscht sind, indem nur auf diese Weise die Hypothekenbücher in gehörigem Stande erhalten werden können. Es ist allerdings wünschenswerth, daß die verschiedenen Besitzveränderungen hinsichtlich eines im Hypothekenbuche einmal aufgeführten Grundstücks bis auf die neueste Zeit nachgetragen werden, jedoch kann, wenn dieses mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sein sollte, bei der dormalen vorzunehmenden Inscription des Besitztittels nach Maassgabe der Bestimmungen des gedachten Circularrescripts §. 20. verfahren werden. Dagegen ist es nicht bloß nützlich, sondern zur gehörigen Informationseinziehung durchaus nothwendig, daß bei allen gerichtlichen Verhandlungen, welche dingliche Rechte an Grundstücken betreffen, das Hypothekenbuch nachgesehen und ermittelt werde, ob darin das in Frage stehende Grundstück bereits eingetragen worden ist, und von welcher Beschaffenheit die activen und passiven Verhältnisse desselben sind.

Das h. Amt hat sich künftig hiernach zu achten.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 13. März 1845.

Das h. Oberlandesgericht erwidert auf erstatteten Bericht des h. Amtes Walkenried nachstehendes: In Folge einer nothwendigen ordnungsmäßig ausgeführten Subhastation müssen die auf dem subhastirten Grundstücke haftenden Hypotheken erlöschen, gleichviel, ob die Gläubiger von dem Erlöse befriedigt worden, oder ob sie leer ausgegangen sind. Nur in dem Falle, wenn an Statt der Baarzahlung von dem Käufer die inscribirten Hypothekforderungen mit Bewilligung der Interessenten ganz oder theilweise übernommen werden, tritt insoweit eine Ausnahme ein. Ist aber solcher Ausnahmefall nicht vorhanden, und hat der Acquirent den Subhastationsbedingungen insbesondere durch Zahlung der Kaufgelder genügt, so erlangt er hierdurch ein unbestreitbares Recht, daß ihm das Grundstück frei von den darauf eingetragenen Hypotheken adjudicirt werde (Verordn. v. 3. Febr. 1814. §. 24. Abschn. 2.), und es kann also, da die Verwirklichung dieses Rechts durch die Production der Originalurkunden nicht suspendirt ist, von einer Amortisation und einem Aufge-

bote der Hypothekinstrumente behuf Löschung der Hypothek bei einer nothwendigen Subhastation nicht die Rede sein.

Nach geschehenem Verkaufe des Pfandes, als wodurch die Gläubiger ihr letztes und höchstes Recht ausüben, haben sie von dem subhastirten Grundstücke selbst nichts mehr zu verlangen, sondern sie müssen ihre Befriedigung aus dem Kaufgelde suchen, welches in die Stelle des Pfandes getreten ist und als dessen Surrogat erscheint. Erst bei Vertheilung der Kaufgelder ist hinsichtlich der zur Hebung kommenden Gläubiger die Einlieferung oder Mortificirung ihrer Hypothekinstrumente, weil ihnen außerdem vom Gerichte keine Zahlung geleistet wird, zu fordern, während es sich von selbst versteht, daß denjenigen Gläubigern, welche entweder überall keine oder nicht volle Befriedigung erhalten und denen also das persönliche Recht gegen den Schuldner verbleibt, eine Verbindlichkeit ihre Documente auszuantworten nicht obliegt, sondern daß diese ausfallenden Creditoren oder die etwa bekannten Inhaber der betreffenden Documente von Amtswegen nur veranlaßt werden können, die Originalurkunden vorzulegen, um darauf die Erlöschung der Hypothek zu vermerken, ohne daß jedoch von solcher Production die Löschung im Hypothekenbuche abhängig zu machen ist, weil sonst der Zweck der Subhastation nicht erreicht werden, vielmehr der Käufer noch Weiterungen ausgesetzt sein würde, die ihm, sobald er seine Verpflichtungen aus dem Zuschlage erfüllt hat, völlig fremd sind.

Diese Rücksichten liegen den Bestimmungen des Circularrescripts v. 3. März 1842 zum Grunde, und es hat demnach (wie auch in der preussischen Hypothekenordnung Tit. 2. Abschn. 5. §. 266. geschehen) von der behuf Löschung der Hypothek vorgeschriebenen Auslieferung oder Mortificirung der Verschreibung (§. 29.), bei nothwendigen Subhastationen (§. 28.) abstrahirt werden müssen.

Allerdings bleibt ein Mißbrauch von Documenten, denen der Löschungsvermerk fehlt, möglich. Jedoch ist solcher eines Theils weniger zu besorgen, da regelmäßig mit der nothwendigen Subhastation die Edictalladung der Realgläubiger und die Präclusion derer, welche sich nicht gemeldet haben, verbunden wird. Anderen Theils können aber selbst gerichtlich bereits mortificirte Documente, sofern dem neuen Erwerber der Forderungen das Mortificationsurtheil nicht bekannt geworden, noch immer zu Betrügereien benützt werden, und jedenfalls läßt sich die amtliche Fürsorge zur Sicherung des Publicums nicht weiter erstrecken, als mit Ausübung der bestimmten Personen zustehenden Rechte vereinbar ist.

Herzogl. Amt hat daher mit Löschung der fraglichen Hypothek zu verfahren.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 10. April 1845. (Auszug.)

(Zuvörderst wird unter I. dasjenige wiederholt, was über die Löschung der in Folge nothwendiger Subhastation untergegangenen Hypothekenrechte im Hypothekenbuche auf den Grund der §. 28. des Circularrescripts v. 3. März 1842 gegebenen Vorschriften in dem Rescripte v. 13. März 1845. (Repert. VI. S. 83.) bestimmt worden ist, und sodann hinzugefügt:)

II. In den außer diesem erwähnten Fällen, muß es dagegen bei der Vorschrift des §. 29. des Circularrescripts lediglich bewenden. Denn so wird

1) um den Antrag auf Mortificirung zu begründen, vorausgesetzt, daß der letzte Inhaber

Den Zufall, wodurch die Hypothekverschreibung verloren oder vernichtet worden, und daß er um diese Zeit wirklich im Besitze gewesen sei, gehörig bescheinige (Verord. v. 6. Jan. 1818, No. 2. §. 3). Auch versteht sich von selbst, daß die Kosten des Mortificationsverfahrens von demjenigen getragen werden müssen, welcher den Verlust verschuldet oder in dessen Person der Zufall sich ereignet hat (§. 1. der allegirten Verordn.), eventuell von demjenigen, dessen Privatinteresse dasselbe betrifft, so daß es an einer Veranlassung solcher Kosten auf die öffentlichen Mittel zu übernehmen, gänzlich fehlt.

2) Daß die früheren Gläubiger oder Schuldner nicht mehr am Leben und die Erben unbekannt, oder daß die verhypothecirten Grundstücke im Besitze dritter, dem persönlichen Obligationsverhältnisse nicht unterworfenen sind, kann nicht in Betracht kommen, da alle diese Umstände einen Grund der Erlöschung des Schuld- oder Hypotheknerus nicht enthalten; vielmehr die Hypothek grade den Zweck hat, zur Sicherheit der Forderung ohne Rücksicht auf den jeweiligen Besitzer des verpfändeten Gegenstandes zu dienen (Circularrescript v. 3. März 1842, §. 6). Unzweifelhaft hat jeder, welcher ein Grundstück schuldenfrei zu acquiriren beabsichtigt, sich zu vergewissern, daß dasselbe, wenn auch nur formell mit Hypotheken, in den Registern nicht belastet ist, und sich selbst die nachtheiligen Folgen der Hintansetzung solcher gewöhnlichen Vorsicht, beizumessen.

3) Der Ablauf einer längeren Zeit, ohne daß das Hypothekrecht in Anspruch genommen worden, begründet keinen Unterschied, zumal nach dem Principe der Oeffentlichkeit des Hypothekenbuchs eine Verjährung, insoweit als diese den eingetragenen Forderungen oder den darin vermerkten Gegenständen der Hypothek zum Nachtheile gerichen soll, nicht wird stattfinden, mithin die Verjährung, so lange der Eintrag nicht gelöscht, oder wenigstens von dem die Löschung nachsuchenden Berechtigten eine Protestation (Circularrescript v. 3. März 1842, §. 5.) deshalb im Hypothekenbuche nicht aufgenommen worden, nicht wird anfangen können.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Berichtigung und Ergänzung der Hypothekenbücher von der Löschung der inscribirten Hypotheken nicht wesentlich abhängt, indem die letzten bis dahin, daß die Löschung ordnungsmäßig geschehen kann, ungetilgt zu lassen und fortzuführen sind.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 21. April 1845.

Auf den Bericht des h. Amts Walkenried ist das h. Oberlandesgericht damit einverstanden, daß für die Ortschaften Wieda und Zorge neue Hypothekenbücher angelegt werden.

Da die Grundbesitzungen der gedachten Gemeinden in viele kleine Parzellen vertheilt, nicht im Pertinenzverbande befindlich, sondern flüchtige und deshalb häufigen Besitzveränderungen unterworfen sind, so hält h. Oberlandesgericht es für zweckmäßig, den neu anzulegenden Hypothekenbüchern unter Anwendung des dem Circularrescripte vom 3. März 1842 beigefügten Formulars, die Einrichtung zu geben, daß sie in zwei verschiedene, für sich bestehende, Abscheidungen zerfallen, nämlich

A. für die Wohnhäuser und deren unmittelbaren Umgebungen, als Nebengebäuden, Hintergärten und s. w., und

B. für die übrigen, in dem Gemeindebezirke vorhandenen Grundstücke an Gärten, Wiesen und Ackerland.

Einer jeden Abtheilung wird nach Beschaffenheit ihrer Größe die verhältnismäßige Anzahl von Bogen zu bestimmen und die Abtheilung A. im Voraus so einzurichten sein, daß jedes mit einer besondern Affecurationsnummer versehene Gebäude nach der Reihenfolge der Affecurationsnummern sein Folium, wozu in der Regel zwei bis drei Doppelseiten genügen werden, angewiesen erhält, gleichviel, ob zur Zeit eine Inscription nothwendig ist, oder nicht.

Zur Grundlage der Abtheilung B. werden, da Vermessungsbeschreibungen, Flur- und Lagerbücher fehlen, die Contributionscataster genommen werden müssen, sofern darin die Grundstücke nach ihrer Lage und Größe unter bestimmten unveränderlichen Bezeichnungen oder Nummern, welche im Hypothekenbuche beizubehalten und aufzuführen sind, stehen. Sind die vorhandenen Contributionscataster nicht dergestalt eingerichtet, daß daraus der Bezirk, so wie der Name des Theils der Feldmark, worin das Grundstück liegt, nebst seiner Größe und seiner besondern Nummer hervorgeht, so werden selbige mit Zuziehung der Ortsbehörde in dem bemerkten Maaße vorgängig zu rectificiren sein, um darnach die in diese Abtheilung des Hypothekenbuches gehörenden Grundstücke zu ermitteln.

Die rectificirten Contributionscataster werden das Realrepertorium bilden, und zu dem Zwecke so einzurichten sein, daß für die Rubriken zu Hinweisungen auf die fragliche Abtheilung des Hypothekenbuches der erforderliche Raum verbleibt. Neben dem Realrepertorium wird aber ein alphabetisches Register nach den Namen der Besitzer angelegt und in gehöriger Ordnung fortgeführt werden müssen.

Vorausgesetzt nun, daß ein Realrepertorium für die Abtheilung B. des Hypothekenbuches errichtet wird, wird deren Umfang allerdings angemessen eingeschränkt werden können, so daß

- 1) es nicht nothwendig erscheint, sofort alle Grundstücke in diese für selbige bestimmte Abtheilung aufzunehmen, sondern nur diejenigen, zu deren Eintragung eine besondere Veranlassung eingetreten ist, dagegen
- 2) es zulässig wird, diejenigen zu dieser Abtheilung gehörigen Grundstücke, welche Jemand gleichzeitig besitzt und auf gleiche Weise verpfändet auf ein Folium einzutragen, und ihnen erst bei einer hieran sich ergebenden Veränderung ein besonderes Folium anzuweisen (Circularrescript v. 3. März 1842. §. 9 — 14.)

Es werden mithin regelmäßig zwei Doppelseiten für ein solches Folium auf längere Zeit genügen. Ist dasselbe vollgeschrieben, so kann durch Supplementbogen geholfen, und in diesen mit Hinweisung auf jenes, und umgekehrt fortgefahren werden. (§. 32.)

Im übrigen ist, wenn auf Grundstücke, die in den jetzigen Hypothekenbuche schon aufgeführt sind, neue Einträge gemacht werden müssen, erforderlich, nicht nur die bereits vorhandenen Einschreibungen, so weit sie noch Interesse haben, (indem die gelöschten und entbehrlichen Inscriptionen, wohin besonders die älteren Besitzer, die gelöschten Hypotheken und ZwischenceSSIONen gehören, hinweggelassen werden können), vollständig aus dem älteren Bande in den neuen zu übertragen, und zu dem Behufe die geeigneten Ermitte-

lungen, namentlich durch Vernehmung der Interessenten, anzustellen, sondern auch in jedem Bande auf dem andern, in welchem sich die zu demselben Grundstücke gehörigen Einträge befinden, also in dem ältern Bande auf den neuen Band, und in dem neuen auf den ältern Band, hinzuweisen (§. 32.)

H. Amt Walkenried hat sich über die in dem vorstehenden angedeutete Einrichtung der Hypothekenbücher, insbesondere darüber, ob die Contributionscataster von der Beschaffenheit sind, daß sie nach geschehener Rectification zur Grundlage der Abtheilung B. dienen können, bei Einsendung dieser Steuercataster binnen 14 Tagen gutachtlich zu äußern, und wird das h. Oberlandesgericht sodann auf die Genehmigung h. Landesregierung behuf Bestimmung der noch ungewissen Feldmarksgränzen (Landesgrundgesetz §. 41.) antragen.

Die eingesandten, hiebei zurückerfolgenden Hypothekenbücher von Wieda und Borge, geben zu Ausstellungen mancher Art Veranlassung. Jedoch rühren die Mängel größtentheils aus der Vorzeit her, und vertraut h. Oberlandesgericht, daß das h. Amt selbige durch genaue Befolgung der im Circularrescripte v. 3. März 1842 enthaltenen Vorschriften, künftig nicht nur vermeiden, sondern auch in der Verbesserung thunlichst fortfahren wird.

Auf nachstehende Punkte wird besonders aufmerksam gemacht:

- 1) Es ergibt schon die Rubrik — »Bezeichnung der Grundstücke« — daß nur Grundbesitzungen und diesen gesetzlich geachteten Realgerechtigkeiten als zur Eintragung in die Hypothekenbücher geeignete Gegenstände anzusehen sind (Circularrescript v. 3. März 1842. §. 6. 16. 17.), mithin ein persönliches (Zeit-) Pachtrecht hieher nicht gehört.
- 2) Die verschiedenen Einträge sind in keiner andern als die eigens für sie bestimmten Rubriken und Columnen zu stellen (§. 5 u. 15.) und daher die Bürgschaftsleistungen, sofern deren Eintragung geschehen muß, nicht in der Rubrik der Grundstücke, oder des Besitzers und des Besitztittels, sondern in der Rubrik — »Gerichtlich versicherte Schulden« u. — zu vermerken (Vergl. unten No. 4.).
- 3) Bei den Einschreibungen ist auf möglichste Raumerparniß Bedacht zu nehmen, und unwesentliche Nebenbestimmungen der Verträge (§. 31.), als Kündigungsfristen (§. 24.), die etwaige Verpflichtung zur Leistung jährlicher Capitalabträge und dergleichen, können ebensowol hinweggelassen werden, als bei Löschungen die Anmerkung, daß die Originalschuldverschreibung zurückgegeben worden sei.
- 4) Zum Zweck des Hypothekenbuchs ist es wie unnöthig, so wirkungslos, bei Eintragung einer Hypothek etwaige Bürgschaftsleistungen (§. 22.) zu bemerken, insofern nicht mit denselben eine anderweite Hypothekbestellung, welche sodann am geeigneten Orte (vergl. oben No. 2.) zu inscribiren, verbunden ist (§. 23. 32.), oder in Veranlassung der Schuldverschreibung hinzuzufügen, daß das sonstige Vermögen des Schuldners der Generalhypothek unterworfen sei, weil eine von der Eintragung nicht ausgenommene Generalhypothek, die durch die Eintragung bedingten Rechte nur in Ansehung solcher von ihr (der Generalhypothek) betroffenen Grundstücke erlangt, auf welche sie besonders inscribirt worden ist (Verordn. v. 26. März 1823. No. 14. §. 2 u. 3.) u. s. w. wie im Rescr. v. 9. Mai 1842. unter 4. Repert. L. VI. S. 68.)

Resc. h. St. M. v. 28. Mai 1845.

Das h. Staatsministerium läßt der h. Kreisdirection Blankenburg den, vom h. Oberlandesgerichte an dasselbe unterm 22. Mai 1845 erstatteten Bericht wegen der nothwendigen Anlegung neuer Hypothekenbücher für die Dtschaften Wieba und Zorge in Abschrift zugehen, und beauftragt dieselbe, nach den darin angedeuteten Grundsätzen die für den Zweck erforderlichen Flur u. Beschreibungen der genannten Dtschaften, verfertigen zu lassen und demnächst, wie solches geschehen, zu berichten, damit die noch ungewissen Feldmarksgrenzen von Seiten der Landesregierung festgesetzt werden können.

Obgedachter Bericht des h. Oberlandesgerichts v. 22. Mai 1845 lautet folgendermaßen: Vom h. Amte Walkenried ist auf die Genehmigung zur Anlegung neuer Hypothekenbücher für die Dtschaften Wieba und Zorge angetragen, und haben wir nach geschehener Einsicht der jetzt vorhandenen vollgeschriebenen Hypothekenbücher die Ueberzeugung gewonnen, daß solche in der bisherigen Weise nicht fortgesetzt werden können, sondern einer gänzlichen Umarbeitung bedürfen. Es sind daher mittelst Resc. v. 21. v. M. in Betreff der Einrichtung der neuen Hypothekenbücher, nach Maafgabe der in dem Berichte vom 12. Januar 1841 entwickelten Grundsätzen, dem h. Amte Walkenried die befähigten Andeutungen gemacht, mit deren Ausführung dasselbe, zur gutachtlichen Aeußerung aufgefordert, sich einverstanden erklärt hat, und ist übrigens unsere Meinung keine andere gewesen, als die, daß zu jeder Abtheilung des Hypothekenbuchs ein besonderer Band zu nehmen sei.

Die Einrichtung eines zweckentsprechenden Hypothekenbuchs setzt jedoch eine gehörige Verzeichnung und Beschreibung der zur Eintragung geeigneten Objecte voraus. An dieser fehlt es aber gänzlich, und auch die Steuercataster sind, weil sie nur die steuerpflichtigen Grundstücke enthalten, insonderheit weil sie nach den Personen der zeitweiligen Besitzer geführt sind und, mit Ausnahme der Brandversicherungsnummern der Wohnhäuser, die topographische Lage der übrigen Grundbesitzungen an Wiesen, Aekern u. s. w. überall nicht nachweisen, dazu gänzlich unbrauchbar. Dieserhalb ist es erforderlich, daß vom h. Amte Walkenried mit Zuziehung der Ortsbehörde und der Gemeindepuputirten ein genaues Verzeichniß sämmtlicher, in dem Gemeindebezirke befindlicher Grundbesitzungen, so weit sie zur Eintragung in das Hypothekenbuch kommen können oder schon gekommen sind, nach der topographischen Lage, mit Angabe der Größe und Grenzen, auch der Namen der Besitzer, unter fortlaufenden Nummern hinsichtlich der einzelnen Reviere und der Abtheilungen der Feldmark, dergestalt, wie solches in dem Berichte des h. Amts vom 4. d. M. vorgeschlagen worden, angefertigt werde.

Diese Güterbeschreibung wird, nachdem die noch ungewissen Feldmarksgrenzen von h. Landesregierung bestimmt sein werden (Landesgrundgesetz §. 41.), zur Grundlage der Hypothekenbücher dienen, und der für die letzten als Realrepertorium bestimmten Abschrift eine Columne zu den Hinweisungen auf das Hypothekenbuch, etwa folgendermaßen:

Ordnungs- Nr.	Bezeichnung des Grundstücks nach der Culturart.	Größe.					Namen der Besitzer.	Namen der Abjacenten.	Eingetragen in das Hypothekencbuch		Bemerkungen.
		Wald- M.	Tag- A.	Feld- M.	W.	A.			Folio.	Num- mer.	
1	Zweischurige Wiese	3	131	—	—	—	Heinrich Schacht, Waldarbeiter	Herrschaftliche Waldung im Sü- den im Norden	46	3	
2	Garten	—	—	—	1	2	Anton Grauel, Schneider	Nördlich und süd- lich herrschaftliche Waldung u.	5	—	
3	Einschurige Wiese	—	—	2	—	—	Andreas Hohm, Bergmann	Nördlich und süd- lich herrschaftliche Waldung	85	1	

hinzuzufügen sein, und geben gßt. anheim, die nöthigen Anordnungen im administrativen Wege zu treffen.

Schreiben des h. Oberland. Ger. v. 8. Juli 1845.

Das h. Oberlandesgericht erwiedert der h. Eisenbahncommission auf das Schreiben vom 29. Juni 1845. daß zwar

- 1) daß dem Gastwirth Siedentopf in Terrheim an dem Bahnhofe daselbst laut Contract v. 19. Mai 1843. eingeräumte (anscheinend der Ablösung unterworfenene Ablösungsordnung von 1834. §. 5.) superficiesarische Recht, weil solches ein Realrecht, vererblich und veräußerlich ist, und einen eigenen bestimmten Werth hat, an sich betrachtet, und sofern ein rechtsgültiger Erwerb stattgefunden, als zur Eintragung auf ein besonderes Folium im Hypothekencbuche geeignet gehalten werden muß; daß jedoch
- 2) der rechtsgültige Erwerb an Seiten des Siedentopf nicht dargelegt worden ist, indem aus dem Contracte vom 19. März 1843 nicht erhellet, daß zu der von der h. Eisenbahncommission geschehenen Ueberlassung der Superficies die Genehmigung des h. Staatsministeriums ertheilt sei, und außerdem die Verleihung zu ihrer Rechtsgültigkeit die ständische Zustimmung erfordert hat.

Denn mit der Acquisition des Areals, an welchem die Superficies bestellt worden, durch die h. Eisenbahncommission, hat dasselbe die Eigenschaft eines Staatsgutes, und folglich, ohne Rücksicht auf den bei der Acquisition gehabtten Zweck, der Unveräußerlichkeit erlangt, (L. 1. §. 4. L. 2. D. de reb. eor. qui sub tutela. 27. 9.), auch leidet es nach dem Erachten des h. Oberlandesgerichts keinen Zweifel, daß verfassungsmäßig wie die Cammer- und Klostersgüter (Landschaftsord. v. 1832. §. 164. 165. 224.) und die, im §. 169 der Landschaftsordn. v. 1832 benannten Gegenstände, so die Staatsgüter im engeren Sinne

(Landschaftsord. v. 1820. §. 25. verglichen mit der Landschaftsord. v. 1832. §. 232 u. 189.)
 nur mit ständischer Zustimmung verkauft werden dürfen.

Aus diesen unter No. 2. erörterten Gründen, muß es abgelehnt werden, dem h. Amte Schöningen die beantragte Anweisung zu ertheilen.

(Vergleiche: Bericht des ständischen Ausschusses v. 17. Nov. 1845. §. 7. No. 19.

1846
 E. 22.; ständische Berhandl. v. 1848. Anl. 2. zu No. 4; Anl. 7. zu No. 6.;

1848
 Protocoll No. 7. S. 33 — 37; Anl. 3. zu No. 11.)

Resc. h. Oberland. Ger. v. 10. Juli 1845.

Das h. Oberlandesgericht erwiedert dem h. Amte Schöningen auf den Bericht v. 17. Juni 1845 Folgendes:

Zu 2., da nach der Bestimmung h. Staatsministeriums v. 10. Dec. 1844. die Allenacker-Feldmark in einem Anhange des Hypothekenbuchs der Gemeinde Büddenstedt eingetragen werden soll, so ist, falls in dem Hypothekenbuche der Gemeinde Büddenstedt noch hinlänglicher Raum vorhanden, gedachte Feldmark in das büddenstedter Hypothekenbuch zu inscribiren; sofern es aber dem letzten an dem erforderlichen Raume fehlt, ein besonderer als Anhang zum büddenstedter Hypothekenbuche zu bezeichnender Band, von entsprechendem Umfange für die Allenacker Feldmark anzulegen, zu welchem Bande das bisher gebrauchte Formular, wenn selbiges vorrätzig, sonst das dem Circularrescripte v. 3. März 1842. beigefügte, anzuwenden ist.

Zu 1. Es ist nicht erforderlich, daß dasjenige Land, welches der Kothsack Holste No. assec. 7. zu Büddenstedt im Allenackerfelde besitz, und das auf dem Folium des gedachten Kothhofes in den büddenstedter Hypothekenbuche bereits inscribirt worden, vollständig in die für die Allenackerfeldmark bestimmte Abtheilung des büddenstedter Hypothekenbuchs übertragen werde, jedoch ist in solcher Abtheilung auf einem besonderen Folium zu bemerken, an welchem Orte des Hypothekenbuchs für die Gemeinde Büddenstedt jenes Land aufgeführt ist, auch in dem Hauptbuche auf die Abtheilung zu verweisen.

Zu 3. Obgleich die Familiensfideicommissqualität und das Lehnsstammcapital, welche auf dem Allenackerfelde mit haften, im Hypothekenbuche von Amtswegen einzutragen, nicht nöthig ist, so kann solches dennoch in dem vorliegenden Falle geschehen, weil aus den von dem Grafen Röttger v. Weltheim behuf Berichtigung seines Besitztittels producirten Documenten, jene Beschränkung des Eigenthums und dingliche Last hervorgeht. Es ist indeß die mit Bezug auf die eingereichten Urkunden zu machende Bemerkung, nicht in die Rubrik des Besitztittels, sondern in die Rubrik: »fortwährende dingliche Lasten und Beschränkungen des Eigenthums«, zu stellen (Circularrescript v. 3. März 1842. §. 15. litt. a. u. §. 23.)

Zu 4. In Ansehung der Eintragung des Wittthums und der Erbabsfindungen, wird auf die Bestimmungen des Circularrescripts v. 3. März 1842. §. 27 verwiesen, und darauf aufmerksam gemacht, daß das Wittthum durch den Tod der Berechtigten und die Erbabsfindungen durch erfolgte Zahlungen, bereits getilgt sein werden.

Resc. h. Oberlandes-Ger. v. 12. Februar 1846.

Q. m. D. dem Berichte des h. Amts Schöninghen zufolge Specialseparationen der dortigen Gemeinden in der Ausführung begriffen sind, und nach deren Beendigung in Gemäßheit der, dadurch neu entstandenen Verhältnisse die Hypothekenbücher einer gänzlichen Umarbeitung bedürfen werden, auch solche Verhältnisse nicht übersehen lassen, daß hiernach die Einrichtung neuer Hypothekenbücher, sofern diese ihren Zweck erfüllen sollen, schon jetzt bemessen werden könnte, so hält h. Oberlandesgericht dafür, daß mit einstweiliger Aussetzung der Anlage neuer Hypothekenbücher bis zu jenem Zeitpunkte die bisherigen fortzuführen und nach Bedürfnis durch Ergänzungsbände zu verstärken seien. Insbesondere wird, um die nach geschehener Veräußerung der Domanalgrundstücke erforderlichen Einträge zu beschaffen, es genügen, wenn vorerst für jene Domanalgrundstücke ein besonderes Hypothekenbuch von entsprechendem Umfange eingerichtet und als Anhang zu dem Hypothekenbuche der Gemeinden, in deren Bezirke dieselben belegen sind, geführt wird. Das h. Amt hat demgemäß in dem gegenwärtigen Fällen und in künftigen ähnlichen Fällen zu verfahren und, sobald die Separationen und Verkoppelungen bewerkstelliget sein werden, hiervon weitere Anzeige zu machen.

Im übrigen bemerkt h. Oberlandesgericht, daß Eintragungen in das Hypothekenbuch einer anderen Feldmark oder Ortschaft, als worin das Grundstück belegen ist, welches von der Eintragung getroffen werden soll, an sich betrachtet keine Wirkung haben, indem nur angenommen werden kann, daß was dem Folium des Hauptgutes inscribirt worden, auch die unzertrennbaren Pertinenzen mit berührt. Wenn daher als Zubehör eines Hofes ein in einer andern Feldmark befindliches Grundstück benutzt wird, so ist dieses der Ordnung und Sicherheit wegen, namentlich wenn die Pertinenz Eigenschaft im Sinne der Reunionsedictie nicht völlig gewiß erscheint, in dem Hypothekenbuche seines Gemeindebezirks unter einem besondern Folium aufzuführen, dabei dessen Pertinenz Eigenschaft zu bemerken und auf das Folium des Hauptguts, woselbst die in einer anderen Feldmark belegenen Zubehörungen speciell zu verzeichnen sind, zu verweisen.

Resc. h. St. N. v. 7. August 1846.

Dem h. Amte Schöninghen wird auf den Bericht vom 5. Mai 1846 die Eintragung des Söllinger Zehntablösungsrecesses in das Hypothekenbuch und eine desfalls mit der h. Landesökonomiecommission entstandene Differenz betreffend, nachdem von dieser Behörde und auch vom h. Oberlandesgerichte Berichte eingezogen worden, Folgendes eröffnet:

Die Differenz betrifft die Frage: ob die für die Höfe und die denselben als Pertinenz beigelegten Wandeläcker im Ganzen berechneten Ablösungscapitale auf den so gebildeten Gütercomplex ungetheilt, oder ob nach vorgängiger Repartition die entsprechenden Beiträge auf die Höfe und auf die flüchtige Länderei besonders, im Hypothekenbuche einzutragen seien?

Insofern nun die den Grundbesitzern in Söllingen zustehenden flüchtigen Acker, welche in Folge der von den Eigenthümern zu den Specialseparationsacten abgegebenen Erklärungen den betreffenden Höfen als Pertinenz beigelegt worden, mit Hypotheken nicht

belastet sind, ist es allerdings zulässig und angemessen, solche bisher flüchtigen Grundstücke auf das Folium des Hofes einzutragen, oder wenn sie bereits ein eigenes Folium im Hypothekenbuche haben, sie auf das Folium des Hofes zu übertragen, und sodann auf diesen Gütercomplex das für den Hof und die dazu gelegten Wandeläcker im Ganzen berechnete Ablösungscapital ungetheilt zu inscribiren.

Sollten dagegen die Wandeläcker schon mit Hypotheken belastet sein, so wird eine Repartition des Ablösungscapitals für den Hof und für die dem letzten beigelegten flüchtigen Acker und hiernächst die besondere Inscription der bezüglichen Beträge auf den Hof und auf die flüchtigen Acker stattfinden müssen, und zwar sowohl in dem Falle, daß der Hof und das flüchtige Land auf gleiche Weise verpfändet, als in dem Falle, wenn die Hypotheken verschieden sind, weil auch im ersgedachten Falle den Hypothekgläubigern das Recht, nach Beschaffenheit der Umstände den Separatverkauf des flüchtigen Landes (also ohne den Hof) zu verlangen, um solchergestalt einen höheren Erlös zu bewirken, durch die ohne ihre Zustimmung vom Schuldner einseitig erfolgte Erklärung, daß das flüchtige Land die Pertinenz Eigenschaft haben solle, nicht entzogen, hiervon wenigstens nur mit Einwilligung aller dabei Betheiligten abgewichen werden kann.

H. Amt hat sich hiernach zu achten.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 22. Februar 1847.

Daß h. Oberlandesgericht remittirt dem h. Amte Walkenried die eingesandten Realrepertorien für die Hypothekenbücher der Gemeinde Wiede, Abtheilung A. u. B. nebst dem dazu gehörigen alphabetischen Verzeichnisse, und bemerkt dabei, daß zu den gedachten Urkunden, welche die zum Gebrauche bestimmten Ausfertigungen zu sein scheinen, dauerhafteres Papier hätte genommen, und daß in dem alphabetischen Verzeichnisse bei den Namen der einzelnen Grundbesitzer und in dem Realrepertorium Abtheilung B. am Schlusse der einzelnen Feldblagen hinreichender Raum behuf der Nachträge hätte gelassen werden sollen.

Daß in Vorschlag gebrachte Formular kann nicht genehmigt werden. Es enthält solches besonders für die Abtheilung A. zum Zwecke der »Bezeichnung der Grundstücke« zu viele Columnen, wodurch die Uebersichtlichkeit nicht erleichtert, sondern erschwert, und wodurch der Raum für die übrigen Rubriken zu sehr beschränkt wird. Eine Verweisung auf die Realrepertorien, welche die Grundstücke genauer beschreiben, ist genügend (Instruct. vom 3. März 1842. §. 16.)

H. Amt hat daher des vom h. Oberlandesgericht vorgeschriebenen Formulars, und zwar sowohl für die Abtheilung A. als für die Abtheilung B. des Hypothekenbuchs, sich zu bedienen. Hierbei ist in Obacht zu nehmen, daß die verschiedenen Rubriken in Gemäßheit der Verordnung v. 3. Februar 1814. §. 53. auf zwei gegenüberstehende Seiten eines Bogens zu stellen sind, von denen die linke Seite außer der Columnne »fortlaufende Nummer« — die Rubriken — »Grundstück« — und — »Besitzer« — die rechte Seite aber die Rubrik »gerichtlich versicherte Schulden« u. dgl. mit deren Unterabtheilungen enthalten muß, so jedoch, daß da, wo die Blätter des Bogens zusammengelegt werden, folglich zwischen der Rubrik »Besitzer« und zwischen der Rubrik »gerichtlich versicherte Schulden« — ein

Mittelfteg von der Breite etwa eines Zolles zu lassen ist, damit durch den Einband das Beschreiben der betreffenden Columnen nicht gehindert wird.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 10. Juni 1847.

Das h. Oberlandesgericht erwiedert dem h. Amte Schöningen auf den Bericht v. 23. Mai 1847. Folgendes:

In dem Rescripte des h. Oberlandesgerichts v. 5. Januar 1843, die Anlegung eines Hypothekenbuchs für die Dorfschaft Dobbelen betr., und vom 26. Februar 1844, die Anlegung eines Hypothekenbuchs für die Feldmark von Wulfersdorf betreffend, sind dem h. Amte Schöningen die Grundsätze bekannt gemacht, welche bei Anlegung neuer Hypothekenbücher zu beobachten sind. Nach diesen Grundsätzen ist auch bei Anlegung eines neuen Hypothekenbuchs für Büddenstedt, welche hiermit genehmigt wird, zu verfahren. Insbesondere ist also

- 1) einem jeden einzelnen Gebäude (Gehöfte) schon im Voraus, gleichviel, ob dermalen eine Inscription nothwendig ist oder nicht, ein besonderes in drei Doppelseiten bestehendes Folium zu bestimmen, die Eintragung der Gebäude (Gehöfte) nach der Reihenfolge der Brandassurationsnummern zu machen, und dabei das entsprechende Folium oder die entsprechende Nummer des bisherigen Hypothekenbuchs, nachrichtlich zu vermerken.
- 2) Die bereits vorhandenen Inscriptionen sind, soweit sie noch Interesse haben, vollständig aus dem bisherigen Hypothekenbuche in das neue zu übertragen, und ist in jedem Bande auf den anderen, in welchem sich die zu demselben Grundstücke gehörigen Eintragungen befinden, mithin in dem alten Hypothekenbuche auf das neue und in dem neuen auf das alte Hypothekenbuch, zu verweisen. Die gelöschten und entbehrlichen Inscriptionen, wohin namentlich die ältern Besitzer, die gelöschten Hypotheken und etwanige Zwischenceffionen gehören, bedürfen der Uebertragung nicht.
- 3) Die Umarbeitung des Hypothekenbuchs ist sofort vorzunehmen, zumal die Grundbesitzungen durch die stattgehabte Specialseparation gänzlich verändert worden sind und daher das alte Hypothekenbuch, sobald als möglich außer Gebrauch gesetzt werden muß. Endlich
- 4) scheint es weder zweckmäßig noch nothwendig, daß jedes Folium des Hypothekenbuchs mit einer Titelseite versehen und die letzte Seite des Foliums unbedruckt gelassen wird, indem dadurch der Umfang des Hypothekenbuchs unnöthig vergrößert werden würde, und das vorgeschriebene Formular zu den zu beschaffenden Eintragungen (Circularrescript v. 3. März 1842. §. 5. 22. 24. 31.) hinreichenden Raum enthält.

Der beschälligt gemachte Antrag kann demnach nicht genehmigt werden.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 28. October 1847.

Auf den Bericht des h. Amtes Schöningen vom 13. Sept. 1847 wird vom h. Oberlandesgerichte die Anlegung eines neuen Hypothekenbuchs für die Dorfschaft Hoptleben genehmigt.

Die Grundsätze, nach welchen hierunter zu verfahren ist, sind dem h. Amte Schöningen im Rescripte v. 5. Januar 1843, die Anlegung eines Hypothekenbuchs für Dobbela betreffend, vom 26. Februar 1844, die Anlegung eines Hypothekenbuchs für die Feldmark Wulfersdorf betreffend, und vom 10. Juni 1843, die Anlegung eines Hypothekenbuchs für Büddenstedt betreffend, bekannt gemacht, und auch im gegenwärtigen Falle zu befolgen.

In Beziehung auf die speciell hervorgehobenen Punkte erwidert das h. Oberlandesgericht:

- zu 1) Die Hofstellen sind nach den Angaben der Dorfbeschreibung,
- zu 2) Die übrigen Grundstücke, aber nach den Angaben des Separationsrecesses in das Hypothekenbuch einzutragen. Daß hierbei der Bonitirungswerth nicht mit aufzunehmen ist, ergibt sich bereits aus §. 5. des Circularrescriptes vom 3. März 1842. No. 50.
- zu 3) Auf dem Folium des Hofes No. assec. 10. ist allerdings nachrichtlich zu bemerken, daß und welche in harthler Feldflur belegenen Grundstücke zu dem gedachten Hofe als Pertinenz gehören.
- zu 4) Die Jagdgerechtigkeit bedarf der Eintragung von Amtswegen nicht.

Refc. h. Oberland. Ger. v. 8. November 1847.

Das h. Oberlandesgericht eröffnet dem h. Amte Schöningen auf den am 6. Oct. 1847 erstatteten Bericht, daß es bei der im Rescripte vom 10. Juni 1847 unter No. 4. (Repert. VI S. 93.) enthaltenen Verfügung lediglich sein Bewenden haben muß.

Die in dem Circularrescripte v. 3. März 1842. No. 50. §. 5. über das Formular der Hypothekenbücher gemachte Bestimmung, ist nicht ohne sorgfältige Erwägung der Verhältnisse getroffen worden, und es haben dem h. Oberlandesgerichte nicht bloß die Formulare, wie sie bei den vormaligen Kreisgerichten H. und S. und andern hiesländischen Hypothekenbehörden gebraucht sein mögen, sondern auch die Formulare auswärtiger Staaten vorgelegen. Aus verschiedenen Gründen ist aber die Beibehaltung und consequente Durchführung der tabellarischen Form angenommen, und da das im Circularrescripte vorgeschriebene Formular die höchste Genehmigung empfangen hat, so würde das h. Oberlandesgericht eine Abänderung zu verfügen nicht einmal ermächtigt sein. Das h. Oberlandesgericht findet sich aber durch die Ausführungen des Berichtes auch nicht bewogen, die begehrte Aepderung höchsten Orts zu bevorzugen. Zuvörderst kann das h. Oberlandesgericht die Versicherung ertheilen, daß das von demselben bestimmte Formular sich erfahrungsmäßig als völlig angemessen und zweckentsprechend ausgewiesen hat, wogegen das eingereichte Formular eine unpassende Verbindung der tabellarischen mit anderen Formen darlegt. Nicht nur daß die letzte und erste Seite jedes Folioms unbenutzt bleiben und dadurch der Umfang der Hypothekenbücher unnöthig vergrößert wird, würde alsdann die erste Rubrik — »Grundstücke.« — überflüssig erscheinen müssen. Auch ist keinesweges nothwendig, daß die historischen Notizen, mit welchen die Titelseite des überreichten Formulars beschrieben ist, für jedes einzelne Folium wiederholt werden, indem genügt, daß eine allgemeine Bemerkung der Art dem ganzen Hypothekenbuche vorauf geschickt wird. Die übrigen Be-

Verfügungen, die den Voran die Verbesserung auf das alphabetische Namensverzeichnis gutt ausfallen müssen (Circularrescript d. 15. 24. 27) finden in den betreffenden Rubriken und Columnen ihren geeigneten Platz, und versteht sich von selbst, daß die erfolgte Einschließung des früheren Folioms auf diesem (Circularrescript §. 13.), nicht auf dem neuen Folium zu vermerken ist.

Gebörige Aufmerksamkeit und Sorgfalt ist, wie überhaupt, so ganz besonders bei Anlegung und Führung der Hypothekendarbücher, nothwendig (25. 27. 18. 2).

Intelligenzwesen.

Die hannoversche Justiz-Canzlei macht unterm 23. Nov. 1829 bekannt: daß nach Vorschrift des königl. hannoverschen Cabinetsministerii keine gerichtliche Bekanntmachung von ausländischen Behörden den hannoverschen Anzeigen ohne Vorwissen der hannoverschen Justiz-Canzlei eingerückt werden dürfe, daher es die Ordnung erfordere, daß die desfalligen Requisitionen unmittelbar an solche, und nicht an das Intelligenzcomtoir gerichtet werden.

Resc. h. Land des ger. v. 26. Novbr. 1838.
Es ist bemerkt worden, daß Inferenda an das h. Intelligenzcomtoir zu Braunschweig zur Aufnahme in die dortigen öffentlichen Anzeigen mit einem besondern Uebersendungsreiben abgesandt und dadurch (bei Zeitaufwand nicht einmal gerechnet), die Kosten jedesmal wenigstens um 2 Rthl. für Copialien vermehrt sind. Diese Kosten können möglich erspart werden, denn nach der bei dem h. Intelligenzcomtoir in Braunschweig eingegangenen Erkundigung ist es nicht erforderlich, daß die verschiedenen gerichtlichen Bekanntmachungen von Edictalien, Subhastationspatenten, Präclufivbescheiden, Todeserklärungen, Testamentseröffnungen, gerichtlich verlassenen Grundstücken, und was dahin sonst noch alles gehört, jedesmal mit einem besondern Einsendungs- oder Begleitschreiben eingesandt werden. Es genügt vielmehr dem h. Intelligenzcomtoir vollkommen, wenn die verschiedenen Inserenda mit Hinzufügung der wenigen Worte: »zur gefälligen Insertion in die braunschweigischen Anzeigen«, welche oben oder unten an das Inserendum angehängt werden, eingehen, und wird selbst bei denjenigen Bekanntmachungen, welche einer mehrmaligen Insertion bedürfen, genügen, indem alsdann nur in der vorerwähnten Bemerkung das Erforderliche über die Anzahl und Zwischenräume der mehrmaligen Bekanntmachung mit wenigen Worten hinzugefügt zu werden braucht. Auch bei einem abgekürzten Verfahren dieser Art wird dem h. Intelligenzcomtoir die Mittheilung eines Exemplars des betreffenden Anzeigestücks, als sich von selbst verstehend, vorausgesetzt, sodas es selbst zu diesem Zwecke keiner besondern Requisition bedarf, welche auch zur Vollständigkeit der Acten nicht erforderlich sind, indem die Absendung des Inserendi mit wenigen Worten ad acta registrirt werden kann.

Die Bekanntmachungen wegen gerichtlich verlassener Grundstücke sind einzeln, nach jedesmaliger Beendigung des Geschäfts in den braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen, da es für den neuen Eigenthümer des Grundstücks zur Begründung des Anfangs-

puncts der Erlöschungszeit der darauf haftenden fällschweigenden Hypotheken wichtig ist, daß mit öffentlicher Bekanntmachung der Umschreibung des Grundstücks auf seinen Namen, ohne Aufschub verfahren werde.

Israeliten.

Gesetz, die Aufhebung des Verbotes der Ehen zwischen Christen und Juden betreffend.

(S. 81.) [No. 28.] (23. Mai 1848.)

§. 2. Zu beobachtende Vorschriften S. 81.

§. 3. Erklärung vor dem Beamten und 4 Zeugen S. 81.

§. 4. Bestimmung wegen des Glaubensbekenntnisses der Kinder S. 82.

§. 5. Register über diese Ehen, deren Kinder und über die Todesfälle S. 83.

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 12. Februar 1845.

Da der Stadtmagistrat in Braunschweig den Kaufmann Helfft in die Liste der Wahlmänner aufgenommen hat, ihm von seinen Mitbürgern volles Vertrauen geschenkt wird und dessen Persönlichkeit von der Art ist, daß ein Bedenken, ihn zum Stadtverordneten zuzulassen, nicht obwalten kann: so wird ausnahmsweise gestattet, daß derselbe als gewählter Stadtverordneter zugelassen, jedoch mit der aus der Natur der Verhältnisse folgenden Beschränkung: daß für alle Angelegenheiten, die auf christliche Religions- und Unterrichtsanstalten sich beziehen, dessen Stellvertreter einzuberufen ist. (An die h. Kr. Dir.)

Justizverfassung.

Bekanntmachung h. Oberlandesgerichts, die zur Notariats- und advokatorischen Praxis berechtigten Personen betr. (S. 69.) [No. 13.] (6. April 1846.)

Circul. Rescript des h. Oberlandesgerichts an die Gerichte, Notarien, Procuratoren und Advokaten, die Dimension des zu den Actenstücken zu verwendenden Schreibpapiers, (S. 147.) [No. 17.] (30. April 1846.)

Circul. Rescript h. Oberlandesgerichts, die Hülfsvollstreckung durch zwangsmäßige Arbeiten betr. (S. 303. [No. 38.] (8. October 1846.)

Circul. Rescript des h. Oberlandesgerichts an die sämtlichen Gerichte des Landes, die Zuziehung von Schwurzeugen betr. (S. 313.) [No. 42.] (9. November 1846.)

Circul. Rescript des h. Oberlandesgerichts an sämtliche h. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Ämter, die Anschreibung der Nebengebühren für die auf Deservitenliquidationen der Advokaten u. gegen ihre Klienten abzugebende Decrete betr. (S. 323.) [No. 44.] (10. December 1846.)

Berordn., die Feststellung der Zahl der Advokaten und Notare in den Gerichtskreisen des Herzogthums betr. (S. 53.) [No. 13.] (21. April 1847.)

Verordn., die mit den Candidaten der Advocatur und des Notariats anzustellenden Prüfungen betr. (S. 55.) [No. 14.] (21. April 1847.)

Bekanntmach. h. Oberlandesgerichts, die zur Notariats- und advocatorischen Praxis berechtigten Personen betr. (S. 41.) [No. 16.] (20. April 1847.)

Bekanntmach., das Gesetz über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, so wie über die Einführung von Geschwornengerichten in Strafsachen betreffend. (S. 39.) [No. 17.] 20. April 1848.)

Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei Ausläufen entstandenen Schadens. (S. 41.) [No. 18.] (24. April 1848.)

Bekanntmach. h. Oberlandesgerichts, die zur Notariats- und advocatorischen Praxis berechtigten Personen betr. (S. 51.) [No. 20.] (18. April 1848.)

Gesetz, die Publication der mit der Anhalt-Berenburgischen Landesregierung zur Förderung der Rechtspflege getroffenen Uebereinkunft betr. (S. 87.) [No. 30.] (25. Mai 1848.)

I. Allgemeine Bestimmungen. Art. 1. S. 87.

II. Besondere Bestimmungen

1) Rückichtlich der Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten S. 88. Art. 5. Der Kläger folgt dem Beklagten S. 89. Art. 6. Wiederklage S. 89. Art. 7. Provocationsklagen S. 89. Art. 8 — 18. Persönlicher Gerichtsstand S. 89. Art. 19 — 21. Allgemeines Concursgericht S. 93. Art. 22 — 24. Dinglicher Gerichtsstand S. 96. Art. 25 u. 26. Gerichtsstand der Erbschaft S. 98. Art. 27. Gerichtsstand des Arrestes, S. 99. Art. 28 u. 29. Gerichtsstand des Contractes S. 99. Art. 30. Gerichtsstand der geführten Verwaltung S. 100. Art. 31. Intervention S. 100. Art. 32. Wirkung der Rechtshängigkeit S. 100.

2) Rückichtlich der Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Sachen Art. 33 u. 34. S. 101.

3) Rückichtlich der Strafgerichtsbarkeit Art. 35 — 43. S. 101.

III. Bestimmungen rückichtlich der Kosten in Civil- und Criminalsachen Art. 44 — 47. S. 105. Art. 48. Die Bestimmungen stehen mit der Beurtheilung der politischen Heimath in keiner Verbindung S. 106. Art. 49. Dauer der Uebereinkunft — 12 Jahre — S. 107.

1) In Beziehung der Anhalt-Berenburgischen Unterthanen sind aufgehoben Abschn.

II. Tit. 28. der Hofger. Ordn. so wie §. I. c. Cap. 12. der Braunschw. Unterger. Ord., 2) Abschn. 4 u. 5. des Tit. 80. der Hofger. Ord. S. 107.

Wechselordnung für Deutschland vom 26. Nov. 1848. f. Art. Reichsgesetz=Verordnungen.

Resc. h. St. M. v. 12. Novbr. 1830.

Das h. St. M. läßt dem h. Districtgerichte h. auf eine Anfrage, das Verfahren bei nothwendigen Subhastationen betref. unverhalten sein: daß, wenn gleich die Motive in den Circularverfügungen v. 15. Juni u. 23. August 1830, sich nur auf bäuerliche Grundstücke beziehen, doch die dabei zum Grunde liegende Absicht keine andere gewesen ist, als

daß auch die Subhastation städtischer Grundstücke den gedachten Gerichten, mit alleiniger Ausnahme der Stadt Braunschweig, *vi perpetuae commissionis* haben übertragen werden sollen, welche Ansicht auch der dispositive Theil des Circularrescripts v. 23. Aug., da derselbe ganz allgemein lautet und nur hinsichtlich der Stadt Braunschweig eine Ausnahme macht, klar ausspricht. Es bedarf mithin der in Antrag gebrachten Declaration nicht, und ist bei vorkommenden Fällen nach dem obigen Grundsatz zu verfahren.

L. Resc. v. 11. December 1832.

Wie nach dem, vom h. Kreisgerichte Königsutter auf das Gesuch des Adermanns K. in Bornum, um Erlaubniß die von seinem verstorbenen Vater nachgelassenen beiden Höfe zu combiniren, einberichteten Sachverhältnisse im vorliegenden Falle die Rechte eines Minderjährigen in Betracht zu ziehen sind, und wahrscheinlich zur Sprache kommen werden, so wird Bedenken getragen, die nachgesuchte Dispensation zur Combination der qu. beiden Höfe zu ertheilen, wornach das h. Kreisgericht die Supplicanten zu bescheiden hat.

Obiges Rescript ist auf einen Bericht des benannten Kreisgerichts und ein vom h. Landesgerichte erfordertes Gutachten erlassen worden, in welchem letzten die Fragen erörtert sind: ob das Verbot der Combination zweier Höfe in dem Rescripte v. 3. Nov. 1760 und der Verordnung v. 4. März 1775. (Fredericksdors Promt. T. 1. S. 62. T. 3. S. 103.) bloß landespoliceilich sei? oder dadurch den zweiten Söhnen auf einen zweiten Hof ihres Vaters ein förmliches Anrecht verliehen sei? als in welchem Falle ihnen derselbe durch Dispensation nicht entzogen werden könne und ein Testament, worin ein Vater von mehreren Söhnen, mehrere Höfe einem derselben zusammen vermacht hat, nicht zu Recht beständig sei; die letzte Ansicht war als die, dem Inhalte der Verordnung gemäß, vom h. Landesgerichte angenommen.

Resc. h. St. M. v. 8. Juli 1833.

worin die Führung der Sportelregister vorgeschrieben wird. Mit Formularen.

Resc. h. Landesger. v. 23. Juli 1833.

Dem h. Amte K. wird auf einen Bericht, die Competenz der Gerichte bei zu erkennenden Abjudicationen betreffend, eröffnet wie es so wenig nach dem Inhalte des Circularrescripts vom 23. Aug. 1830. als nach der Natur der Sache einem gegründeten Zweifel unterworfen sein könne, daß es zu dem Geschäftskreise der jetzigen h. Ämter gehöre, die Abjudicationsbescheide oder Scheine auszufertigen, indem eines Theils die Ämter in jenem Rescripte *vi perpetuae commissionis* mit dem ganzen Abjudicationsverfahren und namentlich mit Ertheilung des Zuschlages verbunden mit der Confirmation beauftragt sind, andern Theils der Abjudicationsschein wie sich von selbst ergibt nur von der, den Zuschlag ertheilenden Behörde auszufertigt werden kann, solcher auch grade das Document ist, welches die Stelle des Kaufcontracts bei freiwilligen Verkäufen vertritt, und welches also der Confirmation unterworfen und in das Amtshandelsbuch einzutragen ist.

Resc. h. St. M. v. 3. Mai 1834.

Es wird genehmigt, daß die in der Armenproceßsache der N. wider den N. einer auswärtigen Zeugin zu zahlenden Zeugengebühren aus dem Copialienfonds des h. Kreisgerichts, vorbehaltlich des Anspruchs auf etwa demnächstige Refundirung, berichtigt, und daß es in künftigen Fällen auf gleiche Weise gehalten werde.

Resc. h. St. M. v. 12. Mai 1835.

Das h. Amt N. hat wegen Ertheilung der höchsten Dispensation zu der unter den Erben des verstorbenen Kleinköthers Heinrich Sr. zu N. verabredeten Annahme des erbshaflichen Kleinköthhofes daselbst, von Seiten des Dienstknechts, Johann Heinrich Sr., Bericht erstattet. Dasselbe hat dabei angeführt, daß das h. Kreisgericht G. die obervormundschaftliche Genehmigung zu dem fraglichen Erbaueinanderseßungsvertrage, jedoch unter der Bedingung ertheilt habe, daß der Hofannehmer für volljährig erklärt werden, und nach erlangter venia aetatis den Vertrag, da er in solchem mannichfache Verpflichtungen übernehme, in Ansehung deren er sich vielleicht auf seine zur Zeit des Abschlusses des Contractes stattgehabte Minderjährigkeit berufen könne, nochmals genehmigen werde, und hat das h. Amt gegen Hinzufügung dieser Bedingung, als nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig, Vorstellung erhoben. H. St. M. kann nun nicht umhin, der Ansicht desselben aus folgenden Gründen beizutreten.

Die Volljährigkeitserklärung hat die Wirkung, daß der Minderjährige wegen seiner nachmaligen Handlungen wie ein Volljähriger verpflichtet wird. Jedoch ist derselbe seine Immobilien ohne Decret zu veräußern oder zu verpfänden, nicht befugt, bleibt vielmehr in dieser Beziehung der Volljährigkeitserklärung ungeachtet, einem Minderjährigen ganz gleich gestellt. Hieraus ist die Folgerung abzuleiten, daß derjenige, welcher für volljährig erklärt worden ist, hinsichtlich der Veräußerung oder Verpfändung seiner Immobilien die Restitution noch erlangen könne, vorausgesetzt, daß sie im gleichen Falle einem Minderjährigen zu Theil werden müßte. Dagegen ist in den hiesigen Landesgesetzen (Verordn. v. 12. April 1828) die Rechtswohlthat der Restitution ausschließlich auf die vor dem zurückgelegten 21. Lebensjahre eingegangenen Handlungen, des mit dem Anfange des 22. Lebensjahres aus der Minderjährigkeit in die Volljährigkeit eintretenden Contrahenten beschränkt, ohne Unterscheidung, ob solche Handlungen Immobilien zum Gegenstande hatten, oder nicht. Die Rechtsgültigkeit der Verfügungen über die Substanz des Capital- oder Immobilien-Vermögens von Seiten eines Subjectes, das das 22. Lebensjahr überschritten hat, ist zwar an die obervormundschaftliche Genehmigung und die Bestimmungen der Verordnung vom 3. Febr. 1814. §. 50. gebunden, sind aber diese Vorschriften beobachtet worden, und deren Hintensehung würde eine Nichtigkeit zur Folge haben, mithin die Restitution so überflüssig als unzulässig machen, so findet eine Restitutionsertheilung nicht weiter statt. Im vorliegenden Falle kommt indeß rücksichtlich des Dienstknechts Joh. Heinn. Sr. eine von der obervormundschaftlichen Genehmigung abhängige Disposition über Grundstücke nicht in Frage, da er durch den Erbaueinanderseßungsvertrag dingliche Rechte nicht veräußert, sondern erworben hat. Allerdings sind von ihm gegen Uebertragung des väter-

lichen Kothhofes mehrere Verpflichtungen übernommen, und wenn er dieserhalb die acquirirten Grundstücke zur Hypothek eingesetzt hätte, so würde zur Gültigkeit der Hypothekbestellung nach vorgängiger Anhörung der Familienfreunde die obervormundschaftliche Genehmigung, welche bloß in Hinsicht auf den minderjährigen Anerben Joh. Heinr. Jakob. Sr. erfolgt ist, nothwendig gewesen sein. L. 1. §. 4. ff. de reb. eor. qui sub tut. (2. 7. 9.) Allein das Protocol v. 22. Aug. 1834 ergibt nicht, daß eine Hypothek besonders constituit worden, und daß den Sr. — schen Erbinteressenten wegen der stipulirten Abfindung gebührende Vorzugsrecht der Erbgelber beruhet eines Theils, da bei einer Erbaueinandersehung die Principien des Kaufes zur Anwendung kommen, nach welchen vor Berichtigung der Kaufgelber das Eigenthum auf den Käufer nicht übergeht, nicht auf einem hypothekarischen, sondern auf einem Miteigenthumsrechte an der veräußerten, gleichwol gemeinschaftlich verbliebenen Sache, und anderen Theils tritt dasselbe in unmittelbarer Folge des Geschäfts, unabhängig von der speciellen Concession des Käufers, vermöge gesetzlicher Vorschrift ein, so daß behuf dessen Gültigkeit es der obervormundschaftlichen Zustimmung nicht bedarf. L. 2. L. 3. pr. ff. de reb. eor. qui sub tuto. (27. 9.)

Während demnach die Volljährigkeitserklärung gemeinrechtlich der Restitution wegen Minderjährigkeit nicht überall entgegensteht, muß nach den Landesgesetzen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unbedingt dem versagt werden, welcher, wie der Dienstknecht Joh. Heinr. Sr., nach zurückgelegtem 21sten Lebensjahre contrahirt hat, und es kann die Volljährigkeitserklärung und die spätere Genehmigung des Contracts von Seiten des gedachten Dienstknechts Sr. den Mitpascienten des letzten eine größere Sicherheit nicht gewähren.

Was hiernächst die Frage betrifft, ob es für den Joh. Heinr. Jakob. Sr. nützlich erscheine, daß das observanzmäßig ihm zustehende Anerbrecht von ihm aufgegeben und die hiezu erforderliche landesherrliche Dispensation ertheilt werde, so scheint es, daß solche verneint werden müsse. Es wird nämlich in dem, vom h. Amte mit eingesandten Acten enthaltenen Protocolle v. 22. Aug. v. J. angeführt, daß die Uebertragung des Kothhofes auf den Dienstknecht Joh. Heinr. Sr. deshalb erforderlich sei, um die Subhastation abzuwenden. Allein die Acten enthalten keine genügende Nachweisung über die Nothwendigkeit der sofortigen Abtretung, und es dürfte nicht unthunlich sein, daß die bisherigen Verhältnisse noch einige Zeit fortgesetzt, wenigstens diese Versuche gemacht werden. Der Joh. Heinr. Sr. ist nur drei Jahre älter, als der Anerbe. Der letzte ist am 12. Juni 1815 geboren, wird im künftigen Monate das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, mithin um Volljährigkeitserklärung für sich selbst nachzusuchen L. 2. C. de his qui veniam aetat. (2. 45.), und sodann zur eigenen Administration und Bewirthschaftung des nur unbedeutenden väterlichen Hofes befähigt sein. Daß derselbe an einer geistigen oder körperlichen Schwäche leide, welche ihn zur Annahme der Grundstücke untauglich machen, darüber kommt in den Acten keine Andeutung vor, und da die Aufgebung des Anerbendrechts immer mit einem empfindlichen Vermögensverluste verbunden, dem durch die Observanz des Minorats bestimmten Anerben auch nicht einmal ein erhöhter Abfindungsbetrag zur Entschädigung zugesichert worden ist, so wird Anstand genommen, die in Antrag gebrachte Dispensation zu ertheilen.

Bibl. d. TU.
Braunschweig

Resc. h. Landesger. v. 15. Juni 1835.

Da dem h. Amte die Fürsorge für den vacant gewordenen Nachlaß des W. ge-
sehrlich oblag, so war es auch ganz in der Ordnung, daß die Edictalien behuf Constatirung
der Forderungen an gedachtem Nachlasse von dieser Behörde erlassen wurden, weil sich erst
nach dem Ergebnisse der Liquidationen beurtheilen ließ, ob der Nachlaß insufficient war, und
ob Forderungen zu einem Betrage angemeldet wurden, welche die Competenz des h. Kreis-
gerichts bei etwaiger Eröffnung eines Concurfes begründen würden, zumal diese Compe-
tenz nicht nach dem Gesammbetrage aller liquidirten Forderungen, sondern nach dem Betrage
der einzelnen derselben sich bestimmt. War h. Amt hiernach unstreitig zu Erlassung der Edic-
talien auf den Antrag des bestellten Nachlaßcurators für befugt zu halten, so folgt hieraus
von selbst dessen gleichmäßige Verbindlichkeit, das von demselben angedrohte Präjudiz des
Ausschlusses durch Abgabe eines Präclusivdecrets zu realisiren und zwar um so mehr, als
es einmal des letzten überall nicht bedurft haben würde, falls die Edictalien sofort die Prä-
clusion eventuell ausgesprochen hätten, zweitens aber die Eröffnung eines Concurfes über den
fraglichen Nachlaß von Seiten des h. Kreisgerichts noch nicht einmal erkannt ist, mithin
auch von einer, dem h. Kreisgerichte obliegenden Präclusion in einem bei demselben anhängen-
den Concurse noch nicht die Rede sein kann.

Resc. h. Landesger. v. 28. März 1836.

Es bleibt den, von der Majorität überstimmtten Richtern überlassen, ihr Separat-
votum zu den Acten zu geben u. u.

Es leidet übrigens keinen Zweifel, daß auch die h. Aemter und Stadtgerichte für
befugt zu halten sind, in den zu ihrer Competenz gehörigen streitigen Sachen proprio jure
eintretenden Falls bei nöthig werdenden Subhastationen, Edictalien an die Realgläubiger des
Schuldners erlassen zu können, und geht dies aus den Worten des Circularrescripts vom
20. Sept. 1832. (Repert. T. 3. S. 233.) verbis:

»in Fällen, wo ihre Competenz an sich nicht schon begründet sein sollte«
deutlich genug hervor, ja, in den Fällen eines ausbrechenden Concurfes würde es z. B. da,
wo aus den Angaben des Cridars hervorginge, daß keiner seiner Schuldposten die Summe
von 50 Thlr. überstiege, den Aemtern das Recht nicht streitig gemacht werden können, so-
gar edictales auch an die Personalgläubiger zu erlassen.

Es muß also wol unser vorgedachtes Circularrescript mißverstanden sein, wenn nach
Maßgabe des Berichts dafür gehalten zu werden scheint, daß in solchen Fällen die h. Aemter
zwar Concurf erkennen, die h. Kreisgerichte aber jedesmal die Edictalien erlassen müßten,
und daß der Grund für diese Annahme in obigem Circularrescripte liege.

Soviel hiernächst die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die dabei etwa vor-
kommenden Edictalien anlangt, so ist zwar den h. Aemtern und Stadtgerichten in dem Cir-
cularrescripte vom 23. Aug. 1830 zur Herstellung einer Gleichförmigkeit im Verfahren nach-
gelassen, auch die Präclusivbescheide auf die, bei Gelegenheit der freiwilligen Subha-
stationen zu erlassenden Edictalien (der Realgläubiger) abzugeben, eine Befugniß zur Edic-
talladung an die Gläubiger in andern Fällen ist ihnen aber nirgend gegeben und konnte

ihnen auch nicht gegeben werden, weil eine solche als eine Art der Provocatio ad agendum die Handhabung der streitigen Gerichtsbarkeit voraus setzen würde, welche den Beamten in ihrer Eigenschaft als Inhaber der freiwilligen Gerichtsbarkeit so wenig, als den, ihnen hierin völlig gleichstehenden Notarien zustehen würde.

Sollten demnach in solchen Fällen, wie solche im Berichte beispielweise angeführt werden, wie bei Testamentseröffnungen, Erbschaftsantritten sub benef. invent., Erbauseinandersetzungen u. Edictalladungen nöthig werden, so würden die h. Ämter gleich den Notarien die Interessenten an die competenten h. Kreisgerichte zu verweisen haben.

Resc. Landesger. v. 19. Juli 1836.

Die h. Kreisgerichte haben dem h. Landesgerichte anzuzeigen, wenn sich ein Abgang eines in ihren Gerichtsprengeln zugelassenen Advocaten oder Notars zuträgt.

Resc. h. Land. Ger. v. 1. März 1837.

Das Verfahren wegen einer Conventionalstrafe, s. Art. Criminaljustiz.

Resc. h. Land. Ger. v. 1. Mai 1837.

Das h. Oberlandesgericht erwiedert einem h. Kreisgerichte auf erstatteten Bericht: Mit der Prodigalitätserklärung des Vaters hört dessen väterliche Gewalt über seine Kinder nicht auf. L. 16. §. 2. D. de curat. furios. (27. 10) Voet Comment. ad Pand. I. 6. §. 2. Es ist also auch für die minderjährigen Kinder eine Vormundschaft nicht anzuordnen, und wenn gleich dem Vater in Folge der Prodigalitätserklärung die Verwaltung des Vermögens der Kinder entzogen, und die Administration den für sie zu bestellenden Curatoren überwiesen werden muß, so kann ihm doch deshalb bei fortdauernder väterlicher Gewalt weder das Erziehungsrecht über seine Kinder, noch der ihm an dem Vermögen derselben zustehende Nießbrauch, und zwar dieser, so weit er das eigentliche Muttergut zum Gegenstande hat, um so weniger genommen werden, als solcher Nießbrauch an dem Muttergute dem Vater lebenslänglich, ohne alle Rücksicht auf die väterliche Gewalt gebührt. Verordnung v. 30. Dec. 1754. §. 4. und v. 6. Mai 1828. Auch eine üble Wirthschaft und ungetreue Verwaltung in Ansehung des Vermögens der Kinder, hat sowol gemeinrechtlich L. 13 §. 2. C. de Sent. pass. (9. 51.) als nach den Landesgesetzen Verordn. v. 6. Mai 1828. §. 3. nur den Verlust der Administration, nicht auch den Verlust des Nießbrauchs zur Wirkung. L. 50. D. ad. Sc. Trebell. (36. 1.) verpflichtet, den Vater, (fiduciar) wegen ungetreuer Behandlung des Fideicommisses zur Restitution desselben an den Sohn (fideicommissar) vor der vom Testator dazu bestimmten Zeit. Aus dieser singulären Vorschrift, läßt sich keine allgemeine Regel abstrahiren; und wenn in der besagten Stelle dem Vater die frühere Herausgabe des Fideicommisses nur deshalb auferlegt ist, weil damals in dem Verhältnisse des Vaters zu dem seiner väterlichen Gewalt unterworfenen Sohne, Cautionsleistung des ersten zur Sicherheit des letzten, unstatthaft befunden wurde, so ist ohnehin zu erachten, daß, nachdem dem Sohne oder dessen Curator heut zu Tage Cautionsleistung von dem Vater bestellt werden kann, der Verlust durch Beschaffung hinlänglicher Sicherheit, insbesondere durch Einräumung der Verwaltung des Fideicommisses selbst, abzuwenden steht.

Jedenfalls kann die gedachte L. 50. D. (36, 1.), wider die ausdrücklichen Bestimmungen der landesherrlichen Verordnungen v. 6. Mai 1828., welche gerade die Regulirung der Verwaltungs- und Nutznießungsrechte des Vaters an dem Vermögen seiner Kinder, und die Beseitigung der darüber entstandenen Zweifel bezweckt, nicht allegirt werden.

Diese Verordnung muß aber zur Norm dienen, möge das Muttergut der Kinder in einem Bauerhofs oder in anderen Gegenständen bestehen, indem die Bauerhöfe von den in Rücksicht des Mutterguts überhaupt gegebenen Bestimmungen auszuschließen, es an einem zutreffenden Grunde fehlt.

Durch die Entziehung der Verwaltung wird zugleich den bauerrechtlichen Principien über die Entfernung der unfähigen Colonen von der Wirthschaft, so weit sie auf die vorliegenden Verhältnisse Anwendung finden, genügt. Die Anordnung einer Curatel für die minderjährigen Töchter behuf der Administration des von ihrer Mutter nachgelassenen Rothhofes, sichert die Töchter vor ferneren Widerrechtlichkeiten des Vaters; und durch die Anstellung eines besonderen Curators für den Colonen wird das Vermögen des letzten, wozu auch die Einkünfte des Hofes gehören, der Verschleuderung entzogen. In Ansehung desjenigen, was die verschiedenen Curatoren zur Beobachtung der Rechte und des Interesses ihrer Curanden wahrzunehmen und zu besorgen haben, ist eine Entscheidung vom h. Oberlandesgerichte nicht abgegeben, und solches nach Beschaffenheit der Umstände zu ermesfen.

Endlich hat das h. Oberlandesgericht bereits bemerkt, daß die Prodigalitätserklärung an sich mit dem Verluste des Erziehungsrechts nicht verbunden ist. Nach den ergangenen Acten kann dem D. etwas Weiteres als Trunksucht, Müßiggang und Verschwendung nicht zur Last gelegt werden, und ist ein gesetzlicher Grund, ihm die Erziehung seiner Kinder zu nehmen (*nequities, turpitude patris*),

cf. L. 1. §. 3. L. 3. §. 5. D. de liber. exhib. (43, 30.) L. 17. §. 13. 14.

D. de Ini. (47, 10.) L. 22. §. 6. D. solut. matrim. (24, 3.) L. 13. §. 2.

C. de Sent. pass. (9, 51.)

für jetzt nicht ersichtlich. Ueberdies hat die bisherige Untersuchung nur die Prodigalitätserklärung des D. und nicht dessen Unfähigkeitserklärung zur Erziehung seiner Kinder zum Gegenstande gehabt, und würde mithin, bevor die letzte ausgesprochen werden kann, dieserhalb eine besondere Cognition und Entscheidung erforderlich sein. Es bleibt dem h. Kreisgerichte überlassen, falls dasselbe die Umstände dazu geeignet hält, diese Untersuchung annoch zu verfügen und darüber was Rechts zu erkennen; wobei aufmerksam gemacht wird, daß, wenn gleich nach dem Resultate D. von der Erziehung seiner Kinder auszuschließen sein sollte, dennoch dieses eine Verminderung der außerdem in der väterlichen Gewalt liegenden Rechte L. 3. §. 5. de liber. exhib. (43, 30.), also den Verlust des Nießbrauchs an dem Vermögen der Kinder nicht mit sich führen würde.

R. Resc. v. 27. August 1837.

Es ist vorgetragen worden, daß von einigen Gerichten des Landes das Circularrescript v. 23. Aug. 1830. (Verord. Samml. S. 135.), das Subhastationsverfahren betreffend, dahin verstanden werde, daß auch in den Fällen, in welchen von den h. Districts-

gerichten bereits eine Vorladung der Realgläubiger und eine Präclusion der Richterschiene-
nen verfügt worden, deßnoch bei einer, von dem Kreisamte oder Stadtgerichte, vorzuneh-
menden Subhastation eine nochmalige Vorladung und Präclusion der Realgläubiger erfor-
derlich sei. Da es indeß nicht nur völlig überflüssig, sondern für die Realgläubiger kost-
spielig und für das Verfahren selbst nachtheilig ist, wenn, nach bereits erfolgter Edictalla-
dung und Präclusion, diese nochmals vorgenommen wird, z. B. wenn Grundstücke aus einer
Concurs- oder Erbschaftsmasse, hinsichtlich deren von dem Districtsgerichte bereits ein Prä-
clusivbescheid abgegeben worden, subhastirt werden sollen, auch die Absicht des gedachten Cir-
cularrescripts nur dahin gegangen ist, daß, wenn es rechtlich nothwendig erscheint, daß eine
Vorladung und Präclusion der Realgläubiger neben der Ansetzung des Subhastationstermins
vorgenommen werde, jene von dem Kreisamte oder Stadtgerichte zu verfügen sei: so wird
diesem gemäß das Rescript v. 23. Aug. 1830 hiemit declarirt, und haben die h. Districts-
gerichte, wenn sie Acten zur Ansetzung von Subhastationsterminen an die Kreisämter oder
Stadtgerichte abgeben, diesen stets bemerklieh zu machen, ob eine Vorladung der Gläubiger
annoch erforderlich sei oder nicht?

Resc. h. Oberlandesger. v. 28 September 1837.

Dem h. Staatsministerio ist vom h. Finanzcollegio angezeigt, daß von manchen
h. Kreisgerichten und dem h. Amte Thedinghausen in Fällen, da aus Concursmassen Zah-
lungen an die h. Kreiscassen oder an die Steuerkasse zu Thedinghausen zu leisten gewesen,
hñ und wieder das persönliche Erscheinen der Kreiseinnehmer zur Empfangnahme verlangt
worden. Da indessen hierdurch nicht nur die Cassengeschäfte eine unnöthige Unterbrechung
erleiden, sondern auch Zahlungen an die Kreiscasse nur gegen eine gemeinschaftliche Quit-
tung des Kreiseinnehmers und des Cassencontroleurs mit dem Erfolge der Liberirung ge-
leistet werden können: so ist h. Oberlandesgericht vom h. Staatsministerio unterm 20. d. M.
beauftragt, die h. Kreisgerichte und das h. Amt Thedinghausen hierdurch anzuweisen, in
den Fällen der vorhin erwähnten Art die zu zahlenden Gelder an die genannten Cassen
einzusenden, worauf dieselben sodann dem betreffenden Gerichte die, in gehöriger Form
und unter Beidrückung des Cassensiegels auszustellenden Quittungen zugehen lassen werden.

Resc. h. St. M. v. 31. October 1838.

Da nach einer Anzeige der h. juristischen Examinationscommission, mehrere Gerichte
die in Gemäßheit der §. §. 2 u. 3. der Verordnung v. 30. Julius 1833. No. 22. über die
Arbeiten der Auditoren zu führenden Register, auf die von den Auditoren beschafften Aus-
fertigungen aller und jeder Art erstreckt und denselben dadurch eine der Bestimmungen der
Verordnung und den Zweck dieser Einrichtung überschreitende Ausdehnung gegeben haben,
so wollen wir das herzogliche (mut. mut.) hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam machen,
daß jene Register nur über die wichtigern, dem eigentlichen Richteramte angehörigen Arbei-
ten, also bei den Kreisgerichten lediglich über die von den Auditoren in Civil- und Unter-
suchungssachen erstatteten Relationen und abgefaßten Erkenntnisse (§. 2. der angef. Verordn.)
bei den Stadtgerichten und Ämtern über diese, so wie über die a u ß e r d e m A c t u a r i a t s-
geschäften ihnen aufgetragenen Arbeiten, d. h. solchen, die freiwillige Gerichtsbarkeit, das

Vormundschafswesen oder die Administration angehenden wichtigern Geschäften, welche die Erledigung nur durch den Beamten erlangen können (S. 3. der angef. Verord.) anzulegen, die einfachern, lediglich der Expedition anheimfallenden, also den Actuariatsgeschäften angehörenden Ausfertigungen aber, als Acteneinsendungsberichte, Communicativdecrete, Executions-Arrest- und Zahlungsmandate u. dergl., nicht darin aufzunehmen sind.

Resc. h. Landger. v. 22. Juli 1839.

Aus einer Communication des königl. hannoverschen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit dem h. Staatsministerium hat es sich ergeben, daß die königl. hannoverschen Gerichte nicht im Allgemeinen die Rechtshülfe in allen Fällen, wenn von einem diesseitigen Landesunterthanen in einem hiesigen foro contractus gegen einen hannoverschen Unterthanen geklagt werde, sondern nur alsdann verweigern müssen,

wenn der Beklagte weder im hiesigen Lande anwesend ist, noch hier Vermögen besitzt.

Wie nun Retorsions-Maßregeln nur auf ganz gleichartige Fälle zu beschränken sind und sich hiernach die allgemeine Fassung des in dieser Beziehung vom h. Staats-Ministerio erlassenen Circularrescripts vom 24. April d. J. Repert. Th. 4. S. 138. modificirt, so ist h. Landesgericht durch ein Rescript der letztgedachten hohen Behörde v. 12. d. M. angewiesen, die h. Gerichte hievon zur Nachachtung in Kenntniß zu setzen, und haben demnach die h. Kreisgerichte, die h. Stadtgerichte und Aemter ihrer resp. Gerichtskreise unverweilt mit dem Inhalte dieses Rescripts bekannt zu machen.

Urtheil des h. Landger. v. 28. November 1839.

(Zu dem Circul. Resc. h. St. M. v. 23. August 1830.)

J. A. S. des Leihh. w. Kopenhagen, wegen Hypoth. Capitals: — Da die Einforderung und Aufnahme der Kaufbedingungen als zu dem den h. Aemtern und Stadtgerichten durch das Resc. h. St. M. v. 23. Aug. 1830 übertragenen Verfahren bei nothwendigen Subhastationen mit gehörend, betrachtet werden muß, und in Beziehung auf die Feststellung der von dem Extrahenten der Subhastation mittelst Ueberreichung vorzuschlagenden, dem Verkaufe zum Grunde zu legenden Bedingungen die Competenz des h. Kreisgerichts, von welchem die Verfügung der Subhastation ausgegangen ist, nur alsdann wiederum eintreten kann, wenn auf erhobenen Widerspruch eines Interessenten dagegen und bei nicht zu erreichender gütlicher Regulirung von Seiten des betreffenden h. Amtes eine Entscheidung darüber, als über einen besondern Incidentpunkt nöthig wird, das h. Kreisgericht N. daher die Grenzen seiner, wegen der nothwendigen Subhastationen gesetzlich festgestellten Attribute, überschritten hat, indem es im vorliegenden Falle dem Kläger die Einreichung der Kaufbedingungen vor Abgabe der Acten an das h. Amt zur Bethätigung der erkannten Subhastation aufgegeben hat, auf die, in dieser Rücksicht vom Kläger gegen das Decret des judicis a quo erhobene Appellation auch ohne weitere Verhandlung der Partheien Remedur zu treffen ist: so wird verfügt, daß h. Kreisgericht N. angewiesen werden solle, mit Beseitigung des Decrets vom 12. die Acten zur Realisirung der gegen den Verklagten erkannten Subhastation, sofort an das

h. Amt N. abzugeben und die Einforderung der Kaufbedingungen, so wie das in solcher Rücksicht zunächst erforderliche Verfahren diesem zu überlassen.

Resc. h. Land. Ger. v. 27. December 1839.

Das h. Landesgericht erwiedert einem h. Kreisgerichte auf erstatteten Bericht folgendes:

Nach Vorschrift des höchsten Circularrescripts v. 8. Juli 1832 (Repert. IV. S. 124.) ist, wenn eine Curatel angeordnet werden soll, jedesmal zuvörderst eine causae cognitio anzustellen, auch bei erhobenem Widerspruche von Seiten der unter Curatel zu Nehmenden ein förmliches contradictorisches Verfahren einzuleiten, und gehört die Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Curatel in beiden Fällen, mithin wenn nur eine causae cognitio stattgefunden hat, ebensowohl, als wenn das contradictorische Verfahren eingetreten ist, lediglich zur Competenz der h. Kreisgerichte, wogegen erst, nachdem von diesen Behörden die Curatel für statthaft erklärt worden, die Thätigkeit des h. Amtes durch Anordnung und Verwaltung der Curatel, behuf Ausführung der, von dem h. Kreisgerichte genehmigten Maßregel, wirksam wird. Die den h. Aemtern übertragene Anordnung der Curatel, schließt aber die Auswahl der Person des Curators in sich.

Den vorliegenden Fall anlangend, hat die h. der Anordnung der Curatel nicht widersprochen, vielmehr dazu ihre Einwilligung ertheilt. Es hat also eines contradictorischen Verfahrens nicht, sondern nur einer causae cognitio bedurft, und ist auch, nachdem letzte angestellt worden, von dem h. Kreisgerichte die Unzulässigkeit der Curatel nicht in einem rechtsförmlichen Erkenntnisse, sondern mittelst dessen Rescripts vom 31. Juli 1839 ausgesprochen.

Wenn h. Landesgericht nun auf die von Seiten des h. Amtes angebrachte Vorstellung und nach genommener Acteneinsicht für die Zulässigkeit der Curatel aus den deducirten Gründen sich entschieden hat, so kann in dem Rescripte v. 11. Nov. 1839 keine andere Anweisung gefunden werden, als die: daß demgemäß mit Anordnung der Curatel zu verfahren, und da von dem h. Amte bereits früher der N. zum Curator bestellt worden, es hiebei zu lassen sei, indem erst durch diese Genehmigung die unbefugt geschehene Curatelbestellung ihre Giltigkeit erlangte.

Das h. Kreisgericht hat hiernach das Weitere zu verfügen.

Resc. h. St. M. v. 7. August 1840.

Bei Revision der monatlichen Verzeichnisse der bei den h. Kreisgerichten anhängigen Untersuchungsfachen, ist die Bemerkung gemacht worden, daß verurtheilte Inculpaten, wenn ein übergebenes erstes Begnadigungsgesuch für sie keinen oder nicht den erwünschten Erfolg gehabt hat, dieses Gesuch wiederholen und dadurch bei einigen h. Kreisgerichten einen Aufschub der Vollstreckung des Straferkenntnisses erwirken. Da nun eine prompte Strafvollziehung von besonderer Wichtigkeit für den bezweckten Eindruck auf die Verurtheilten ist und auch sonst die Ordnung solches erheischt, so werden die h. Kreisgerichte angewiesen, in allen Fällen, wo es nicht auf die Vollziehung der Lebensstrafen ankommt, die erkannte Strafe

sofort, nachdem das erste Begnadigungsgesuch ohne gänzlichen Erlaß derselben erledigt worden, in Vollziehung zu setzen. Die h. Kreisgerichte haben daher h. Aemter und Stadtgerichte hievon in Kenntniß zu setzen.

Schreiben h. Kammer, Direct. der Forsten und Jagden, Berg- und Hüttenwerke v. 16. October 1840.

Nach Publication des Gesetzes vom 20. Oct. 1838, das Executionsverfahren gegen herrschaftliche Lohnarbeiter betreffend, sind bei der Direction häufig von den h. Gerichten Anträge eingegangen, um den gegen herrschaftliche Arbeiter gerichtseitig auf deren Lohn erkannten Arrest in Vollzug zu setzen.

Da es indeß der Bestimmung des §. 2. des gedachten Gesetzes entspricht und zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens zweckmäßig erscheint, daß die betreffenden h. Oberforstbeamten, für deren Bezirk die Arbeiter angenommen sind, so wie die betreffenden Vorsteher derjenigen Berg- und Hüttenwerke, bei welchen die Arbeiter beschäftigt sind, zur Vollstreckung der gerichtlichen Verfügungen die gesetzlich zulässigen Lohnabzüge ohne vorgängige Autorisation der Directionen anordnen, und dieselben dieserhalb mit Anweisung versehen sind, so sind in vorkommenden Fällen die Requisitionen direct an diese Behörden und resp. Beamten zu richten.

Resc. h. St. M. v. 13. Novbr. 1840.

Da es erforderlich ist, daß das h. Landesgericht bei der demselben übertragenen Aufsicht über sämtliche Gerichte des Landes, von der diesen in einzelnen Fällen committirten Beeidigung neu angestellter richterlicher Beamten, Secretarien und Actuarien jedesmal Kenntniß erhalte, so werden sämtliche h. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter angewiesen, in jedem Falle, wo ihnen die eidliche Verpflichtung von gerichtlichen Beamten der genannten Art aufgetragen werden sollte, demselben von der Ausführung dieses Auftrages die nöthige berichtliche Anzeige zu machen.

Resc. h. St. M. v. 15. Januar 1841.

Der von der h. juristischen Examinationscommission unterm 2. d. M. erstattete Geschäftsbericht für das Jahr 1840 ist uns zugegangen, und wollen wir die vorgeschlagenen Unterabstufungen der für die Zeugnisse angenommenen drei Classen hiemit genehmigen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 15. Juli 1841.

Das h. Kreisgericht N. hat die Annahme der, zu dem S. Legatenfonds gehörigen Documente abgelehnt, weil nur in denjenigen streitigen Rechts- und Untersuchungsfachen, welche den h. Kreisgerichten überwiesen seien, bei diesen eine Deposition gesetzlich zulässig sei. Das h. Staatsministerium hat das h. Oberlandesgericht daher angewiesen, dem h. Kreisgerichte folgendes zu eröffnen.

Die Verordnung v. 26. März 1823. §. 2. No. 6. zählt zu den Befugnissen und Obliegenheiten der h. Districtsgerichte ganz im Allgemeinen: »die Verwaltung und Aufbe-

wahrung der gerichtlichen Depositen, nach Anleitung der deshalb bestehenden oder noch erscheinenden besondern Verfügungen und Vorschriften, und diese Vorschrift ist in dem Gesetze v. 15. Oct. 1832, die Modification obiger Verordnung betreffend, wodurch den Districtsgerichten der Titel Kreisgerichte beigelegt ist, nirgend abgeändert. Dem obgedachten beschränkten Sinne, in welchem h. Kreisgericht die Verbindlichkeit desselben in Beziehung auf die Depositen nehmen will, redet nun aber weder das Gesetz noch der Wortverstand das Wort, ja das erste hat sogar in der Verordnung von 1823. §. 4 No. 5. das Gegentheil dadurch angedeutet, daß es daselbst vorschreibt:

Die damaligen Kreisämter sollen nur zur Aufbewahrung der bei ihnen deponirten Urkunden befugt sein, aber die etwanigen Baarschaften und Gegenstände von baarem oder solchem gleich zu achtendem Geldwerthe ungesäumt an das Depositum des Districtgerichts eingeliefert werden.

Der Wortsinne eines gerichtlichen Depositi aber bezieht sich nicht nur auf solche Gegenstände, welche in Folge einer streitigen Rechtsache aufbewahrt werden, sondern auch auf solche, deren gerichtliche Deposition aus andern Gründen erforderlich gehalten werden könnte.

Selbst aber hiervon abgesehen, so kann es doch keinem Zweifel unterworfen sein, daß das h. Kreisgericht durch die höchsten Orts erfolgte Genehmigung der Statuten des S — schen Legatenfonds, in deren §. 31. dasselbe zur Depositthalbehörde erwähnt ist, mit der Aufbewahrung der betreffenden Urkunden speciell beauftragt worden sei. cf. die allegirte Verord. v. 1823. §. 2. No. 6. am Ende. Da nun einer solchen Beauftragung weder die §. §. 98. 100 u. 121. der neuen Landschaftsordnung noch sonstige gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, so wird h. Kreisgericht angewiesen, sich der statutenmäßigen Annahme der fragl. Urkunden ad depositum zu unterziehen.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 25. Juli 1843.

Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß die Einsendung eingezogener angeschriebener gewesener Gerichtsgebühren nicht durch die h. Kreisgerichte selbst, sondern in deren Auftrage durch Unterbediente an den Oberlandesgerichtsfiscus eingesandt sind, und daß in solchen Fällen dem Präsidio des h. Oberlandesgerichts die in dem Circularrescripte v. 27. Sept. 1842. (Verord. Samml. 1842. No. 60) vorgeschriebene Controlinnachricht nicht zugegangen ist; dergleichen sind auch hin und wieder die Copien der Schreiben vorschriftswidrig nicht an das Präsidium des h. Oberlandesgerichts sondern an das h. Oberlandesgericht adressirt worden. Da nun die durch jene Vorschrift bezweckte Controle dadurch erschwert wird, so haben die h. Kreisgerichte die Unterbedienten in den obgedachten Fällen ebenfalls zur Einsendung einer Abschrift ihrer Schreiben, womit sie angeschrieben gewesene Gebühren unmittelbar einschicken, an das Präsidium des h. Oberlandesgerichts anzuweisen, und dahin zu sehen, daß die fragl. Schreiben in allen Fällen nur mit der vorschriftsmäßigen Adresse versehen werden.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 18. Septbr. 1843.

Das h. Staatsministerium hat in Bezug auf das Circularrescript v. 26. Oct. 1837. No. 43. (Z. 4. S. 49.) mittelst Rescr. v. 14. d. M. ferner verfügt: daß zwar die einmalige

Insertion genüge, die Bekanntmachung jedoch außer in den braunschweigischen Anzeigen, auch in dem Amtsblatte einer benachbarten preussischen Provinz aufzunehmen sei.

Resc. h. St. M. v. 21. Februar 1844.

Auf einen Bericht eines h. Kreisgerichts um Declaration des §. 33. des Gesetzes von 1832. No. 33. rescribirt das h. Staatsministerium auf eingeholten Bericht des h. Oberlandesgerichts, daß dieses über Beschwerden wider Verfügungen der Kreisgerichte in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu entscheiden competent sei und zwar nicht bloß alsdann, wenn die angefochtene kreisgerichtliche Verfügung in erster Instanz, sondern auch alsdann, wenn selbst in zweiter Instanz ertheilt ist.

Resc. h. St. M. v. 27. Februar 1844.

Auf einen Bericht eines h. Kreisgerichts erwiedert das h. Staatsministerium, wie bei dem in dem Antwortschreiben des Obergerichts zu Cassel angeführten, dort geltenden Grundsätzen von einer Verwendung im diplomatischen Wege zu dem Zwecke der Kostenbeitreibung nicht zu erwarten steht, so sind die Kosten niederzuschlagen und ist die Reciprocität eintreten zu lassen.

Das Obergericht in Cassel hatte, nachdem ihm auf sein Verlangen das verurtheilende rechtskräftige Erkenntniß vom Kreisgerichte mitgetheilt war, geantwortet: es sei von demselben zur Begründung der Gerichtsbarkeit angenommen, daß die Thatsache, aus welcher die eingeklagten Ansprüche hergeleitet worden, in dem Bezirke des Kreisgerichts zur Entstehung gekommen sei. Da aber nach den in Cassel geltenden Rechten dadurch die Gerichtszuständigkeit nicht begründet werde, und zufolge daselbst bestehender Gesetzgebung die Vollziehung der in einem andern Staate ergangenen Erkenntnisse nicht erfolgen dürfe, wenn das deshalb requirirende Gericht nach dortseitigen Grundsätzen nicht für zuständig zu halten sei, so sei das Obergericht außer Stande, der gestellten Requisition zu entsprechen.

Resolut. h. Oberland. Ger. v. 22. Octbr. 1844.

Dem Notar N. wird in Gemäßheit eines Rescripts des h. Staatsministeriums v. 10. Oct. 1844 auf die an dasselbe überreichte Beschwerde, in Betreff des vom h. Kreisgerichte H. dem Ehlerschen Concurscurator verweigerten Armenrechts, zur Resolution ertheilt: daß, da das Concursverfahren die Ausgleichung der collidirenden Interessen einer Mehrzahl von Gläubigern bezweckt, zu deren vollständigen Befriedigung die vorhandene Masse nicht hinreicht, die gerichtlichen Verhandlungen gegen dritte Besitzer von Massegegenständen, durch welche eine möglichste Erweiterung der Mittel zur Befriedigung der Gläubiger bewirkt werden soll, aber nur im Interesse der Gläubiger eingeleitet werden, diesen mithin auch, wenn es zur Bestreitung des durch jene Schritte veranlaßten Kostenaufwandes an genügendem Massebestande fehlt, sie selbst aber nach Maßgabe ihrer Vermögensverhältnisse zur Kostentragung im Stande sind, obliegt, die Mittel für das einzuleitende Verfahren herbeizuschaffen; dagegen der Mangel vorräthiger Masse die einstweilige Annotation der Gebühren nicht rechtfertigen würde, und noch weniger zu dem beantragten Erlasse der Gebühren für den Fall

Veranlassung geben kann, daß der von dem Ehlerschen Concurscurator gegen den Sohn des Eridars eingeleitete Rechtsstreit wegen Herausgabe des zu Hesseu belegenen Rothhofes erfolglos bleiben sollte, — die Beschwerde als unbegründet verworfen werde, und es dem Querulanten lediglich überlassen bleiben müsse, wenn er von einem weiteren Verfahren in dem Debitwesen überhaupt und namentlich in dem gegen den Sohn des Eridars eingeleiteten Rechtsstreite Erfolg erwartet, er auch zur vorschußweisen Uebnahme der Kosten zu seinem Antheile bereit ist, durch Anträge bei h. Kreisgerichte die Heranziehung der übrigen gleichinteressirten Gläubiger zur Theilnahme an der Kostentragung und demnächst die Fortsetzung des Verfahrens zu bewirken.

Resc. h. St. N. v. 22. Januar 1845.

f. im Rescript h. Kreisdirection vom 31. Januar 1845. Art. Justizverfassung.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 23. Januar 1845.

Es kann keinen Zweifel leiden, daß diejenigen Behörden, denen die Disciplinargewalt über ihre Untergebenen zusteht, die von ihnen erkannten Strafen, welche daraus hervorgehen, sofern die Umstände es gestatten, auch selbst vollziehen können, ohne daß es einer Mitwirkung gerichtlicher Behörden dabei bedürfte, wie sich solches z. B. bei den Disciplinarverweisen von selbst ergibt.

Wenn also die h. Stadtgerichte und Aemter von einer Administrationsbehörde requirirt werden, eine von dieser verfügte Disciplinar-Arreststrafe zu vollziehen, so ist eine solche Requisition nicht als an das Gericht, sondern als an die Polizeibehörde ergangen anzusehen, und das Kreisgericht hat damit überall nichts zu thun.

Diese Ansicht ist auch die der höchsten Landesregierung, wie das erst jüngst erlassene Circularrescript vom 31. Decbr. v. J. (Repert. Th. V. S. 179) klar darlegt.

Wenn nun gleichwol das h. Amt in dem vorgelegten Falle, wo dasselbe, wenn gleich in Folge einer mit der obigen nicht harmonirenden Ansicht, als Justizbehörde zur Berichterstattung aufgefordert war, nicht als solche, sondern als Administrativbehörde antwortete, so hat dasselbe hierin gefehlt.

Resc. h. Kr. Direct. v. 31. Januar 1845.

Dem h. Amte N. wird auf die überreichte Vorstellung gegen die Entscheidung des h. Finanzcollegiums ad mon. 3. der Gerichtsverwaltungs-kostenrechnung vom 2. Quartale v. J. in Gemäßheit eines Ministerialrescripts vom 22. d. M. hiemit zur Resolution ertheilt, daß,

da, wenn es auch richtig, daß Geschäfte, wie die in Frage stehenden in der Regel durch den Beamten selbst besorgt werden, die Wirksamkeit der Actuare dabei jedoch sich lediglich auf die im Einverständnisse mit den Betheiligten zu treffenden Anordnungen bezieht, eine Entscheidung über dabei etwa vorkommende Differenzen aber denselben weder übertragen ist, noch übertragen werden kann, auch der Wirkungskreis der Actuare in Verwaltungssachen keineswegs, wie in Justizsachen vorgezeichnet ist,

vielmehr die Actiare in Verwaltungssachen alle Geschäfte zu denen sie befähigt scheinen, zu übernehmen verpflichtet sind, bei dem h. Amte ferner die Einrichtung, daß der Actuar N. Geschäfte der oben bezeichneten Art bei den Wegebauten zu übernehmen hat, mit Genehmigung der unterzeichneten Behörde besteht, solche Geschäfte also in diesem speciellen Falle allerdings zu dem Geschäftskreise des Actuars N. als solchen, gehören, und endlich der in dem allegirten Circularrescripte vom 22. Febr. 1841. gebrauchte Ausdruck »gesetzlich zulässig« allerdings auch darauf hinzudeuten scheint, daß dabei die Absicht nur auf die Justizsachen gerichtet gewesen ist, der Recurs des h. Amtes als unbegründet, wie hiemit geschieht, zurückzuweisen sei, und es bei der angefochtenen Entscheidung des h. Finanzcollegiums zu dem mon. 3. der dortigen Gerichtsverwaltungs-kostenrechnung vom 2. Quartale v. J. sein Bewenden behalten müsse.

Resc. h. St. M. v. 6. März 1846.

Dem N. zu N. wird auf geschehene Beschwerde eröffnet: daß, da nach dem §. 11. der Regierungscommissionsverfügung v. 9. Februar 1814 die Gerichtsporteln betreffend, mit der Verurtheilung des Gegners einer sportelfreien Partei in die Prozeßkosten dem Staate unmittelbar ein Anspruch auf Bezahlung der bis dahin unberichtigt gebliebenen Gebühren erwächst und der zahlungsfähige Gegner nunmehr zur Einzahlung der, wie sich durch die Verurtheilung ergeben, durch seine Schuld veranlaßten Kosten verbunden ist, die Entscheidung über die von dem Querulanten vorgeschützte Einrede der Compensation der fraglichen Gebühren mit einer Forderung an die sportelfreie Partei aber allerdings dem. h. Oberlandesgerichte zustand, da durch die gedachte Regierungsverfügung die Gerichte für das Eingehen der Gerichtsgebühren verantwortlich gemacht sind und ihnen hiemit die Befugniß ertheilt ist, über dergleichen Einreden zu entscheiden, die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen werde.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 9. Juni 1846.

Mit Bezugnahme auf das Resc. h. Oberl. Ger. v. 11. Mai 1846 wird dem h. Kr. Ger. eröffnet: daß bei h. Oberlandesger. der Grundsatz angenommen worden, den Advokaten für ordnungsmäßig abgefaßte und copirte Schriften, die den Gerichten in der Sporteltare bewilligte Schreibgebühr von 2 *M* pro Bogen in eben dem Maße, wie solche von den Gerichten berechnet werden, zu bewilligen, um selbige für die Copialienauslagen in Armsachen zu entschädigen.

Resc. h. Oberlandesger. v. 8. October 1846.

Der Ackermann H. zu Elze hat höchsten Orts darüber Beschwerde geführt, daß der von ihm in einem Processe mit dem Einwohner B. zu E. beantragte Einsperrung des Schuldners zum Behuf des zwangsmäßigen Arbeitens, keine Statt gegeben worden sei, und hat h. Staatsministerium h. Oberland. Ger. H. angewiesen, in dieser Hinsicht dem h. Kreisgerichte Folgendes zu eröffnen:

Allerdings ist die braunschweigische Untergerichtsordnung von 1764 ein Specialproceßgesetz für die Stadt Braunschweig, so daß deren Vorschriften in den übrigen Landes-

theilen nicht unmittelbar, sondern nur in soweit sie mit den allgemeinen Proceßgesetzen übereintreffen, Anwendung finden.

Der Zwang zum Arbeiten ist indeß für eine, der gemeinen Proceßgesetzgebung entsprechende Art der Executionsvollstreckung zu halten, welche die Befriedigung des Gläubigers bezieht, und folglich durch die Verordnung v. 26. März 1823. No. 15. und die Bestimmungen des Criminalgesetzbuchs §§. 233. u., weil solche lediglich die criminelle Bestrafung der Bankrotte zum Gegenstande haben, als aufgehoben nicht betrachtet werden kann.

Es muß jedoch dabei vorausgesetzt werden, daß der Schuldner wirklich im Stande ist, durch Arbeiten, welche seinen Kenntnissen und Kräften gemäß, und für seine bürgerliche Stellung nicht verlegend sind, etwas zu verdienen, was nach Bestreitung des für sich und seine Familie nöthigen Lebensunterhaltes zur Befriedigung des Gläubigers zu verwenden steht. Sind daher die desfalligen Verhältnisse nicht außerdem bekannt, so ist zuvörderst hierüber, insonderheit über die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit der Schuldner, bei den Administrativbehörden Erkundigung einzuziehen, und wenn nach dem Ergebnisse dieser, die gedachte Executionsart zulässig erscheint, die Einsperrung, und zwar ohne Rücksicht auf den Wohnort der Schuldner, in den Gefangenenanstalten zu Braunschweig oder Wolfenbüttel zum Behuf des zwangsmäßigen Arbeitens zu verfügen, indem die übrigen Gefangenenanstalten der hiesigen Lande hiezu nicht eingerichtet sind. Auch ist die Dauer der Einsperrung vorerst auf einige Monate zu beschränken.

Bekanntmach. h. St. M. v. 28. October 1846.

Den Gerichtsstand der Beamten, welche bei der Eisenbahnstrecke von braunschweigischer Gränze bis Oschersleben angestellt sind.

f. Art. Eisenbahnen.

Resc. h. St. M. v. 23. März 1847.

Wir eröffnen dem h. Kreisgerichte B. auf den Bericht vom 5. v. M., wegen der amtlichen Stellung der unteren Gerichte zu der h. juristischen Examinationscommission, daß, da nach dem Gesetze vom 21. December 1837 diese Behörde an die Stelle des h. Oberlandesgerichts getreten ist, dieselbe auch befugt erscheint, Pönalmandate, gleichwie jenes Gericht, innerhalb ihres Geschäftskreises zu erlassen.

Resc. h. St. M. v. 5. April 1847.

Nach einem, in der Sache des Hofbanquiers Seligmann Nathaleon wider den Gastwirth Reuter, beide in Braunschweig, auf erlassenes Vorschreiben zugegangenen Antwortschreiben des Senats in Hamburg vom 26. Mai 1847., hat derselbe den Antrag des h. St. M. abgelehnt, und wird das h. Kreisgericht in Braunschweig davon durch Abschrift in Kenntniß gesetzt, mit der Anweisung, gegen die Gerichte zu Hamburg in vorkommenden Fällen nach gleichen, nach den von selbigen aufgestellten Grundsätzen zu verfahren.

Resc. h. Kreisdirect. Wolfenb. v. 29. April 1847.

Da in dem Berichte des h. Amts S. anerkannt wird, daß die Wittve B. aus den Einkünften ihres Altentheils die Kosten des beabsichtigten Processes nicht werde bestreiten können, die Prüfung der Frage aber, ob die arme Parthei Ursach und Befugniß habe, die rechtliche Ausführung der fragl. Sache zu begehren, sowol nach dem Tit. XV. der Hofgerichtsordnung, als auch nach dem Rescripte des h. Landesgerichts vom 1. Juli 1827 (Repert. II. S. 107.) nicht von der Behörde, von welcher der erbetene Armenschein auszustellen ist, sondern von demjenigen Gerichte, bei welchem die Klage qu. angebracht wird, vorgenommen werden soll; so ist der Wittve B. das erbetene Armuths: Attest nicht länger zu verweigern.

Antwortschreiben des Senats der freien und Hansestadt Hamburg
v. 26. Mai 1847.

Unsere Gerichte erkennen zwar eine elective Concurrenz des *fori domicilii* des Verklagten mit dem *foro contractus* dann an, wenn der Verklagte seine Person oder seine Güter in *foro contractus* betreffen läßt, und folchergestalt die Einleitung eines Arrestverfahrens möglich machte, sie räumen aber dem alleinigen Umstande, daß der *locus contractus* zugleich zum *locus solutionis* bestimmt worden, nicht die Wirkung einer dadurch rechtlich begründeten Befugniß zur Excoirung des Verklagten aus seinem *foro domicilii* ein. Fälle dieser Art, in welchen, sei es von einem hiesigen oder von einem dortigen Gerichte, Rechtshülfe gewährt worden, dürften auch bisher nicht vorgekommen sein, wie es sich denn auch nicht verkennen läßt, daß darin eine allgemein anerkannten processualischen Grundsätzen unvereinbare Härte gegen den Verklagten liegen würde.

Die Fälle, welche in dem mitgetheilten Berichte des h. Kreisgerichts erwähnt werden, unterliegen dagegen einer ganz anderen Beurtheilung. Ueber Deservitenrechnungen muß vor dem Gerichte entschieden werden, vor welchem der betreffende Proceß geführt worden, und ist es daher in der, aus der nahen Connerität der Sache entspringenden Zweckmäßigkeit begründet, daß diese Forderungen in dem *foro* des geführten Processes (der Hauptsache) eingeklagt werden.

cf. Repertor. Th. IV. S. 138. 139. V. S. 81.

Resc. h. St. M. v. 1. December 1847.

Auf einen Bericht des h. Oberl. Ger. werden die Notare N. N. in Holzminden dahin beschieden: daß, da wenn auch die gerichtliche Bestätigung der von ihnen aufgenommenen Contracte über Grundstücke der Stadt Holzminden, nicht erforderlich sei, dennoch die Leihhausverwaltung, ohne daß zuvor in den Hypothekenbüchern die Besitztitel berichtet worden, auf Bewilligung von Darlehen sich nicht einlassen könne, und zu dem Ende jedenfalls die Production der aufgenommenen Urkunden, erforderlich sei.

Entscheid. der h. Ministerial-Commis., Section für Entscheid. der
Competenzstreitigkeiten, v. 1. Mai 1848.

Wenn in Frage kommt, ob Administrationsbehörden eine ungesetzliche Verfügung getroffen, mithin den ihnen angewiesenen Wirkungskreis überschritten (Land. Gr. Ges. §. 195)

und dadurch Privatrechte beeinträchtigt haben; so sind die Gerichte befugt, die von einem Betheiligten als gesetzwidrig angegriffene Verfügung zu prüfen; geeigneten Falls, sofern nämlich nicht in dem gerichtlichen Verfahren die Voraussetzungen zur Anwendung der administrativen Thätigkeit einredend behauptet und dargethan werden können, deren Unwirksamkeit auszusprechen, auf die Zurückziehung und Leistung des Schadensersatzes zu erkennen.

Der von h. Kreisdirection H. gethane Einspruch gegen die Zuständigkeit der Gerichte scheint davon auszugehen, daß auf Verfügung der Stadtpolizeibehörde zu H. durch die Wiese des Klägers nicht ein neuer Graben vorgerichtet, sondern ein alter seit unvordenklicher Zeit bereits vorhandener, zur Ableitung des Wassers bestimmter Abzugsgraben aufgeräumt worden sei. Im letzten Falle könnte, obwol den benachbarten Wiesenbesitzern ein Privatrechtsanspruch auf Herstellung des Grabens zustehen würde, Privatinteressen zu vertreten und zu realisiren aber in der Regel nicht zum Wirkungskreise der Polizei gehört, dennoch das policeiliche Einschreiten möglicher Weise für gerechtfertigt angesehen werden, da durch das landesherrliche Ausschreiben vom 17. April 1753.

Fredericksdorfs Promptuar IV. S. 225. Schneider Repertor. III. S. 408.

die Obrigkeiten befehligt worden sind, mit Nachdruck darauf zu halten, daß Behuf Beförderung des Wiesenwachses Bäche und Abzugsgräben jährlich zu rechter Zeit geräumt werden, mithin die feldpolizeiwidrige Beschaffenheit des Grabens der Feldpolizeibehörde Veranlassung geben dürfte Behuf Herstellung des ordnungsmäßigen policeigerechten Zustandes thätig zu werden.

Alein nach der Behauptung des Klägers ist nicht ein alter Graben aufgeräumt, sondern ein neuer Graben angelegt worden. Neue Gräben im Privatinteresse der benachbarten Wiesenbesitzer vorrichten zu lassen, würde die Feldpolizeibehörde nicht ermächtigt gewesen sein, und, da bei dem Mangel der gesetzlichen Bedingungen eben so wenig ein Fall vorhanden ist, in welchem (für wesentliche Zwecke des Staates oder einer Gemeinde auf den Grund des Gesetzes oder dringender Nothwendigkeit) Privateigenthum, jedoch gegen vorgängige völlige Entschädigung, in Anspruch genommen werden konnte (Land. Grundges. §. 33.), überdies die Localpolizeibehörde zu solchem Zwecke die Abtretung von Privateigenthum anzuordnen für competent nicht zu halten ist, so geht die Entscheidung dahin:

daß der Einspruch nicht gegründet und das gerichtliche Verfahren fortzusetzen sei.

Entscheid. d. h. Ministerial-Commiss., Sect für Entscheid. der
Competenzstreitigkeiten v. 16. Mai 1848.

Von der Ministerialcommission ist lediglich die Frage zu entscheiden:

ob h. Kreisgericht B. durch die Verfügung v. 29. Februar 1848, vermittels welcher auf gerichtlichen Klageantrag des Stadtmagistrats zu H., der h. Kreisdirection B. aufgegeben worden ist, die bezeichneten Administrationsacten und Rechnungen zu ediren, seine gerichtliche Competenz überschritten hat, nicht darüber: ob solche Verfügung den Rechten gemäß oder nicht gemäß gewesen ist.

Bei Beurtheilung der Zuständigkeit der Gerichte kommt es nicht darauf an, ob ein Anspruch wirklich begründet, sondern allein darauf, welche Eigenschaft demselben nach den vom Kläger angegebenen Merkmalen beizulegen sei.

Der vom Stadtmagistrate zu H. wider die h. Kreisdirection B. gemachte Editionsantrag, um durch die einzuliefernden Acten und Rechnungen diejenigen Beweise führen zu können, welche in der Sache des gedachten Stadtmagistrats wider B. ausgestellt worden sind, ist gegen die h. Kreisdirection als Besitzer jener Urkunden gerichtet, auf Bestimmung des Civilrechts gestützt, und bezweckt folglich die Realisirung eines vermeintlichen Privatrechtsanspruches.

Es ist sehr wol möglich, daß der Editionsantrag formell unstatthaft, materiell unbegründet oder durch Einreden, insbesondere solcher Art, welche die amtlichen Verpflichtungen der h. Kreisdirection betreffen, zu entkräften sei. Deßhalb aber hört der Anspruch nicht auf ein Privatrechtsanspruch zu sein, so daß folglich die Competenz der Gerichte darüber und über die demselben entgegenzustellenden Einwendungen zu entscheiden, keinesweges für ausgeschlossen angesehen werden kann.

Auch ist bereits in einem Rescripte des h. Staatsministeriums v. 19. April 1842 (Bege Repert. V. S. 131.) anerkannt worden, daß Anträge auf Edition von Verwaltungsacten allerdings Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden können.

Aus diesen Gründen ist entschieden:

daß der gethane Einspruch für gegründet nicht zu halten, folglich daß gerichtliche Verfahren fortzusetzen sei.

Resc. h. Oberland. Ger. v. 15. Februar 1849.

Zufolge eines Berichts des h. Amts H., die Curatel des Fr. Bosse betreffend, ist die Ansicht des h. Kreisgerichts zu B., welche dasselbe in dem an das h. Amt H. erlassenen Schreiben über die Rechtsbeständigkeit der gedachten Curatel ausgesprochen hat, von der des h. Amts hauptsächlich insofern abweichend, als jene Behörde, die Statthaftigkeit einer cura prodigi insonderheit in Gemäßheit des höchsten Circularrescripts v. 8. Juli 1833. (Repert. X. 4. S. 124.) nur alsdann annehmend, wenn bei erfolgtem Widerspruche des, wegen verschwenderischer Lebensweise zu interdicirenden ein contradictorisches Verfahren vorhergegangen und hierauf, oder doch sonst ein, unter allen Umständen von dem betreffenden Kreisgerichte abzugebendes Erkenntniß ergangen sei, die alleinige Erklärung des Fr. B., sich unter Curatel eines von ihm selbst gewählten Subjects stellen zu wollen, zur Anordnung derselben nicht als hinreichenden Grund betrachtet, während das h. Amt eine solche Erklärung als dazu genügend ansieht.

Dem Ausspruche des h. Kreisgerichts tritt h. Oberlandesgericht nun dahin bei, daß eine Curatel der gedachten Art, die bloß eine vom freien Willen einer sonst dispositionsfähigen Person ausgehende Entsagung auf Verwaltung ihres Vermögens und eigene Verfügung darüber zur Grundlage hat, rechtlich unzulässig sei. Ein nach freier Wahl des betreffenden Individuums oder in Folge der von demselben in vorbemerakter Maaße abgegebenen Erklärung bestellter Curator kann nur als ein constituirter Generalmandatar betrachtet werden, dessen Auftrag von dem einen oder andern Theile zu jeder Zeit zu widerrufen steht, und in dieser Art hat sich auch schon das königlich-hannoversche Amt B., in dem an das h. Amt H. erlassenen Schreiben die Ueberlieferung des Vermögens des Fr. B. betreffend, erklärt,

indem dasselbe die bis dahin bei ihm bestandene Curatel auf die erfolgte Aufkündigung des so genannten Curators W., nicht ferner hat fortbauern lassen.

Mag es sein, daß dergleichen freiwillige Entfagungen auf eigene Vermögensverwaltung und Verfügung und darauf allein gestützte Bestellungen von Curatoren nicht selten vorkommen und bestehen; immer können dieselben als eigentliche rechtsgültige Curatelen nicht angesehen werden, und in Beziehung auf den Personen- und Vermögensstand nicht diejenigen rechtlichen Wirkungen erzeugen, welche angeordnete Vormundschaften sonst mit sich führen.

Ein dem widersprechender Gerichtsgebrauch ist nicht zu rechtfertigen, denn derselbe greift in die öffentliche Ordnung ein, geht über die rechtlich zulässige Privatwillkühr hinaus; derselbe kann aber die Aufsichtsbehörde wohl um so weniger zum Einschreiten schon veranlassen, als die öffentlichen Bekanntmachungen nicht werden bestimmt ersehen lassen, ob den angeordneten Curatelen bloß solche freiwillige Entfagungen zum Grunde liegen, ob nicht die Erklärungen nur als nicht erfolgter Widerspruch im Sinne des angeführten Circularrescripts vom 8. Juli 1833 zu betrachten seien.

Was sodann den Punct betrifft, daß h. Kreisgericht W. nach der Meinung des h. Amtes H., das obenbemerkte Circularrescript in sofern unrichtig interpretire, als in dem Falle, da der zu Interdicirende dem gegen ihn gemachten Antrage auf Anordnung einer Curatel nicht widerspreche und deshalb ein contradictorisches Verfahren nicht einzutreten brauche, auch ein Erkenntniß des Kreisgerichts über die Statthaftigkeit der Interdiction und Nothwendigkeit der Curatel nicht werde erfolgen können: so ist zwar nicht zu verkennen, daß das allegirte Rescript der Wortstellung nach eine solche Deutung wol zulasse, als ob nur dann, wenn nach erfolgtem Widerspruche contradictorisches Verfahren nöthig werde, der von dem betreffenden Amte oder Stadtgerichte vorzunehmenden Anstellung eines Curators ein Erkenntniß des Kreisgerichts vorhergehen müsse. — Allein der weitere Fortgang der Disposition jener gesetzlichen Vorschrift ergibt, daß Fälle dieser Art überhaupt zu den streitigen Rechtsachen gerechnet werden und der Urtheilspruch darüber ausschließlich zur Competenz der Kreisgerichte gehören sollen; daß aber die von dem Amte oder Stadtgerichte erst auf den Grund der vom Kreisgerichte erkannten Interdiction vorzunehmende Anordnung der Curatel sich als Ausführung des kreisgerichtlichen Erkenntnisses verhalte. Schon im §. 52. der Verfügung der vormaligen kaiserlichen Regierungskommission vom 3. Febr. 1814, wo Curatelen der hier in Frage stehenden Art besprochen werden, ist von einem abzugebenden Erkenntnisse die Rede, wogegen nur eine Vorstellung an das damalige kaiserl. Landesgericht zulässig sei und bei der später eingetretenen Veränderung der Justizverfassung im hiesigen Lande kann es um so weniger einem Zweifel unterworfen sein, daß die Prüfung der Umstände, welche die Nothwendigkeit der Zulässigkeit einer besondern Curatel bedingen und, indem sie in den Personenstand jeden Falls sehr eingreifen, von ausnehmender Wichtigkeit sind, auf die collegialisch besetzten Kreisgerichte ohne Unterschied übergegangen sein, als die Stadtgerichte und Ämter mehr ausnahmsweise eine Competenz zur Entscheidung im streitigen Justizsachen von minder wichtiger Art erlangt haben. Auch sind die Curatelen für Personen, die einen Hang zur Verschwendung haben, in den in Bezug genommenen Landesgesetzen stets

mit solchen zusammengestellt, welche wegen geistiger Unvollkommenheit von Individuen, angeordnet werden und bei dem diesen Curatel Anordnungen vorhergehenden Verfahren wird es der gewöhnliche Fall sein, daß für den unter Curatel zu stellenden Geisteskranken behuf jenes Verfahrens schon ein Contradictor constituirte werde, weil der aus dem bemerkten Grunde zu Interdicirende rechtsgültige Erklärungen nicht abgeben kann, und es ist anzunehmen, daß die bei diesen Curatelen, so wie bei den, hier zunächst in Frage stehenden, auf Antrag der betheiligten Angehörigen, anzuordnenden, muthmaßlich und gewöhnlich vorkommenden Widersprüche, die, dem Anscheine nach nicht ganz genaue Fassung des Circularrescripts v. 8. Juli 1833. im Eingange des ersten Absatzes veranlaßt haben mögen.

Wenn endlich, von dem h. Kreisgerichte nach dem Inhalte der ihm mitgetheilten Acten, in sofern schon eine causae cognitio vorgenommen ist, daß zur Anordnung einer Curatel für Fr. B., selbst abgesehen von dessen für ausreichend nicht anzunehmenden freiwilligen Erklärung, die nur einem nicht erfolgten Widerspruche gleich zu achten sein wird, bereits genügende Umstände vorlagen, so ist dies dem Ermessen des h. Kreisgerichts zufolge seiner gesetzlichen Competenz, für jetzt zu überlassen. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß die in den Acten vorkommenden Punkte, als

1) die zustimmende Erklärung des A. B., in dessen väterlicher Gewalt der Fr. B. damals als Haussohn gestanden, zum Protokolle des h. Amtes v. 25. April 1842.

2) die in den Specialacten, Boffe wider Boffe, nach den Protokollen v. 26. Juni und 7. Sept. vorkommenden Erklärungen der Wittwe B. und des bisherigen Curators D. über das Verhalten des Fr. B. resp. die im Eingange des letztgedachten Protokolls in Betreff der Persönlichkeit des lehrern von Gerichtswegen gemachte Anführung, auch

3) die dem Protokolle vom 7. Sept. 1847 nachgetragene neuerliche Registratur über die Erklärung der Geschwister des Fr. B., wornach dieselben, welche als betheiligte Angehörige zu betrachten sind, das Fortbestehen der Curatel wünschen, und also auch beantragen werden, von besonderer Erheblichkeit sind und daher in Verbindung mit einander zulänglichen Grund abgeben können, daß das h. Kreisgericht B. schon jetzt ein Erkenntniß über die Interdiction des Fr. B. wegen seines Hanges zur Verschwendung und ganz unangemessenen Disposition über sein Vermögen abgebe, wodurch denn der Fortbestand der für ihn angeordneten Curatel genehmigt werden würde.

Bekanntmach. der h. Postdirection v. 13. März 1849.

Da nach Art. 46 der deutschen Wechselordnung der Nachweis der dem Vormanne rechtzeitig gegebenen schriftlichen Benachrichtigung durch ein Attest der Postbehörde soll geführt werden können, so wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß dergleichen Atteste von den diesseitigen Postanstalten nur über die bei der Aufgabe recommandirten Briefe auszustellen sind. In den desfalligen Posteinlieferungsscheinen wird neben der Zeit der Aufgabe, auf besonderes Verlangen des Aufgebers, Seitens der betreffenden Postanstalt, auch der Name des Absenders mit bemerkt werden.

Br. Anz. 1849. St. 64 u. 65.

118 Kammer. Kirchenbücher, Seelenlisten, z., Rescripte.

Kammer.

R e s c r i p t e.

E. N. v. 31. Januar 1819.

Auf erstatteten Bericht der h. Kammer wird genehmigt, daß die rückständigen Zahlungen für die von herrschaftlichen Forstfischen oder aus den Magazinen verabsfolgter Forst auf eben die Weise, als die Domainen-Forst- und sonstigen herrschaftlichen nach Anleitung der Verordnung v. 21. April 1815 beigetrieben werden.

Resc. h. Kammer, Direct. der Berg- und Hüttenwerke vom
19. October 1847.

Die bei der Verwaltung der h. Braunkohlenwerke und der h. Salinen bei Schöningen getroffenen Einrichtungen machen es erforderlich, daß sämtliche, die Braunkohlenwerke, so wie die Steinbrüche, Kalk- und Gipsbrennereien zc. betreffenden Dienstschreiben, Anfragen, Rechnungen zc. an die h. Bergbauadministration zu . . . , ferner die Saline Schöningen betreffende Dienstschreiben, Geldsendungen, Rechnungen zc. an die h. Salinenadministration zu Schöningen, also nicht an einzelne Beamte dieser Behörden, adressirt werden.

Kirchenbücher, Seelen-, Copulations-, Geburts- und Sterbe-
listen.

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 24. Juni 1844.

Das h. St. M. eröffnet dem h. Consistorio, auf einen Bericht, daß, da nach gemeinen, durch hiesige Landesgesetze nicht abgeänderten Rechten den unehelichen Kindern, gleichviel, ob sie von dem Vater anerkannt worden oder nicht, nur der mütterliche Familienname zukommt, die in der neuern Zeit aufgekommene Gewohnheit, dem mütterlichen Familiennamen in Folge der erfolgten Anerkennung der Vaterschaft auch den Familiennamen des Vaters anzuhängen, als ein Mißbrauch zu betrachten, und nicht weiter zu dulden sei, daher h. Consistorium die Anordnung zu treffen hat, daß dieses Verfahren bei dem Eintragen der Geburtsfälle in die Kirchenbücher ferner nicht zugelassen werde.

Vergl. L. V. S. 91.

Resc. h. St. M. v. 17. Januar 1846.

Von der h. Kreisdirection B. ist über einen von dem h. Amte H. ergriffenen Recurs gegen eine von jener Behörde auf Veranlassung der Revision der L. . . . schen Gemeinderechnung abgegebenen Verfügung, in Betreff einer von dem h. Amte dem Ortsvorsteher zu L. für Aufstellung der Seelenliste Behuf der Volkszählung verwilligte Remuneration, Bericht erstattet und auf Entscheidung angetragen worden.

H. St. M. eröffnet dem h. Amte zu diesem Ende, daß der von demselben gegen die h. Kreisdirection aufgestellten Ansicht keineswegs Beifall geben werden könne. Das Geschäft der Volkszählung, gleichviel ob in allgemeiner statistischer Rücksicht oder, wie in dem in Rede stehenden Falle, zu einem besondern Zwecke, ist allerdings als in den ordentlichen Dienstverpflichtungen der Ortsvorsteher liegend zu erachten, und da denselben für ihre Dienstleistungen ein fester Gehalt ausgeworfen ist, so können sie für ein Geschäft der gedachten Art eine besondere Vergütung nicht in Anspruch nehmen. Die Befugniß der h. Kreisdirection aber, bei Revision der Gemeinberechnung dem h. Amte die Unzulässigkeit der von ihm angewiesenen Remuneration bemerklich zu machen, und deren Abstellung für die Zukunft zu verfügen, kann einem begründeten Zweifel überall nicht unterliegen.

Herzogl. Amt hat daher der von der h. Kreisdirection erhaltenen Anweisung Folge zu leisten.

Ausschreiben h. Consistor. v. 8. August 1846.

Nach höchster Verordnung v. 20. Januar 1815 und in Gemäßheit Reglem. v. 10. December 1814, die Führung der Kirchenbücher in tabellarischer Form betr., soll jeder in einer Gemeinde sich ereignende Geburtsfall jedesmal unfehlbar binnen den nächsten 24 Stunden bei dem Kirchenbuchführer, von dem Vater des neugeborenen Kindes oder der Hebamme Behuf der Eintragung in das Kirchenbuch zur Anzeige gebracht werden, und es ist solches durch die dem herzogl. Consistorio abschriftlich mitgetheilten Rescripte das h. Staats-Ministerii an das h. Obersanitäts-Collegium v. 29. November 1841 und vom 13. Januar 1842 für den Fall, daß nicht eine Hebamme, sondern ein Geburtshelfer allein bei der Geburt assistirt haben sollte, auch auf den letztern ausgedehnt. Da der Inhalt der letztgedachten Ministerialverfügung den Kirchenbuchführern unbekannt geblieben ist, so wird denselben solche in Abschrift mitgetheilt.

Resc. h. Consistor. v. 10. October 1846.

Da zu vermuthen, daß von manchen Kirchenbuchführern auf die Aufbewahrung der zu den Kirchenbüchern gehörigen Beläge nicht die gehörige Sorgfalt gewandt werde, und da außerdem die hierauf Bezug habende Vorschrift des Reglements II. 18. einer zeitgemäßen Abänderung bedarf; so wird hierüber Nachstehendes bestimmt.

1) Sämmtliche zu den Kirchenbüchern gehörige Beläge, nicht bloß die darunter befindlichen wirklichen Documente, sind in Zukunft aufzubewahren, und es wird die im Reglement v. 10. December 1814. in der schon vorhin erwähnten Vorschrift II. 18. ertheilte Erlaubniß, manche dergleichen Actenstücke, als Concessionen, Dispensationen, Bedemundscheine und Dimissorialen nach Ablauf von 10 Jahren zu verbrennen, für die Zukunft hiermit aufgehoben.

2) Es ist den Kirchenbuchführern nicht gestattet, solche Beläge auf den Antrag der dabei theilhabenden Personen denselben zurückzugeben, oder Abschriften solcher Actenstücke auszustellen. Sollte dieses hinführo dennoch geschehen, so sind solche Kirchenbuchführer nicht bloß verbunden, dergleichen von ihnen zurückgegebene Actenstücke auf eigene Kosten wieder

herbeizuschaffen, sondern sie verfallen auch in eine den Umständen nach vom h. Consistorio zu bestimmende Ordnungsstrafe.

3) Sollte in seltenen Fällen der Wunsch theiliger Personen von zu den Kirchenbuchführern eingelieferten Documenten fidele Abschriften nehmen zu dürfen aus dem Grunde, weil deren nochmalige Herbeischaffung in hohem Grade schwierig und kostspielig ist, billig scheinen, so ist in solchen Fällen von den Kirchenbuchführern eigens beim h. Consistorio anzufragen, und dessen Bestimmung einzuholen.

Die Kirchenbuchmonenten haben über die Beobachtung dieses Rescripts zu wachen.

Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Ausschreiben des h. Consistor. an die Gener. Superintend. imgleich den Pastor Primarius in Lunsen. (S. 179.) [No. 22.] (10. Juni 1846.)

Unter Aufhebung der entgegenstehenden älteren Vorschriften und bisherigen Observanzen, wird die Zeit des Unterrichts und der Ferien festgesetzt.

Resc. h. St. R. an das h. Consistorium zu Wolfenbüttel, den Industrie-Unterricht in den Landgemeinden betr. (S. 155.) [No. 36.] (5. October 1847.)

Gesetz, die Aufhebung der aus dem Glaubensbekenntnisse entspringenden Rechtsgleichheiten betr. (S. 79.) [No. 27.] (23. Mai 1848.)

Vorbehältlich der noch bestehenden Parochialgerechtsame und der übrigen kirchlichen Verhältnisse.

Gesetz, die Aufhebung des Verbotes der Ehen zwischen Christen und Juden betr. (S. 81.) [No. 28.] (23. Mai 1848.)

§. 2. zu beobachtende Vorschriften. S. 81.

§. 3. Erklärung vor dem Beamten mit 4 Zeugen. S. 82.

§. 4. Bestimmung wegen des Glaubensbekenntnisses der Kinder. S. 82.

§. 5. Register über diese Ehen, deren Kinder und über die Todesfälle. S. 83.

R e s c r i p t e.

Resc. h. Consistor. v. 26. Juni 1837.

Das h. Consistorium hat bei dem h. Staatsministerio darüber Beschwerde geführt, daß bei den, in Gemäßheit des §. 2. des Anhangs zu der Ordnung für die Schulen auf dem Lande in dem Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg, vom 19. Nov. 1754, anzustellenden Untersuchungen und zu erkennenden Etasen, wider die Eltern schulpflichtiger Kinder, welche diese ohne Erlaubniß aus der Schule zurück behalten, die Schullehrer zu den terminlichen Verhandlungen, von einigen der herzogl.ämter jedesmal mit vorgeladen würden, wodurch sich dieselben zur Ausübung des Schulunterrichts genöthigt und häufig den Kränkungen und Beleidigungen durch die zur Bestrafung angezeigten Eltern, welche gewöhnlich zu der untersten und rohesten Classe der Händlinge und Tagelöhner gehörten, exponirt sähen.

In Erwägung, daß hieraus für die Schullehrer und den von denselben zu besorgenden Schulunterricht entstehenden Inconvenienzen, hat h. Consistorium höchsten Orts darauf angetragen, zu den Untersuchungsterminen der erwähnten Art, die Schullehrer nicht weiter zuzuziehen, und den h. Aemtern darüber die erforderliche Anweisung zugehen zu lassen.

Da die von dem h. Consistorio geschilderten Nachtheile allerdings vorhanden sind, auch die persönliche Zuziehung der Schullehrer bei den geringfügigen Sachen dieser Art, nach den Regeln des Untersuchungsprocesses nicht unbedingt erforderlich ist, vielmehr der Zweck der Untersuchung in den meisten Fällen auch ohne diese Maßregel zu erreichen sein wird, so ist das h. Consistorium vom h. Staatsministerium durch ein Rescript v. 13. d. M. beauftragt worden, die h. Aemter dahin anzuweisen:

daß die Untersuchungssachen wegen der Schulversäumnisse auf dem platten Lande, so viel als thunlich, ohne persönliche Zuziehung der Schullehrer erledigt, und diese zu den terminlichen Verhandlungen alsdann erst zugezogen werden, wenn es sich zeigt, daß der Zweck der Untersuchung auf keine andere Weise zu erreichen steht.

Resc. h. Consistor. v. 29. December 1838.

Bei der vorgekommenen Verschiedenheit der Ansichten über die Frage, unter welches Rubrum der Kirchenrechnungen die Gebühren für die Monitur derselben gehören, hat sich h. Consistorium jetzt für die Ansicht entschieden, nach welcher die fraglichen Gebühren, da ihr Betrag bei jeder Kirche, so lange der Vermögenszustand derselben sich nicht ändert, feststeht und jedenfalls sein nicht zu überschreitendes Maximum hat, auch für jeden monirten Jahrgang einer Kirchenrechnung gezahlt wird, unter die Rubriken der currenten Ausgaben: »dem geistlichen« und »dem weltlichen Kirchenvisitor« (sofern sie beziehungsweise dem ersteren oder dem letzteren zukommen) die zufälligen und veränderlichen Ausgaben aber, welche durch die Abnahme der Rechnungen veranlaßt werden, z. B. die Copialien wegen der Abnahmeprotocolle, unter das Rubrum der extraordinären Ausgabe: »Kirchenvisitations- und Rechnungsbabnahmekosten« zu bringen sind, und ordnet das h. Consistorium hiermit an, daß demgemäß sowohl bei der Aufstellung, als auch bei der Monitur der Kirchenrechnungen, sofern bei letzterer auch der fragliche, die Form betreffende Punkt zu berücksichtigen ist, überall verfahren werde. Die Bestimmung, daß die Moniturgebühren nur nach wirklich geschehener Monitur gefordert und gezahlt werden dürfen, bleibt dabei unverändert.

Das h. Amt zu H. wolle nun solches bei der Monitur der Kirchenrechnungen gehörig berücksichtigen. Auch hat das h. Consistorium die Kirchenrechnungsführer und geistlichen Kirchenvorsteher von der obigen Anordnung unter dem heutigen Datum gleichfalls in Kenntniß setzen lassen.

Entscheidung der h. Ministerial-Commiss., Section der Entscheid. von Kompetenzstreitigkeiten, vom 29. October 1839.

in der Sache, den von dem h. Consistorium zu Wolfenbüttel erhobenen Einspruch gegen die Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens in einem von der Schuhmacher-Todtenkasse daselbst

gegen das Kirchencollegium der Hauptkirche B. M. V. zu Wolfenbüttel, wegen Haltung eines Leichenwagens, bei dem dasigen h. Kreisgerichte eingeführten Rechtsstreite, betreffend.

Die Mitglieder der wolfenbüttelschen Todtenkasse erhoben bei dem h. Kreisgerichte Wolfenbüttel eine Klage gegen das Kirchencollegium B. M. V. mit dem Antrage, daß ihnen das bestrittene Recht, sich einen besondern Todtenwagen zu halten, zugesprochen werde. Nach vergebens versuchter Güte, legte das h. Consistorium auf den Bericht des verklagten Collegiums, Einspruch gegen die Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens ein, weil die Sache zum Ressort der geistlichen und nicht der Gerichtsbehörde gehöre, das h. Kreisgericht aber, die Richtigkeit dieser Ansicht nicht anerkennend, sandte die ergangenen Acten zur Entscheidung des Kompetenzstreites durch h. Ministerialcommission, an das h. Staatsministerium ein, welches dieselben zu solchem Ende der Section der benannten Commission zufertigen ließ.

Das h. Consistorium hat in dem, seinen Einspruch motivirenden Schreiben an das h. Kreisgericht Wolfenbüttel, auf welches sich eine, von den verklagten Kirchencollegium dem h. Staatsministerium übergebene besondere Deduction im Wesentlichen stützt, die Behauptung aufgestellt und zu begründen gesucht, daß die Bestimmung über Alles, was bei öffentlichen Beerdigungen, damit sie mit Anstand und Würde geschehen, zu beobachten sei, mithin auch über Anschaffung, Aufbewahrung und Benutzung der Begräbnißgeräthschaften, als Todtenbahnen u., zum Ressort der administrativen geistlichen Behörde gehöre, indem andern Falls manche, das Gefühl der Sittlichkeit und die den Leichen Verstorbener schuldige Achtung verletzende Mißbräuche zu fürchten seien. Diese Ansicht ist, wenn auch nicht in ihrer Allgemeinheit, doch in der Hauptsache für vollkommen begründet zu halten. Jedes Begräbniß muß kirchlich, nach den Grundsätzen des Kirchenrechts geschehen, und die Sorge dafür liegt zunächst der Ortsgeistlichkeit und, in höherer Instanz dem h. Consistorium ob. Dahin gehört allerdings auch die Sorge, daß bei Begräbnissen in keiner Hinsicht, die dem Verstorbenen gebührende Achtung durch Versäumung dessen, was anständig ist, verletzt werde und die dieses bezweckende Verfügungen des h. Consistoriums gehören in den ausschließlichen Wirkungskreis dieser Behörde, sind mithin der Competenz der Gerichte entzogen. Dieses Aufsichtrecht des h. Consistoriums erkennen aber die Kläger selbst an und haben demgemäß auf die Bemerkung des h. Consistoriums, daß auch in der Beschaffenheit des Leichenwagens das Gefühl der Sittlichkeit verletzende Mißbräuche eintreten können, sich bereit erklärt, den Leichenwagen, welchen sie anzuschaffen beabsichtigen, dem der Kirche B. M. V. vollkommen gleich einrichten zu lassen.

Allein ganz unabhängig von diesem Aufsichtsrechte und davon durchaus verschieden, ist die vorliegende Frage: ob das h. Consistorium berechtigt sei, mit Ausschluß der Gerichte zu entscheiden: ob der Schuhmacher-Todtenkasse zu Wolfenbüttel die Befugniß zustehe, zur Beerdigung verstorbener Mitglieder einen Leichenwagen anzuschaffen, dieselbe vielmehr verpflichtet sei, gegen eine bestimmte Vergütung sich nur des Leichenwagens der Hauptkirche B. M. V. zu bedienen?

Die Entscheidung dieser, die Einnahme der Kirchenkasse, also die Vermögensrechte der Kirche einerseits und andererseits die Verbindlichkeit der Eingepfundenen des Kirchensprengels der Kirchenkasse eine Gebühr zu zahlen betreffende Frage greift unzweifelhaft in Privatrechte

der Parteien ein, ist von den geistlichen Behörden in der bemerkten Beziehung zustehenden Aufsichtsrechte völlig getrennt zu beurtheilen und daher der Competenz der Gerichte unterworfen.

Sollte daher eine solche Frage, welche an sich unzweifelhaft zur Beurtheilung der Gerichte gehört, derselben entzogen werden, so würde dieses durch ausdrückliche Geseze vorgeschrieben sein müssen, was aber nicht der Fall, auch vom h. Consistorium nicht angeführt ist, wie denn auch die Begräbnisordnung für die Stadt Wolfenbüttel vom 30. Nov 1707. über diesen Gegenstand nichts enthält. Eine observanzmäßige Bestimmung der Competenz in dieser Beziehung läßt sich rechtlich überall nicht wol annehmen, und würde wenigstens aus der vom h. Consistorium angeführten Stelle des Werkes von Stübner über die braunschweigische Kirchenverfassung, in welcher dieser Schriftsteller (S. 389.) nur erzählend anführt: Die Kirche unterhält die Leichentücher, Leichenbahnen und Stäbe der Leichenträger, für erstere wird an allen, für letztere nur an einigen Orten etwas Gewisses an die Kirche bezahlt, sich nicht entnehmen lassen und zwar für die Stadt Wolfenbüttel um so weniger, irgend etwas Erhebliches für die vorliegende Frage, als daselbst zwei Corporationen sich schon jetzt eines eigenen Leichenwagens bedienen.

Aus diesen Gründen entscheidet die h. Ministerial-Commission, Section zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten, diesen Conflict dahin:

daß der von dem h. Consistorium erhobene Einspruch unbegründet und das gerichtliche Verfahren fortzusetzen sei.

Durch das Rescript des h. Staatsministeriums vom 11. Novber. 1839 zugestellt, um sich darnach zu achten.

Resc. h. Consistor. v. 2. Juli 1842.

Da es nicht selten vorkommt, daß die allgemeinen frühern Bestimmungen, wonach bei Eingaben der Visitatoren, Prediger und Schullehrer an herzogl. Consistorium

- a. die Gegenstände verschiedener Art oder Angelegenheiten mehrerer Kirchen u. in der Regel nicht in einen Bericht zusammen zu fassen, sondern gehörig von einander zu trennen sind, um zu den betreffenden Acten genommen werden zu können,
- b. das Datum und die Journal-Nummer desjenigen Rescripts, auf welches sich der Bericht etwa bezieht, im Eingange des letzten bemerkt, auch
- c. vor dem Berichte selbst der Inhalt desselben in gedrängter Kürze angegeben werden soll,

ganz unbeachtet gelassen werden, die Befolgung dieser Vorschriften zur Beförderung des Geschäftsganges aber durchaus erforderlich ist, so sehen Wir Uns veranlaßt, solche hiedurch in Erinnerung zu bringen, und wollen die Herren Generalsuperintendenten, so wie der Herr Pastor prim. zu Lunsen die sämmtlichen Prediger und Schullehrer auf dem gewöhnlichen Wege von dieser Verfügung ungesäumt in Kenntniß setzen.

Resc. h. St. M. v. 21. October 1842.

Da der Zinsfuß, welcher gegenwärtig von den h. Leihhausanstalten für belegte Gelder gezahlt wird, bei Kirchencapitalien oftmals nicht die Mittel zur Deckung den Kirchen obliegender Ausgaben gewährt, weshalb darauf Bezug zu nehmen ist, die Capitalien in Landesschulddocumenten zu höheren Zinsen anzulegen, hiebei jedoch zweckmäßig erscheint, daß dergleichen Documente zu einem festen Preise, der bis auf Weiteres für dreiprocentige Obligationen auf 99 ½ p. C. und für 3 ½ procentige Obligationen auf 100 ½ p. C. zu bestimmen ist, nur von den herzoglichen Leihanstalten entnommen, und, falls von den Kirchen und sonstigen geistlichen Corporationen von den auf diese Weise angelegten Capitalien ganz oder theilweise wiederum sollte Gebrauch gemacht werden müssen, die Schulddocumente den herzogl. Leihhausanstalten zu demselben Preise wiederum überlassen werden, so hat das h. Consistorium das Weitere hiernach zu verfügen.

Landesherrl. Resc. v. 21. August 1843.

In Erwägung der in dem von dem h. Kreisgerichte N. erstatteten Berichte vorgetragenen Umstände, hat Sr. Durchlaucht sich bewogen gefunden die Trennung der Ehe zwischen dem Wollarbeiter S. (einem Lutheraner) und der Ehefrau desselben, geb. U. (Katholikin), aus landesfürstlicher Machtvollkommenheit zu verfügen. Diese Scheidung muß jedoch auch hinsichtlich der dem katholischen Glaubensbekenntnisse zugethanen S. — schen Ehefrau, nach den als richtig angenommenen rechtlichen Grundsätzen die Wirkung einer völligen Auflösung des ehelichen Bandes haben, und wird dem h. Kreisgerichte zur Belehrung für ähnliche Fälle ein, von dem gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte zu Wolfenbüttel, auf Veranlassung eines Ehescheidungsgefühls des Maurergesellen N. und der Ehefrau desselben erstatteter gutachtlicher Bericht abschriftlich mitgetheilt. Das h. Kreisgericht hat die Supplicanten hiernach zu bescheiden und diese Scheidung durch ein förmliches Erkenntniß in herkömmlicher Weise auszusprechen.

Resc. h. St. M. v. 21. April 1845.

H. Consistorium wird hierdurch autorisirt, in denjenigen Fällen, da die Patrone von Schulstellen auf das Präsentationsrecht für das Mal verzichten, und h. Consistorium die Besetzung solcher Stellen überlassen, diese Besetzung ohne vorherige Berichterstattung vorzunehmen.

Resc. h. Consistor. v. 30. October 1845.

Da die Deutschkatholiken in Braunschweig durch die Losagung von der römischkatholischen Kirche aller Rechte und Verbindlichkeiten in Beziehung auf die römischkatholische Gemeinde in Braunschweig enthoben sind, denselben aber die Befugniß eine eigene Kirchengemeinde zu bilden, zur Zeit noch nicht ertheilt werden kann, so muß das Verhältniß dieser Glaubensgenossen und des von ihnen erwählten Predigers, so wie die Beziehung zu den protestantischen Kirchengemeinden der Stadt Braunschweig, nach folgenden allgemeinen Grundsätzen beurtheilt werden:

1) Der erwählte und mittelst höchsten Rescripts vom heutigen Tage bestätigte Prediger kann nach erfolgter Ordination alle diejenigen kirchlichen Handlungen unter seinen Glaubensgenossen verrichten, welche ein ordinirter Geistlicher, abgesehen von seiner Qualität als Parochus vornehmen darf, namentlich taufen, confirmiren, das Abendmahl austheilen, einsegnen und copuliren.

2) Dagegen ist derselbe nicht ermächtigt solche Amtshandlungen zu verrichten, welche nur dem Parochus einer anerkannten Kirchengemeinde als solchem zustehen, und welche vermöge der daran geknüpften civilrechtlichen Folgen einen eigentlichen Amtsscharakter und eine amtliche Beziehung zu einer förmlich constituirten Gemeinde voraussetzen. Er kann daher in eigenem Namen keine Proclamationen vornehmen, kein Kirchenbuch führen und keine Attestate über vorgenommene Amtshandlungen ausstellen; auch ist ihm der Gebrauch eines Kirchenriegels nicht gestattet.

3) Da die Deutschkatholiken ferner Parochialgenossen derjenigen Parochie bleiben, in welcher sie wohnen, so haben sie als solche der Parochialkirche und deren Diener, so wie den darauf angewiesenen *pais corporibus* alle die Stöl- oder sonstige Gebühren zu zahlen, welche andere Parochialgenossen, namentlich die evangelisch-lutherischen zu entrichten verpflichtet sind.

Sie zahlen jedoch nur in der Parochie, in welcher sie, wenn sie der evangelisch-lutherischen Confession angehörten, Zahlung zu leisten haben würden, nicht aber auch in einer anderen, in deren Kirche etwa eine Handlung vorgenommen wird, an welche Parochialabgaben geknüpft sind.

4) Die kirchlichen Aufgebote sind in denjenigen Kirchen vorzunehmen, in welchen die Brautleute eingepfarrt sind. Es steht jedoch nicht entgegen, daß der deutsch-katholische Prediger bei der Abhaltung des Gottesdienstes von der beabsichtigten Eingehung einer Ehe unter den Glaubensgenossen, Anzeige macht.

5) Die Eintragung der kirchlichen Amtshandlungen geschieht in die Kirchenbücher derjenigen Parochien, zu welcher die betreffenden Glaubensgenossen vermöge ihrer Wohnung zu rechnen sind. Es kann jedoch dem deutschkatholischen Prediger nachgelassen werden, zu seinem und seiner Glaubensgenossen Privatgebrauche über die bei denselben vorgekommenen kirchlichen Acte besondere Register anzulegen und fortzuführen.

6) Mit der Erlassung eines neuen Reglements auf Grundlage des für die Römischkatholiken unter den 9. April 1768 publicirten Reglements, und daß bis dahin für die Deutschkatholiken und andere römischkatholischen Kirchen nicht zugehörenden Religionsverwandten die Bestimmung im §. 5. jenes Reglements nicht zu beachten sei, ist das h. St. M. einverstanden.

Resc. h. Consistor. v. 31. Januar 1846.

Dem h. Consistorium ist mittelst Rescripts des h. St. M. v. 19. Jan. 1846 eröffnet worden, daß, da durch die von den Obergerichten des hiesigen Landes ergangenen Entscheidungen der Grundsatz festgestellt worden sei, daß die gemeinrechtliche Bestimmung, wornach die Erbauung und Erhaltung der Pfarrgebäude, principaliter der Kirchencasse, und in subsidium

der Kirchengemeinde obliegt, durch die Particulargesetze nicht abgeändert sei, die observanzmäßige Verpflichtung der Gemeinde aber durch die in den Acten des h. Consistorii angeführten Facta wenigstens nicht als unbezweifelt dargestellt werde, übrigens aber die Kirche in Klein W. gegenwärtig genügendes Vermögen besitze, kein Grund vorhanden sei, die interimistische Anordnung der h. Kreisdirection abzuändern, und daher der erhobene Recurs zurückgewiesen werde, und werden die Kirchenvisitatoren zu Klein W. davon hierdurch in Kenntniß gesetzt.

Resc. h. St. M. v. 3. März 1846.

Da nach erstattetem Berichte der bei Hahausen errichtete preussische Telegraph sich in keiner Gemeindebemerkung, sondern in dem herrschaftl. Forstorte Osterköpfe befindet, welcher als Theil des hahäuser Forstreviers mit den übrigen Theilen dieses Reviers ein Ganzes für sich bildet, das Interesse der hiesigen Gemeinden aber gar nicht erfordert, daß die bei den preussischen Telegraphen angestellten und fortwährend als preussische Unterthanen zu betrachtenden Officianten nebst deren Angehörigen in einen hiesigen Gemeinde- Kirchen- oder Schulverband aufgenommen werden, so muß es diesen Officianten lediglich überlassen bleiben, zu welcher Kirche sie sich halten und in welche Ortsschule sie ihre Kinder schicken wollen.

Resc. h. Consistor. v. 14. März 1846.

Auf einen Bericht eines h. Amtes erwiedert h. Consistorium, daß bei der nothwendigen Abhaltung von Localterminen in Angelegenheiten der geistlichen Stiftungen, außer den Reisekosten die Diäten, dem Justizbeamten zwei Thaler, und dem Actuar, wenn desselben Zuziehung erforderlich, ein Thaler, verwilligt sein und aus der Casse der dazu verpflichteten geistlichen Stiftungen, nach vorgängiger Liquidation und Berichterstattung erfolgen sollen.

Resc. h. St. M. v. 10. Februar 1847.

Daß h. St. M. eröffnet der h. Kreisdirection in Gandersheim auf erstatteten Bericht über die Gramersche Legatenstiftung zu Seesen betreffend, nachdem Bericht von dem h. Consistorio eingezogen worden, daß, da die Verwaltung der fragl. Stiftung durch das h. Consistorium auf einer im Jahre 1789 ertheilten höchsten Vorschrift berührt, durch die Verordnung v. 19. Mai 1814 über die Organisation der h. Kammer auch nicht abgeändert ist, und h. St. M. die Ansicht des h. Consistoriums theilt, daß das Gesetz über die Organisation der h. Kreisdirectionen diesen nicht unbedingt die Aufsicht über alle milde Stiftungen bellege, es bei der bestehenden Einrichtung um so mehr sein Bewenden behalten müsse, als damit durchaus kein Nachtheil irgend einer Art verbunden und in ähnlichen Fällen nach gleichen Grundsätzen verfahren ist.

Resc. h. St. M. v. 5. April 1847.

Auf einen Bericht des h. Consistoriums rescribirt das h. St. M: bei der durch das Rescript v. 21. Oct. 1842 getroffenen Bestimmung hat allein die Absicht vorgelegen, den geistlichen Corporationen den derzeitigen Zinsfuß von 3 Procent für ihre bei der h. Leihhausanstalt belegten Capitalien zu erhalten, und die Capitalien selbst durch die Ueberweisung von Landesschulddocumenten in eben dem Maße, wie durch die Belegung bei dem Landes

reditinstitute zu sichern. Da die Anlegung der Kirchen- u. Capitalien in Landesobligationen an sich zulässig und in vielen Fällen vorher geschehen ist, dem Capitalverluste aber durch den auf den Fall des eigenen Capitalbedarfs geschehenen Vorbehalt die Zurückgabe der Obligation vorgebeugt ist, so fällt der mögliche Vorwurf, als ob im administrativen Wege auf die Substanz des Vermögens der geistlichen Institute irgendwie eingewirkt, oder dieselben in der Disposition darüber haben beschränkt werden sollen, in sich zurück, und die getroffene wohlthätige Einrichtung bedarf von diesem Gesichtspunkte aus keiner weiteren Rechtfertigung. Bei den, der Kirchenverwaltung dadurch gesicherten Vortheilen erfordert aber auch die Billigkeit und Rechtsgleichheit, daß der ursprünglich gehegten Absicht gemäß von dem Vorbehalte der Zurückgabe der ausgehändigten Obligationen, nur in dem dafür gesetztem Falle, wenn nämlich entweder ein Capitalbedarf eintritt, oder wenn sich eine andere sichere Gelegenheit darbietet, der betreffenden Corporation für ihr Capital eine höhere Nutzung zu verschaffen, Gebrauch gemacht werde, weshalb h. Consistorium darauf, daß dieser Verabredung genau nachgekommen, und namentlich eine Ausleihung kleiner Capitalien an Privatpersonen vermieden werde, zu halten hat. Der Vorschlag des h. Finanzcollegiums wegen des Umtausches der in dem Besitze der Kirchen- u. befindlichen 3procentigen Landeschulddocumente gegen $3\frac{1}{2}$ procentige Obligationen, welche h. Leihhausanstalt besitzt, muß aber auf sich beruhen bleiben, weil darin die Beibehaltung jenes Vorbehalts vorausgesetzt wird, und h. Leihhausanstalt ohne die Vortheile der Aufhebung desselben zu genießen, dadurch nur einen Verlust an Capitalzinsen erleiden würde.

Resc. h. St. M. v. 16. April 1847.

Es beruhet auf einer irrigen Ansicht, wenn ein h. Amt vermeint, daß Erbenzinsbriefe der Kirchen nur von dem h. Consistorio gültig ausgestellt werden könnten, und die Prediger dazu nicht competent seien. Dem h. Consistorio steht die Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens zu, nicht aber die Verwaltung selbst, und es besteht deshalb schon seit Einführung der jetzigen Kirchenverfassung die Einrichtung, daß dergleichen Documente von dem Kirchenrechnungsführer, als dem mit der Verwaltung des Kirchenvermögens zunächst beauftragten Beamten unter Autorisation des h. Consistorii ausgestellt werden. Ist der Rechnungsführer in Geschäften dieser Art noch nicht geübt, so wird dazu von Seiten des weltlichen Kirchenvisitors die nöthige Anleitung gegeben.

Resc. h. St. M. v. 27. April 1847.

Auf einen Bericht des h. Consistoriums wegen der Ablösung der Stolgebühren der Pfarren und Schulen durch Länderei, rescribirt das h. St. M.: es halte nicht dafür, daß die auf rechtsgültiger Beschlußnahme der Majorität der Gemeindeglieder beruhende Verwendung der Gemeindegüter durch den Widerspruch des einzelnen gehemmt werden könne, und finde es unbedenklich, daß der zu Stande gekommene Vertrag zur Ausführung gebracht werde. Und da es nur erwünscht sein könne, daß die Stolgebühren bei sich anbietender Gelegenheit gegen Grundentschädigung beseitigt werden, und das h. Consistorium zur Wärdigung der einschläglichen Verhältnisse vorkommenden Falls am besten geeignet ist, so auto-

128 Kirchen- und Schulangelegenheiten, Rescripte. Landschaft.

risire das h. St. M. dasselbe im Allgemeinen, dergleichen Verträge, sofern sie auf Seiten der Pfarr- und Pfarreistellen vortheilhaft erscheinen, zu genehmigen.

Resc. h. St. M. v. 22. Juli 1847.

Auf den Bericht des h. Amts. B. hält h. St. M. es für völlig angemessen, daß die mit der Anmahnung und executivischen Beitreibung von Schulgeldern beauftragten Unterbedienten dafür die bei Anmahnungen und Executionen ihnen sonst zukommenden Gebühren beziehen.

Resc. h. St. M. v. 10. November 1847.

Auf erstatteten Bericht des h. Consistoriums, rescribirt das h. St. M. daß bei den auf Gnadenbewilligungen beruhenden Zahlungen an Geistliche und Schullehrer aus öffentlichen Cassen, nicht die Bestimmung des Consistorialrescripts vom 15. Mai 1766., sondern die Vorschriften des Rescripts des h. St. M. v. 3. April 1846 in Anwendung kommen müsse.

Revis. Resc. h. Consistor. v. 27. November 1847.

Neue Altarlichte dürfen vorschriftsmäßig nur erst dann angekauft werden, wenn die alten bis auf 6 Zoll herunter gebrannt sind.

Kreisdirection.

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 4. December 1845.

Da auf einen Bericht h. Finanzcollegii für gut findet, daß vom nächsten Jahre an die bei den h. Kreisdirectionen stattfindenden Einnahmen für Emigrationsconsense, Gewerbsconcessionen u. nicht weiter direct an h. Hauptfinanczasse abgeliefert, sondern — unter Belegung mit einer vom Kreisdirector oder Kreissecretair zu beglaubigenden Zusammenstellung — in der quartaligen Bureaukosten-Rechnung h. Kreisdirection vereinnahmt werden, so ist danach zu verfahren.

Landschaft.

Landtagsabschied auf die Finanzperiode von 1846 — 1848. (S. 101.) [No. 23.] (4. Juni 1847.)

Verordnung, die Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages betreffend. (S. 13.) [No. 6.] (13. März 1848.)

Verordnung, die frühere Einberufung des außerordentlichen Landtages betreffend. (S. 19.) [No. 9.] (17. März 1848.)

Gesetz, über die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen. (S. 23.) [No. 11.] (5. April 1848.)

Bekanntmach., das Gesetz (v. 12. Octbr. 1832) über Aufhebung des §. 114. des Landesgrundgesetzes u. (S. 37.) [No. 16.] (20. April 1848.)

Verordnung, die weitere Vertagung des außerordentlichen Landtages betreffend. (S. 87.) [No. 29.] (8. Juni 1848.)

Provisorisches Gesetz, die Zusammensetzung der Versammlung der Abgeordneten des Landes und des Ausschusses derselben betreffend. (S. 177.) [No. 43.] (11. Sept. 1848.)

(NB. §. 13. zweite Zeile v. u. muß es heißen: zwischen den drei f. Berichtig. S. 193.)

Provisorisches Wahlgesetz (S. 185.) [No. 44.] (11. Sept. 1848.)

Verordnung, die Bestimmung der Wahlbezirke in der Stadt Braunschweig betr. (S. 209.) [No. 48.] (7. Octbr. 1848.)

Verordnung, die Bildung der ländlichen Wahlkreise betr. (S. 211.) [No. 49.] (17. Octbr. 1848.)

Wahlaus schreiben (S. 227.) [No. 50.] (26. October 1848.)

Verordnung, die Rectification des die Verord. vom 17. Oct. 1848, über die Bildung der ländlichen Wahlkreise, beigefügten Verzeichnisses dieser Wahlkreise betreffend. (S. 229.) [No. 51.] (30. Octbr. 1848.)

Landtagsabschied vom 27. Nov. 1848. (S. 239.) [No. 54.]

Staatshaushaltsetat auf der Finanzperiode von 1846 — 1848.

Verordnung, die Zusammenberufung der Abgeordneten des Landes betref. (S. 251.) [No. 55.] (11. December 1848.)

Gesetz, die Gewährung von Darlehen behuf Beförderung des Handels- und Gewerbebetriebs betr. (S. 59.) [No. 21.] (4. Mai 1848.)

Verordnung über die Ausführung dieses Gesetzes (S. 67.) [No. 22.] (4. Mai 1848.)

Gesetz, die Beförderung des Umlaufs der Leihhaus- und Darlehn-Bankscheine. (S. 69.) [No. 23.] (4. Mai 1848.)

Bekanntmach. des h. St. M. die Beförderung des Umlaufs der Leihhaus- u. Darlehn-Bankscheine betr. (S. 71.) [No. 24.] (4. Mai 1848.)

Bergl. Art. Gewerbe und Gilden.

(Die Bankscheine in Umlauf gesetzt. f. Br. Anz. 1848. No. 300.)

Leihhaus.

Rescripte.

Resc. h. St. M. v. 29. Januar 1835.

worin bestimmt wird, daß die in Courantmünzsorten bestehenden Depositen ebenfalls an die Leihhausanstalten abgeliefert und bei denselben angenommen werden sollen.

Bekanntmach. h. Finanz-Colleg. v. 3. Mai 1848.

In Gemäßheit Rescripts des h. Finanzcolleg. vom heutigen Dato No. 4572 soll unter ständischer Zustimmung eine Staatsanleihe von 300,000 Thaler durch Vermittelung der

Landescreditanstalt des h. Leihhauses aufgenommen werden. Zu diesem Zwecke und behuf des gewöhnlichen Leihhausgeschäftes werden die h. Leihhauscassen unter folgenden Bedingungen Darlehne annehmen:

1) Die Einzahlung der Darlehne muß vor dem 15. August d. J. bei einer der h. Leihhausanstalten in Golde oder in Courant beschafft werden.

2) Die Gläubiger erhalten vier Procent jährliche Zinsen tragende Leihhausobligationen.

3) Daneben werden den Gläubigern folgende Vortheile zugestanden:

a. wer vor dem 15. Mai d. J. einzahlt, erhält ein Procent, wer aber vor dem

15. Juni d. J. einzahlt, ein halbes Procent Rabatt vergütet,

b. den Besitzern von Cammer- oder Landesschuldverschreibungen steht es frei, für einen der dargeliehenen Summe gleichen Betrag solcher Obligationen den Zinsfuß um $\frac{1}{2}$ Procent erhöhen zu lassen,

c. Besitzer $2\frac{1}{2}$ procentiger Leihhauscheine oder Obligationen, welche sich bei der neuen Anleihe betheiligen, können die Erhöhung eines dem Darlehne gleichen Betrages jener Scheine oder Obligationen auf einen Zinsfuß von vier Procent verlangen.

Neben den unter b. u. c. gedachten Vortheilen kann der unter a. erwähnte Rabatt nicht in Anspruch genommen werden.

4) An Statt der Baarzahlung werden diejenigen Cammer- und Landesschuldverschreibungen, welche in Folge der stattgehabten Ausloosung am 1. Oct. d. J. zur Rückzahlung kommen, angenommen, der unter 3. a. gedachte Rabatt kann von den Besitzern dieser Obligationen jedoch nicht in Anspruch genommen werden.

5) Gläubiger, welchen der unter 3. a. gedachte Rabatt oder die unter 3. b. gedachte Erhöhung des Zinsfußes zu Gute gekommen ist, können die neuen Darlehne nach vorausgegangener halbjähriger Kündigung Michaelis 1850 zurückfordern, wogegen das Leihhaus diese Capitale wider den Willen des Gläubigers nicht vor Michaelis 1853 zurückzahlen befugt ist.

Gläubiger, welchen die unter 3. a. und 3. b. erwähnten Vortheile nicht zu Theil geworden sind, können ihre Capitale nach vorgängiger halbjähriger Kündigung zurückverlangen, wogegen das Leihhaus binnen zwei Jahren nicht kündigen darf.

Die Rückzahlung der älteren Cammer- und Landesschuldverschreibungen, deren Zinsfuß in Gemäßheit der Bestimmung unter 3. b. erhöht ist, bleibt wie bisher von der Ausloosung abhängig.

6. Die höhere Verzinsung der alten Capitale beginnt mit dem Tage der Einzahlung des neuen Capitals, und da es zweckmäßig ist, die Fälligkeitstermine der Coupons der Cammer und Landesschuldverschreibungen 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. October beizubehalten, so wird deshalb bei der Einzahlung des neuen Capitals in den unter 3. b. gedachten Fällen eine Abrechnung mit dem Gläubiger zugelegt, wobei ihm der Betrag der Zinserhöhung und der Zinsen auf das neue Capital sofort bis zum Anfange des Zinsenlaufes des neuen Coupons ausgezahlt werden soll.

Wir fordern diejenigen, welche sich bei diesem Anlehne zu betheiligen wünschen, auf,

ihre Beiträge an eine der Leihhauscassen hieselbst, zu Helmstedt, Blankenburg, Gandersheim und Holzminden, gegen Empfang von Leihhauscheinen einzuzahlen, und zugleich, falls sie von den obigen Vortheilen unter 3. b. und c. profitieren wollen, ihre betreffenden Cammer- und Landeschuldverschreibungen und 2 1/2 procentige Leihhauscheine oder Obligationen zum Umtausche einzureichen; indem wir zur Erläuterung bemerken, daß z. B. wer eine 3 procentige Landeschuldverschreibung über 100 fl einreicht, und 100 fl zur Anleihe einzahlt, dafür eine 3 1/2 procentige Landeschuldverschreibung über 100 fl und einen 4 procentigen Leihhauschein über 100 fl zurückempfängt.

Wer sich bei der Anleihe zu betheiligen wünscht, aber erst nach-dem 15. f. M. einzuzahlen beabsichtigt, kann seinen Beitrag bei einer der herzoglichen Leihhauscassen anmelden, und sich zur Einzahlung der angemeldeten Summen vor dem 15. August d. J. verbindlich machen. Die auf diese Weise subscribirten Beiträge demnächst anzunehmen, ist betreffende Leihhauscasse nur insofern verbunden, als der Bedarf nicht durch Einzahlungen vor d. 15. Juni oder ältere Subscriptionen gedeckt ist.

Sobald der Bedarf erfüllt ist, wird die Anleihe geschlossen, nach den Umständen auch schon früher die Convertirung 3 1/2 procentiger Cammer- und Landeschuldverschreibungen in 4procentige sistirt.

Die Beschlüsse darüber werden von uns bekannt gemacht und wird, falls die Gesamtsumme der Einzahlungen und Subscriptionen den Bedarf übersteigen sollte, zugleich bestimmt werden, bis zu welchem Subscriptionstage die angemeldeten Beiträge annoch bei den Leihhauscassen angenommen werden sollen, so daß die nach jenem Tage angemeldeten Beiträge nur unter denjenigen Bedingungen, welche das Leihhaus den angebotenen Darlehenen regelmäßig gewährt, nicht aber unter den obigen vortheilhafteren Bedingungen angenommen werden sollen, wenn schon sie vor dem 15. August eingezahlt würden.

Br. Anz. 1848. No. 107 u. 113.

Reglement h. Finanz-Colleg. für den Geschäftsbetrieb bei Verwilligung der Darlehne zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe v. 10. Mai 1848.

In Gemäßheit Rescripts des h. Staatsministeriums vom heutigen Datum werden zur Ordnung des Geschäftsbetriebes bei Verwilligung der Darlehne zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe für diejenigen Landestheile, welche mit der hiesigen Leihhausanstalt in Verbindung stehen, folgende Bestimmungen hiermit erlassen.

I. Die Geschäfte bei Verwilligung der Darlehne zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe werden durch eine Commission besorgt, welcher der Name Darlehnscommission beigelegt ist. In dieser führt der zum Regierungsbevollmächtigten ernannte Hofrath Kybik den Vorsitz und vertritt dabei zugleich die Leihhausverwaltung.

II. Als regelmäßige Mitglieder werden der Commission beigeordnet: die Vorstandsmitglieder des hiesigen Kaufmannsvereins und deren Stellvertreter, deren je drei nach einem unter sich festzusetzenden Turnus, durch den Vorsitzenden des Vorstandes zu jeder Sitzung der Commission einberufen werden.

III. Der Regierungsbevollmächtigte und der Vorsitzende des Kaufmannsvorstandes haben Beide das Recht, noch außerordentliche Mitglieder zuzuziehen. Diese werden gewählt:

- 1) aus anderen sechs Kaufleuten oder Fabrikanten, welche die Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter vorschlagen;
- 2) aus Gewerbetreibenden. Rücksichtlich dieser ist jede Gilde aufgefordert, zwei Meister zu wählen und namhaft zu machen.

IV. Die Anträge auf Darlehne sind an zwei bestimmten Wochentagen dem Vorsitzenden des Kaufmannsvorstandes schriftlich zu übergeben, und muß darin

- 1) die Summe des gewünschten Darlehns ausgedrückt;
- 2) das Verzeichniß der Pfandobjecte, mit genauer Bezeichnung;
- 3) die Angabe des gegenwärtigen Werths der Waare u. s. w., mit der Nachweisung des Lagerraums enthalten, und
- 4) die Versicherung gegen Feuergefährdung nachgewiesen sein. Formulare zu den fraglichen Anträgen sind bei den regelmäßigen Mitgliedern der Commission in Empfang zu nehmen.

V. Die Darlehnscommission versammelt sich an zwei anderen Wochentagen im Sitzungslokale der herzogl. Leihhauscommission und beschließt unter dem Vorstehe des Regierungsbevollmächtigten über die Bewilligung der gemachten Anträge

VI. Ist die Bewilligung erfolgt, so verfügt der die Leihhausverwaltung vertretende Hofrath Kybik auf die kürzeste Weise die Auszahlung der bewilligten Summe in Darlehnsbankscheinen durch die herzogl. Leihhauscasse.

VII. Die Bestimmung des Tagescourses der zu verpfändenden Obligationen soll den, dem Regierungsbevollmächtigten beigeordneten Mitgliedern der Commission überlassen bleiben.

VIII. Die Mitglieder der Commission aus dem Handels- und Gewerbebestande übernehmen die Geschäfte als Ehrenamt. Für die Abschätzung der verpfändeten Waaren u. s. w. werden passende Personen von ihnen ernannt und die diesen dafür gebührenden Remunerationen festgestellt, welche, so wie die etwa nöthig werdenden besonderen Lagerungskosten nach §. 8. des Gesetzes an der Darlehnssumme sogleich gekürzt werden. Die Kosten einer etwa später nöthig befundenden Nachsicht der verpfändeten Gegenstände werden von der herzogl. Leihhauscasse übernommen.

IX. Die Rückzahlung der Darlehnssummen und die Einlösung der verpfändeten Gegenstände kann zu jeder Zeit geschehen, und werden die Zinsen nur bis zum Zahlungstage berechnet.

Br. Anz. 1848. No. 113.

Bekanntmach. der h. Leihhauscommiss. v. 16. Juni 1848.

Da die in dem Geldverkehre eintretenden Conjunctionen eine Veränderung des nach Maßgabe der Bekanntmachung v. 31. Jan. 1839 bei den h. Leihhausanstalten bestehenden allgemeinen Zinsfußes erfordern, so ist dieser Zinsfuß vom h. Staatsministerium durch ein unterm 10. v. M. an h. Finanzcollegium erlassenes Rescript bis auf Weiteres auf drei Procent

für belegte und auf vier Procent für ausgeliehene Gelder festgesetzt worden. Die Ausführung dieser auf den §. 2. des Gesetzes v. 7. März 1842. (No. 63.) sich gründenden Maßregel wird in folgender Maße geschehen:

Die nach erfolgter Publication dieser Bekanntmachung bei den h. Leihhauscassen unter den gewöhnlichen Bedingungen zu belegenden Gelder werden sofort zu drei Procent Zinsen verbrieft. In Ansehung der vor der Publication dieser Bekanntmachung belegten Gelder, findet die Erhöhung des Zinsfußes vom nächsten Zinszahlungsterminen an statt, insofern dieser Termin vor dem 1. October d. J. eintritt und vom 1. October d. J. an werden sämtliche belegte Capitale, ohne Rücksicht auf den obligationsmäßigen Zinszahlungsterminen zu drei Procent verzinst. In Ansehung der bereits gekündigten Capitale verbleibt es daher bei dem bisherigen Zinsfuße, wenn sich die Gläubiger nicht geneigt finden sollten, die Kündigung zurückzunehmen, in welchem Falle der höhere Zinsfuß vom Tage der Wiederaufhebung der Kündigung an eintritt.

Auf die unter der in der Bekanntmachung h. Finanzcollegiums vom 3. Mai d. J. enthaltenen, oder überhaupt unter besonderen Bedingungen belegten Capitalien, so wie auf die bei den Sparcassen belegten Gelder, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Dahingegen sind die von den h. Leihhauscassen gegen hypothekarische Sicherheit oder Lebensversicherungen ausgeliehenen Capitale vom Ablaufe der in den Schuldbeschreibungen festgesetzten Losungsfristen an, mit vier Procent jährlich zu verzinsen. Der Tag der Losung wird hiermit auf den 1. Juli d. J. bestimmt, und die Capitale derjenigen Schuldner, welche sich dem neuen Zinsfuße nicht unterwerfen wollen, sind für diesen Fall als am 1. Juli d. J. gekündigt zu betrachten.

Die h. Leihhauscassen sind hiernach mit Instruction versehen worden.

Br. Unz. 1848. No. 146. Sp. 16. S. 1.

Medicinal-Polizei.

R e s c r i p t e.

Schr. h. Ober sanit. Colleg. v. 30. März 1842.

Das h. Ober sanitätscolleg. erwidert einem h. Kreisgerichte, daß das Verordnen von Mitteln zu äußerlichem Gebrauche von Seiten der Wundärzte, wohin die Gurgelwasser gehören, nicht als eine medicinische Puscherei zu betrachten ist, da den Wundärzten auf dem Bande das Verabreichen solcher Mittel zusteht.

Resc. h. St. M. v. 14 November 1842.

Wegen des Einschleppens der Krähkrankheit durch die Handwerksgefallen,
s. Art. Policei- und Verwaltung.

Resc. h. St. M. v. 9. Juni 1846.

Das h. St. M. verfügt auf einen Bericht einer h. Kreisdirection, daß die Kosten der gerichtlichen Obduction solcher Personen, welche ohne eigenes Verschulden (Selbstmord)

134 Medicinal-Polizei. Milde Stiftungen. Militairwesen.

und ohne Verschulden dritter (zur Tragung solcher Kosten Verbundener) Personen eines plötzlichen Todes verstorbenen sind; auch dann, wenn dieselben aus dem Nachlasse dieser letztern füglich erfolgen könnten, aus den Gerichtsverwaltungskosten-Fonds zu berichtigen seien.

Bekanntmach. h. Ober sanit. Colleg. v. 16. März 1848.

Da das Chloroform bei der Leichtigkeit seiner Anwendung und bei der Schnelligkeit seiner Wirkung möglicher Weise zur Erreichung verbrecherischer Endzwecke gebraucht, oder auch durch Unvorsichtigkeit bei dem Gebrauche schädlich werden kann, und deshalb erforderlich ist, das Publicum durch Befolgung medicinisch-policeilicher Maßregeln dagegen sicher zu stellen; so werden sämmtliche Apotheker hiesiger Lande hiedurch angewiesen, den gedachten Arzneikörper nur auf Recepte, an Aerzte, Wundärzte erster Classe und Zahnärzte verabfolgen zu lassen.

Br. Anz. 1848. No. 75.

Milde Stiftungen.

Bekanntmach. der h. Kreissdirection Braunschweig, die heinische Stiftung betr. (S. 131.) [No. 26.] (29. Juni 1847.)

Derselben sind die Rechte einer milden Stiftung durch das Rescript h. St. M. vom 25. Juni 1847 verliehen.

Bekanntmach. der h. Kreissdirection Blankenburg, die der Kranken- und Sterbecasse zu Blankenburg verliehenen Rechte einer öffentlich anerkannten Corporation betr. (S. 160.) [No. 39.] (23. Nov. 1847.)

Bekanntmach. der h. Kreissdirection Holzminden, die Verleihung der Corporationsrechte an die in der General-Inspection Holzminden bestehende Prediger-Wittwen- und Waisenauch Sterbecasse betr. (S. 145.) [No. 36.] (25. Juli 1848.)

Bekanntmach. der h. Kreissdirection Helmstedt, die der calvörder Todtencasse verliehenen Rechte milder Stiftungen betr. vom 3. October 1848. (S. 197.) [No. 46.] (3. Oct. 1848.)

Militairwesen.

Circularrescript h. Oberlandesgerichts in Beziehung auf den Art. 153. der Verordnung: die Militairstrafen u. Processen betr. v. 26. Mai 1837 (S. 97.) [No. 21.] (17. Mai 1847.) Gesetz, über die Verlängerung der Dienstpflcht der fünften und siebten Altersclassen der Soldaten (S. 36.) [No. 15.] (18. April 1845.)

Gesetz, über die Verpflichtung zur Leistung von Fuhrn für das Militair. (S. 45.) [No. 19.] (24. April 1848.)

§. 1. Begriff der Militairfuhrn S. 45.

§. 2. Verpflichtung zur Leistung der Militairfuhrn S. 46.

§. 3. Zuständige Behörden S. 46.

§. 4. Feststellung des Zugviehbestandes S. 47.

- §. 5. Vertheilung der Pflicht zur Leistung der Militairfuhren S. 47.
- §. 6. Stellvertretung bei den Militairfuhren S. 48.
- §. 7. Pünktliche Stellung der Militairfuhren S. 48.
- §. 8. Entschädigung für die Militairfuhren S. 48.
- §. 9. Liquidation und Auszahlungen für Militairfuhren S. 49.
- §. 10. Einsetzung der Etappenbehörde S. 50.

Provisorisches Gesetz über die Volkswehr (S. 131.) [No. 37.] (22. August 1848.)

- I. Allgemeine Bestimmungen S. 131.
- II. Berechtigung und Verpflichtung zum Dienste S. 132.
- III. Eintheilung der Volkswehr. S. 134.
- IV. Beamte S. 136.
- V. Bewaffnung S. 137.
- VI. Dienstleistungen S. 139.
- VII. Strafen S. 141.
- VIII. Statuten S. 143.

Transitorische Bestimmungen S. 144

(In dem Schlusse des §. 28. muß gelesen werden: die unter 4 u. 6. f. die Berichtigung auf S. 146.)

Gesetz über die Errichtung einer Landwehr und Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Februar 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr. (S. 197.) [No. 45.] (11. Sept. 1848.)

- §. 1. Landwehr neben dem stehenden Truppencorps und statt der Reserve S. 197.
- §. 2. Verpflichtung zur Landwehr (Altersclassen) vergl. Cantonreglem. v. 30. Jul. 1821. §. 57.; B. v. 23. Febr. 1837. §. 77. S. 197.
- §. 3. Befreiung zufolge §. 9. des Ges. v. 23. Febr. 1837. S. 198.
- §. 4. Abänderung des §. 4. des Ges. v. 23. Febr. 1837. S. 198.
- §. 5. Verfügung wegen derjenigen, welche sich den höheren Wissenschaften widmen S. 199.
- §. 6. Verpflichtung zum Selbstdienen im activen Corps und in der Landwehr. S. 199.
- §. 7. Dauer zum Dienst in der Landwehr S. 200.
- §. 8. Bürgerliche Verhältnisse im Dienste der Landwehr S. 200.
- §. 9. Verfügung in Betreff der Artilleriepferde S. 200.
- §. 10. Remontecommission S. 200.
- §. 11. Aufforderung zur freiwilligen Stellung der Pferde S. 201.
- §. 12. Tauglichkeit der Pferde S. 201.
- §. 13. Verhalten bei Verschiedenheit der Taxe von Pferden S. 202.

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 31. August 1836.

Nach dem Art. 162. der Verordn. v. 29. Oct. 1821. die Militairstrafen und Proceffe betr., ist zwar allerdings bei casernirten Militairpersonen der Bataillonschef verbunden, auf an ihn ergangene Requisition, die Insinuation gerichtlicher Verfügungen an Militairs zu bewirken. Da jedoch die Sistrung dienstthuender Militairpersonen vor auswärtigen Gerichten nicht selten störend auf den Dienst einwirken und in Rücksicht hierauf schon gesetzlich bestimmt worden ist, daß der Soldat als Zeuge in Civilprocessen durch Requisition des Gerichts seines Stationsorts vernommen werden soll, so werden die h. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter angewiesen, im Allgemeinen in den bei ihnen anhängigen Processen die erforderliche Vernehmung von Militairpersonen, so viel die Beschaffenheit der Sache irgend gestattet, durch Requisition der Gerichte des Stationsorts derselben zu bewirken.

Resc. h. St. M. v. 1. November 1837.

Da es nur in seltenen Fällen möglich ist, die einzelnen im Lande stationirten Unterofficiere, Landdragoner und Landjäger, nach Vorschrift Rescr. v. 27. Juni 1820 in Begleitung eines Vorgesetzten vor den Civilgerichten erscheinen zu lassen, so ist beschlossen, denselben zu gestatten, in den Terminen auch allein mit Kopfbedeckung und Seitengewehr zu erscheinen und diese nur bei Eidesleistungen abzulegen.

Resc. h. St. M. v. 3. Januar 1839.

Die h. Kreisgerichte werden angewiesen, bei Benachrichtigung von Erkenntnissen wegen Vergehen wider die Militairpflicht an die h. Aemter und Stadtgerichte denselben zugleich die Entscheidungsgründe durch die Communication der Abschriften der Erkenntnisse mitzutheilen.

Schreiben des h. Kriegescolleg. v. 27. Februar 1844.

Das h. Kriegescollegium ersucht die h. Kreisdirectionen, zu verfügen, daß den beurlaubten Soldaten, ohne Producirung eines erneuerten, die Entfernung vom Urlaubsorte gestattenden Militairpasseß, keine Heirathscheine oder Wanderbücher ertheilt werden.

Resc. h. St. M. v. 2. März 1846.

Die den Erben der Pensionairs bewilligten Gnadenmonate betr. f. Art. Wittwen- und Waisen-Verorgungsanstalt.

Resc. h. St. M. v. 12. März 1846.

Aus einem Berichte des h. Kriegescollegiums ist ersehen, daß in denjenigen Fällen, wo Militairpflichtige in den Voruntersuchungs- und Aushebungsterminen nicht erscheinen, von der Aushebungscommission in den Listen als abwesend disponibel aufgeführt sind, und bei ihrer nachherigen Sistrung wegen körperlicher Unthätigkeit auf Befreiung Anspruch machen, nicht überall gleichmäßige Grundsätze befolgt sind. Es wird daher, um die hieraus folgenden Inconvenienzen zu beseitigen, das in Fällen der bezeichneten Art zu beobachtende Verfahren, nach dem Vorschlage des h. Kriegescollegii dahin bestimmt, daß zunächst von

dem h. Amte oder Stadtmagistrate über die Eisirung des Militairpflichtigen, die vorgebrachte Entschuldigung seines Ausbleibens und seine angeblichen Körperfehler ein Protokoll aufzunehmen, ein ärztliches Gutachten des Physicus über die Dienstfähigkeit einzuziehen, beides mittels Berichts an die betreffende Kreisdirection zur Entschuldigung des Ausbleibens einzusenden, sodann der Militairpflichtige zur nachträglichen Untersuchung durch den Militairarzt auf seine Kosten nach Braunschweig zu senden, und, wenn das Gutachten beider Aerzte übereinstimmend eine temporäre oder definitive Dienstuntauglichkeit darthun, vom h. Kriegescollegio die Zurückstellung oder Entlassung auszusprechen, sonst aber der Militairpflichtige der Militairgesundheitscommission zur Untersuchung vorzustellen und deren Gutachten zu verfügen ist.

Die h. Kreisdirectionen sind von dieser Verfügung in Kenntniß gesetzt.

Resc. h. St. M. v. 14. Febr. 1849.

wodurch das Volkswehrstatut für die Stadt Wolfenbüttel bestätigt wird S. 13.

Volkswehrstatut für die Stadt Wolfenbüttel v. 7. März 1849 (in Quart) I. Organisation S. 15. II. Bewaffnung S. 16. III. Uniform S. 17. IV. Wahlen S. 17. V. Dienst S. 18. VI. Exercier- und Waffenübung S. 19. VII. Ausschüsse und Disciplinarverfahren S. 19. VIII. Besondere Pflichten der Officiere S. 21. IX. Vorübergehende Bestimmungen S. 22. Anhang: Reglement für das Feuerdetachment.

Herzogl. Bekanntmach. v. 17. April 1849.

Um den Staat und die Gemeinden gegen unbefugte Veräußerung der von ihnen nach den Vorschriften des provisorischen Gesetzes über die Volkswehren vom 22. Aug. v. 3. für den Volkswehrdienst gelieferten Bewaffnungsgegenstände thunlichst zu sichern, erlassen Wir, mit Zustimmung des Ausschusses der Abgeordneten des Landes, die nachstehende gesetzliche Bestimmung: Gewehre und andere Gegenstände, welche zur Ausrüstung der Volkswehr vom Staate oder von den Gemeinden geliefert und mit einem besondern, zur allgemeinen Kunde zu bringenden Zeichen versehen sind, sind dem freien Verkehre entzogen, und können daher mit Gültigkeit nicht veräußert werden. Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu richten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten herzoglichen Geheime-Canzleisiegels.

Auf höchsten Specialbefehl. v. Schleinitz. v. Geyso. Morgenstern.

Br. Anz. 1849. v. 24. April No. 96.

Ministerialcommission.

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der herzoglichen Ministerial-Commission betr.

(S. 13.) [No. 3.] (5. Jan. 1847.)

Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der herzoglichen Ministerial-Commission betr.

(S. 1.) [No. 1.] (7. Jan. 1848.)

Münzen.

Verordnung, die Publication des unterm 21. Oct. 1845 zwischen den Staaten des Zollvereins abgeschlossenen Münzkartells betr. (S. 283.) [No. 33.] (20. Sept. 1846.)

R e s c r i p t e.

Des h. Finanzcollegiums Anleitung zur Instruction der Rendanten öffentlicher Cassen, in Beziehung auf die Einrichtung der Erhebungsregister, Journale, Manuale und Rechnungen, behuf des Ueberganges vom Conventionsfuße auf den Courantmünzfuß. v. 14. Jan. 1835.

Resc. h. Finanzcolleg. v. 25. Septbr. 1839.

Das h. Staatsministerium hat behuf Zurückdrängens der Goldmünzen von den h. Landescaffen, bestimmt:

1) daß bei allen nach dem Silbermünzfuße festgesetzten Zahlungen keine Goldmünzen, auch dann nicht anzunehmen seien, wenn die Rechnungsführer vermeinen, dieselben ohne Verlust wieder ausgeben zu können;

2) daß in den Fällen, wo den Rechnungsführern die Annahme von Goldmünzen bei Zahlungen nach dem Silbermünzfuße gegen einen festgesetzten Cours ausdrücklich nachgelassen wird, die Festsetzung des Aufgelbes dergestalt geschehen solle, daß der Geldcours für die Cassen unter den jedesmaligen und dem, in der nächsten Zeit wahrscheinlichen Course des Geldhandelsverkehrs bleibe.

Policei und Verwaltung.

Bekanntmachung des h. St. M., die Ertheilung von Pässen, behuf der Auswanderung nach Amerika betr. (S. 63.) [No. 10.] (3. März 1846.)

1) Anzeige der Stadtpolizei-Behörde oder dem betreffenden Amte zu machen.

2) Bekanntmachung der Absicht durch die Anzeigen oder Localblätter und durch Anschlag.

3) Ausstellung der Pässe nach 4 Wochen der Bekanntmachung.

Bekanntmachung des h. St. M., den Beitritt des Fürstenthums Reuß-Schleiz zu der Ubereinkunft wegen Handhabung der Paß-Polizei auf den Eisenbahnen betr. (S. 199.) [No. 25.] (8. Aug. 1846.)

Bekanntmachung des h. St. M., den Beitritt der fürstlich Reuß-Plauischen Landesregierung zu Gera zu der Ubereinkunft wegen Handhabung der Paßpolizei auf den Eisenbahnen betr. (S. 205.) [No. 28.] (24. Aug. 1846.)

Bekanntmachung des h. St. M., den Beitritt der fürstlich Reuß-Plauischen Regierung zu Greiz zu der Ubereinkunft wegen Handhabung der Paßpolizei auf den Eisenbahnen betr. (S. 1.) im Jahrg. 1847. [No. 1.] (28. Dec. 1846.)

Bekanntmachung des h. St. M., den Beitritt der großherzoglich sächsischen Landesregierung zu Weimar zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolizei auf den Eisenbahnen betr. (S. 45.) [No. 9.] (31. Jan. 1847.)

Bekanntmachung des herzoglichen Staatsministeriums, den Beitritt der herzoglich sächsischen Landesregierung zu Gotha zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paßpolizei auf den Eisenbahnen betr. (S. 49.) [No. 11.] (29. März 1847.)

Gesetz, das Verbot der Ausführung der Pferde über die Gränzen des deutschen Bundesgebiets betr. (S. 21.) [No. 10.] (28. März 1848.)

Gesetz über das Vereinigungsrecht (S. 113.) [No. 32.] (20. Juni 1848.)

R e s c r i p t e.

Resc. h. Kr. Direct. v. 4. October 1842.

Das Ausweisen der Ausländer betreffend.

§. Art. Wohnortsrecht.

Resc. h. Kr. Direct. v. 4. October 1842.

Es ist wahrgenommen worden, daß bei dem Visiren der Pässe, insonderheit fremder Personen, namentlich von Marionettenspielern, Hausirern und anderen umherstreifenden Individuen, so wie bei dem Ausstellen neuer Reisepässe, statt der abgelaufenen, von verschiedenen Behörden keinesweges mit der erforderlichen Achtsamkeit zu Werke gegangen wird, und daß in Folge davon lästiges Gefindel, welches auf seine vorgeschriebene Reiseroute hätte beschränkt, resp. nach abgelaufenem Passe sofort zurückgewiesen werden müssen, das Land nach allen Richtungen hin und zur größten Beschwerde für das Publicum hat durchstreifen können. Es wird daher daran erinnert, resp. verfügt:

1) daß das Abweichen von der im Passe vorgeschriebenen Reiseroute nur ganz unverdächtigen Personen und nur nach genügender Nachweisung einer triftigen Veranlassung zu gestatten sei;

2) daß ausländische Marionettenspieler, Zigeuner, und sonstiges Gefindel, so viel thunlich, gleich von der Landesgrenze zurückgewiesen, oder doch, falls die Gestattung der Durchreise durch das Land unbedenklich erscheinen würde, denselben die im Passe zu bemerkende Auflage zu ertheilen sei, sich auf geradem Wege und ohne von der genau vorzuschreibenden Reiseroute abzuweichen, zu begeben;

3) daß ausländischen Personen, deren Zulassung irgend bedenklich erscheinen könnte, abgelaufene Reisepässe u. nicht zu erneuern, selbige vielmehr damit zurückzuweisen seien.

Resc. h. St. M. v. 21. Novbr. 1842.

Da in den lezten Zeiten wahrgenommen ist, daß fremde Handwerksgesellen häufig die Kränklichkeit eingeschleppt und deren Verbreitung bewirkt haben, zur Beseitigung dieses Uebelfandes aber erforderlich scheint, mit größerer Strenge darauf zu halten, daß die in der landesherrlichen Verordnung v. 30. Dec. 1829 die Abwehrung der zweck- und brod-

los umherschweifenden Handwerksgesellen betreffend, enthaltenen Vorschriften gehörig befolgt, und namentlich die in Folge des unterm 21. Nov. 1829 an das h. Ober-sanitätscollegium erlassenen Rescripts theils von dieser Behörde an sämtliche Physici, theils von der vormaligen h. Kammer für die Oberhauptleute und die Policeidirectionen, behuf Abwehrung ansteckender Krankheiten durch einwandernde Gesellen getroffenen Anordnungen gehörig zur Ausführung gebracht werden, so werden die h. Kreisdirectionen hiermit angewiesen, für die strenge Befolgung der bezeichneten Vorschriften genau Sorge zu tragen.

Resc. h. Kr. Dir. v. 28. März 1843.

Es sind nach Anzeige der h. Policeidirection in Braunschweig in neuerer Zeit Fälle vorgekommen, daß von Seiten h. Policeibehörden die Vermerkung des Verbots des Wanderns in die Schweiz und der Bestimmungen des Bundestagsbeschlusses vom 3. Dec. 1840 unterlassen worden sind. In Beziehung auf die Circularrescripte vom 27. April 1841 und 17. Mai v. J. wird wiederholt an die genaueste Befolgung der dieserhalb bestehenden Vorschriften erinnert.

Resc. h. Kr. Direc. v. 24. October 1843.

Von der Strenge der in Betreff des Wettlaufs zu Pferde und resp. zu Fuß auf dem Lande bestehenden Verbote (landesherrl. Verordn. v. 20. Dec. 1745 u. v. 29. Aug. 1798) soll einem an die h. Landesdirection erlassenen hohen Rescripte zufolge, insoweit nachgelassen werden, daß in den Landgemeinden alljährlich ein Tanzgelage im Freien, verbunden mit einem festlichen Aufzuge zu Wagen und zu Pferde, und mit einem einfachen Wettlaufe oder einem sogenannten Sacklaufe, oder dem sogenannten Hahnenschlage, oder auch dem Verloofsen einer Fahne, auf Ersuchen des betreffenden Ortsvorsiehers gestattet werden könne. Es ist jedoch dabei jedesmal specielle Beauffichtigung durch den Ortsvorsteher und das Policeimilitair anzuordnen, und dadurch thunlichst zu verhüten, daß bei der zu veranstaltenden Lustbarkeit Unordnungen irgend einer Art vorkommen. Insonderheit ist das gedachte Aufsichtspersonal anzuweisen, daß ein Wettrennen zu Pferde in keiner Art und unter keinen Umständen stattfinde, und daß namentlich auch bei dem Aufzuge mit einem Wagen und Pferden nicht übermäßig schnell gefahren oder geritten werde. Auch ist die Erlaubniß der obigen Art nur unter der speciellen Androhung zu ertheilen, daß etwa vorkommende Störungen der öffentlichen Ordnung außer den gesetzlichen Strafen die Verweigerung der Erlaubniß zu solchen Lustbarkeiten auf eine oder mehrere Jahre zur Folge haben werde.

Resc. h. St. M. v. 17. Januar 1846.

Von der h. Kreisdirection B. ist dem h. St. M. über einen von dem h. Amte H. ergriffenen Recurs gegen eine von jener Behörde, auf Veranlassung der Revision der t-schen Gemeinderrechnung vom Jahre 1844, abgegebene Verfügung, in Betreff einer von dem h. Amte dem Ortsvorsteher zu L. für Aufstellung der Seelenliste zum Behuf der Volkszählung verwilligten Remuneration Bericht erstattet und auf Entscheidung angetragen worden. Dem h. Amte wird zu diesem Ende nun eröffnet, daß der von demselben gegen die h. Kreisdirection aufgestellten Ansicht keineswegs Beifall gegeben werden könne. Das Geschäft der

Vollzählungen, gleichviel, ob in allgemeiner statistischer Rücksicht oder, wie in dem in Rede stehenden Falle, zu einem besondern Zwecke, ist allerdings in den ordentlichen Dienstverpflichtungen der Ortsvorsteher liegend zu erachten, und da denselben für ihre Dienstleistungen ein fester Gehalt ausgeworfen ist, so können sie für ein Geschäft der gedachten Art eine besondere Vergütung nicht in Anspruch nehmen. Die Befugniß der h. Kreisdirection aber, bei der Revision der Gemeinderrechnung dem h. Amte die Unzulässigkeit der von ihm angewiesenen Remuneration bemerklich zu machen, und deren Abstellung für die Zukunft zu verfügen, kann einem gegründeten Zweifel überall nicht unterliegen. S. Amt hat daher der von der h. Kreisdirection erhaltenen Anweisung Folge zu leisten.

Posten.

R e s c r i p t e.

Circular der h. Postdirection v. 26. August 1836.

worin den h. Postanstalten die Circularrescripte der königlich hannoverschen Postdirection v. 20. und 22. Aug. 1836 in Betreff des Briefportos mitgetheilt werden.

Resc. h. St. M. v. 31. Juli 1839.

Da h. St. M. für zweckmäßig erachtet, daß die der h. Kammer zuständige Portofreiheit in Kammerprocesssachen nur auf die Weise in Anwendung komme, daß ihr das in allen Fällen einstweilen vorzuschießende Porto bei eintretender Succumbenz oder bei eintretender Insolvenz des zur Kostenersatzung verurtheilten Proceßgegners aus h. Postcasse erstattet werde, hiernach aber von den Gerichten des Landes bei Postsendungen in Kammerprocesssachen eine von der Portopflicht befreiende Rubrik nicht weiter in Anwendung zu bringen ist, so ist von jetzt an danach zu verfahren und bei der Festsetzung der Proceßkosten Liquidationen hierauf Rücksicht zu nehmen.

Circul. Resc. h. Kammer v. 2. Februar 1843.

Zur Vereinfachung des Geschäftsganges bei den Abtheilungen der h. Kammer und bei den h. Aemtern ist die Einrichtung getroffen, daß die auf den Ausfertigungen jener Behörde haftenden Stempel-, Fiscus-, Schreib- und Siegel-Gebühren von dem Pflichtigen, und insofern diesen die betreffenden Documente durch die h. Aemter, oder das h. Stadtgericht auszuhändigen sind, von letztern Behörden durch Postvorschuß eingezogen werden. Die h. Aemter u. wollen daher die dieserhalb von h. Kammer auf die zu beziehenden Postvorschüsse nebst den nach §. 220 der Postordnung zu berechnenden Procuragebühren aus ihrer Bureaukasse auslegen, und von den Zahlungspflichtigen gegen Aushändigung der betreffenden Documente sofort wieder einziehen. Zu den selten vorkommenden Fällen, daß letzteres unthunlich ist, wollen h. Aemter das fragliche Document an die betreffende Abtheilung h. Kammer unter Zurücknahme des Auslagebetrages mittelst Postvorschusses remittiren.

Circul. Resc. h. Kammer v. 14. Februar 1843.

In Verfolg des Circularrescripts v. 2. d. M. werden die h. Aemter und Stadt-

gerichte benachrichtigt, wie bei den in Gemäßheit besagter Verfügung eintretenden Postvorschußen von h. Postdirection, die mittelst §. 220 der Postordnung und §. 12 der Declaration der Postordnung v. 28. März 1833 den Postbeamten zugestandene Procurägebüßr dergestalt ermäßigt ist, daß bei Auslagen bis 5 Thlr. einschließlich der Satz von 1 Ggr. pr. Thlr., bei Beträgen über 5 Thlr. aber, so lange nur 5 Ggr. berechnet werden sollen, bis die Hälfte der gesetzlich zugedilligten Gebühren mehr beträgt, so, daß bei Summen über 10 Thlr. für jeden Thlr. nur 6 Pf. Procura kommen.

f. Bestimm. h. St. M. an die Postämter v. 22. Octbr. 1846.

Resc. h. St. M. v. 3. März 1843.

Da das h. St. M. auf einen Bericht der h. Kammer bei der in der Berechnung der Kammer-Fisci-Gebühren getroffenen Veränderung zur Vereinfachung des Geschäftsganges für angemessen erachtet, daß die Gebühren der fraglichen Art in den wenigen Fällen, da solche annoch zur Erhebung kommen, von dem mit der Aushändigung des betreffenden Documents zu beauftragenden auswärtigen Gerichte durch Postvorschuß eingezogen, und die Vorschüsse bis zur Wiedererhebung von den Betheiligten aus dem Gerichtsverwaltungs-kostenfonds geleistet werden, so ist darnach zu verfahren.

Bekanntmach. h. Postdirect. v. 13. Decbr. in Folge Resc.
h. St. M. v. 5. Decbr. 1848.

In Betreff der Portofreiheit der Reichstruppen.

Br. Anz. 1848. No. 298.

Privilegien.

Bekanntmach. h. Kreisdirection Braunschweig, daß dem Bergbau- und Hüttenbetriebs-Director Thoma zu Oschersleben ertheilte Privilegium auf die ausschließliche Herstellung von Braunkohlen-Coaks betr. (S. 61.) [No. 9.] (24. Januar 1846.)

Bekanntmach. der h. Kreisdirection Braunschweig, daß dem Schlossermeister Heinrich Lüders in Braunschweig ertheilte Privilegium zur ausschließlichen Anfertigung und den Verkauf eiserner Rouleaux-Fensterladen betr. (S. 65.) [No. 11.] (6. März 1846.)

Bekanntmach. der h. Kreisdirection Holzminden, die Verleihung der Rechte einer öffentlichen Corporation an den holzmindener Clubb betr. (S. 143.) [No. 15.] (25. April 1846.)

Bekanntmach. der h. Kreisdirection Braunschweig, daß dem Kaufmann Wilhelm Schmuck zu Berlin ertheilte Privilegium zur alleinigen Anfertigung und zum ausschließlichen Verkaufe eines von ihm erfundenen Kaffeebrenn-Apparats betreffend. (S. 43.) [No. 8.] (2. Februar 1847.)

Bekanntmach. der h. Kreisdirection Braunschweig, daß, dem Major Corre auf Maren bei Dresden ertheilte Privilegium auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Zusammensetzung eines Backofens mit continuirlicher Befuerung betreffend. (S. 93.) [No. 93.] (15. Mai 1847.)

Bekanntmach. h. Kreisdirection Braunschweig, daß, den Maschinenfabrikanten Hagen und

Privilegien, Reichsgesetze und Verordnungen, Rescripte. 143

Bekanntmach. Ertheilte Patent auf einen Schieber für rotirende Dampfmaschinen betr. (S. 5.) [No. 2.] (18. Januar 1848.)

Bekanntmach. Der h. Kreisdirection Braunschweig, das dem T. E. Gibson zu London ertheilte Privilegium auf Ausführung der von ihm erfundenen Verbesserung der Coaksöfen und der Fabrication von Coaks für die hiesigen Lande betr. (S. 111.) [No. 31.] (13. Juni 1848.)

Rescripte.

Bekanntmach. h. Kreisdirect. Holzminden v. 25. Juli 1848.

Durch ein Rescript des h. Staatsministeriums v. 17. Jul. 1848, sind der in der Generalinspektion Holzminden bestehenden Predigerwitwen- und Waisen- auch Sterbecasse die Corporationsrechte beigelegt worden.

Reichsgesetze und Verordnungen.

Verfüg. die Veröffentlichung der Reichsgesetze und Verordnungen betr. (S. 207) [No. 47.] (12. October 1848.)

(Bekanntmach.) der Expedition des Reichsgesetzblattes, das Erscheinen dieses Blattes zufolge Beschlusses der deutschen Reichsversammlung betr. Frankfurt a. M. im September 1848.)

Reichsgesetze und Verordnungen. Reichsgesetzblatt.

Stück I. Gesetz, die Verkündigung der Reichsgesetze und die Verfügungen der provisorischen Centralgewalt betr. 27. Sept. 1848. S. 1.

Verfüg., die Herausgabe des Reichsgesetzblattes betr. 27. Sept. 1848. S. 2.

Verfüg. des Reichs-Ministeriums der Justiz, die Herausgabe des Reichsgesetzblattes betr. 27. Sept. 1848. S. 2.

Gesetz, über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland. 27. Septbr. 1848. S. 3.

Stück II. Gesetz, das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der Verfassungsgebenden Reichsversammlung betr. 30. Sept. 1848. S. 5.

Stück III. Verord., eine Matrikularumlage zur Bestreitung der Kosten der Reichsversammlung und der Centralgewalt betr. 30. Sept. 1848.

Gesetz zum Schutze der verfassungsgebenden und der provisorischen Centralgewalt. 10. Oct. 1848.

Stück IV. Verord., die Beschaffung von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thlr.) für die deutsche Marine betr. 10. Oct. 1848.

Bekanntmach. des Reichsministeriums der Finanzen betr. die Vertheilung der vorläufig für die deutsche Marine verfügbar zu machenden 5,250,000 fl. (3,000,000 Thlr.) auf die einzelnen Staaten. 10. Oct. 1848.

Stück V. 1.) Gesetz die Einführung einer deutsch-kriegsfahrenden Handelsflagge. 12. Nov. 1848.

2) Verordn., die Vollziehung des Gesetzes über die deutsche Krieges- und Handelsflagge betr. 31. Jul. 12. Nov. 1848. (S. 21) [S. 21] (2 2) und
Stück VI. Gesetz, die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland betr.
 26. Nov. 1848.


I. Einführungs-gesetz: Art. 1. Gesetzeskraft vom 1. Mai 1849 an. Art. 2. Keine Abänderungen in den Einzelstaaten. S. 19.
II. Allgemeine deutsche Wechselordnung: 1. Abschn. Wechselfähigkeit S. 19. Zweiter Abschn.: Von gezogenen Wechseln I. Erfordernisse S. 20. II. Verpflichtung des Ausstellers S. 21. III. Indossament S. 22. IV. Präsentation zur Annahme S. 23. V. Annahme (Acceptation) S. 24. VI. Regreß auf Sicherstellung 1) wegen nicht erhaltener Annahme S. 25. 2) wegen Unsicherheit der Acceptation S. 26. VII. Erfüllung der Wechselverbindlichkeit S. 27. 1) Zahlungstag S. 27. 2) Zahlung S. 28. VIII. Regreß Mangels Zahlung S. 30. IX. Intervention S. 33. 1) Ehrenannahme S. 33. 2) Ehrenzahlung S. 34. X. Vervielfältigung eines Wechsels S. 35. 1) Wechselduplicate S. 35. 2) Wechselcopieen S. 36. XI. Abhandengekommene Wechsel S. 37. XII. Falsche Wechsel S. 37. XIII. Wechselverjährung S. 38. XIV. Klagrecht des Wechselgläubigers S. 39. XV. Ausländische Gesetzgebung S. 39. XVI. Protest S. 40. XVII. Ort und Zeit der Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen S. 41. XVIII. Mangelhafte Unterschriften S. 42. **Dritter Abschn.: Von eigenen Wechseln S. 42.**

Stück VII. Verordnung, die badre Vergütung für die Verpflegung der Reichstruppen betr.
 27. Nov. 1848.

Stempel:
Gesetz über die Aufhebung der Stempelabgabe für politische Zeitschriften (S. 357.) [No. 58.]
 (23. December 1848.)

Rescripte.
Resc. h. Land. Ger. v. 10. Juli 1837.

Es ist verschiedentlich der Fall vorgekommen, daß bei den Gastwirthen ungestempelte Logirbücher vorgefunden sind, daß dieselben aber gleichwol von den Gerichten als Contravenienten gegen die Stempelsteuerverordnung nicht angesehen und bestraft worden, wornach sie diese Bücher noch im Laufe des Jahres nachstempeln lassen.

Die Vorschriften der §. §. 12 u. 18. der Stempelsteuerverordnung vom 29. Dec. 1821. auf die Logirbücher der Gastwirth angewendet: so ergibt es sich von selbst, daß diese, ehe sie solche jedes Jahr in Gebrauch nehmen, entweder einen Stempelbogen von 6  vorheften lassen, oder doch solche zeitig mit diesem Stempel bezeichnen lassen müssen. Hieraus folgt, daß jeder Gebrauch eines mit dem vorschriftsmäßigen Stempel nicht versehenen Logirbuchs, eine Stempel-

steuercontravention involvirt, welche durch nachherige Supplirung desselben so wenig aufgehoben wird, als dies bei andern stempelpflichtigen Schriften der Fall sein würde.

Das h. Landesgericht ist vom h. Staatsministerium angewiesen, diese seine rechtliche Ansicht den Gerichten zur Prüfung bei vorkommenden Fällen mitzutheilen.

Resc. h. St. M. v. 14. December 1842.

Die vom h. Oberhofmarschallamte zu entrichtende Contractstempelgebühr betreffend
f. Art. Gerichtsporteln.

Steuern.

Gesetz, die Herabsetzung der Schlachtaccise von Schweinen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel (S. 197.) [No. 24.] (27. Jul. 1846.) Von 1 fl 9 M auf 1 fl 3 M für jedes Stück.

Gesetz, die Besteuerung des im Inlande erzeugten Rübenzuckers betr. (S. 207.) [No. 29.] (21. August 1846.)

§. 1. I. Allgemeine Bestimmungen S. 207. 1) Höhe der Steuer. §. 2. 2) wie solche erhoben wird. a) Auf den Grund specieller Gewichts-Ermittelung. §. 3. Im Wege der Fixation. §. 4. 3) Von wem, und wann die Steuer zu entrichten ist. §. 5. 4) Erlass und Erstattung der Steuer. §. 6. 5) Verjährung. §. 7. 6) Beschränkung des Betriebes. §. 8. II. Vorschriften über die Erhebung und Controlirung der Steuer S. 211. §. 1. Anmeldung der Betriebsräume und Geräthe. §. 9. Bezeichnung und Vermessung der Geräthe. §. 10. 3) Amtliche Bescheinigung darüber. §. 11. 4) Aufsicht der Steuerbehörde. §. 12. 5) Anmeldung des Betriebes. §. 13. 6) Einreichung von Materialvorrathsverzeichnissen. §. 14. 7) Besondere Vorschriften für die Fabriken, in welchen getrocknete Rüben verarbeitet werden. §. 15. 8) Verpflichtung zur Befolgung der Controlevorschriften. §. 16. III. Behörden und Beamten zur Erhebung und Aufsicht S. 216.

§. 17. IV. Von den Strafen und dem Strafverfahren S. 217.

A. Strafen: 1. Strafe der Steuerdefraudation S. 217.

Instruction für die Steuerbehörden zur Ausführung des Gesetzes vom 21. Aug. 1846, die Besteuerung des im Inlande erzeugten Rübenzuckers betr. (S. 223.) [No. 30.] (26. Aug. 1846.)

§. 1. I. Aufsicht der Steuerbehörde auf die Fabrikation des Rübenzuckers im Allgemeinen S. 223.

§. 7. II. Vorschriften über das Abfertigungsverfahren und die Erhebung der Steuer. S. 224. (S. 228. No. c. 3. 2. Druckfehler s. S. 295.)

§. 23. III. Controlirung der Rübenzuckerfabriken S. 234.

§. 29. IV. Allgemeine Bemerkungen über die Registerführung S. 238.

Inventarium der Rübenzucker-Fabriken im Bezirke des Hauptzollamts zu N. S. 241. Anmeldungsregister S. 243. Notirbuch des Steuerausschreibers S. 251. Rübenverwie.

gungsregister S. 265. Heberegister S. 269. Quittungsbuch S. 271. Revisionsbuch S. 273. Zusammenstellung der Steuerentrichtung S. 275.

Berord., die Aufhebung der Eingangsabgabe von Getraide, Hülsenfrüchten und Mehl betr. (S. 47.) [No. 10.] (15. Febr. 1847.)

Berord., die Aufhebung der Eingangsabgaben von Reis betr. (S. 51.) [No. 12.] (24. April 1847.)

R e s c r i p t e .

Resc. h. Steuer-Colleg. v. 25. Mai 1834.

Da hinsichtlich der durch die Remissionstabellen zum Erlasse im Wege der Gnade in Vorschlag gebrachten Steuern der Fall eintreten kann, daß einer oder der andere solcher Vorschläge nicht die höhere Genehmigung erhält, so hält h. Str. Coll. es nicht für angemessen, daß die betreffenden Steuerpflichtigen von der Befristung der Steuern behuf deren Aufnahme in die Remissionstabellen in Kenntniß gesetzt werden.

Die h. Aemter und Stadtgerichte haben daher die ihnen für die Folge zugehenden Nachrichten über geschehene Befristungen von Steuern zum Erlasse im Wege der Gnade, den betreffenden Debiten nicht bekannt zu machen, sondern dieselben erst dann, wenn der Erlaß statt gefunden, hiervon in Kenntniß zu setzen.

Resc. h. St. M. v. 3. Juni 1836.

Da die bei den Gerichten erster Instanz in Steuercontraventionsfachen ergangenen Acten, welche nach §. 137. des Gesetzes v. 23. April v. J. No. 16. die Eingangs- Durchgangs- und Ausgangsabgaben betr., nach abgehaltenen Ermäßigungsstermine, und vor Ueberweisung der Sache zum gerichtlichen Verfahren der h. Oberinspektion der indirecten Steuern hierselbst, resp. der betreffenden königl. hannoverschen Direction der indirecten Abgaben und Zölle, einzusenden sind, in denjenigen Fällen, in welchen die Ermäßigungs-vorschläge von den Denunciaten und der Steuerbehörde angenommen wird, nicht in die Gerichtsregistratur zurück gelangen, sondern von der Steuerbehörde aufbewahrt werden sollen, so haben sich die h. Kreisgerichte hiernach zu achten.

Resc. h. St. M. v. 27. Octbr. 1836.

worin ein h. Kreisgericht angewiesen wird, dem Ersuchen der oberen Steuerbehörden um Uebersendung der in Steuercontraventionsfachen ergangenen Acten zur Einsicht in jeder Lage des Processes Folge zu geben.

Resc. h. Landesger. v. 28. Septbr. 1837.

Da durch das persönliche Erscheinen der Kreiseinnehmer zur Empfangnahme der Zahlungen aus Concursmassen nicht nur die Cassengeschäfte leiden, sondern auch Zahlungen an die Kreiscassen nur gegen eine gemeinschaftliche Quittung der Kreiseinnehmer und des Kreiscassencontroleurs mit dem Erfolge der Liberierung geleistet werden können, so ist das h. Landesger. vom h. Staatsministerium beauftragt, die h. Kr. Ger. und das h. Amt Ehe-

dinghausen anzuweisen, in den Fällen der erwähnten Art die zu zahlenden Gelder an die genannten Cassen einzusenden, worauf dieselben dann dem betreffenden Gerichte die, in gehöriger Form und unter Bedrückung des Cassensiegels auszustellenden Quittungen zugehen lassen werden.

Schreiben h. Steuercol. v. 7. März 1838.

Das h. Steuercolleg. ersucht die h. Kreisgerichte künftig nur die der Staatscasse gebührenden Theile von den eingehenden Strafgeldern in *Gewerbsteuercontraventionsfällen*, an die h. Kreiscassen abliefern zu lassen, wenn nicht in einzelnen Fällen, wo der Denunciant auf den Strafantheil verzichtet, oder aus sonstigen Gründen, der ganze Betrag zu verrechnen ist, weshalb ersucht wird, bei der Anzeige über erkannte Strafe jedes Mal zu bemerken, ob die ganze oder die halbe Strassumme der h. Kreiscasse zu überweisen ist.

Resc. h. Str. Coll. v. 29. April 1838.

Da nach dem §. 2. des Gesetzes vom 15. Oct. 1832, die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur *Gewerbsteuer* betreffend, den fremden reisenden Viehhändlern in den hiesigen Landen gestattet ist, auf ihrer Durchreise, d. h. auf der Tour von ihrem Wohnorte nach einem Jahrmärkte, oder umgekehrt, oder von einem zu dem andern solcher Märkte, in den auf ihren Wegen liegenden Ortschaften, von ihrem bei sich habenden Viehe gegen Erlegung der in dem §. 4. des gedachten Gesetzes bestimmten *Gewerbsteuer*, zu verkaufen, und mit dem königlich hannoverschen Obersteuer-Collegio zu Hannover eine Uebereinkunft dahin getroffen ist, daß die concessionirten Viehhändler des einen Staats, wenn sie auf ihrer Durchreise in Ortschaften des andern Staates in vorgedachter Weise Vieh verkaufen, zu der Erlegung einer besondern *Gewerbsteuer* nicht verpflichtet sein sollen, und daher diese Art des Handels nicht zu dem durch den Art. 32. des unterm 1. Mai 1834 abgeschlossenen Vertrages mit dem Königreiche Hannover über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systems der indirecten Abgaben von dem Verkehr in den beiderseitigen Staaten ausgeschlossenen Hausirhandels gerechnet werden soll, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung hiedurch eröffnet.

Resc. h. Steuercol. v. 23. März 1839.

Die in Folge von *Steuercontraventionen* in den, dem preussischen Zollverein angeschlossenen braunschweigischen Landestheilen stattfindenden Verhandlungen im *Ermäßigungsverfahren* sind nicht direct an den königl. preussischen Provincialdirector in Magdeburg, sondern an das betreffende Hauptzollamt zur Erklärung über den gemachten *Ermäßigungsvoorschlag* abzugeben.

Resc. h. Steuercol. v. 6. Juli 1839.

Worin die h. Kreisgerichte ersucht werden, in *Steuercontraventions-Processen* die Denuncianten anzuweisen, die erkannten Geldstrafen an die betreffenden Hauptzollämter und nicht an die Denuncianten (Grenzaufseher) einzuzahlen.

Resc. h. St. M. v. 22. April 1845.

In Betreff der Requisition der preussischen Gerichte wegen Vollziehung erkannter

Gewerbsteuer-Contraventionen gegen braunschweigische Unterthanen
 f. Art. Criminaljustiz.

Bekanntmach. h. Str. Colleg. v. 8. Juni 1846.

Um bei der Erhebung der öffentlichen Abgaben in den Landgemeinden ein geregeltes und gleichmäßiges Verfahren herbeizuführen, hat h. St. M. mittelst Rescr. v. 15. Nov. v. J. genehmigt, daß vom künftigen Monate an in den gedachten Gemeinden über die gesammten Steuern, mit alleiniger Ausnahme der Gewerbesteuer, besondere Specialetats und Heberollen nach ertheilten Schemas unter Controle der h. Aemter geführt werden, und ist dabei zugleich bestimmt, daß auch die bisher jährlich auf Galli in einer Summe erhobene Abgabe an Zehntschag von Zehnten und von zehntsfreier Länderei vom 1. f. M. an, ebenfalls in monatlichen Raten, gleich den übrigen Grundabgaben, erhoben werde.

Indem diese Bestimmung den betreffenden Steuerpflichtigen hierdurch bekannt gemacht wird, wird zugleich noch bemerkt, daß es jedem Steuerpflichtigen zusteht, rücksichtlich der zu zahlenden Steuern die obengedachten Etats und Heberollen einzusehen.

(Br. Anz. S. 846. St. 138.)

Resc. h. Steuer=Coll. v. 9. Septbr. 1846.

Es ist bekannt, daß die Personalsteuer den h. Kreiscassen nicht, wie bei den übrigen Steuern geschieht, mit dem Anfange jeden Jahres für das ganze Jahr, sondern stets nur für ein Quartal und zwar für das erste auf den Grund des Hauptetats, und für die nachfolgenden nach den Mutationsetats überwiesen wird.

Durch die von mehrern Behörden bisher ganz ungebührlich verspätete Einsendung der Mutationsetats sind indessen bei den h. Kreiscassen wegen der fehlenden Soll-Einnahme, in der Rechnungsführung und der Abrechnung mit den Gemeinden Nachtheile eingetreten, deren Beseitigung unerlässlich ist, und findet sich daher das h. Steuercollegium veranlaßt, wegen Aufstellung und Einsendung der betreffenden Mutationsetats folgende Bestimmungen zu erlassen. (Sind beim Rescr. nicht befindlich.)

Resc. h. Steuer=Coll. v. 7. Januar 1847.

Auf einen Bericht eines h. Amts wegen der auf den herzogl. Domainen N. N. betriebenen Brauereien und deren Heranziehung zu der Gewerbesteuer, wird erwiedert, daß nach einer Bestimmung des h. St. M. vom 3. Dec. resp. 29. Nov. 1837, die Pächter der h. Domainen und Klostergüter wegen der auf den Grund ihrer Pachtcontracte betriebenen Gewerbe zur Lösung und Bezahlung von Concessionen anzuhaltten, dagegen aber hinsichtlich der ihnen mit dem vorgedachten Amt oder Kloster-Haushalte zugleich überlassenen Brennereien und Brauereien zur Gewerbesteuer nicht heranzuziehen sind, dieses jedoch auf die Pächter herrschaftlicher Kruggerechtigkeiten, Mühlen u. dergl. keine Ausdehnung findet, da diesen die Uebernahme der Abgaben von ihren Gewerben durch die Pachtcontracte bisher schon zur Pflicht gemacht worden, mithin die vorgedachten Brauereien auch ferner von der Gewerbesteuer befreit bleiben.

Resc. h. Steuerr. Coll. v. 28. Mai 1847.

Es sind bisher häufig Fälle vorgekommen, daß die Executoren in die Protokolle über ohne Erfolg vollzogene Executionen Rückstände von verstorbenen, in gefänglicher Haft befindlichen, oder sonst abwesenden Personen oder überhaupt von solchen Individuen mit aufgenommen haben, gegen welche ein eigentliches Executionsverfahren gar nicht stattgefunden hat. Executionen wegen rückständiger Steuern können nämlich nur gegen die Debenten selbst vollzogen werden, und ist zur Beglaubigung der Protokolle über die ohne Erfolg vollzogene Execution erforderlich, daß letztere von jenen mit unterschrieben werden. Bei der Abwesenheit der Restanten kann daher so wenig die Execution vollzogen, als von dem Executor bescheinigt werden, daß er keine Executionsobjecte vorgefunden habe, da er in solchem Falle sich nicht überzeugen kann, ob wirklich keine dergleichen Objecte vorhanden sind, und eben so wenig vermag der Executor glaubhaft zu bescheinigen, daß Steuerrückstände schon deshalb inexigibel sind, weil der Restant abwesend oder verstorben ist, da in beiden Fällen Mittel vorhanden sein können, welche zur Deckung der Rückstände dienen müssen.

Es sind daher die Executoren angewiesen, künftig Protokolle über fruchtlos vollzogene Executionen nur in den Fällen aufzunehmen, wo die Execution gegen den Debenten selbst vollzogen ist, wogegen wegen derjenigen Steuern, welche nicht auf dem gewöhnlichen Wege der Beitreibung zu erlangen stehen, oder wo die Execution, wie vorbemeldet, nicht vollzogen werden kann, der Absatz vom h. Kreisamte mit Angabe der für den Erlaß sprechenden Gründe beim h. Steuercollegio in Antrag gebracht werden muß, und ist solches für die Folge zu beachten.

Erklärung des königl. hannoverschen Gesamtministeriums, die Uebereinkunft der königl. hannoverschen und der herzogl. braunschweigischen Regierungen über den Anschluß der herzogl. braunschweigischen Ortschaften Brunkensen, Hohenbüchen, Coppengrave und Bütjenholtensen und das Gasthaus am Terzer Berge an den Steuerverein.

f. in den Br. Anz. 1848. No. 148. S. 3741.

Weggbau, Weggeld, Wegpolizei.

Circularrescript h. St. M. an sämtliche h. Kreisdirectionen, Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, die von Contracten, Testamenten u. an die Armen- und Wegebeesserungssassen zu entrichtenden Abgaben betr. (S. 167.) [No. 20.] (27. Mai 1846.) Competenzbehörde zu Festsetzung der Abgaben.

Circularrescript h. St. M. an sämtliche h. Kreisgerichte, die von Contracten u. an die Armen- und Wegebeesserungssassen zu entrichtenden Abgaben betr. (S. 281.) [No. 32.] (12. Sept. 1846.) Nicht von Zeitverträgen zu erheben.

Rescripte.
Bekanntmach. h. St. M. v. 12. Septbr. 1846.

Wegen der von Testamenten u. abzugebenden Gebühr zu den Wegebeesserungssassen f. Art. 1. u. 2.

Resc. h. Kreisdirect. v. 17. März 1847.

Um die mehrfachen Zweifel zu beseitigen, welche über die Voraussetzungen unter welchen von Seiten der mit der Instandsetzung der Heer- und Landstraßen beauftragten Wegbaubeamten die h. Aemter wegen Aufgebots der Landfolge requirirt werden dürfen, so wie über die Verwendung der Landfolgeleistungen entstanden sind, ist von h. Baudirection mit Genehmigung des h. Staatsministeriums die anliegende Instruction an die betreffenden Wegbaubeamten erlassen, welcher von den h. Aemtern Folge zu geben ist.

1) Behuf Aufräumung verschneiter Heer- und Landstraßen dürfen die Wegbau-officianten die Landfolge nur dann requiriren, wenn sie die Ueberzeugung erlangt haben, daß mit Hülfe der Wegewärter und stehender Tagelöhner, so wie auch der übrigen mit der Instandhaltung der Chaussees regelmäßig beschäftigten Arbeiter die Communication nicht zu erhalten, resp. binnen sechs Stunden nicht wieder herzustellen stehen. Im Zweifel haben dieselben noch einige Lohnarbeiter mehr zuzuziehen, damit ein unnöthiges Aufgebot der Landfolge jedenfalls vermieden werde.

Die Kreisbaubeamte haben sich mit ihren Requisitionen zunächst an die h. Aemter zu wenden, übrigens auch die in anderen Amtsbezirken ihres Baukreises wohnhaften Bauverwalter und Aufseher mit der erforderlichen Instruction zu versehen, damit von diesen die h. Aemter ohne Verzug von dem eingetretenen Nothstande in Kenntniß gesetzt und die nöthigen Anordnungen sofort getroffen werden können.

2) Die Wegbauofficianten haben zwar auf der einen Seite bei Zutheilung der Arbeit an die gestellten Landfolgepflichtigen auf die Kräfte derselben die erforderliche Rücksicht und auf die etwa nöthige Ablösung derselben durch andere Pflichtige bedacht zu nehmen, auf der andern Seite aber darauf zu halten, daß dieselben die ihnen zugetheilte Arbeit ordnungsmäßig verrichten, die Unfolgsamen oder Nachlässigen von der Arbeit zurückzuweisen, und selbige ebenso, wie diejenigen, welche sich zu spät oder gar nicht gestellt haben, dem zuständigen h. Amte zur Bestrafung anzuzeigen.

3) Zu dem fraglichen Zwecke sind überall nur Handdienste zu requiriren, und diese, wie schon aus den vorhergehenden Bestimmungen von selbst folgt, sofort wieder zu entlassen, sobald die Passage nothdürftig hergestellt ist.

Resc. h. St. M. v. 2. Octbr. 1847.

Einem h. Amte eröffnet das h. St. M. auf erstatteten Bericht, die gerichtliche Competenz für die Aburteilung der Contraventionen gegen das Gesetz vom 28. Mai 1835, die Chausseegelderhebung betr., und gegen die Wegeordnung vom 11. Mai 1840, nachdem auch das h. Oberlandesgericht darüber gehört worden, daß, wenn gleich die angezogenen Bestimmungen der gedachten Gesetze die Untersuchung und Bestrafung der fragl. Contraventionen ganz allgemein den h. Stadtgerichten und Aemtern übertragen, es doch nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen hat, eine Aenderung der gesetzlich bestehenden, den objectiven Wirkungsbereich der verschiedenen richterlichen Behörden feststellenden Competenzbestimmungen eintreten zu lassen, vielmehr bei jenen nur vorausgesetzt worden ist, daß die zu erkennenden Strafen die Zuständigkeit der h. Aemter in der Regel nicht überschreiten. Es sind daher

Wittwen- und Waisenverforgungs-Anstalt, Rescripte. 151

in den Fällen, daß eine höhere Geldstrafe als 10 Thaler in solchen Sachen zu erkennen ist, die Acten zur weitem Verfügung an das h. Kreisgericht einzusenden.

Wittwen- und Waisenverforgungs-Anstalt.

Gesetz, die Aufnahme der Bürger- und Landschullehrer in die Beamten-Wittwen- und Waisen-Verforgungs-Anstalt betr. (S. 173.) [No. 42.] (9. Sept. 1848.)

Rescripte.

Resc. h. St. M. v. 2. Februar 1846.

Die Beiträge der beurlaubten Staatsdiener zur Beamtenwittwen- und Waisencasse betr. f. in dem Schreiben h. Kreisdirection vom 9. Febr. 1846 unter diesem Artikel.

Schreib. h. Kr. Direct. v. 9. Februar 1846.

Bei Aufstellung der Nachweisung der im 4. Quartale 1845 hinsichtlich der Beiträge zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Verforgungsanstalt hier stattgehabten Veränderungen, hatte h. Finanzcollegium die Beiträge eines Staatsdieners, welchem auf sein Ansuchen zuerst ein Urlaub v. 1. Juli bis ult. Oct. 1844, dann aber v. 1. Nov. 1844 bis dahin 1845, und nunmehr auf 10 Jahre ertheilt worden, vom 1. Sept. 1844 an nicht weiter erhoben.

Auf Veranlassung eines gestellten Antrages hat jedoch h. Staatsministerium mittelst Rescripts vom 2. d. M. an h. Finanzcollegium die Verfügung erlassen, daß, da beurlaubte Staatsdiener zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisencasse ebenso berechtigt als verpflichtet bleiben, die Beiträge des obengedachten Staatsdieners vom 1. Sept. 1844 an zu erheben seien.

Resc. h. St. M. v. 2. März 1846.

Auf einen Bericht des h. Finanzcollegii hat h. St. M. sich bewogen gefunden, zur Erleichterung der durch das Ableben von Beamten für die Hinterbliebenen derselben häufig herbeigeführten Lasten, zu genehmigen, daß in Zukunft bei Todesfällen

1) nicht nur pensionirter Unterofficiere und Soldaten, sondern auch im activen Dienste befindlicher und pensionirter Officiere und bei der Militärverwaltung angestellter Beamten, sowie im activen Dienste befindlicher Unterofficiere,

2) im Dienste befindlicher oder pensionirter Civilbeamten den Erben — worunter jedoch nur die hinterlassene Wittwe und ehelichen Descendenten zu verstehen sind — der Pensions- oder Gehaltsbetrag des Verstorbenen noch für zwei Monate nach dem Sterbemonate gezahlt, auch von den demgemäß zu zahlenden Beträgen von Officierspensionen der gesetzliche Abzug für die Militär-Wittwen-Casse gemacht werde; so hat h. Finanzcollegium, demgemäß das weitere Erforderliche wahrzunehmen, und ist übrigens von dieser Verfügung dem h. Kriegscollegio von hieraus die nöthige Eröffnung gemacht worden.

152 Wittwen u. Waisenversorgungs-Anstalt Wohnortrecht, Rescripte.

Land. Resc. v. 3. April 1846.

Da wir uns bewogen finden, den Wittwen und Kindern verstorbenen Staatsdiener den Dienstgehalt oder die Pension ihres Erblassers außer für den Monat, in welchem der Todesfall eingetreten ist, auch noch für die beiden nachfolgenden Monate auszahlen zu lassen, wobei dann aber die etwanigen Wittwen- und Waisens pensionen erst von dem auf den Sterbemonat folgenden dritten Monat an, erhoben werden, so eröffnen wir solches dem h. Consistorio hierdurch, und sind die Zahlungen von der der betreffenden Casse vorgesehnten Behörde auf beschaffte Legitimation der Empfänger immer ohne weitere Autorisation anzuweisen.

(Der Inhalt dieses Rescripts ist den Schulephorien und Schulcommissionen vom h. Consistorio mittelst Rescripts v. 11. April 1846 eröffnet.)

Wohnortrecht.

Verord., die Beilegung des im herrschaftlichen harzburger Forstreviere gelegenen Forstorts Burgberg, mit dem darauf zu erbauenden Wohnhause nebst Zubehör, zum Gemeindeverbande der Gemeinde Harzburg-Neustadt betr. (S. 145.) [No. 16.] (30. April 1846.)

Verord., die Bestimmung der Feldmarksgrenzen zwischen Kunstedt und Büddenstedt und die Beilegung der herrschaftlichen Forstorte Trendelbusch und Trift am Trendelbusche zum runstedter Gemeindeverbande betr. (S. 203.) [No. 27.] (18. Aug. 1846.)

Verord., die Aufnahme der herrschaftlichen Obstbauplantage vor dem Steinhore in den Communalverband der Stadt Braunschweig betr. (S. 279.) [No. 31.] (30. Aug. 1846.)

Verord., die Aufnahme des im Jahre 1846 unweit Harlingerode erbauten neuen Zollamtsgebäudes in den Communalverband der Gemeinde Harlingerode betr. (S. 107.) [No. 34.] (18. Aug. 1847.)

Verord., die Verlegung des nach der Verordnung vom 4. Mai 1830 mit der Gemeinde Gehlen verbundenen gräflich von der Schulenburg'schen Vorwerks in Bröckeln zur Gemeinde Bröckeln betr. (S. 77.) [No. 26.] (10. Mai 1848.)

R e s c r i p t e .

Resc. h. Kr. Direct. v. 4 Octbr. 1842.

Zufolge der Schlußbestimmung des §. 28. der neuen Landschaftsordnung steht den Verwaltungsbehörden die Befugniß zu, Ausländern den Aufenthalt im Lande zu verweigern. Da es aber zweckmäßig sein kann, eine solche, gegen Ausländer von einer Local-Policeibehörde in Beziehung auf ihren Verwaltungsbezirk erlassene Verfügung auf den ganzen Kreis oder auf das ganze Land auszudehnen, so wird ein h. Amt in Veranlassung eines darauf bezüglichen Beschlusses der h. Landesdirection angewiesen, künftig von einem jeden einzelnen Falle, in welchem ein Ausländer in seinem Verwaltungsbezirke ausgewiesen worden, unter näherer Angabe der Beweggründe der Maaßregel und unter Beifügung der Acten, Anzeige zu machen.

Resc. h. St. M. v. 15. Juli 1846.

Das königlich hannoversche Ministerium hat auf Veranlassung einer vorgekommenen Differenz über das Heimathsverhältniß eines längere Zeit in den hiesigen Landen gebildeten hannoverschen Unterthans und der Familie desselben den Wunsch zu erkennen gegeben, zu verfügen, daß die Verheirathung solcher königlich-hannoverscher Unterthanen, welchen auf den Grund eines Wiederaufnahmescheins, der zeitweilige Aufenthalt in den hiesigen Landen gestattet worden, von den diesseitigen Behörden nicht eher zugelassen werde, als bis von der betreffenden königlich-hannoverschen Obrigkeit die ausdrückliche Genehmigung dazu beigebracht worden sei, die h. Kreisdirectionen werden hiervon zur Nachricht und entsprechenden weiteren Verfügung in Kenntniß gesetzt.

Resc. h. Kreisdirect. v. 18. Januar 1847.

Da sich ergeben hat, daß die sogenannten Heimathsrevers (d. h. diejenigen Urkunden, mittelst deren nicht bloß die Zuständigkeit des Wohnortsrechts an einem bestimmten Orte bescheinigt, sondern auch die demnächstige Wiederaufnahme des betreffenden Individuums an jenem Orte ausdrücklich bezeichnet wird) nicht überall in der erforderlichen und gleichmäßigen Form ausgestellt werden, indem namentlich von manchen obrigkeitlichen Behörden nur die von den Ortsvorstehern ausgestellten Revers beglaubigt, und nicht einmal Abschriften davon zurückbehalten worden sind, so werden in Gemäßheit eines Beschlusses der h. Landesdirection vom 7. Dec. v. J. die h. Aemter hierdurch angewiesen, künftig sorgfältig darauf zu halten, daß die abbezeichneten Heimathsrevers nicht von den Ortsvorstehern, sondern von den h. Aemtern selbst ausgestellt, und daß darin jederzeit ein Concept in den Registraturen der h. Aemter aufbewahrt werde, damit von Seiten der letztern immer nicht nur über die vor Ausstellung solcher Revers erforderlichen Verhandlungen, sondern auch über den Inhalt derselben genaue Auskunft erteilt werden könne.

Resc. h. Kreisdirect. v. 3. Septbr. 1847.

Unter Bezugnahme auf das unterm 20. Sept. 1834 mitgetheilte Rescript h. St. M. v. 10. ejusd., das bei der Copulation lediger Frauenspersonen des Inlandes mit ausländischen Mannspersonen zu beobachtende Verfahren betr., wird den h. Aemtern eröffnet, daß, soviel den königlich-preussischen Staat betrifft, zufolge einer an die herzogliche Kreisdirection Helmstedt ergangenen Mittheilung der königlich-preussischen Regierung zu Magdeburg, zur Ausstellung der bei den diesseitigen Policeibehörden zu producirenden Receptionsscheine lediglich die königlich-preussischen Regierungen competent sind, daß jene Bescheinigung zufolge höherer Verfügung lediglich auf die Erklärung werde beschränkt werden, daß es den betreffenden Individuen nach vorzigen (preussischen) Gesetzen erlaubt sei, eine gültige Ehe im Auslande einzugehen, und daß es dazu einer besonderen Zustimmung der heimathlichen Behörde nicht bedürfe. Da der Grundsatz, daß die Frau dem Manne in Beziehung auf das Domicil folge, auch in der königlich-preussischen Gesetzgebung aufgenommen ist, so ist in vorkommenden Fällen der fraglichen Art und in Beziehung auf Mannspersonen aus den königlich-preussischen Staaten Bescheinigungen in der obigen Form, wenn sie von der zuständigen königlich-preussischen Regierung ausgestellt sind, für genügend annehmen.

Bekanntmach. des h. St. M., nähere Bestimmungen zur Ausführung des unterm 16. Oct. 1845 zwischen den Staaten des Zollvereins und des Steuervereins wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse geschlossenen Vertrages betr. (S. 1.) [No. 1.] (Jahrg. 1846.) (24. Dec. 1845.)

Anl. A. Verzeichniß derjenigen königlichen Steuerämter, über welche allein unversteuerte Waaren und solche Gegenstände, für welche eine Steuerbonification gewährt wird, ausgehen dürfen S. 3.

Anl. B. Verzeichniß der an der preussischen, hessischen und braunschweigischen Grenze gegen Hannover belegenen zollvereinsländischen Zollämter, über welche allein unversteuerte Waaren und solche Gegenstände, für welche eine Zoll- oder Steuerbonification gewährt wird, ausgehen dürfen S. 8.

Verordnung, die Publication des zwischen den sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits, und Sardinien anderseits unterm 23. Juni 1845 abgeschlossenen Schiffahrts- und Handels-Vertrages betr. (S. 12.) [No. 2.] (Jahrg. 1846.) (24. Dec. 1845.)

Verordnung, die Publication des unterm 20. Dec. 1844 mit Portugal abgeschlossenen Handelsvertrages betr. (S. 27.) [No. 3.] (Jahrg. 1846.) (24. Dec. 1845.)

Bekanntmach., des h. St. M., die Feststellung der Zollstraßen für verschiedene Zollämter betr. (S. 43.) [No. 6.] (19. Jan. 1846.)

Bekanntmach. h. St. M., die in Folge der Abtretung königl. hannoverscher Landestheile zum Steuervereine vorgenommene Feststellung der Zollvereine betreffend. (S. 49.) [No. 8.] (19. Jan. 1846.)

Bekanntmach. h. St. M., die Erklärung der Straßen von Grund und Wildemann nach Seesen zur Zollstraße betr. (S. 67.) [No. 12.] (14. März 1846.)

Bekanntmach., die im Sinne des §. 2. a. des Gesetzes v. 21. Dec. 1841 über den Waffengebrauch der Grenzaufsichtsbeamten, als Landstraßen anzusehenden Wege im Grenzbezirke betr. (S. 77.) [No. 14.] (6. April 1846.)

Verzeichniß der im Sinne des §. 2. des Gesetzes v. 21. Dec. 1841. No. 23. V. als Landstraßen anzusehenden Wege, in den seit dem 1. Jan. 1844 zum Zollgrenzbezirke hinzugekommenen Gebietstheilen.

Bekanntmach. des h. St. M., das Regulativ über die Behandlung des Waaren- und Sach-Transports auf der braunschweig-harzburger Eisenbahn auf das Zollwesen betreffend. (S. 151.) [No. 19.] (26. Mai 1846.)

I. Allgemeine Bestimmungen. 1) Transportmittel §. 1. a) Wie solche beschaffen sein müssen. §. 2. b) Deren Controlirung §. 3. 2) Stationsplätze und deren Haltestellen §. 4. 3) Fahrplan. §. 5. 4) Abfertigungsstellen. §. 6. 5) Abfertigungsstunden. §. 7. 6) Verladung der Güter. §. 8. Sonderung der Güter. §. 9. 7) Amtlicher Veranschlag. §. 10. 8) §. 11. 9) Besondere Befugnisse der oberen Zollbedienten. §. 12.

II. Besondere Vorschriften über die Abfertigung.

A. Abfertigung der in der Richtung von Harzburg nach Braunschweig gehenden Züge. a) Zum Eingange 1) in Harzburg. §. 13. 2) in Bienenburg und Schladen. §. 14. 3) Auf dem Bahnhofe bei der Börsumer Mühle: a) Abschließung des dazu bestimmten Raumes. §. 15. b) Anmeldung der Ladung. §. 16. c) Revisionen der Personenwagen u. und Sonderung der zurückbleibenden und der weitergehenden Frachtgüter und Passagiereffekten. §. 17. d) Abfertigung der bei der Börsumer Mühle zurückgebliebenen Güter und Effecten. §. 18. 4) Abfertigung in Wolfenbüttel: a) Abschließung des dazu bestimmten Raumes. §. 19. b) Abfertigung der Passagier- und Frachtgüter. §. 20. 5) Abfertigung in Braunschweig. a) Abschließung des dazu bestimmten Raumes. §. 21. b) Abfertigung der Passagier- und Frachtgüter. §. 22. c) Mahl- und schachtsteuerpflichtige Gegenstände. §. 23. b) Abgang nach dem Auslande. 1. Gegenstände, welche einem Ausgangszolle unterliegen. §. 24. 2) Waaren, deren Abgang amtlich zu erweisen ist. §. 25. c) Durchgang durch das Ausland. a) Frachtgüter, b) Passagier-Effecten §. 26.

B. Abfertigung der in der Richtung von Braunschweig nach Harzburg gehenden Züge, a) bei den Stationen im Inlande, b. bei den Stationen im Auslande. c) Abfertigung in Harzburg §. 27.

C. Transport im Inlande 1) Im Grenzbezirke. §. 28. 2) im Binnenlande §. 29.

III. Strafen.

Muster A. Ladeverzeichnis.

Circularrescript h. St. M. an sämtliche Gerichte des Landes, die Einziehung der Gerichtsgebühren in Zoll- und Steuercontraventionsachen in Fällen der Freisprechung der Angeschuldigten betr. (S. 201.) [No. 26.] (5. Aug. 1846.)

Verord., die Publication des unterm 21. October 1845 zwischen den Staaten des Zollvereins abgeschlossenen Münzkartells betr. (S. 283.) [No. 33.] (20. Sept. 1846.)

Bekanntmach. des h. St. M., die Aufhebung der Zollstraße von Neuhaus über Kohlenplacken nach Holzwinden betr. (S. 294.) [No. 35.] (3. Oct. 1846.)

Verordn., die einstweilige Aufhebung der Eingangsabgabe von Getreide und Hülsenfrüchten im Weser- und Leinedistricte betr. (S. 299.) [No 36.] (8. Oct. 1846.)

Bekanntmach. h. St. M., die Bestimmung einer zweiten Zollstraße für das Nebenzollamt II. zu Ahnebeck betr. (S. 301.) [No. 37.] (7. Oct. 1846.)

Gesetz, verschiedene Abänderungen des für die Periode von 1846 bis 1848 erlassenen Zolltarifs betr. (S. 307.) [No. 40.] (28. Oct. 1846.)

Verordn., die Aufhebung der Eingangsabgabe von Getreide, Hülsenfrüchten und Mehl im Weser- und Leinedistricte betr. (S. 311.) [No. 41.] (5. Nov. 1846.)

Gesetz, die zwischen den Zollvereinsstaaten und Belgien zur Ausführung des Art. 16. des Vertrages v. 1. Sept. 1844 wegen der Gewerbesteuer geschlossenen Uebereinkunft betr. (S. 315.) [No. 43.] (10. Nov. 1846.)

Bekanntmach. des h. St. M., die Feststellung der Zollstraßen für die Neben Zollämter II. zu Brunkensen und Wangelsbode und die Zollrecepturen zu Grünenplan und Erzhäusen betr. (S. 25.) [No. 6.] (13. Jan. 1847.)

Verordn., die Publication der zwischen den Zollvereinsstaaten und Belgien unterm 26. Juni 1846 abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Unterdrückung des Schleichhandels betreffend (S. 27.) [No. 7.] (13. Jan. 1847.)

Verordn., die Aufhebung der Eingangsabgaben von Getreide, Hülfenfrüchten und Mehl betr. (S. 47.) [No. 10.] (15. Febr. 1847.)

Verordn., die Aufhebung der Eingangsabgaben von Reis betr. (S. 51.) [No. 12.] (24. April 1847.)

Gesetz, das einstweilige Verbot der Branntweinsfabrication betr. (S. 89.) [No. 17.] (8. Mai 1847.)

Gesetz, das einstweilige Verbot der Branntweinsfabrication in den, dem Steuervereine angeschlossen Gebietstheilen betr. (S. 91.) [No. 18.] (12. Mai 1847.)

Bekanntmach. h. St. M., die Erklärung der Straße von Ohmen nach Kleinbrunsrode zur Zollstraße betr. (S. 95.) [No. 20.] (16. Mai 1847.)

Gesetz, die Ermäßigung der Eingangsabgabe von Del in Fässern betr. (S. 109.) [No. 24.] (6. Juni 1847.)

Verordn., die Publication des zwischen den sämtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und dem Königreiche beider Sicilien andererseits unterm 27. Jan. 1847 geschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages betr. (S. 111.) [No. 25.] (6. Juni 1847.)

S. 113. Vertrag.

Gesetz, die Eingangsverzollung des ausländischen Zuckers und Sirops und die Besteuerung des Rübenzuckers betr. (S. 133.) [No. 27.] (6. Juli 1847.)

Bekanntmach. des h. St. M., die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Branntwein betr. (S. 135.) [No. 28.] (30. Juni 1847.)

Bekanntmach. der h. Zoll- und Steuerdirection in Betreff der Ermäßigung der Steuervergütung für exportirten Branntwein betr. (S. 139.) [No. 30.] (5. Juli 1847.)

Bekanntmach. des h. St. M., die Erklärung der von Brünighausen nach Brunkensen führenden Straße zu einer Zollstraße für Steinkohlen und rohes Leinengarn betr. (S. 143.) [No. 32.] (20. Juli 1847.)

Verord., die Publication des zwischen den Zollvereinsstaaten und dem Königreiche der Niederlande unterm 2. April 1847 wegen der Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an den Zollverein geschlossenen Vertrages betr. (S. 149.) [No. 35.] (21. August 1847.)

S. 151. Vertrag.

Bekanntmach. h. St. M., die Aufhebung der von Elbed nach Greene führenden Zollstraße betr. (S. 157.) [No. 37.] (14. Oct. 1847.)

Bekanntmach. h. St. M., die Erklärung des von Kleinem Fläche nach Heiningen führenden Weges zu einer Zollstraße betr. (S. 7.) [No. 3.] (3. März 1848.)

Gesetz, den Anschluß der Dörfschaften Brunkensen, Hohenbüchen, Coppengrave und Lütgenholtensen und des Gasthauses am Terzer Berge an den Steuerverein betr. (S. 115.) [No. 33.] (21. Juni 1848.)

Gesetz, die Eingangsvervollung des ausländischen Zuckers und Sirups und die Besteuerung des Rübenzuckers betr. (S. 123.) [No. 34.] (6. Juli 1848.)

Bekanntmach. des h. St. M., die Aufhebung des von Lütthorst nach dem Nebenzollamte II. zu Wangelnsfecht führenden Zollstraßes betr. (S. 127.) [No. 35.] (10. Juli 1848.)

Gesetz, die Anordnung eines Zollausschlages auf seidene, halbseidene, wollene und halbbaumwollene Waaren, imgleichen auf Wollgarn betr. (S. 167.) [No. 41.] (9. Sept. 1848.)

Gesetz, die Prolongation des für die Periode von 1846 bis 1848 erlassenen Zolltarifs betr. (S. 233.) [No. 52.] (2. Nov. 1848.)

Bekanntmach. der h. Zoll- und Steuerdirection, die Hinwegschaffung übergezogener Maische aus den Brennereien betr. (S. 237.) [No. 53.] (20. Nov. 1848.)

Rescripte.

Resc. h. Str. Colleg. v. 6. Juli 1839.

Nach einem Schreiben des königl. preussischen Provinzialsteuerdirectors zu Magdeburg, hat ein dießseitiges Gericht in einer Steuercontraventionsfache eines Einwohners, der dem preussischen Zollverbande einverleibten dießseitigen Landestheile dem Verurtheilten Denunciaten aufgegeben, die erkannte Strafe an den Denuncianten zu zahlen. Wenn nun aber dieser, abgesehen davon, daß ihm eventuell nur ein Theil jener Strafgebühren gebührt, dieselben nach den bestehenden Rechnungs- und Verwaltungsgrundsätzen jedenfalls nicht in Empfang nehmen darf, so wird ein h. Kreisgericht ersucht, in allen derartigen Steuerprozessen den Denunciaten anzurathen, daß sie die erkannten Geldstrafen an die betreffenden Hauptzollämter einzahlen.

Schreiben h. Steuercoll. v. 5. November 1840.

worin dasselbe d. h. Kreisgericht ersucht, ihm von jedem einzelnen Contraventionsurtheile oder von den freiwillig erlegten Strafgebührenbeträge zur Controle mitzutheilen.

Resc. h. St. M. v. 2. September 1842.

Da die in Zollcontraventionsfachen verfügten Vorladungen von Grenzaufsicherbeamten oft erst so kurze Zeit vor dem angeetzten Termine erfolgt sind, daß sich daraus Störungen für den Dienst derselben ergeben haben, so werden die h. Kreisgerichte angewiesen, in Fällen dieser Art die Ladung wenigstens vier Tage vor dem Termine dem betreffenden Obergrenzcontroleur zustellen zu lassen, damit dieselbe bei der Anordnung des Dienstes berücksichtigt werden könne.

Das h. Kreisgericht hat die ihm subordinirten Localbehörden zur Befolgung dieses Rescripts anzuweisen.

Resc. h. St. M. v. 27. Novbr. 1848.

Da in einem Separatartikel zu der unterm 16. Oct. v. J. zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins geschlossenen Uebereinkunft I. wegen Unterdrückung des Schleichhandels hinsichtlich der Mitwirkung der Polizeibehörden nachfolgende Bestimmungen getroffen sind: In Beziehung auf die im Art. 2. der Uebereinkunft getroffenen Verabredungen, wird die Zusicherung ertheilt, daß, wo sich im Steuervereinsgebiete Unterthanen der angrenzenden Zollvereinsstaaten, welche wegen eines bestimmten Gewerbes sich nicht auszuweisen vermögen, und zugleich den Verdacht des Schleichhandelsgewerbes zu treiben gegen sich haben, ohne policeilichen Ausweis ihrer Behörde betreffen lassen sollten, dieselben, schon des Mangels dieses Ausweises wegen, arretirt und der nächsten zollvereinsländischen Polizeibehörde abgeliefert werden sollen. Namentlich sollen die policeilichen Obergkeiten im Steuervereine angewiesen werden, auf solche Unterthanen der zollvereinsländischen Nachbarstaaten, welche ihnen von den zollvereinsländischen Behörden als des Schleichhandels verdächtig bezeichnet werden, genau vigiliren zu lassen, und wenn dieselben ohne den gedachten policeilichen Ausweis betroffen werden, nach Maaßgabe der vorstehenden Verabredung gegen sie zu verfahren. Sollte die Verhaftung solcher Individuen, wegen augenblicklich unzureichender Mittel nicht ausführbar sein, so sollen die gedachten Obergkeiten der nächsten zollvereinsländischen Grenzaufsichtsstation von dem Aufenthalte der verdächtigen Personen im Auslande unverweilt Nachricht geben.

Von Seiten der Zollvereinsstaaten wird eben so verfahren werden, und wird übrigens hierdurch die Befugniß jedes der betreffenden Staaten die in seinem Gebiete aufgegriffenen Individuen wegen Verletzung seiner eigenen passpolizeilichen Bestimmungen zu bestrafen, nicht ausgeschlossen, so werden die h. Kreisdirectionen angewiesen, die ihr untergeordneten Polizeibehörden wegen Befolgung dieser Bestimmungen, das Nöthige zugehen zu lassen.

Resc. h. St. M. v. 5. August 1846.

Da bei den Gerichten darüber Zweifel entstanden sind, ob in Zoll- und Steuercontraventions- und Salzdefraudations-Untersuchungssachen im Falle der Freisprechung, der Angeschuldigte die Zollverwaltung nur nach §. 46 des Zollstrafgesetzes zum Ersatze der dem Angeschuldigten, oder nach §. 52. desselben Gesetzes auch zur Tragung der Sporel- Stempel- Schreib- und sonstigen etwaigen Gerichtsgebühren anzuhalten sei, so wird zur Beseitigung solcher Zweifel bestimmt, daß in Fällen der bezeichneten Art nicht nur die baaren Auslagen sondern auch die Sporel- Stempel- Schreib- und sonstigen Gebühren, von der Zollverwaltung einzuziehen und zu berechnen sind.

Bekanntmach. h. St. M. v. 19. Juni 1848.

worin die Bekanntmachung des geheimen Oberfinanzraths und Provinzialsteuerdirectors zu Magdeburg vom 5. Juni 1848, die Eröffnung einer zweiten Zollstraße zum Nebenzollamte I. in Braunlage und Errichtung eines Ansagepostens auf derselben, betreffend, eröffnet wird.

Br. Anz. 1848. No 149.

Bekanntmach. h. St. M. v. 14. Juli 1848.

worin die Zoll- und Steuergrenzen nach Anschluß der Ortschaften Brunkensen, Hohenbüchen, Coppengrave und Lütgenholtensen und des Gasthauses am Ferzerberge bestimmt wird.

Br. Aug. 1848. No. 175.

Bekanntmach. d. Zoll- und Steuerdirect. v. 26. Juli 1848.

worin die Bekanntmachung der königl. hannoverschen Generaldirection der indirecten Steuern, die Ausstellung der Ursprungsscheine über die von inländischen Fabrikanten und Gewerbetreibenden zu versendenden selbstgefertigten Waaren betr. d. d. Hannover, den 15. April 1845. rüchichtlich der Ortschaften Brunkensen, zc. zur öffentlichen Kunde gebracht wird.

Br. Aug. 1848. No. 180.

[illegible]

Druckfehler.

Druckfehler.

Druckfehler.

Druckfehler.

Druckfehler.

Druckfehler.

Theil 4. S. 142. 3. 8. v. u. l. 24. Sept.

Theil 5. S. 16. 3. 11. v. u. zuzusetzen 1845. und zu lesen 1814.

S. 16. 3. 7. v. u. zuzusetzen hinter vereinigen: so sind.

S. 16. 3. 4. v. u. zu streichen: so sind sie.

S. 41. 3. 4. v. o. zu streichen: geringen und dafür zu setzen: anzuwendenden.

S. 41. 3. 5. v. o. zu streichen: Anstalt und dafür zu setzen: Strafart.

S. 41. 3. 11. v. o. hinter sein zu setzen: würden.

S. 41. 3. 18. v. o. zu lesen: recurriren.

S. 41. 3. 20. v. o. zu lesen: anzuwendende.

S. 74. 3. 23. v. u. zu lesen: 1825.

S. 74. 3. 17. v. u. zu lesen statt sondern: sondern.

S. 74. 3. 19. v. u. zu streichen: auch.

S. 74. 3. 1. v. u. zu lesen: Amt und werden.

S. 209. Col. 2. 3. 1. v. u. hinter 11 zu setzen: 24. Septbr. und statt 167: 162.

S. 209. Col. 2. 3. 16. v. o. l. IV. 36.

Im Register S. 22. Col. 2. hinter Cantonreglem. III. 283. statt 382. und im Cantonreglem. vom 23. Febr. 1837. Ges. Samml. S. 91. § 77. statt 1831: 1821.

Chronologisches Verzeichniß

der

Gesetze, Verordnungen und Circular-Rescripte,

welche

in der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung enthalten sind.

1 8 4 5.

24. December. S. 154.

1 8 4 6.

19. Januar. 154.

24. Januar. 142.

3. März. 138.

6. März. 142.

14. März. 154.

6. April. 96. 154.

25. April. 142.

30. April. 96. 152.

7. Mai. 43.

9. Mai. 15.

20. Mai. 41.

26. Mai. 154.

27. Mai. 9. 149.

10. Juni. 120.

13. Juli. 42.

27. Juli. 145.

5. August. 48. 155.

8. August. 42. 138.

18. August. 152.

24. August. 42. 138. 145.

26. August. 145.

30. August. 152.

12. September. 149.

20. September. 9. 138. 155.

22. September. S. 43.

Bege's Repert. Th. VI.

3. October. 155.

7. October. 155.

8. October. 96. 155.

28. October. 42. 155.

5. November. 155.

9. November. 96.

10. November. 155.

10. December. 96.

28. December. 42. 138.

29. December. 15.

1 8 4 7.

5. Januar. 137.

6. Januar. f. Verzeichniß der
Druckfehler.

9. Januar. 17.

13. Januar. 156.

23. Januar. 142.

31. Januar. 42. 139.

15. Februar. 146. 156.

29. März. 42. 139.

21. April. 96. 97.

24. April. 146. 156.

26. April. 13.

29. April. 97.

8. Mai. 156.

12. Mai. 156.

15. Mai. 147.

16. Mai. 156.

17. Mai. S. 15. 134.

31. Mai. 48.

4. Juni. 128.

6. Juni. 156.

29. Juni. 134.

30. Juni. 156.

5. Juli. 156.

7. Juli. 48.

16. Juli. 48.

19. Juli. 14.

20. Juli. 156.

2. August. 48.

18. August. 152.

21. August. 156.

5. October. 120.

14. October. 156.

23. November. 134.

25. November. 42.

1 8 4 8.

7. Januar. 137.

18. Januar. 143.

3. März. 150.

6. März. 14.

8. März. 43.

10. März. 42.

13. März. 14. 148.

17. März. 148.

28. März. 139.

5. April. 129.

11. April. S. 41.

162 Chronologisches Verzeichniß der Geseze, Verordnungen u.

16. April. 46.	20. Juni. S. 139.	7. October. S. 129.
17. April. 41.	21. Juni. 157.	12. October. 54. 143.
18. April. 97. 134.	6. Juli. 157.	17. October. 129.
20. April. 15. 97. 129.	10. Juli. 157.	26. October. 129.
24. April. 15. 46. 97. 134.	25. Juli. 139.	30. October. 129.
4. Mai. 14. 54. 55. 129.	22. August. 135.	2. November. 157.
10. Mai. 148.	4. September. 143.	20. November. 157.
23. Mai. 96. 120.	8. September. 55.	27. November. 129.
25. Mai. 97.	9. September. 151. 157.	11. December. 129.
8. Juni. 129.	11. September. 129. 135.	23. December. 46. 144.
13. Juni. 143.	3. October. 129.	26. December. 41.

Chronologisches Verzeichniß

der

Rescripte, Instructionen, Bekanntmachungen &c.

1 8 1 5.

2. Juni. R. h. R. C. S. 9.

1 8 1 9.

31. Januar. L. R. 118.

1 8 2 0.

15. April. R. h. St. M. 44.

1 8 3 0.

12. November. R. h. St. M. 97.

1 8 3 1.

8. April. R. h. St. M. im
R. h. Fin. Coll. v. 4. No-
vember 1834.

1 8 3 2.

11. December. L. R. 98.

1 8 3 3.

12. April. R. h. St. M. im
R. h. Fin. Coll. v. 17.
April 1833.

17. April. R. h. Fin. Coll. 16.

8. Juli. R. h. St. M. 98.

23. Juli. R. h. L. G. 98.

1 8 3 4.

18. Jan. R. h. St. M. 16.

3. Mai. R. h. St. M. S. 99.

25. Mai. R. h. Str. Coll. 146

5. Juni. R. h. L. G. 58.

14. Juli. R. h. St. M. 16.

24. Juli. R. h. St. M. im

Resc. h. L. G. v. 5. Jun.

19. August. R. h. L. G. 48.

23. October. Resol. h. L. G.

50.

4. November. R. h. Fin. Coll.

49

1 8 3 5.

14. Jan. Instruct. h. Finanz-
coll. 138.

29. Jan. R. h. St. M. 129.

12. Mai. R. h. St. M. 99.

15. Juni. R. h. L. G. 101.

1 8 3 6.

20. Febr. R. h. St. M. 16.

28. März. R. h. Rr. Direct.

55. 101.

3. Juni. R. h. St. M. 146.

19. Juli. R. h. L. G. 102.

26. August. Circul. h. Postdi-
rect. 141.

31. August. R. h. St. M. 136.

27. Decbr. R. h. St. M. 146.

12. Decbr. R. h. L. G. 49.

22. Decbr. R. h. St. M. 17.

1 8 3 7.

1. März. R. h. L. G. 17.

102.

1. Mai. R. h. L. G. 102.

13. Juni. R. h. St. M. im
Resc. h. Consistor. v. 26.

Juni 1837.

26. Juni. R. h. Consist. 120.

10. Juli. R. h. L. G. 141.

27. August. L. R. 103.

28. Septbr. R. h. L. G. 146.

28. Septbr. R. h. L. G. 104.

1. November. R. h. St. M.

136.

1 8 3 8.

19. Febr. R. h. L. G. 17.

7. März. R. h. Str. C. 147.

7. März. R. h. Fin. C. 18.

29. April. R. h. Str. C. 147.

22. Mai. R. h. St. M. 46.

23. Juli. R. h. L. G. 60,

u. im Resc. v. 17. Sep-

tember 1842.

16. Decbr. R. h. L. G. 60.

26. Decbr. R. h. L. G. im

Resc. desselb. v. 17. Sep-

tember 1842.

31. Decbr. R. h. St. M. 104.

26. Novbr. R. h. L. Re-

ger. 95.

12. Decbr. R. h. St. M. 18.

17. Decbr. R. h. L. G. 61.

29. Decbr. R. h. Consist. 121.

1 8 3 9.

3. Jan. R. h. St. M. 136.

31. Jan. Bekanntm. h. Leihh.

Commis. in der Bekannt-

mach. v. 16. Juni 1848.

23. März. R. h. Str. C. 147.

164 Chronologisches Verzeichniß der Rescripte, Instructionen 1c.

6. Juli. R. h. Str. Coll. C.
147. 157.
12. Juli. R. h. St. M. im
R. h. L. G. v. 22. Juli
1839.
22. Juli. R. h. L. G. 105.
31. Juli. R. h. St. M. 141.
25. Septbr. R. h. Finanzcoll.
138.
21. Octbr. R. h. L. G. 50.
29. Octbr. Entscheid. h. Mi-
nister. Commiss. 121.
28. Novbr. Urth. h. L. G. 105.
5. Decbr. R. h. St. M. im
R. h. L. G. v. 23. Decbr.
1839.
23. Decbr. R. h. L. G. 18.
27. Decbr. R. h. L. G. 106.

1 8 4 0.

14. April R. h. St. M. 19.
15. Juni. R. h. L. G. 19.
7. August. R. h. St. M. 106.
7. August. R. h. St. M. 19.
1. Octbr. R. h. St. M. 20.
16. Octbr. Schr. h. R. 107.
5. November. 157.
13. Nov. R. h. St. M. 107.

1 8 4 1.

15. Jan. R. h. St. M. 107.
13. März. R. h. St. M. im
R. h. D. L. G. v. 25.
März 1841.
25. März. R. h. D. L. G. 50.
27. April. R. h. D. L. G. 51.
20. Juni. R. h. D. L. G. 20.
10. Juli. R. h. St. M. im
R. h. D. L. G. v. 19.
Juli 1841. C. 20.
15. Juli. R. h. D. L. G. 107.
19. Juli. R. h. D. L. G. 20.
11. Octbr. R. h. D. L. G. 20.
4. Nov. R. h. D. L. G. 21.
29. Nov. R. h. St. M. im
Auschr. h. Consistor. v.
8. August 1846.

1 8 4 2.

13. Jan. R. h. St. M. im

- R. h. Consistor. v. 8. Au-
gust 1846.
3. März. R. h. D. L. G. 64.
23. März. R. h. D. L. G. 67.
30. März. Schr. h. Dbersan.
Colleg. 133.
5. April. R. h. D. L. G. 21.
9. Mai. R. h. D. L. G. 67.
26. Mai. R. h. D. L. G. 22.
18. Juni. R. h. St. M. 22.
28. Juni. R. h. D. L. G. 63.
2. Juli. R. h. Consist. 123.
12. Juli. R. h. D. L. G. 22.
25. August. R. h. D. L. G. 24.
29. August. Bericht h. D. L.
G. 70. 73.
17. Septbr. R. h. D. L. G.
71. 72.
17. Septbr. R. h. St. M. 70.
26. Septbr. R. h. D. L. G. 74.
27. Septbr. R. h. D. L. G. 24.
2. Octbr. R. h. St. M. im
R. h. Kr. Dir. v. 2. De-
tober. 10
4. Octbr. R. h. Kr. Dir. 139.
4. Octbr. R. h. Kr. Dir. 152.
21. Octbr. R. h. St. M. 124.
3. Novbr. R. h. D. L. G. 25.
5. Novbr. R. h. St. M. 25.
8. Novbr. R. h. D. L. G. 26.
14. Novbr. R. h. St. M. 133.
21. Novbr. R. h. D. L. G. 76.
21. Novbr. R. h. St. M. 139.
14. Decbr. R. h. St. M. 51.
142.

1 8 4 3.

2. Febr. R. h. Kammer. 141.
14. Febr. R. h. Kammer. 141.
3. März. R. h. St. M. 142.
28. März. R. h. Kr. Dir. 140.
2. Mai. R. h. St. M. im
R. h. Kr. Dir. v. 7. Juni.
12.
14. Mai. R. h. St. M. im
R. h. D. L. G. v. 4. De-
cember 1843.
7. Juni. R. h. Kr. Dir. 12.
15. Juni. R. h. D. L. G. 44.
14. Juli. herzogl. R. 27.
15. Juli. R. h. St. M. 153.
25. Juli. R. h. D. L. G. 108.

3. Aug. R. h. D. L. G. C. 27.
3. August. R. h. St. M. 42.
21. August. R. h. St. M. 124.
4. Septbr. Bericht h. D. L.
G. 27.
5. Septbr. R. h. St. M. 28.
7. Septbr. R. h. D. L. G. 28.
14. Septbr. R. h. St. M. im
R. h. D. L. G. v. 18.
Septbr. 1843.
18. Sept. R. h. D. L. G. 108.
24. Octbr. R. h. Kr. Dir. 140.
14. Novbr. R. h. St. M. im
R. h. D. L. G. v. 4. De-
cember 1843.
4. Decbr. R. h. D. L. G. 76.
5. Decbr. R. h. D. L. G. 28.

1 8 4 4.

23. Jan. R. h. D. L. G. 79.
21. Febr. R. h. St. M. 109.
26. Febr. R. h. D. L. G. 79.
27. Febr. R. h. D. L. G. 82.
27. Febr. Schreib. h. Kriegs-
coll. 136.
27. Febr. R. h. St. M. 109.
12. März. R. h. D. L. G. 28.
12. April. R. h. C. 47.
23. April. R. h. D. L. G. 29.
26. April. R. h. D. L. G. 82.
9. Mai. R. h. D. L. G. 30.
24. Juni. R. h. St. M. 118.
29. August. R. h. D. L. G. 82.
9. Septbr. R. h. St. M. im
R. h. Fin. Coll. v. 8. De-
cember 1844.
8. Octbr. R. h. Fin. Coll. 43.
15. Octbr. R. h. D. L. G. 30.
22. Octbr. R. h. D. L. G. 109.
22. Novbr. R. h. St. M. 56.
25. Novbr. R. h. D. L. G. 83.
12. Decbr. R. h. D. L. G. 30.

1 8 4 5.

22. Jan. R. h. St. M. 110.
23. Jan. R. h. D. L. G. 110.
31. Jan. R. h. Kr. Dir. 110.
8. Febr. Landesherrl. R. 30.
12. Febr. R. h. St. M. 96.
15. Febr. R. h. St. M. 31.
13. März. R. h. D. L. G. 83.

Chronologisches Verzeichniß der Rescripte, Instructionen etc. 165

10. April. R. h. D. L. G. 84.
21. April. R. h. D. L. G. 85.
21. April. L. R. 124.
22. April. R. h. St. M. 147.
22. April. R. h. St. M. 31.
22. Mai. R. h. D. L. G. 31.
28. Mai. R. h. D. L. G. 88.
8. Juli. Schreib. h. D. L. G. 89.
10. Juli. R. h. D. L. G. 90.
21. Jul. R. h. D. L. G. 31.
28. August. R. h. D. L. G. 32.
14. Octbr. R. h. D. L. G. 33.
30. Octbr. R. h. Confist. 124.
4. Decbr. R. h. St. M. 128.
9. Decbr. R. h. D. L. G. 33.

1 8 4 6.

15. Jan. R. h. D. L. G. 33.
17. Jan. R. h. St. M. 118.
19. Jan. R. h. St. M. im R. h. Confist. v. 31. Jan. 1846.
27. Jan. R. h. St. M. 146.
31. Januar. R. h. Confist. 125.
2. Febr. R. h. St. M. 151.
9. Febr. Schreib. h. Kr. Direct. 151.
12. Febr. R. h. D. L. G. 91.
2. März. R. h. St. M. 151.
2. März. R. h. St. M. 136.
3. März. Bekanntm. h. St. M. 12.
3. März. R. h. St. M. 126.
6. März. R. h. St. M. 111.
12. März. R. h. St. M. 136.
14. März. R. h. Confist. 126.
3. April. Landh. R. 152.
6. April. R. h. D. L. G. 27.
9. Mai. R. h. St. M. 34.
27. Mai. Circ. R. h. St. M. 9.
8. Juni. Bekannt. h. Str. Coll. 148.
9. Juni. R. h. D. L. G. 111.
9. Juni. R. h. St. M. 133.
20. Juni. R. h. St. M. 34.
15. Juli. R. h. St. M. 153.
16. Juli. R. h. St. M. 34.
3. August. im R. h. D. L. G. v. 17. August 1844.
5. August. R. h. St. M. 158.
5. August. R. h. St. M. 35.

7. August. R. h. D. L. G. 91.
10. August. R. h. D. L. G. 35.
10. August. R. h. R., Direct. b. Forsten u. Jagden u. Direct. der Berg u. Hüttenwerke. 44.
17. August. R. h. D. L. G. 44.
18. August. Aussch. h. Confist. 119.
8. Septbr. R. h. D. L. G. 35.
9. Septbr. R. h. Str. Coll. 148.
12. Septbr. Bekanntm. h. St. M. 10.
12. Septbr. Bekanntm. h. St. M. 149.
15. Septbr. R. h. St. M. 35.
8. Octbr. R. h. D. L. G. 111.
10. Octbr. R. h. Confist. 119.
28. Octbr. Bekanntm. h. St. M. 112.
9. Novbr. R. h. St. M. 47.
1. Decbr. R. h. St. M. 5.

1 8 4 7.

7. Januar. R. h. Str. Coll. 148.
18. Januar. R. h. Kr. Dir. 153.
18. Januar. R. h. Kr. Dir. 12.
26. Januar. Erkenntn. h. D. L. G. 36.
29. Januar. R. h. Kr. Dir. 52.
9. Februar. R. h. Kr. Dir. 47.
10. Februar. R. h. St. M. 126.
27. Februar. R. h. D. L. G. 92.
17. März. R. h. Kr. Dir. 150.
23. März. R. h. St. M. 112.
5. April. R. h. St. M. 126.
5. April. R. h. St. M. 112.
16. April. R. h. St. M. 127.
27. April. R. h. St. M. 127.
27. April. R. h. Kr. Dir. 10.
29. April. R. h. Kr. Dir. 113.
17. Mai. R. h. St. M. 36.
26. Mai. Antwortschr. von Hamburg. 113.

28. Mai. R. h. Str.-Coll. 5. 149.

10. Juni. R. h. D. L. G. 92.
25. Juni. R. h. St. M. 134.
9. Juli. R. h. St. M. 45.
22. Juli. R. h. St. M. 128.
13. August. R. h. St. M. 36.

21. August. R. h. St. M. 45.
31. August. R. h. St. M. 38.
3. Septbr. R. h. Kr. Dir. 153.

2. October. R. h. St. M. im R. h. Kr. Dir. von 31. October 1847.

2. October. R. h. St. M. 38.
2. October. R. h. St. M. 150.
4. October. R. h. D. L. G. 36.
9. Octbr. R. h. St. M. im R. St. M. 18. Decbr. 1847.
18. October. R. h. D. L. G. 52.

19. October. R. h. Kr. Dir. b. Berg- und Hüttenwerke. 118.

28. October. R. h. D. L. G. 93.

31. Octb. R. h. Kr. Dir. 10.
2. November. R. h. Lehns- u. Grenzcommiss. 57.

8. November. R. h. D. L. G. 94.

10. Novemb. R. h. St. M. 128.

27. Novemb. R. h. St. M. 128.

1. December. R. h. St. M. 113.

3. December 1846. Beschluß h. Land. Dir. im R. h. Kr. Dir. von 18. Jan. 1847.

8. December. R. h. Kr. Dir. 13.

20. December. R. h. D. L. G. 53.

1 8 4 8.

24. Februar. R. h. Kr. Dir. 56.

13. März. R. h. D. L. G. 40.
16. März. Bekanntm. h. Ober-sanit. Coll. 134.

166 Chronologisches Verzeichniß der Rescripte, Instructionen etc.

- | | | |
|--|---|---|
| 24. März. Landesherrl. Bekanntmach. S. 40. | 19. Juni. Bekanntmach. h. St. M. S. 158. | 2. December. Reglem. h. Eisenb.-Commiff. S. 42. |
| 7. April. R. h. D. L. G. 40. | 14. Juli. Bekanntm. h. St. M. 159. | 5. December. R. h. St. M. 142. |
| 1. Mai. Entscheid. h. Minist.-Commiff. 113. | 25. Juli. Bekanntm. h. Kr. Direct. 143. | 13. December. Bekanntm. h. Post-Dir. 142. |
| 3. Mai. Bekanntm. h. Finanzcoll. 43. | 26. Juli. Bekanntm. h. Zoll- und Steuern. Dir. 159. | |
| 10. Mai. R. h. St. M. in Bekanntm. d. h. Leihh. v. 16. Juni. 1848. | 18. Octob. R. h. St. M. im R. h. Kr. Dir. v. 20. Octbr. 1848. | 1 8 4 9. |
| 10. Mai. Reglem. h. Finanz-Colleg. 131. | 20. Octob. R. h. Kr. Direct. 45. 47. | 14. Februar. R. h. St. M. 137. |
| 16. Mai. Entscheid. h. Minist.-Commiff. 114. | 27. November. Bekanntm. h. St. M. 158. | 15. Febr. R. h. D. L. G. 115. |
| 15. Juni. Bekanntm. h. Intellig. Comt. 14. | 30. November. Bekanntm. h. R. Dir. d. Forsten und Jagden. 46. | 1. März. R. h. D. L. G. 41. |
| 16. Juni. Bekanntm. h. Leihh. Com. 132. | | 13. März. Bekanntm. h. Post-Dir. 117. |
| | | 17. April. herzogl. Bekanntmach. 137. |

R e g i s t e r.

A.

- Abgaben an die Wegebeß.-Kassen. S. 9.
 Abgaben, öffentl. Erhebung derselb. 147.
 Abfindungen, Eintrag ins Hypoth.-Buch 62. 90.
 Ablösungen. S. 6. Der Holzberechtigungen 5. in
 Seesen 5; in den Communionharzforsten. 5.
 Ablösungscapitale, Eintrag. ins Hypoth.-Buch.
 60. 68. 69. 70. folg. 72. 73. Lösung der-
 selb. 69. 75.
 Ablösungsrecess, Eintrag. der Grundstücke aus
 denselben. 68. 70: 72. 91. Vorlegung von
 der h. Leihhausanstalt. 73.
 Abschlagszahlungen, jährliche, dieselb. im Hypoth.-
 Buche nicht zu löschen. 74.
 Acten, Cassiren derselben, Bekanntm. deshalb. 108.
 Acten in Steuercontravent. Sachen. 146.
 Acten, Untersuchungs-, Mittheil. an die Kreisdi-
 rect. 16. 18.
 Actuare in Verwaltungssachen. 110.
 Adjudicationscheine. Ausstellung und Confirma-
 tion. 98.
 Administrativbehörden, deren Zuständigkeit. 113.
 Administrative Justizverwaltung. 23.
 Administrationsacten, deren Edition. 115.
 Adressen in Administrat. Sachen. 118.
 Advokaten. 96. 97. Veränderung des Wohnorts.
 102.
 Aegende Sachen, Transport derselben auf der
 Eisenbahn. 42.
 Altkentheil. Eintrag. ins Hypoth. B. 62. 113.
 Allenackerfeld, Hypothekenbuch für dasselbe. 82. 90.
 Altarlichte. 128.
 Alphabetisches Verzeichniß der Hypoth.-Bücher.
 66. 92.
 Amtshandelsbücher. 62. 67. Seitenzahl derselben
 in dem Hypoth.-Buche zu bemerken. 67.
 Amtsverbrechen. 27. 28. 31. der Prediger. 31.
 Analogie. 33.
 Anbauer, Weideberechtigung derselben. 47.
 Anhalt-Berenburg, Convention mit demselben
 wegen Verhütung und Bestrafung der Forst-
 und Jagdfrevel S. 43.
 Anhalt-Berenburg, Uebereinkunft mit dems. zur
 Förderung der Rechtspflege. 97.
 Anleihe, Staats-. 43. 129.
 Anschreiben der Gerichtsgebühren. 48.
 Antedatirungen im Hypoth. B. 67.
 Anzeigen, Braunschweigische, Aufnahme der Pri-
 vatannoncen. 14.
 Apotheker, Verabfolg. der Chloroform von den-
 selben. 134.
 Arbeit der Schuldner. 111.
 Arbeiten, Hülfsvollstreckung durch Zwangs-Ar-
 beit. 96.
 Arbeitsanstalten. 12.
 Arme, Armenanstalten. 9. Vermächtniß an diesel-
 ben. keine Steuer. 9. Festsetzung derselben. 9.
 Von Pacht- und Miethcontracten. 10.
 Armenprocesssachen. 99. 109. 113.
 Armenrechnungsabnahme. 9.
 Armenrecht. 113.
 Armenscheine. 10.
 Armensteuer, Aufbring. ders. 10.
 Armen- und Wegebetterungscassen, Abgaben an
 dieselben. 149.
 Arrest der Schuldner. 111.
 Arretirungen, eigenmächtige. 36. Von dem Mili-
 tair. 28. 30. 36.
 Atteste der juristischen Examinationscommission.
 107.
 Auditoren, deren Arbeiten. 104.
 Aufläufe, Schadenersatz der Gemeinden des-
 halb. 46.
 Auflassung, gerichtliche. 59.
 Ausländer, Ausweisung derselben. 139. 152.
 Auslegung der Gesetze. 33.
 Auswanderer. 138.
 Auswanderung. 12.
 Autorenrechte. 13.



Backofen. S. 142.
 Bahnhofsgrundstücke, Veräußerung. 89.
 Bankscheine 55.
 Bauerhöfe, Combination derselben. 98.
 Beamte, Beerdigung derselben. 107. Einwendungen
 an dieselbe ? 118.
 Beamte, Reise- Transport- und Zehrungskosten 49.
 Bedingungen bei gerichtlichen Verkäufen. 105.
 Befreiung eines Verbrechers. 32.
 Befristung der Steuern. 146.
 Begnadigungsgesuche in Forst- und Jagdsachen. 38.
 Begräbnisse. 121.
 Beihilfe zur Befreiung der Gefangenen. 32.
 Beleidigung obrigkeitlicher Behörden. 34. Mehrere
 von einer Person gegen mehrere 38. zweimal.
 Berechtigungen, Real- im Hypoth.-Buche. 63.
 Bergarbeiter, Execution gegen dieselben. 107.
 Berichte an das h. Finanzcolleg. 43. an das h.
 Consistor. 123.
 Besitzveränderung dieselben ins Hypoth.-Buch ein-
 zutragen. 83.
 Besitztitel. 61. 63. 68. 72. 83. 113.
 Besserungsanstalt. 12.
 Bestätigung, der Rechtsgeschäfte zur Eintragung
 in das Hypoth.-Buch erforderlich. 81. Der
 Ablösungs- und Gemeinheitstheil. Recesse.
 81. Der Contracte. 113.
 Bestrafung der Contravent. gegen Gesetze der

Calvörder Todtenkasse. 134.
 Capitale der Kirchen. 124.
 Cassiren der Acten, Bekanntmach. deshalb. 108.
 Cassel, Requisition an die Gerichte daselbst in
 Civilsachen. 109.
 Centralgewalt Deutschlands. 57.
 Censur. 14.
 Cession der Forderungen von einem Dritten zu
 verlangen. 79.
 Chirurgen, deren Befugniß. 133.
 Chloroform. 134.
 Citatio edictal. von Aemtern und Stadtgerichten.
 101.
 Citation der Grenzsteueraufseher 157.
 Coarfabrication. 143.
 Competenz der Kreisger. in Untersuch. wegen Ver-
 leidigungen 34. 38. in polizeil. zu bestrafender
 Diebstähle. 37.
 Competenzstreitigkeiten. 113. 114. 121.
 Complexität der Vergehen. 41.

Chausseegelberheb. u. gegen die Begeord-
 nung. S. 38.

Betrug. 41.
 Beyerische Besser.-Anstalt. 12.
 Bilderwerke, Nachbildung ders. 14.
 Blankenburgische Kranken- und Sterbekasse. 134.
 Brandbeschädigung herrschaftl. Gebäude 13.
 Brandstiftung. 28.
 Brandversicherung. 13.
 Branntweinbrennereien der Domainen, Gewer-
 steuer davon. 148.
 Brauereien der Domainen, Gewerbesteuer davon.
 148.
 Braunkohlen. 142.
 Braunschweig, Stadt, Bestellungen der Hypothe-
 ken. 60.
 Braunschweig, Stadt, Voruntersuchungen der Po-
 lizeibehörden. 21. Hypothekenwesen. 71.
 Bröckeln. 152.
 Briefporto. 141.
 Buchdrucker, Angabe deren Namen. 14.
 Buchhandel, Freiheit desselb. 14.
 Büchernachdruck. 13. 14.
 Bücherverbote. 14.
 Büddensteinster Hypoth.-Buch. 90. 93.
 Bürgerwehr. 47.
 Burgberg. 152.



Concurs, erkennen von den Aemtern und Stadt-
 gerichten. 101. Kosten. 109.
 Confirmation der Rechtsgeschäfte, erforderlich zur
 Eintragung in das Hypoth.-Buch. 81. Der
 Ablösungs- und Gemeinheitstheil- Recesse. 81.
 Der Contracte. 113.
 Consistorium, Oberaufsicht des Kirchenvermögens.
 127.
 Conventionen, mit Hannover. 30 mit Preußen. 31.
 42. 43. Anhalt-Bernburg. 43. Reuß-Schleiz,
 Reuß-Plauen, Reuß-Greiz, Sachsen-Gotha.
 42.
 Conventionalstrafen. 17. 102.
 Conventionsmünzfuß. 138.
 Copialten. 53. 111.
 Corporationsrechte. 134. 143.
 Corrigenden, Verhalten gegen dieselben von Seiten
 der h. Aemter. 12.
 Courantmünze. 129. 138.
 Cramersche Legatenstiftung. 126.

Criminalprozeß. C. 20. 22. 23. 26. 27. 28. Vertheiligung in dems. 35.
Criminalgesetzbuch, Anführen desselben. 27.
Criminaljustiz. 15. Convention mit Waldeck. 15.

mit Belgien. C. 15. Verfahren von den Gerichten. 17. 97. Erkenntnisse. 27.
Criminalverbrechen, Zusammentreffen mit Polizeivergehen. 24.

D

Dampfmaschinen, rotirende. 143.
Darlehne zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe. 43. 54.
Darlehnsbankscheine. 56.
Darlehen an das Leihhaus. 129. Zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe. 131.
Declaration des Circul. R. v. 3. März 1842. 76.
Defension der Verbrecher. 17. 22.
Defensionsgebühren, Liquidation derselben. 16.
Depositionen bei den Kreisgerichten. 107.
Deservitliquidationen. 96.
Deutschkatholiken. 124.
Deutsche Centralgewalt. 57.
Diäten der Beamten. 126.
Diebstähle, mehrere zusammentreffende, polizeilich

zu bestrafende. 33. 36. zweimal. Urtheile des halb. 37.
Dienstbuch, Gefinde-Verfälschung. 30.
Dienstentsetzung der Prediger. 31.
Dienstpflicht, Militair-. 134.
Dienstvergehen. 31.
Disciplinarstrafen. 27.
Disciplinarvergehen. 110.
Dobbelinsches Hypoth.-Buch. 93.
Domanialgrundstücke, Eintrag. ins Hypoth.-Buch. 91.
Dorfbeschreibungen. 64.
Drucker, Buch-, Angabe deren Namen und Wohnort. 14.

E

Edictalladungen, Gebühren. 49. Von Aemtern u. Stadtgerichten. 101.
Edition der Administrationsacten. 114.
Ehen, zwischen Christen und Juden. 120.
Ehescheidung der Lutheraner und Katholiken. 124.
Eisenbahnen 41. Regulativ über die Behandlung der Waaren. 41. Paß-Polizei darauf 41. 138. Forderungen. 42. Transport feuergefährlicher Sachen. 42.
Eisenbahnbeamte, Gerichtsstand. 111.
Eisenbahncontraventionsstrafen. 42.
Eisenbahngewicht. 42.
Emigrationsconsense. 128.
England, Convent. mit dems. wegen des Bücher-nachdrucks. 13. 14.

Erbabfindungen im Hypoth.-Buche. 90.
Erbenzins, Eintrag. ins Hypotheken-Buch. 60. 72. 82.
Erbenzinsbriefe der Kirchen. 127.
Erkenntnisse, gegen Staatsdiener in Untersuchungssachen, Mittheil. an die vorgesezten Behörden. 16.
Erkenntnisse in Untersuchungssachen, Anführen des C. G. B. 27.
Erlöschung der Hypotheken. 83.
Examinationscommission, juristische. 104. 107.
Execution gegen herrschaftliche Lohnarbeiter. 107.
Executores, deren Protokolle. 149.
Executionen wegen rückständiger Steuern.

F.

Falschmünzer. 32.
Fälschung. 31.
Feuergefährliche Sachen, Transport derselben und ägender Sachen auf der Eisenbahn. 42.
Feuersbrunst, Anzeige davon beim R. G. 28.
Fideicommiss, Eintragung ins Hypoth.-Buch. 83. 90.
Finanzen. 42. Etat. 42.
Flüchtige Grundstücke im Hypoth.-Buche. 64. 91.
Bege's Repert. Th. VI.

Forderungen im Hypoth.-Buche. 63.
Forstbeamte, Jagdbefugnisse. 46.
Forst- und Jagdwesen. 43.
Forst- und Jagdofficianten, Nothwehr derselben. 25.
Forststrafgesetz, analoge Anwendung. 30.
Forum contractus. 105. 113. im R. h. St. M. 25 April 1847.
Freiwillige Gerichtsbarkeit, Competenz, 109.



Gandersheim, Holzberechtigung. S. 43.
 Gartenbeschreibungen im Hypoth. Buche. 66.
 Geldstrafen in Steuercontravent. Processen. 147.
 Gebäude im Hypothekenbuche. 64.
 Gebühren der Gerichts-Unterbedienten. 50. Der
 Zeugen 50. 51. Neben- 96.
 Geburten, Anmeldung bei den Kirchenbuchfüh-
 rern. 119.
 Geburtslisten. 118.
 Gefangene, Aufnahme der Gefangenen darin u.
 Aufsicht über dieselben 18. Bekleidung der-
 selben. 19.
 Gefängnisstrafen, Vollziehung derselben. 35.
 Gefangene, Communicat. mit denselben. 33.
 Gefangene, Hülfsleistung zu deren Befreiung. 32.
 Geistliche, Gnadenbewilligungen f. dieselben. 128.
 Geldstrafen, Ablieferung derselben. 16. Verwand-
 lung in Gefängniß. 20.
 Gemeindeangelegenheiten. 46.
 Gemeinden, Ersetzung, durch Aufkäufe entstande-
 nen Schadens. 46. 97. Rechtsstreit ders. 46.
 Gemeindeprouesse. 46.
 Gemeintheilung. 47.
 Gerechtigkeiten, Eintragung ins Hypothekenb. 63.
 Gerichte, deren Zuständigkeit in administrat. Sa-
 chen. 23. 113.
 Gerichtsgebühren, Aufschreiben derselben. 48.
 Gerichtsgebühren, Einsetzung derselben. 108.
 Der sportelfreien Partei. 11.
 Gerichtsgebühren in Zoll- und Steuercontraven-
 tionsfachen. 155. 158.
 Gerichtshandelsbücher. 62. 67.
 Gerichtsporteln. 48. In Zoll- u. Steuercontraven-
 tionsfachen. 35. 48. Bei Subhastationen. 49.

Bestimmung einiger zweifelhafter Gebühren.
 (Ab- u. Refritionsgeb., Verpackungsgeb.) S. 48.
 Erhebung. 52. Einsetzung. 108.
 Gerichtsverwaltungsrechnung. 110.
 Geschäftsgangs- Vereinfachung. 45.
 Geschworenengerichte. 15. 97.
 Gesellen, Wandern derselben. 140.
 Gesetzesübertretung, Ahndung derselben. 40.
 Gesinde- Diensthuch, Verfälschung desselben. 30.
 Gewerbe, Darlehne deshalb. 131.
 Gewähr, die, 60.
 Gewerbesteuer in den Zollvereinsstaaten. 155.
 Gewerbesteuercontravent- Sachen. 147.
 Gewicht, Eisenbahn- 42.
 Gewohnheit, Gültigkeit derselben. 33.
 Gildordnung, Polizeigesetz. 23.
 Gildvorsteher, Amtsvergehen derselben. 22.
 Glaubensbekenntnisse, verschiedene. 120.
 Gnadenmonate. 136.
 Goldmünze. 138.
 Graben, Vorrichtung derselben. 113.
 Gränze, Hoheits- 57.
 Gränzsteueraufsesser, deren Vorladung. 157.
 Großbritannien, Vertrag wegen d. Nachdrucks. 14.
 Grundacten, (Amtshandelsbücher) 62. Abschrif-
 ten dazu zu nehmen. 71.
 Grundstücke in verschiedenen Gemeinde- Bezirken.
 Eintragung ins Hypothekenbuch. 67. 91. Be-
 kanntmachung gerichtl. Verlassungen. 95.
 Grundstücke, Bezeichnungen im Hypothekenbuche.
 61. flüchtige. 64.
 Gurgelwasser. 133.
 Gutsinventare, f. Inventar.



Handel und Gewerbe, Darlehne deshalb 131.
 Hamburg, forum contractus. 112.
 Hannover, Convention mit demselben wegen der
 Verbrecher. 30. Rechtshülfe von demselben.
 105. Heimathsverhältnisse in demselben.
 Harlingeröder Zollamtsgebäude. 152.
 Harzforsten. S. 4.
 Häufiren der Viehhändler. 147.
 Häufiren, Arretirung derselben. 30.
 Hebammen, Verschuldung derselben. 24.
 Heberollen über die öffentlichen Abgaben. 148.
 Hehlerei. 25.

Heimathsverhältnisse. 153. Reverse. 153.
 Heinsche Stiftung. 134.
 Heinrichstädtische Statuten. 82.
 Herausgeber periodischer Schriften. 14.
 Hessencasselsche Gerichte, Requisition an dieselbe
 in Civilsachen. 109.
 Höfe, Brauer-, Combination derselben. 98. An-
 nahme von Minderjährigen. 99.
 Hofmarschallamt, Sportelfreitheit. 51.
 Hoheitsgränze. 57.
 Hohnsleber Hypothekenbuch. 93.
 Hohnsleber Hypothekenbuch. 93.
 Hohnsleber Hypothekenbuch. 93.

Holzgerechtigkeit. S. 57.
 Holzmind. Predigerwitwen = und Waisen = Sterberegister. 148.
 Hüttenarbeiter, Execution gegen dieselben. 107.
 Hülfsvollstreckung durch Zwangsarbeit. 96.
 Hypotheken, Erlöschung derselben. 83.
 Hypotheken, Rangiren derselben. 68. Zweck derselben. 83. Verjährungen eingetragen. 83. General = 68. Conventiönelle. 69.

Hypothekeneintragung aus dem alten in ein neues Hypothekenbuch. S. 82.
 Hypothekenordnung zu erlassende. 59.
 Hypothekenschein, Inhalt. 63.
 Hypothekenwesen. 58. in Braunschweig. 71.
 Hypothek = Verschreibungen in Wolfenbüttel. 82.
 Verlorene. 85.

S.

Tagden. 43. Aufhebung derselben auf fremden Grundstücken. 43. Ausübung derselben. 43. Benützung. 47.
 Jagdpersonale, Befugnisse desselben. 46.
 Jagdschreib. 31. 43. Confiscation des Gewehrs. 26.
 Jertheimer Bahnhof. 89.
 Jerzerberg. 149.
 Industrieunterricht. 120.
 Injurien gegen die Gerichte. 34.
 Injurien, von einer Person gegen mehrere Personen. 38. zweimal.
 Infimationsgebühren. 50.
 Instruction in Untersuchungen s. Criminalproceß.

Vervollständigung 28. Wegen der Hoheitsgränze. 57.
 Intelligenzcomtoir. 95. Aufnahme der Privatannoncen. 14. Gerichtlicher hannoverscher Behörden. 95. Der braunsch. ohne Begleitschreiben. 95.
 Inventarien, Guts-, Eintrag. in das Hypothekenbuch. 63. Ref. v. 28. Juni 1842. u. Zusätze u. Berichtigung.
 Israelliten. 96.
 Juden, Ehen zwischen Christen u. Juden. 96. 120.
 Justiz, Eingriffe in dieselbe. 76.
 Justizverfassung. 96.

K.

Kammercapitale, Ablösungs-, Löschung derselben im Hypothekenbuche. 75.
 Kammerproceße, Kostenersatzung. 141.
 Kaffeebrenner. 142.
 Kirchen- und Schulangelegenheiten. 120.
 Kinder, uneheliche. 118.
 Kirchenbuchführer, Anmeldung der Geburten bei denselben. 119. Aufbewahrung deren Beläge. 119.
 Kirchenbücher. 118. Beläge dazu. 119. Monitor. 121.
 Kirchencapitalien. 124. 146.
 Kirchenvermögen, Verwaltung desselben. 126.
 Kloster- und Studienfondsetat. 42. 43. Ablösungs-Capitale, Löschung ders. im Hypothekenbuche. 69. 75.

Kontracte, Vermächtniß an die Armen, darin S. 9. 10.
 Kosten in Untersuchungsfachen, solidarische Verbindlichkeit deshalb. 40.
 Kreiseinnehmer, persönliches Erscheinen vor Gericht. 146.
 Kränklichkeit. 133. 139.
 Kranken- u. Sterbecasse in Blankenburg. 134.
 Krankheiten der Sträflinge. 15. 35.
 Kreisbaubeamte, Bekanntmachung an dieselben wegen Brandbeschädigung herrschaftl. Gebäude. 13.
 Kreisdirectionen. 128. deren Competenz. 113.
 Kreiseinnehmer, Zahlung an dieselben. 104.
 Kriegeartikel, Anwendung derselben. 28.
 Kreiscassen, Zahlung an dieselben. 104.
 Kriegebsdienst. 135.

L.

Landesöconomiocommission, Verfügung wegen Löschung und Eintragung im Hypoth. Buch. 71.
 Landfolgedienst. 149.
 Landschaft. 128.
 Landschullehrerwitwen. 151.

Landtag. 128.
 Landtagsabschied. 128.
 Landwehr. 135.
 Landwehrdragoner, und Jäger, Verhaftungen von denselben. 29. Verübung eines Jagdschreibs. 31.

Legate an die Aemern. S. 9.
 Lehnstammcapitale, Eintrag. ins Hypoth.-Buch. 90.
 Leibzucht, Eintrag. ins Hypoth.-Buch. 62.
 Leichenobduction, Kosten derselben. 133.
 Leichenwagen. 121.
 Leihhaus. 129. Landescreditanstalt. 130. Dar-
 lehnscommission. 132.
 Leihhausbankscheine. 55.

Leineweberlehrlinge. S. 55.
 Lessor Holz. 67.
 Liquidationen der Forderungen. 50. Competenz.
 50. Der Zeugengebühren. 50.
 Liquidationstermine. 50.
 Logirbücher, Stempelung. 144.
 Löschung der Hypotheken. 69 70. 73.
 Lutter a. Rh. Hypoth.-Bücher. 61.

M

Medicinalpolizei. 133.
 Milde Stiftungen. 134.
 Militair im Polizeidienste. 28. Arretirung, von
 demselben. 36.
 Ministerialcommissionen. 137.
 Militairdienstpflicht. 134. 135.
 Militairfuhren. 134.
 Militairpersonen, deren Vernehmung mittels Requi-
 sition. 136. Erscheinen vor Gericht. 136. Mit-
 theilung der Straferkenntnisse gegen dieselben
 an die Gerichte. 136. Ertheil. der Heiraths-
 consense oder Wanderbücher. 136.
 Militairpflichtige, zur Untersuchung nicht erschie-
 nene. 136.

Militairstrafen. 15. 28. 134. 136.
 Militairwesen. 134.
 Militairmittwen. 151.
 Minderjährige, Annahme der Bauerhöfe von den-
 selben. 99.
 Monitur der Kirchenrechnungen, Gebühren dafür.
 121.
 Münzcartell. 155.
 Mündlichkeit der Rechtspflege. 97.
 Münzen. Gold-, Silber-Fuß. 138.
 Mühenmachen der Schneider. 56.
 Mutationsetats. 148.
 Muttergut der Kinder. 103.

N

Nachbildung, unbefugte. 13. 14.
 Nachdruck, Bücher. 13. 14.
 Nationalvertreter. 41.
 Nießbrauch des Vermögens der Kinder. 102.

Notar, 9. 97. Verpflichtung zur Angabe der Ver-
 mächnisse in Contracten. 10.
 Nothwehr. 25.

O

Obductionen der Leichen. 21. Kosten. 34. 133.
 Oberhofmarschallamt, Spottelfreiheit desselben. 51.
 Oberlandesgericht, Befugnisse desselben in Hypoth.-
 Sachen 76. in Sachen der freiwilligen Gerichts-
 barkeit. 109.
 Oberamtscolleg., Entscheidung desselben. 28.
 Obligation, über verschiedene Ablosungscapitale
 mehrer Pflichtigen. 60. folg. Aufnahme der
 Obligat. 70. 71.

Mehrere Schulverbindlichkeiten in einer 71. 73
 Ausstellung vor dem Gerichte in Wolfenbüttel
 82. Verlorene. 85.
 Oeffentlichkeit der Gemeindeangelegenheiten. 46.
 Oeffentlichkeit der Rechtspflege. 97.
 Ortsvorsteher, Absetzung desselben. 17. Befugnis
 wegen Reparatur an Gemeindegebäuden. 47.
 Remuneration desselben. 118. 140.

P

Pässe 138. 139. für Auswanderer 138. auf Eisen-
 bahnen. 41. 138. Wifirung derselben. 139.
 Papier, zu den Akten. 97.
 Passpolizei auf den Eisenbahnen. 42. 138.

Patronen, Spendenbewilligung, für dieselben. 128.
 Patrone der Schulstellen. 114.
 Periodische Schriften. 14. Ablieferung der Exem-
 plare. 14.

- Personalsteuerverhebung. S. 148.**
Pertinenzien, Eintrag. ins Hypoth.-Buch. 63. 64.
91.
Pfänder wegen der Darlehne zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe. 130.
Pfarrgebäude, Erbauung und Erhaltung. 125.
Pferde, Ausführung derselben. 139. Rennen. 140.
Policei und Verwaltung. 138.
Policei auf den Eisenbahnen. 42.
Policeibehörden in Braunschweig, Voruntersuchung. 21.
Policeiliste, Untersuchung derselben. 20. 21. P. Strafen, Zusammenrechnung derselben. 21. 23. Zusammentreffen mit Criminalverbrechen. 24.
Policeigesetzbuch. 33.
Policeilich zu bestrafende Diebstähle. 33. 36.
Policeimilitair. 28. Arretirung von: dems. 36.
Policeistrafen, Verwandlung in Gefängniß. 20. Vollziehung. 29.
Policei, Straf. 25. 33.
Porto, Briefe. 141. Freiheit in Cammerprozesse. 141.
Posten. 141.
Postvorschuß. S. 141. 142.
Präklusivbescheid, Erkennen ders. von den Aemtern und Stadtgerichten. 101. 102.
Prediger, Dienstentsetzung der Prediger. 31.
Predigerwitwen- und Waisenstiftbeträge in Holzminnen. 134. 143.
Prediger, Gnadenbewilligung für dieselben. 128. Presse. 14.
Preussische Convention wegen des Büchernachdrucks. 13. 14. Zur Förderung der Rechtspflege. 31. Receptionscheine. 153.
Preussisches Hypothekenbuch. Inscriptionen aus dems. aufzunehmen. 81.
Preussische Unterthanen, Gewerbebetrieb derselben im hies. Lande. 56.
Priorität der Forderungen. 59.
Procuragebühr. 141.
Prodigalitätserklärung. 102.
Prodigicura. 115.
Prozeß, Deffentlichkeit und Mündlichkeit. 15.
Protestation wegen in Rücksicht der Löschung der Hypothek. 85.

S.

Suittungen der Hauptfinanczasse, Löschung der Hypotheken darauf. 69.

R.

- Rath zur Ausübung eines Verbrechens. 32.**
Realberechtigungen im Hypoth.-Buche. 63.
Realgläubiger, Vorladung derselben. 104.
Receptionscheine. 153.
Receffe, Ablösungs-, Eintragung in die Hypothekenbücher. 80. Der Capitale in dieselben 68. folg., 70. 76, Vorlegung derselben von der Leihhausanstalt, 72 folg., Zurückgabe oder Auslieferung nach §. 29. Nr. 1. Circul. Resc. v. 3. März Nr. 1.
Receffe, Separations-, Anlegung des Hypoth.-Buchs nach deren Bestätigung. 80. Vor denselben. 77.
Receffe, Zehnteablösungs-, Eintrag. in das Hypoth.-Buch. 76. 78. 80.
Rechtsmittel in Untersuchungssachen 22. nach gezeheener Entscheidung ders. 35.
Rechtspflege, Deffentlichkeit und Mündlichkeit derselben. 15.
Rechtspflege. 97. Uebereinkunft mit Anhalt-Berenburg in Betreff derselben. 97.
Register der Hypoth.-Bücher. 62. 66. 92.
Reichsgesetze und Verordnungen. 143.
Reis, Abgabe davon. 146.
Reise-Transport- und Zehrungskosten der Beamten. 49.
Remissionstabellen. 146.
Reparaturen an Gemeindeg Gebäuden. 47.
Repertorien über die Hypoth.-Bücher 66 f. 92.
Rquisit. an hessen-casselsche Gerichte, in Civilsachen. 109. wegen Sistr. der Milit. Personen. 136.
Requisition preussischer Gerichte. 31. hannov. 40.
Rouleauxfensterladen. 142.
Rübenzucker. 145.

S.

- Salzdefraudeuntersuchungssachen, Gerichtsgebühren in denselben. 158.**
Salzuntersuchungssachen, Gerichtsporteln. 35.
Schadenersatz von den Gemeinden, wegen Schadens bei Ausläufen. 15. 97.

- Schäfersberechtigung, Eintragung ins Hypothekenbuch. **63.**
 Scheidung der Ehe von Lutheraner u. Katholiken. **124.**
 Schlachteaccise von Schweinen. **145.**
 Schleichhandel, Unterdrückung desselben. **156. 158.**
 Schmerzensgeld. **33.**
 Schneider, ihre Befugnisse. **56.**
 Schreibgebühr. **111.**
 Schreibpapier zu den Actenstücken. **96.**
 Schüler, Züchtigung derselben. **27.**
 Schulangelegenheiten. **120.** Unterrichtszeit Ferien. **120.** Industrieunterricht. **120.**
 Schuldner, Arrest. **111.**
 Schulgelde, Vertreibung derselben. **128.**
 Schuldverbindlichkeiten in einer Urkunde. **73. 74.**
 Schullehrer, Gnadenbewilligung für dieselben. **128.**
 Schullehrer, Züchtigungsrecht derselben. **27.**
 Schulfstellen, Patrone derselben. **124.**
 Schuldverschuldungen. **120.**
 Schuldverschreibungen, Aufnahme derselben. **70. 71.** Mehrerer Verbindlichkeiten in einer. **71. 73. 74.**
 Schweiz, Wandern der Gesellen dahin. **140.**
 Schwurzeugen. **96.**
 Sectionen der Leichen. **21.** Kosten. **34.**
 Seelenlisten. **118.** Remuneration dafür. **140.**
 Seefen, cramerische Legatenstiftung. **126.**
 Selbstmord. **133.**
 Separationen Eintrag. ins Hypoth.-Buch. **76. 91.**
 Separatvotum der Richter. **101.**
 Servituten im Hypoth.-Buche. **63.**
 Silbermünzen. **138.**
 Söldner- oder Lefferholz. **67.**
 Söllingen, Hypoth.-Buch. **91.**
 Soldaten, willkürliche Verhaftungen von denselben. **36.**
 Solidarische Verbindlichkeit in Rücksicht der Kosten in Untersuchungsfachen. **40. 52. 53.**
 Sportelfreiheit des Oberhofmarschallsamt. **51.**
 Sportelfreie Partei. **111.**
 Sporteln, Gerichts. **48.** Erhebung durch den Rechnungsführer. **51.** Bei Ablieferung der Gefangenen. **52.** Copialien, Siegelgebühren, Besorgung der Acten, Verpaßungsgebühren, Auctionen der Amtsvögte, in Vormundschafsfachen. **6. 53.** und folg.
 Sportel- und Stempelgebühr für Confirmation der Verträge bei preussischen Behörden errichtet. **81.**
 Sportel- und Stempelgebühr für Confirmation der Verträge bei preussischen Behörden errichtet. **81.**
 Sportelregister. **51.** Führung desselben. **98.**
 Staatsanleihe. **129.**
 Staatsdiener, Untersuchung gegen dieselben. Mittheil. der Erkenntnisse an die vorgesetzte Behörde. **16.**
 Staatsgut, Veräußerung. **86.**
 Stempel. **144.** Für politische Zeitschriften. **144.**
 Der Logirbücher. **144.**
 Sterbelisten. **118.**
 Steuern. **145.**
 Steuercontravent. Acten. **146.**
 Stimmrecht, Verlust desselben bei Wahlen. **25.**
 Stolgebüßen, Ablösung derselben. **127.**
 Störung der gesetzlichen Ordnung. **40.**
 Sträflinge, Kranke. **34.**
 Strafanstalt im Negidienkloster, Vollziehung der Strafen darin und Ablieferung der Strafgefangenen. **20.**
 Strafen, Schul. **120.**
 Strafen, Geld-, Ablieferung ders. **16. 18.** Verwandlung in Gefängniß. **20.**
 Strafen in Steuercontravent. Sachen, Ablieferung derselben. **157.**
 Strafen, vertragmäßige. **17.** Eisenbahn-Contravention. **42.**
 Straferkenntnisse, Vollstreckung. **19.** Vertheidigung dagegen. **21.**
 Straßpolizei. **25.**
 Straßfurtheile, Vollziehung ders. **34. 35.**
 Straßvollziehung. **106.**
 Straßvollziehung auf Requisit. preussischer Gerichte. **31.** in Kreisgefängnissen. **35.**
 Subhastation, nothwendige. **97. 101. 103. 105.**
 Erlöschung der Hypothek in Folge derselben. **83. 84.** Bedingungen bei derselben. **105.**
 Summarische Vorkauf. **27.**
- L.**
- Tagelöhner, herrschaftliche, Execution gegen dieselben. **108.**
 Telegraph, deren Einsparung, Gemeindeverband. **126.**
 Testamente, Vermächtnisse an die Armen darin. **6. 9.**
 Thedinghausen, Hypoth.-Buch. **91.**
 Theilnahme an Verbrechen. **32.**

Theilung der Gemeinheiten. S. 47. Vertheidigung
der geistlichen Institute. 47.

Zilgung der Hypothek. S. 73.
Trendelbusch. 152.

U.

Umgang, Verkehr, mit Verbrechern. 32.
Uneheliche Kinder. 118.
Unterrichtsordnung in der Stadt Braunschweig.
111.
Untersuchungen in Braunschweig. 21.
Untersuchungsacten. Mittheil. an die Kreisdirect.
16. 18.

Untersuchungen, Verhalten der untersuchenden Rich-
ter. 17. 21. 41. Vervollständigung. 28.
Untersuchungssachen, Verzeichnisse derselben. 20.
Vertheidigung. 35.
Untersuchungsprozeß. s. Criminalprozeß.
Urtheile in Steuercontradent. Sachen. Mittheil.
derselben. 157.
Urtheile, Straf-, Vollziehung ders. 34

V.

Väterliche Gewalt. 102.
Vater, Mißbrauch des Vermögens der Kinder. 102.
Verbrechen und Vergehen in Druckschriften u. 14.
Complexität. 41. Competenz der Gerichte. 41.
Verbrecher, Auslieferung derselben. 15. Entlassung.
18. Begnadigungsgefuhe. 19.
Vereinfachung des Geschäftsganges. 43.
Vereinigungsrecht. 139.
Vergehen, Complexität. 41. Gleichartige. 41. Com-
petenz der Gerichte. 41.
Verkehr mit Verbrechern. 32.
Verlassungen gerichtliche, Bekanntmachung. 95.
Vermächtnisse an die Armen. S. 9.
Vermessungsbeschreibungen behuf der Hypoth.-
Bücher. 65.
Vermögensumstände der Verbrecher. 24.
Vertheidigung der Verbrecher. 17. 22. 28.
Vertragsmäßige Strafe. 17.

Verpfändungen in d. Stadt Braunschweig. 60.
Verpfändung ist Veräußerung. 59.
Verschwender. 101.
Vertheidigung in Criminalsachen nach geschehener
Entsagung ders. 35.
Verwandlung der Strafen. 20.
Verzeichnisse der Untersuchungssachen. (Formulare.)
20.
Viehändler. 147.
Volkswehr. 135. Statut in Wolfenbüttel. 137.
Verwaffnungsgegenstände. 137.
Volkszählung. 118.
Vollziehung der Strafurtheile. 34.
Vorhalt, summarischer. 26.
Vorladung der Grenzsteuereinsatzer. 157.
Vormundschaft. 102. Gebühren. 54.
Votum der Richter, Separats. 101.

W.

Waaren, deren Behandlung auf der Eisenbahn. 41.
Wachlichte, Altar. 128.
Waffendienst in den Städten. 47.
Wandern der Handwerksgefallen. 139.
Wandelbücher im Hypoth.-Buche. 91.
Wechselordnung für Deutschland. 97. Atteste der
Postbehörden in Wechs. Sach. 117. 145.
Wege, Aufräumung derselb. durch die Landfolge.
150.
Wegebesserungscassen, Abgaben an dieselben. 149.
Wegebesserungscasse, Abgabe an dieselbe aus Con-
traften. 10.
Wegeordnung, Vergehen gegen dieselb. 38.
Wegbau, Weggeld, Wegpolizei. 149.
Weggeldcontraventionen, Bestrafung. 150.

Wetlauf. 139.
Wiedaische Hypothekenbücher. 85. 88. 92.
Wilddiebeslinten. 19. 30. 44.
Wilddiebe, Tödtung und Verwundung ders. 25.
Wittwen u. Waisen der Pensionair. 136. 143. 152.
Wittwen- und Waisenversorgungsanstalten. 151.
Witthum, im Hypoth.-Buche. 90.
Wohnortsrecht. 152.
Wolfenbüttel, gerichtliche Auflassung der Grund-
stücke. 59. 80. Schuld- und Hypothekverschrei-
bungen vor dem Gerichte daselbst. 59. 82.
Wrogensachen, Anwendung der Gesetze. darauf. 19.
Wulfsdorf 93. Anlegung des Hypoth. Buches.
79. folg.
Wundärzte, deren Befugniß. 133.

3.

Rehntablösungsrecess, Eintrag. ins Hypoth.-Buch.
S. 76. 80. 81.

Rehntberechtigung, Eintrag ins Hypoth.-Buch. 63.
Zeitschriften, Abliefer. der Exemplare an die Orts-
polizei. 14.

Zeugengebühren in Criminalsachen 31. in Civil-
sachen. 50. 51. in Armenprozeßsachen. 99.

Zeugen, Schwur- 96.

Zeugnisse von der juristischen Examinationscom-
mission. 107.

Zigeuner, Pässe derselben. S. 139.

Zinsfuß 131. 132. im Hypoth.-Buche zu bemerk.
69. der Kirchencapitale. 124. 146. 130.

Zoll-Verträge, Straßenverhalten der Officianten,
auf den Eisenbahnen 154. folg.

Zollcontravent.-Sachen, Gerichtsporteln. 35.

Zorge, Hypothekenbücher. 85. 88.

Zubehörungen im Hypoth.-Buche. 63. 64.

Züchtigungsrecht der Schullehrer. 27.

Zusätze und Verbesserungen.

Zu dem Rescripte des herzgl. Landesgerichts vom 28. Juni 1842. S. 63. bemerke ich, daß von dem herzgl. Landesgerichte und dem herzgl. Oberappellat. Gerichte in einem Prozesse Burgtorff wider Sandhagen, ergangen 1835 und folg. Jahre, entschieden worden, daß ein Inventarium eines Landgutes für sich allein und getrennt von dem Hauptgute nicht in das Hypothekenbuch eingetragen werden könne.

Die Seite hinter S. 13. muß 14. nicht 41. heißen.

S. 31. 3. 16. v. o. lies E. statt I.

S. 32. 3. 13. v. u. l. Anschlag statt Anschläge.

S. 42. füge hinzu: Bekanntm. h. St. M. den Beitritt des Fürstenth. Reuß = Lobenstein = Ebersdorf zu der Uebereinkunft wegen Handhabung der Paspolizei auf den Eisenbahnen. (S. 17.) [No. 4.] (6. Januar 1847.)

S. 50. 3. 5. v. o. l. letzten Sachen.

S. 97. 3. 4. v. o. l. S. 81. und 29. April. und 3. 6. v. u. l. Reichsgesetze und

S. 106. des Resc. h. St. M. v. 7. August. gehört unter den Art. Criminaljustiz.

S. 143. 3. 6. v. u. l. 23. Januar 1847.

S. 145. 3. 13. i. 24. August.